

**außerordentlicher CDU-Landesparteitag
am 28. Januar 2022**

TOP 7

**Änderungsanträge zum
Landtagswahlprogramm**

Mappe B

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B1	1	44	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Wir beantragen, die „Sicherheit“ auf 4. vorzuziehen und alle nachfolgenden dahinter einzureihen.	Bildung, Wirtschaft und Sicherheit sind die Hauptpolitikfelder auf Landesebene. Auf diesen Gebieten haben die Länder die meisten Kompetenzen, sie können vergleichsweise selbständig handeln. Hier können wir also Akzente setzen.	Ablehnung. Die Reihenfolge der Kapitel einer inneren Logik folgen. Darüber hinaus besagt die Reihung der Kapitel nichts über die Wichtigkeit der Kapitel.
B2	1	117		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Der Bereich Wissenschaft wird im Schwerpunkt dem Bereich Bildung zugeordnet, so dass die Überschrift zu Kapitel 1 BILDUNG UND WISSENSCHAFT lautet.		Ablehnung. Das Thema Wissenschaft wird bewusst zusammen mit Wirtschaft im Programm behandelt, um gerade den Transfergedanken in den Mittelpunkt zu stellen. Das ist gerade für die Zukunftsthemen Wasserstoff und KI wichtig.
B3	1	117		setze	CDU-KV Stormarn	Das CDU-Wahlprogramm wird ergänzt um den Punkt: „Finanzielle Rahmenbedingungen“. Dieser Punkt wird vor dem Abschnitt „Bildung“ zu Beginn in Ziff. 1 eingefügt: Finanzielle Rahmenbedingungen In den kommenden Jahren werden auch in Schleswig-Holstein die geburtenstarken Jahrgänge der Bevölkerung aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Damit entwickelt sich das Verhältnis von arbeitender Bevölkerung zu Rentnern verstärkt ungünstig. (Auch die Pensionslasten der Beamtinnen und Beamten steigen, für die keine Altersvorsorge in den Haushalten getroffen wird.) Die Folge sind weniger Steuereinnahmen und höhere Ausgaben des Staates. Zudem werden Bevölkerung und Wirtschaft durch höhere Sozialabgaben belastet werden. Qualifizierte Zuwanderung kann diese Entwicklung mildern, aber nicht ausgleichen. Sonstige Migration wird hingegen die Haushalte zusätzlich belasten. Gleichzeitig zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass Deutschland und Europa an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Daraus ergeben sich ebenfalls Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Gleichwohl bedarf es verstärkter Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur und Forschung. Der Anteil der Investitionen am Haushalt muss zur Wohlstandssicherung steigen. Damit stellen die nächsten Jahre eine große Herausforderung für die Politik dar. Die Steuer- und Abgabenbelastung der Erwerbstätigen und Unternehmer ist in den letzten Jahren wieder kontinuierlich gestiegen. Die kalte Progression ist hier der bedeutendste Treiber. Bereits bei einem Bruttoeinkommen von derzeit 57.919 Euro wird der Spitzensteuersatz von 42 % erreicht, bei Ehepaaren sind es derzeit 115.838 Euro. Viele Bürger tragen folglich zusammen mit den Sozialabgaben (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) eine sehr hohe Abgabenquote. Hinzu kommen die verschiedenen indirekten Steuern wie die Mehrwertsteuer, die Benzinsteuern oder die Stromsteuer. Weitere Belastungen halten wir für nicht mehr vertretbar. Sie gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir setzen uns für einen Staat ein, der dem Bürger wieder mehr netto vom Bruttoeinkommen lässt. Alle wünschenswerten Staatsausgaben müssen sich diesem Rahmen unterordnen. Nur wenn wir es schaffen, dass Leistung und Unternehmergeist Wirtschaftswachstum schaffen, sind	Die Finanziellen Rahmenbedingungen geben den umfangreichen und fachkundigen Einzelvorschlägen ein Korsett und dienen gleichzeitig als roter Faden. Damit setzen wir uns auch Grenzen in unserem Ausgabenverhalten. Zudem wird das Thema Inflation aufgegriffen, das für alle Lebensbereiche der schleswig-holsteinischen Bürger von großer Bedeutung ist.	Ablehnung. Die konkreten Punkte werden im Kapitel 3 angesprochen. Überwiegend handelt es sich um Punkte, die auf Bundesebene entschieden werden. Als allgemeine Einleitung ist der Text zu sehr auf Finanz- und Steuerpolitik verkürzt.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						steigende Ausgaben des Staates zu verantworten. Das Ausgabenwachstum soll bei guter Konjunkturlage niedriger als das der Einnahmen bleiben. Wir bekennen uns aus Überzeugung zur Schuldenbremse. Der politische Wettbewerb will Ausgabenwünsche über Kredite finanzieren. In keinem Land der Welt ist dies längerfristig gut gegangen. Die späteren notwendigen Einschnitte waren dann umso schmerzhafter. Hohe Staatsschulden und die expansive Geldpolitik der EZB führen zu steigender Inflation. Erstmals seit Jahrzehnten erleben wir wieder eine Inflation von über 4 Prozent. Unser Einkommen verliert seine Kaufkraft. Führende Volkswirte sehen dies nicht als einmalige Erscheinung des Jahres 2021 an. Die Gefahr von länger andauernder Inflation ist gegeben. Inflation ist unsozial. Sie vernichtet neben dem Einkommen den Wert des von unseren Bürgern mühsam Ersparten, den mittlerweile nahezu zinslosen Einlagen. Dagegen führen die Wertpapierankäufe der EZB zu steigenden Preisen von Aktien, anderen Finanzmarktanlagen sowie Immobilien. Der Normalverdiener hat aber hiervon keinen Vorteil und die Gefahr, dass diese Blasen in den nächsten Jahren platzen, ist konkret vorhanden. Sobald die Zinsen steigen, wird dies die öffentlichen Haushalte massiv belasten. Deshalb muss die Inflationsbekämpfung jetzt vorausschauend mit moderaten, aber konsequenten Schritten beginnen. Die gesetzlich verankerte Verantwortung der EZB ist einzufordern.		
B4	1	119		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein	Finanzielle Rahmenbedingungen In den kommenden Jahren werden auch in Schleswig-Holstein die geburtenstarken Jahrgänge der Bevölkerung aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Damit entwickelt sich das Verhältnis von arbeitender Bevölkerung zu Rentnern verstärkt ungünstig. Auch die Pensionslasten der Beamtinnen und Beamten steigen, für die keine Altersvorsorge in den Haushalten getroffen wird. Die Folge sind weniger Steuereinnahmen und höhere Ausgaben des Staates. Zudem werden Bevölkerung und Wirtschaft durch höhere Sozialabgaben belastet werden. Qualifizierte Zuwanderung kann diese Entwicklung mildern, aber nicht ausgleichen. Sonstige Migration wird hingegen die Haushalte zusätzlich belasten. Gleichzeitig zeigen wissenschaftliche Untersuchungen, dass Deutschland und Europa an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Daraus ergeben sich ebenfalls Belastungen für die öffentlichen Haushalte. Gleichwohl bedarf es verstärkter Investitionen der öffentlichen Hand in die Infrastruktur und Forschung, der Anteil der Investitionen am Haushalt muss zur Wohlstandssicherung steigen. Damit stellen die nächsten Jahre eine große Herausforderung für die Politik dar. Die Steuer- und Abgabenbelastung der Erwerbstätigen und Unternehmer ist in den letzten Jahren wieder kontinuierlich gestiegen. Die kalte Progression ist hier der bedeutendste Treiber. Bereits bei einem Bruttoeinkommen von derzeit 57.919 Euro wird der Spitzensteuersatz von 42 % erreicht, bei Ehepaaren sind es derzeit 115.838 Euro. Viele Bürger tragen folglich zusammen mit den Sozialabgaben (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) eine sehr hohe Abgabenquote. Hinzu kommen die verschiedenen indirekten Steuern wie die Mehrwertsteuer, die Benzinsteuern oder die Stromsteuer. Weitere Belastungen halten wir für nicht mehr vertretbar, sie gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir setzen uns für einen Staat ein, der dem Bürger wieder mehr netto vom Bruttoeinkommen lässt. Alle wünschenswerten Staatsausgaben müssen sich diesem Rahmen unterordnen. Nur wenn wir es	Das CDU-Wahlprogramm wird ergänzt um den Punkt: „Finanzielle Rahmenbedingungen“. Dieser Punkt wird vor dem Abschnitt „Bildung“ zu Beginn in Ziff. 1 eingefügt: Die „Finanziellen Rahmenbedingungen“ geben den umfangreichen und fachkundigen Einzelvorschlägen ein Korsett und dienen gleichzeitig als roter Faden. Damit setzen wir uns auch Grenzen in unserem Ausgabenverhalten. Zudem wird das Thema Inflation aufgegriffen, das für alle Lebensbereiche der schleswig-holsteinischen Bürger von großer Bedeutung ist.	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						schaffen, dass Leistung und Unternehmergeist Wirtschaftswachstum schaffen, sind steigende Ausgaben des Staates zu verantworten. Das Ausgabenwachstum soll bei guter Konjunkturlage niedriger als das der Einnahmen bleiben. Wir bekennen uns aus Überzeugung zur Schuldenbremse. Der politische Wettbewerb will Ausgabenwünsche über Kredite finanzieren. In keinem Land der Welt ist dies längerfristig gut gegangen. Die späteren notwendigen Einschnitte waren dann um so schmerzhafter. Hohe Staatsschulden und die expansive Geldpolitik der EZB führen zu steigender Inflation. Erstmals seit Jahrzehnten erleben wir wieder eine Inflation von über 4 Prozent. Unser Einkommen verliert seine Kaufkraft. Führende Volkswirte sehen dies nicht als einmalige Erscheinung des Jahres 2021 an. Die Gefahr von länger andauernder Inflation ist gegeben. Inflation ist unsozial. Sie vernichtet neben dem Einkommen den Wert des von unseren Bürgern mühsam Ersparten, den mittlerweile nahezu zinslosen Einlagen. Dagegen führen die Wertpapierankäufe der EZB zu steigenden Preisen von Aktien, anderen Finanzmarktanlagen sowie Immobilien. Der Normalverdiener hat aber hiervon keinen Vorteil und die Gefahr, dass diese Blasen in den nächsten Jahren platzen, ist konkret vorhanden. Sobald die Zinsen steigen, wird dies die öffentlichen Haushalte massiv belasten. Deshalb muss die Inflationsbekämpfung jetzt vorausschauend mit moderaten, aber konsequenten Schritten beginnen. Die gesetzlich verankerte Verantwortung der EZB ist einzufordern.		
B5	1	121	f.	streiche und setze	CDU-KV Segeberg	Zeilen 121/122 an den Anfang stellen, dann anschließend Zeilen 119/120: Deshalb wollen wir....		Annahme
B6	1	122		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Uns leitet der Gedanke von Bildung aus einer Hand“ setze: „...über Lebensabschnitte hinweg denken, von der Kita bis zur Weiterbildung, denn...“	Die Bildungsangebote sind vielfältig und beim lebenslangen Lernen bestimmt nicht „aus einer Hand“.	Annahme in geänderter Fassung: streiche "einer Hand" und setze "einem Guss"
B7	1	124		streiche und setze	CDU-KV Segeberg	Zeile 124 für die gute Entwicklung „jedes Kindes“... im Verlaufe seines ...		Ablehnung. Es geht hier nicht nur um Kinder.
B8	1	127		streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „Aufstiegs-“		Annahme
B9	1	132		streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „gleichermaßen“		Annahme
B10	1	134		setze	Programmkommission	setze nach interdisziplinär "Bildung und"	Anregung durch den Kinderschutzbund	Annahme
B11	1	138		streiche und setze	CDU-KV Segeberg	streiche "gelingenden", setze „erfolgreichen“		Annahme
B12	1	139	f.	streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „entlang der Bildungsbiographie“ (Wiederholung aus 121)		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B13	1	140		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „auch“ zwischen „Schulen“ und „auf“		Annahme
B14	1	143		streiche und setze	CDU-KV Segeberg	„Kinder sind unsere Zukunft. Eltern an erster Stelle gemeinsam mit ... tragen dafür die Verantwortung. (Wichtig Eltern an erster Stelle statt zuvorderst)“		Annahme in geänderter Fassung: "Dabei tragen Eltern an erster Stelle für die Erziehung..."
B15	1	143	f.	streiche ersatzlos	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Dabei tragen zuvorderst Eltern für die Erziehung und Bildung ihrer Kinder gemeinsam mit Kita, Kindertagespflege und Familienzentren Verantwortung.“ Setze: „Dabei tragen zuvorderst Eltern insbesondere für die Erziehung ihrer Kinder Verantwortung, unterstützt von Kita, Kindertagespflege und Familienzentrum, die auch dem staatlichen Bildungsauftrag verpflichtet sind.“	Unser Grundgesetz ordnet die Verantwortung der Erziehung klar den Eltern zu. Lediglich in der DDR war das anders. Der Staat schafft daher hier nur unterstützende Angebote. Dies ist ein Fundament christlich-demokratischer Familienpolitik. Der Bildungsauftrag des Staates ist davon unberührt.	Ablehnung. Begründung ggf. mündlich.
B16	1	143		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Kinder sind unsere Zukunft (klar). Dabei tragen zuvorderst Eltern für die Erziehung und Bildung „gemeinsam“ mit Kita, Kindertagespflege und Familienzentren Verantwortung.	Das ist zumindest missverständlich. Eltern tragen „allein“ die Verantwortung. Das Einschreiten gegen deren Willen in besonderen Fällen ist ja gesetzlich gut geregelt. So sollten auch in den Zeilen 218 und 585 die Worte „verbindliche“ gestrichen werden, weil auch hier bedenkliche (sozialistische ?) Eingriffe in das Elternrecht abgeleitet werden könnten. Ein sehr kritisches Kapitel sind die von den linken Parteien geforderten „Kinderrechte“. Sie bergen die Gefahr, Konflikte zu schüren und Unfrieden in die Familien zu bringen, haben wohl auch das Ziel, das Wahlalter nochmal abzusenken, was wir ablehnen. Die Rechte der Kinder sind mit unseren Gesetzen sowie der Rechtsprechung geschützt. Im Übrigen sollten nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten hervorgehoben werden.	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B17	1	144		Ändere	CDU-KV Segeberg	Deshalb ... neuer Absatz		Annahme
B18	1	148		setze	CDU-KV Kiel	setze "gibt": „Die Barrierefreiheit der Einrichtungen ist uns zudem ein besonderes Anliegen.“		Ablehnung. An dieser Stelle inhaltlich nicht passend.
B19	1	153	165	streiche	CDU-KV Segeberg	Zeilen 153 – 165 streichen	a) Vergangenheit b) Viel Unmut darüber, weil Gruppenschließungen dadurch u.a.m.	Ablehnung. Die KiTa-Reform ist ein Erfolg der ablaufenden Legislaturperiode. Das sollte auch herausgestellt werden.
B20	1	164		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Es bleibt unser Ansporn, uns beim Fachkraft-Kind-Schlüssel bundesweit an die Spitze zu setzen.“ setze: „Bis 2027 wollen wir beim Fachkraft-Kind-Schlüssel eine Spitzenposition unter den deutschen Bundesländern einnehmen.“ (Dann auch unter „Konkret“ setzen nach Zeile 206) „Es bleibt unser Ansporn“ klingt bereits jetzt wie gewollt, aber nicht erreicht.		Annahme in geänderter Fassung: Zeile 164 streiche ab "Es..." und setze „Bis 2027 wollen wir beim Fachkraft-Kind-Schlüssel eine Spitzenposition unter den deutschen Bundesländern einnehmen.“ Setze in Zeile 198: "Wir wollen bis 2027 beim Fachkraft-Kind-Schlüssel bundesweit an der Spitze sein."
B21	1	169		setze	Programmkommission	setze nach Fachkräfte. „Dabei müssen wir neben der Gewinnung von neuen Fachkräften auch die Arbeitsbedingungen der vorhandenen Fachkräfte in den KiTas im Fokus haben.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B22	1	178		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Wir werden die Ausbildung im Bereich der Pflege- und Krankenberufe verbessern, indem wir diese Berufsgruppen von unnötiger Bürokratie entlasten. Wir werden ein klares Konzept für die Nachwuchsgewinnung in Kranken und Pflegeberufen gemeinsam mit den Arbeitgebern und den Angestellten ausarbeiten. Ausbildungsgänge in schulischer Ausbildung, im Bereich von systemrelevanten Berufen sollen dauerhaft vom Schulgeld befreit werden. Eine Ausbildungsvergütung wird angestrebt.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B23	1	190		setze	Programmkommission	setze hinter Krippenplätze. "Wir wollen weiterhin die Kommunen bei dem Ausbau von Krippen- und KiTa-Plätzen unterstützen und dazu auch Landesmittel zur Verfügung stellen."	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B24	1	194	196	streiche	CDU-KV Segeberg	streiche Zeilen 194-196		Ablehnung
B25	1	199		setze	CDU-KV Stormarn	setze: Wir werden die finanzielle Unterstützung (Land).....(weiter ausbauen streichen) übernehmen.	Erfolg ggf. mündlich	Ablehnung. Die KiTa-Finanzierung bleibt geteilte Verantwortung.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B26	1	204		streiche und setze	CDU-KV Segeberg	streiche: "-umfang", setze Betreuungsbedarf		Annahme
B27	1	207		setze	Programmkommission	setze neuen Bulletpoint: Wir wollen flexiblere Öffnungszeiten in Kitas ermöglichen, um sie an die Bedürfnisse erwerbstätiger Eltern anzupassen.		Annahme
B28	1	210		setze	Programmkommission	setze nach als auch die "Bildung und"	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B29	1	216	217	setze	CDU-KV Segeberg	setze: „In Kooperation mit Kita und Schule wollen wir...“		Annahme
B30	1	216		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „von ärztlichen und sonderpädagogischen Förderbedarfen....“	Erfolg ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: "von sonderpädagogischen Förderbedarfen"
B31	1	218		streiche	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche: „verbindliche		Annahme
B32	1	218		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „...verbindliche Förder(angebote)programme“	Erfolg ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme B31
B33	1	219		streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „in Kooperation“		Ablehnung
B34	1	224		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Kinder haben ein Recht auf Kindheit und spielerische Entwicklung. Mit einem BildungPlus-Programm wollen wir in den Kitas die Vorläuferfähigkeiten für das Lesen, den Schriftspracherwerb die Mathematik und den Zugang zu naturwissenschaftlichen Zusammenhängen fördern. Dabei sollen auch Medien- und Ernährungskompetenz frühzeitig vermittelt werden. Jedes Kind soll die Chance haben, frühzeitig und bestmöglich auf den Übergang von der Kita in die Schule vorbereitet zu werden.“		Ablehnung
B35	1	226		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Hierbei können in Schleswig-Holstein entwickelte und erprobte Fortbildungsprojekte für Naturwissenschaften in Kindertageseinrichtungen wie „Versuch macht klug“ oder „100 Elementarbegegnungen“ mit eingebracht werden.“		Annahme
B36	1	230		setze	CDU-KV Segeberg	setze: „Uns ist wichtig...“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B37	1	232		setze	Programmkommission	setze nach fördern. „Damit werden wir auch die Beteiligung von Kindern schon in der Kita weiter stärken.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B38	1	241		setze	Programmkommission	setze neuer Absatz nach Zeile 241: „Ebenso wie der Sport sind Kunst und Kultur wesentliche Bestandteile unsere Gesellschaft, die für Entwicklung der Kinder unter anderem eine wichtige soziale, gesundheitliche und emotionale Komponente darstellen. Ob Musik, Tanz, Sprache, Medien oder bildende Künste - Kinder sollen ab den ersten Jahren künstlerische Aktivitäten vermittelt bekommen. In diesem Zusammenhang wird angestrebt, die Vernetzungen mit außerschulischen kulturellen Einrichtungen zu verstärken. Dies sehen wir als weiterer Baustein für die qualitativ hochwertige Betreuung von Kindern in der Kita.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B39	1	242	246	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Auch die Natur und den Wald als Lebensraum bei uns im Land. (um den Zusammenhang zu den Nachhaltigkeitszielen herzustellen, sollte der Text ab Zeile 233 eingefügt werden): Kinder sollen in ihren ersten Lebensjahren ihre Umgebung näher kennenlernen. Mit regelmäßigen Ausflügen ins Watt, an den Strand, in den Wald oder auf den landwirtschaftlichen Betrieb kann das Interesse an einer intakten Umwelt geweckt werden. Zudem können durch Klimaschutzprojekte im letzten KiTa-Jahr die Kinder und ihre Eltern zu einem sensibleren Umgang mit unseren Ressourcen angeregt werden. Naturkindertagesstätten können ebenso ihren Beitrag leisten.“		Ablehnung
B40	1	256		setze	Programmkommission	setze nach implementieren: „und die Beteiligung von Kindern schon in der Kita weiter stärken.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B41	1	258	259	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir wollen zusammen mit den Kommunen und Verbänden den weiteren Ausbau von Naturkindertagesstätten fördern und Themen der nachhaltigen Entwicklung fördern.“		Annahme
B42	1	259		setze	Programmkommission	setze nach Zeile 257: „Wir wollen die Kooperationen mit außerschulischen kulturellen Einrichtungen ausbauen und stärken.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B43	1	260	261	streiche	CDU-KV Schleswig-	streiche: „Wir werden eine Professur für frühkindliche Bildung mit dualen Bachelorstudiengang und 260 Masterstudiengang einrichten.“	Begründung: Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollten alle Kräfte darauf verwendet werden, vorrangig den Mangel an pädagogischem Personal zu beheben. Deshalb	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Flensburg		sollten Aufwendungen für eine neue Professur zunächst hintenanstehen.	
B44	1	260		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Wir werden an der Europa-Universität Flensburg eine Professur für frühkindliche Bildung mit dualen Bachelorstudiengang und Masterstudiengang einrichten.“		Ablehnung. Auch an anderen Stellen wird vermieden konkrete Hochschulen für neue Professuren zu nennen.
B45	1	263		setze	CDU-KV Segeberg	setze: „mehr Zeit „für Bildung“, für die beste Vorbereitung....		Annahme
B46	1	264	266	streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „Deshalb... eingeführt.“		Ablehnung
B47	1	266		streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „Wir wollen mehr Zeit für Bildung. Danach Absatz.“		Annahme
B48	1	267	268	streiche und setze	CDU-KV Segeberg	ändere: „In der Gemeinschaftsschule soll vor allem ...“		Annahme
B49	1	274		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „...und Medienkompetenz.“	Erfolg ggf. mündlich	Annahme
B50	1	275		ändere	CDU-KV Segeberg	ändere Zeile 275 zu Zeile 263		Ablehnung
B51	1	276		streiche und setze	Programmkommission	streiche Zeilen 276 bis 278 und setze: „Die Basiskompetenzen jedes Kindes müssen möglichst früh und von klein auf gestärkt werden. Dazu brauchen wir gut handhabbare diagnostische Instrumente, eine frühzeitige Dokumentation von Stärken und Schwächen, um mögliche Förderbedarfen ohne jegliche Stigmatisierung frühzeitig zu erkennen und durch passende Förderangebote so weit wie möglich gezielt auszugleichen.“		Annahme
B52	1	284		streiche und setze	Programmkommission	streiche „mit Sportvereinen und -verbänden“ und setze "zum Beispiel mit Volkshochschulen, Sportvereinen und -verbänden"	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B53	1	285		setze	CDU-KV Stormarn	„Dabei sollen zur Leistungsförderung schul- und schulartübergreifende Bewegungsangebote, z.B. Jahrgangsmannschaften/Trainingsgruppen in Ballsport- oder Individualsportarten möglich sein, so dass in einer Region die größeren Sportarten ermöglicht werden.“	Es ist wichtig, dass diese zusätzliche Bewegungsstunden auch Schulübergreifend stattfinden können müssen, denn sonst gibt es keine Bewegungsvielfalt, sondern nur in jeder Schule eine Fußball AG oder - schlimmer - eine nicht sportorientierte Bewegungsstunde. Dabei ist diese Idee ausgesprochen sinnvoll, sie	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							ermöglicht auch eine Leistungsförderung von bewegungsbegabten Kindern. Deshalb ist die schulübergreifende Bewegungs-AG auch so wichtig.	
B54	1	290		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze hinter: „...alle Abschlüsse vorbereiten.“: „Auch, um die Anzahl an Schulabgehenden ohne Schulabschluss zu reduzieren, ist es für uns wichtig, dass alle Schülerinnen und Schüler an den Gemeinschaftsschulen sowohl an den Prüfungen des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses, als auch des Mittleren Schulabschlusses teilnehmen.“	ggf. mündlich	Annahme
B55	1	302	ff.	setze	Programmkommission	setze neuer Absatz nach Zeile 302: „Zu den Zukunftskompetenzen gehören aber neben der Digitalisierung auch weitere Fähigkeiten. Wir wollen den Fremdsprachenunterricht an unseren Schulen weiter stärken und dabei auch neue Modelle ausprobieren. Dazu gehört zum Beispiel der bilinguale Unterricht sowie der herkunftssprachliche Unterricht. Gerade für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund wollen wir Sprachangebote der Herkunftsländer gezielt ausbauen. Daneben brauchen wir in den großen Städten des Landes auch internationale Schulangebote.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B56	1	308		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Schülerinnen und Schüler sollen ökonomische Bildung und Gründergeist kennenlernen und sich dafür begeistern. Daher haben wir das Konzept Entrepreneurship Education auf den Weg gebracht, das neben Anpassungen in den Fachanforderungen auch konkrete Projekte und Aktionen initiiert. Diese Aktivitäten sollen landesweit umgesetzt werden. Ebenso wollen wir schulische sowie außerschulische MINT-Strukturen wie Schülerlabore und die MINT-Akademie, das Multimar Wattforum Tönning und die Phänomena Flensburg zur Vernetzung von Schule mit Hochschulen und Unternehmen sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung (siehe 5.2) stärken.“		Annahme
B57	1	311		setze	Programmkommission	setze nach umgesetzt werden: "Entrepreneurship Education ist dabei für uns mehr als Bildung für mehr Unternehmertum, es geht darum Schülerinnen und Schüler in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen und Selbstständigkeit zu vermitteln sowie das Denken in Projekten zu fördern"	"Entrepreneurship Education soll erklärt werden	Annahme
B58	1	312		setze	Programmkommission	setze in 312 nach MINT-Strukturen: (MINT steht für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)	Ergänzung der Erklärung für MINT	Annahme
B59	1	313		streiche	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...sowie die Bildung für nachhaltige Entwicklung stärken.“	Das passt hier nicht hin, denn es geht in dem Absatz um Gründergeist und MINT-Exzellenzen. Anstatt in allen Bildungsabschnitten (auch Zeile 255) „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ einzeln	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							zu erwähnen, gehört dies in den Abschnitt Nachhaltigkeit (5.2.)	
B60	1	313		setze	Programmkommission	setze nach Zeile 313 als neuen Absatz: „Ebenso liegt uns die kulturelle Bildung in der Schule am Herzen. Außerschulische kulturelle Lernorte sollen ihren Stellenwert behalten und als besondere Lehrräume für unsere Schülerinnen und Schüler dienen. Eine Vernetzung mit kulturellen außerschulischen Akteuren soll ausgebaut und vertieft werden.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B61	1	313		setze	Programmkommission	setze nach Zeile 313 als neuen Absatz: "Wir unterstützen die Schulen in freier Trägerschaft. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahre die Ersatzschulförderung erheblich ausgeweitet. Wir wollen diese Schulen noch besser bei der Unterrichtsgenehmigung und beim Fachkräftemangel unterstützen. Daher werden wir ein Konzept entwickeln, das erleichterte Zugangsbedingungen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Qualitätsstandards bei der beruflichen Qualifizierung von Fachkräften ermöglicht."		Annahme
B62	1	314		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze als neuen Absatz: „Ein großes Problem ist die jugendliche Überschuldung, die oft durch unüberlegte Ratenkäufe, kostspielige Abos oder Steuerschulden ihren Anfang nehmen. Daher ist im Schulunterricht ein Schwerpunkt auf „praktischen Wirtschaftsunterricht“ zu legen, um junge Menschen auf diese lebensnahen Herausforderungen des Erwachsenseins vorzubereiten.“		Ablehnung (Thema aufgenommen, in Z. 517)
B63	1	326		setze	CDU-KV Pinneberg	setze als weiteren Spiegelstrich: „Unser Ziel muss es sein, dass im Rahmen dieser Bewegungsstunde dort wo es die Infrastruktur bereits gibt, die Schwimmbildung ab der 2. Klasse beginnt.“		Ablehnung
B64	1	327	328	streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche Bulletpoint und setze „Wir werden in der Ganztagsbetreuung mindestens eine Bewegungsstunde pro Woche an allen Grundschulen einführen.“	ggf. mündlich	Annahme
B65	1	327		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	streiche von „Wir wollen“ bis „Schritt“ und setze „Wir wollen innerhalb der Ganztags- und Betreuungsangebote mindestens“		Ablehnung. Wird im Fließtext erläutert.
B66	1	330		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Grundschulen und weiterführenden Schulen für den Übergang der Schülerinnen und Schüler stärken.“	ggf. mündlich	Annahme
B67	1	337		streiche	Junge Union	streiche: "schrittweise"	ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein			
B68	1	337		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuer Bulletpoint: „Die verpflichtende Teilnahme am Ersten allgemeinbildenden Schulabschluss, sowie am Mittleren Schulabschluss an den Gemeinschaftsschulen werden wir einführen.“	ggf. mündlich	Annahme
B69	1	343		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: "und vergleichbare Förderungen auch an Grundschulen initiieren."	ggf. mündlich	Annahme
B70	1	343		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „MINT-Akademie nicht nur weiter ausbauen, sondern auch evaluieren, um mögliche Schwachstellen anzupassen.“		Annahme in geändertere Fassung: "ausgebaut sowie evaluiert."
B71	1	343		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	streiche und setze: „Die MINT-Akademie und Schülerlabore sowie weitere außerschulische Lernorte werden weiter ausgebaut, außerdem sollen die bisherigen Angebote evaluiert werden, um mögliche Schwachstellen anzupassen.“		Erledigt durch Annahme B70
B72	1	345		setze	CDU-KV Segeberg	setze: „Wir werden für die Grund- und weiterführenden Schulen mindestens bis Klasse 7 die tägliche Sport-/Bewegungsstunde auf den Weg bringen.“		Ablehnung. Bereits die Einführung in der Grundschule ist ein ambitioniertes Ziel.
B73	1	354		streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „z. B.“		Annahme
B74	1	373		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: „Leistungsmessung“, und setze „Leistungsbewertung“	ggf. mündlich	Annahme
B75	1	373		setze	Programmkommission	setze vor Leistungsmessung: "Verfahren digitaler Diagnostik"	Anregung durch den Kinderschutzbund	Annahme
B76	1	374		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass allen Schülerinnen und Schülern ein digitales Endgerät zur Verfügung steht. Den Schülerinnen und Schülern, bei den dies nicht über das Elternhaus abgedeckt werden kann, stellen wir ein digitales Endgerät zur Verfügung. Damit leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit.“	ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B77	1	380		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Wir wollen Informatik als Schulfach in der Lehrkräfteausbildung fest verankern und das Angebot der Studienplätze auch an der Europa-Universität ermöglichen.“		Annahme
B78	1	381		setze	CDU-KV Kiel	setze nach ‚altersgerecht‘: „und fähigkeitsbasiert“		Annahme
B79	1	383		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Bedürftigen Schülerinnen und Schülern werden wir digitale Endgeräte zur Verfügung stellen.“	ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: "Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf werden wir digitale Endgeräte zur Verfügung stellen."
B80	1	383		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Dabei ist für uns das Erlernen der Lesekompetenz, Rechtschreibung und Handschrift weiterhin essentieller Bestandteil der Schulbildung.“	ggf. mündlich	Annahme
B81	1	384	385	streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: "Wir wollen Schulbücher nur, wo es möglich und sinnvoll ist bis spätestens 2025 durch E-Books und digitale Medien ersetzen." setze: „Dennoch soll weiterhin die Möglichkeit bestehen, Schulbücher im Print-Format auszuleihen.“	ggf. mündlich	Ablehnung
B82	1	384	385	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche: "ersetzen" setze: „ergänzen“.	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B83	1	384	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche und setze: „Wir wollen Schulbücher durch den Einsatz von digitalen Medien ersetzen.“	Die Lust am Lesen hat in den letzten Jahren bei Kindern und Jugendlichen leider sehr stark abgenommen. Der Einsatz des klassischen Buches im Bereich der Schule kann dieser Entwicklung entgegenwirken. Sofern nur noch digitale Medien genutzt werden, droht bei den Schülern jeder Bezug zum Buch in Papierform verloren zu gehen. Damit drohte ein wesentlicher Bestandteil unserer Kultur verloren zu gehen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass viele Verlagshäuser eine beschleunigte Entwicklung hin zur ausschließlichen Nutzung	Ablehnung bzw. erledigt durch Ablehnung B79 und Annahme B82

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							digitaler Medien nicht verkraften und aus dem Markt austreten.	
B84	1	384		ergänze	CDU-KV Nordfriesland	ergänze: „Die dazu erforderliche Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten für Schülerinnen und Schüler sowie für Lehrkräfte werden wir vorantreiben und die Schulträger bei der Organisation der technischen Betreuung unterstützen.“		Erledigt durch B76
B85	1	385		setze	CDU-KV Segeberg	streiche: "ersetzen" und setze: "ergänzen"	Das klassische Buch sollte nicht gänzlich das Klassenzimmer verlassen.	Erledigt durch Annahme Antrag B82
B86	1	388		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche und setze: „Wir wollen Formen digitaler Leistungsbewertung bei digitaler Lernsoftware weiterentwickeln und implementieren, wobei sämtliche Vor- und Nachteile bewertet werden.“	ggf. mündlich	Annahme
B87	1	390	392	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze nach Zeile 392: „Dazu werden wir die Kosten für die Wartung der Digitalgeräte und für Schulung des Lehrkörpers übernehmen.“		Ablehnung. Das ist bereits der Fall.
B88	1	392		streiche	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: „oder vergleichbare Lösungen schaffen“	ggf. mündlich	Annahme
B89	1	392		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Dazu werden wir die Einstellung von Systemadministratoren oder die Vergabe an externe Dienstleister durch die Schulträger für die digitale Technik fördern.“	ggf. mündlich	Annahme
B90	1	393		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche und setze: „Wir werden alle Schulen schnellstmöglich an die Schulcloud anschließen und diese stetig weiterentwickeln.“	ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung. setze nach" angebunden": "und diese stetig weiterentwickeln"
B91	1	401		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: „überprüfen und überarbeiten“, und setze „weiterentwickeln“	ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B92	1	402		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Wir wollen ein Landesprogramm für die Unterstützung von lokaler Schul-IT auf den Weg bringen.“		Erledigt durch Annahme B76 und B89
B93	1	402		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	streiche „überprüfen und überarbeiten“ setze „weiterentwickeln“		Ablehnung
B94	1	403		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Noten und Zwischenstände sollen allen Schülerinnen und Schülern digital zur Verfügung gestellt werden.“	ggf. mündlich	Ablehnung
B95	1	417	419	streiche	CDU-KV Segeberg	streiche Zeilen 417 – 419	stimmt nur auf dem Papier, nicht in der Wirklichkeit	Ablehnung
B96	1	420		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die Lehrkräftegewinnung und die langfristige Bindung von Lehrkräften gerade in den MINT-Fächern bleibt....“	Nicht nur die Neugewinnung ist wichtig. Leider verlassen auch viele Lehrkräfte die Schulen, die aufgrund von schlechten Arbeitsbedingungen frustriert in andere Bereiche wechseln. Durch die Verbesserung von Arbeitsbedingungen müssen auch bestehende Lehrkräfte gebunden werden.	Annahme
B97	1	430		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „....Data Science sowie Psychologie sollen in allen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B98	1	444		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	streiche und setze: „Wir werden die Allianz für Lehrkräftebildung dabei unterstützen, Maßnahmen zur Verbesserung der Lehramtsausbildung und zur Gewinnung von Lehrkräften mit einer fundierten didaktischen Ausbildung für alle Schularten auf den Weg zu bringen.“		Annahme
B99	1	452		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze Leerzeile nach "nachweisen.“	ggf. mündlich	Annahme
B100	1	452		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche u. setze neuen Bulletpoint: „Es wird ein zusätzlicher Schulentwicklungstag eingeführt, der verbindlich einmal pro Schuljahr zum Thema digitale Bildung durchgeführt wird.“	ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B101	1	459		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir werden ein Lehramtsstudium mit dem Studienfach Informatik gesondert fördern.“	ggf. mündlich	Ablehnung
B102	1	466		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze nach werden: „Darum werden wir auch den heimatkundlichen Unterricht als Lernfach der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein bewusst betonen, indem wir den Begriff Heimat, der aus der Fächerbezeichnung des Sachunterrichts in der letzten Legislaturperiode entfallen ist, wieder einführen.“ Wir werden in einem Dialogprozess ..	2019 hat die Kultusministerin unseres Landes die Fächerbezeichnung des Sachunterrichts der Nomenklatur der Kultusministerkonferenz angepasst und infolgedessen den Begriff Heimat aus der Benennung des Grundschulfaches herausgenommen. Der Begriff „Heimat“ mag für manche kleinkariert und provinziell klingen und doch schafft er für Menschen aller Hautfarben und Glaubensrichtungen Zufriedenheit und das kleine Glück vor Ort. Heftig ist jenen zu widersprechen, die behaupten, Heimat verhindert die Integration von Flüchtlingen, beeinträchtigt europäisches Denken, oder, was sogar dreist ist, leistet der AfD Vorschub. Das Bekenntnis zur Heimat gehört zum Markenkern der Union, wie prominente CDU Politiker und viele Leserbriefschreibende 2019 mit ihrer Kritik an der Entscheidung der Kultusministerin kundgetan haben: shz vom 21.09.2019 Landtagspräsident Schlie: Die Vermittlung dessen, was Heimat bedeutet, muss ein wesentlicher Bestandteil des Unterrichts sein. Dabei kommt es mir weniger auf die plakative Überschrift, sondern ganz entscheidend auf die Unterrichtsinhalte an. ... Dazu gehören historische, geografische, naturräumliche und weitere identitätsprägende	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Aspekte. ... Für unbedingt notwendig halte ich auch eine viel stärkere Gewichtung der Landesgeschichte. Johannes Callsen: Es ist bedauerlich, dass Heimat nicht mehr in der Überschrift stehen soll ... zumal dies heute kein ausgrenzender Begriff mehr ist, sondern Vielfalt meint. shz 24.09.2019 Wolfgang Börnsen: Sie fallen vielen Bürgern in den Rücken shz vom 25.09.19 Leserbrief von Prof. Dr. Dr. Giebler Der Mensch ist ein soziales Wesen und leitet seine Identität vom Geburtsort, der Familie und von den interkommunikativen heimatlichen Bezügen ab. Heimat hat einen Ortsbezug und einen sozial emotionalen, ist immateriell, aber nicht ortslos. Heimatlose sind somit Entgrenzte. Da Heimat emotional erlebbar ist, können Fremde, so sie wollen, überall eine Heimat finden, wenn sie sich sozial verankern ... Heimatkunde ist das Erleben von Heimat in uns selbst und bei anderen in der Klassengemeinschaft. Heimatkunde informiert den Fremden über die Wertschätzung von uns selbst und anderen und regt den Heimatvertriebenen an, sich dieser Wertschätzung anzugleichen. shz 26.09.19 Leserbrief Dr. Volker Sprenkemann: Wer in unserer scheinbar rationalen Welt diesen emotionalen Begriff abschaffen will, schadet vielen	

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Menschen und begeht eine Riesendummheit. Leserbrief Dr. Dieter Andresen: ... folgenreicher politischer Fehler ... entwertet den Einsatz zahlloser Initiativen und Einzelpersonen für ein bekömmliches Zusammenleben vor Ort. ... Respekt vor der Schöpfung ... Achtung vor dem Nächsten ... Mitbürgern verschiedener Herkunft ... Mit dem Rückzug von dieser Aufgabe wird das Lernfeld Heimat gerade nicht selbstbewusst kritisch bestellt, sondern den Identitäts-Schwaflern und Rechtspopulisten zum Missbrauch freigegeben. shz 27.09.19: Leserbrief Boje Maaßen: Börsens Engagement erweitere ich durch eine ökologische und anthropologische Dimension: Heimat ... ökologische Notwendigkeit und das heißt Konzentration der Lebenstätigkeiten auf die Region um den Ort: Wohnen, Arbeit, Konsum, Kultur, Kirche, Ärzte bis zu Gastwirtschaften gehören hierhin. ... gehören alle Menschen, die dort wohnen, sich zu dieser Heimat hingezogen fühlen und Verantwortung übernehmen. ... anthropologische Begründung ... Der Mensch lebt gleichzeitig in einer objektiven (tendenziell in der ganzen Welt, wie sie beispielsweise das Fernsehen vermittelt) und einer subjektiven Welt. Die subjektive Welt ist begrenzt und der Kern der Heimat. Mein Fazit: Wer Heimat als	

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							überflüssig ansieht, bloß weil sie nicht empirisch beweisbar ist, ignoriert die Möglichkeiten vollen Menschseins. Die Senioren-Union meint: Mit der Streichung des Begriffs Heimat und gleichzeitiger Versagung ihres inhaltlichen Lernstoffes wird in der Konsequenz tausenden von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes in den Rücken gefallen, die sich der aktiven Tätigkeit für ihre Heimat, ob vor Ort oder im Lande, verschrieben haben. Diese Menschen begreifen Heimat als lebendige Nachbarschaft. Sie leisten diesen Bürgerdienst zumeist ehrenamtlich, offen für alle, mit Hingabe für ihre Heimat. Wolfgang Börnsen MdB aD, Vorsitzender der Landes-Senioren-Union: Mit der politischen Entscheidung „Heimat“ offiziell aus der Schule auszugrenzen, sind indirekt auch die vielen Hunderten von Brauchtums-, Bürger-, Gesangs- und Heimatvereinen, sowie die vielen Bürgerinitiativen betroffen, die sich verantwortungsbewusst an der Gestaltung unseres Gemeinwesens einbringen. Sie alle, und viele Einzelpersonen, sind es, die mit Respekt vor der Schöpfung und Achtung vor dem Nächsten für den Naturschutz sorgen, für die Artenvielfalt eintreten, aber auch für die Sicherung von Traditionen, Kultur und Bildung in ihrer Nähe. Bislang war dieses in jedem Grundsatzprogramm der CDU nachlesbar. Kein CDU Landesvorsitzender	

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							verzichtet bei großen Reden, für den Gedanken der Heimat zu werben. Kommende Schülergenerationen sollen nicht „heimatlos“ aufwachsen. Wir wollen nicht das Feld Populisten überlassen, die missbräuchlich mit dem Heimatbegriff umgehen. Die vielen Engagierten in Schleswig-Holstein, die ihre nahe und ferne Heimat mitbauen und mitgestalten, haben es nicht verdient, dass die Politik ihnen den Boden unter ihren Füßen wegzieht.	
B103	1	467		setze	Programmkommission	setze nach für eine gute: „Bildung und“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B104	1	474		setze	Programmkommission	Ersetze nach Z. 474: „Schleswig-Holstein war mit seinem erfolgreichen Perspektivschul Programm Blaupause für das Startchancen-Programm der Ampel-Koalition auf Bundesebene.“		Annahme
B105	1	485		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze ein: „Dabei muss auch geklärt sein, wie die Schülerinnen und Schüler an die außerschulischen Lernorte gelangen. Eltern sowie Lehrer dürfen die Beförderung dabei aus versicherungsrechtlicher Sicht nicht übernehmen. Der normale Linienverkehr ist für solche Aktivitäten üblicherweise auf dem Land nicht nutzbar. Daher wollen wir, dass das Land diese Beförderung, bei einem zu zahlenden Eigenanteil des Schulträgers, fördert.“		Ablehnung
B106	1	485		setze	Programmkommission	setze nach genügen: „Bei der Entwicklung von Ganztagsangeboten wollen wir besonders auch kleine Schulstandorte unterstützen und hier, wenn notwendig flexiblere Lösungen finden.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B107	1	487		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...mit regionalen Produkten...“ setze: „mit saisonalen Produkten“	Wir sollten unsere vielbeschworene kulturelle Offenheit nicht am Herd enden lassen. Wenn es um Nachhaltigkeit geht, spielt Saisonalität die größere Rolle gegenüber der Regionalität.	Annahme in geänderter Fassung: "saisonale und regionale Produkte"

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B108	1	493		setze	CDU-KV Kiel	setze nach ,ist': „Belange der Herstellung auch einer verstärkten baulichen Barrierefreiheit wollen wir dabei berücksichtigen.		Annahme
B109	1	494	vor 494	setze	CDU-KV Segeberg	setze: „Erfolgreiches Lernen kann nur mit ausreichender Bewegung umgesetzt werden. Deshalb sind auch in den Ganztags sportliche und bewegungsmotivierende Aktivitäten einzubauen."		Erledigt durch Bewegungsstunde aus den Zeilen 281 ff.
B110	1	497		setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir werden die Schulträger beim Schulbau auch über 2023 hinaus unterstützen -> auch über 2023 hinaus fördern."		Annahme in geänderter Fassung: "...unterstützen und fördern..."
B111	1	501		setze	CDU-Ortsverband Eutin	setze in Zeile 501 nach dem Ende des 1. Satzes: „Kriteriengeleitete und damit nachvollziehbare Antrags- und Genehmigungsverfahren werden dabei helfen, die Landesmittel optimal und zielgerecht zu vergeben. Sanierungskosten, die in den Aufgabenbereich der Schulträger fallen werden grundsätzlich nicht gefördert."	Mit dieser Formulierung soll sichergestellt werden, dass Trägern von Schulen bereits bei der Antragsstellung die späteren Entscheidungsgrundlagen des Landes bei der Vergabe der Landesmittel bekannt sind. Es soll damit auch ausgeschlossen werden, dass Schulträger, die in der Vergangenheit ihren Unterhaltungspflichten für die Schulgebäude nachgekommen sind, keinerlei Nachteile entstehen. Gefördert werden sollen nur Modernisierungskosten, die zu einer nachhaltigen fachlichen Verbesserung des Unterrichtsangebotes führen. Die Landesregierung schafft damit Kriterien, nach denen die Fördermittel durch stichhaltige Parameter verteilt werden, als wie bislang einzig und allein die Schülerzahl für das jeweilige Gebiet zugrunde zu legen. So wird dieses "Gießkannenprinzip" wieder verpuffen und nur "ein Tropfen auf den heißen Stein sein". Vielmehr hätte das Bildungsministerium einmal eine Matrix erstellen sollen, in der von vornherein vor der Mittelverteilung weitere Kriterien eine Bezugsgröße spielen, wie beispielsweise die des tatsächlichen Einzugsgebietes	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							an Schülerinnen und Schülern, der aktuellen Situation (bereits auf dem Weg zur Schulsanierung und/oder zum Schulneubau) der Gemeinde, der Höhe der tatsächlichen Investitionen, der Zukunftsfähigkeit und der Standortfrage. Selbstredend gibt es noch weitere zu berücksichtigende Parameter. Ebenso müssen auch Neubauten gefördert werden. Nach Erstellen dieser Matrix werden dann die Gelder auf eine begrenzte Anzahl an Gemeinden verteilt, damit die jeweilig geförderte Kommune auch die Vorhaben nicht nur "auf Pump" wirklich realisieren kann und tatsächlich genügend Fördermittel erhält. Was sind maximal 3 Mio Förder-summe bei einem Investitionsvolumen von bis zu 70 Mio., wie bspw. in Eutin für zwei notwendige Neu- bzw. Ersatzbauten. Projekte der Da-seinsfürsorge müssen auskömmlich gefördert werden.	
B112	1	502	f.	setze	CDU-KV Segeberg	setze Zeile 503: „begleiten und beraten.“		Annahme
B113	1	510		setze	CDU-KV Kiel	setze: „Daneben wollen wir uns dafür stark machen, dass an diesen Schulen auch ein Frühstücksangebot gemacht wird.“		Annahme
B114	1	512		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Die Kosten für Menstruationsartikel und auch die mit der Menstruation oft verbundene Unsicherheit, können dazu führen, dass Schülerinnen dem Schulunterricht fern bleiben. Um diesem vorzubeugen, werden wir ein Pilotprojekt zur Unterstützung von kostenlosen Hygieneartikeln an weiterführenden Schulen einrichten.“	ggf. mündlich	Annahme
B115	1	516		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir setzen uns dafür ein, bundesrechtlich die Möglichkeiten für die Kommunen zu erleichtern, auch vor Schulen bzw. im Verlauf von Schulwegen in Tempo 30-Zonen Fußgängerüberwege („Zebrastreifen“) einzurichten.“	In den einschlägigen Rechtsvorgaben (Richtlinien für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen, R-FGÜ 2001) ist festgelegt, dass Fußgängerüberwege in Tempo 30-Zonen „in der Regel entbehrlich“ sind. In begründeten Ausnahmefällen ist die Einrichtung eines Fußgängerüberweges	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							innerhalb von Tempo 30-Zonen möglich. Forderungen von Eltern, auch auf Schulwegen innerhalb von Tempo 30-Zonen „Zebrastreifen“ einzurichten, wenn dies aufgrund spezifischer lokaler Gegebenheiten sinnvoll erscheint, werden von Kommunen regelmäßig mit Verweis auf diese Rechtslage abgelehnt. Unverständlich für Bürgerinnen und Bürger ist es insbesondere, wenn in einem Wohngebiet bzw. Schulumfeld Fußgängerüberwege, die vor der Schaffung einer Tempo 30-Zone eingerichtet wurden, Bestandschutz genießen, eine Neuanlage von Zebrastreifen in räumlicher Nähe nach Einrichtung der Tempo 30 Zone aber abgelehnt wird. In vielen Fällen ist es jedoch aufgrund der örtlichen Situation sinnvoll, auch innerhalb einer Tempo 30-Zone und auch bei relativ geringem Verkehrsaufkommen einen „Zebrastreifen“ in Schulumfeld neu einzurichten. Eine Klarstellung, dass die Neuanlage von Fußgängerüberwegen zur Schulwegsicherung in Tempo 30-Zonen nicht grundsätzlich abzulehnen ist und in diesen Fällen auch nicht die Untergrenzen hinsichtlich des Verkehrsaufkommens vorauszusetzen sind, sollte durch eine Änderung in den einschlägigen Rechtsvorgaben deutlicher verankert werden. Hierfür sollten wir uns als CDU einsetzen.	
B116	1	516		streiche und setze	CDU-KV Segeberg	streiche „definieren“ und setze: „und durch geeignete Maßnahmen abstellen.“		Annahme
B117	1	516		setze	Programmkommission	setze im Anschluss: "Dazu gehören zum Beispiel auch Elternparkplätze. Wir wollen an Schulen "Kiss and Go"-Haltemöglichkeiten schaffen, die die Verkehrssicherheit erhöhen."	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B118	1	517		setze	CDU-Ortsverband Eutin	setze: „Im Rahmen der aufgelegten Schulbauförderprogramme erstellt das Bildungsministerium eine Matrix, in der von vornherein vor der Mittelverteilung an die Schulen neben den Schülerzahlen weitere Kriterien eine Bezugsgröße darstellen. Diese Kriterien werden ebenso wie die internen Entscheidungswege der Mittelvergabe den antragsstellenden Schulen transparent und nachvollziehbar vermittelt. Neben Ersatzbauten werden auch Neubauten gefördert.“	Mit dieser Formulierung soll sichergestellt werden, dass Trägern von Schulen bereits bei der Antragsstellung die späteren Entscheidungsgrundlagen des Landes bei der Vergabe der Landesmittel bekannt sind. Es soll damit auch ausgeschlossen werden, dass Schulträger, die in der Vergangenheit ihren Unterhaltungspflichten für die Schulgebäude nachgekommen sind, keinerlei Nachteile entstehen. Gefördert werden sollen nur Modernisierungskosten, die zu einer nachhaltigen fachlichen Verbesserung des Unterrichtsangebotes führen. Die Landesregierung schafft damit Kriterien, nach denen die Fördermittel durch stichhaltige Parameter verteilt werden, als wie bislang einzig und allein die Schülerzahl für das jeweilige Gebiet zugrunde zu legen. So wird dieses "Gießkannenprinzip" wieder verpuffen und nur "ein Tropfen auf den heißen Stein sein". Vielmehr hätte das Bildungsministerium einmal eine Matrix erstellen sollen, in der von vornherein vor der Mittelverteilung weitere Kriterien eine Bezugsgröße spielen, wie beispielsweise die des tatsächlichen Einzugsgebietes an Schülerinnen und Schülern, der aktuellen Situation (bereits auf dem Weg zur Schulsanierung und/oder zum Schulneubau) der Gemeinde, der Höhe der tatsächlichen Investitionen, der Zukunftsfähigkeit und der Standortfrage. Selbstredend gibt es noch weitere zu berücksichtigende Parameter. Ebenso müssen auch Neubauten gefördert werden. Nach Erstellen dieser Matrix werden dann die Gelder auf eine begrenzte Anzahl an Gemeinden	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							verteilt, damit die jeweilig geförderte Kommune auch die Vorhaben nicht nur "auf Pump" wirklich realisieren kann und tatsächlich genügend Fördermittel erhält. Was sind maximal 3 Mio Förder-summe bei einem Investitionsvolumen von bis zu 70 Mio., wie bspw. in Eutin für zwei notwendige Neu- bzw. Ersatzbauten. Projekte der Daseinsfürsorge müssen auskömmlich gefördert werden.	
B119	1	521		setze	CDU-KV Segeberg	setze als zweiten Spiegelstrich: „Wir setzen uns dafür ein, gesundheitsfördernde Maßnahmen wie gesunde Ernährung, ausreichend Bewegung, Prävention in den Ganztags zu integrieren.“		Annahme
B120	1	521		setze	Programmkommission	setze in Zeile 521 als neuen Punkt: „Wir möchten eine gute Verzahnung der Ganztagsangebote mit außerschulischen Organisationen und Einrichtungen. Dazu wollen wir Träger der Jugendhilfe, Partner der außerschulischen kulturellen Bildung und des Sportes sowie aus dem Vereins- und Verbandwesen in das Ganztagsangebot mit einbinden.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B121	1	522		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Raum- und Personalkapazitäten finanziell unterstützen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B122	1	531		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „...fortsetzen und erweitern“.	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B123	1	538	539	Ändere	CDU-KV Schleswig-Flensburg	Dieser Punkt passt gut zu 8.8 Zuwanderung und Integration, anstatt zu 1.7 Schule als Lernort: "Wir setzen uns für ein erweitertes Sprachangebot für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache bei Eltern von Grundschülerinnen und Grundschülern ein."	Wir setzen uns für ein erweitertes Integrations- und Sprachangebot für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache bei Eltern von Grundschülerinnen und Grundschülern ein. Ab Zeile 4932 setze-und ggfs. noch einmal mal erwähnen	Annahme in geänderter Fassung: setze den Absatz auch in 8.8 in Zeile 4906: Wir setzen uns für ein erweitertes Sprachangebot für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache bei Eltern von Grundschülerinnen und Grundschülern ein. (siehe 1.7)
B124	1	540		setze, Folgeantrag	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint "Wir werden ein Pilotprojekt für kostenlose Hygieneartikel an weiterführenden Schulen initiieren."	ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B125	1	550		setze	Programmkommission	setze nach Miteinander: „Spiel, Erholung, Sport“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B126	1	554		streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche und setze: Hand in Hand im Schulalltag: Interdisziplinäre Betreuung sicherstellen -> Hand in Hand im Schulalltag: Interdisziplinäre Betreuung ausbauen		Annahme in geänderter Fassung: "Hand in Hand im Schulalltag: Multiprofessionelle Betreuung ausbauen sowie streiche in 544 interdisziplinäre und setze multiprofessionelle"
B127	1	560		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Dazu wird die Koordination, Aufsicht, Einrichtung und Aufgabendefinition durch das Land übernommen. Die Schulsozialarbeit geht damit in die Trägerschaft des Landes über.“	Es fehlt an einer gesetzlichen Regelung der Schulsozialarbeit (SSA), in der die Aufgaben beschrieben und definiert werden. Durch die Einbindung in das System Schule auf das die Träger keinen Einfluss haben befindet sich die Schulsozialarbeit in einer Aufgabengrauzone. Die SSA leisten wichtige Arbeit, aber sie geht nach unserer Auffassung doch deutlich über ihren Kernauftrag hinaus. Es ist nicht die Aufgaben von SSA Eltern beim Gang zum Sozialamt zu begleiten oder mit Ihnen Anträge auszufüllen. Einer Diskussion über die Aufgabenfelder von SSA entzieht sich Schule, weil dies in den inneren Organisationsbereich von Schule betrifft. Daher muss der gesamte Komplex SSA in die Betreuung und die Beaufsichtigung durch das Land übernommen werden. SSA ist Teil des Betriebs von Schule und greift maßgeblich in den Schulbetrieb ein. SSA ist daher anders zu betrachten und zu behandeln als der(haus)technische Betrieb von Schule, der sinnvollerweise durch den Schulträger zu leisten ist.	Ablehnung
B128	1	567		setze	CDU-KV Stormarn	setze ein in Zeile 567 nach: „die Schulsozialarbeit“ und vor „bei Anerkennung“: „...als Landesaufgabe ...“	Es fehlt an einer gesetzlichen Regelung der Schulsozialarbeit (SSA), in der die Aufgaben beschrieben und definiert werden.	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Durch die Einbindung in das System Schule auf das die Träger keinen Einfluss haben befindet sich die Schulsozialarbeit in einer Aufgabengrauzone. Die SSA leistet wichtige Arbeit, aber sie geht nach unserer Auffassung doch deutlich über ihren Kernauftrag hinaus. Es ist nicht die Aufgaben von SSA Eltern beim Gang zum Sozialamt zu begleiten oder mit Ihnen Anträge auszufüllen. Einer Diskussion über die Aufgabenfelder von SSA entzieht sich Schule, weil dies in den inneren Organisationsbereich von Schule betrifft. Daher muss der gesamte Komplex SSA in die Betreuung und die Beaufsichtigung durch das Land übernommen werden. SSA ist Teil des Betriebs von Schule und greift maßgeblich in den Schulbetrieb ein. SSA ist daher anders zu betrachten und zu behandeln als der(haus)technische Betrieb von Schule, der sinnvollerweise durch den Schulträger zu leisten ist.	
B129	1	569		streiche und setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche: „mittelfristig“ setze: „zeitnah“	Der Ausbau muss schneller erfolgen.	Ablehnung
B130	1	571		setze	CDU-KV Pinneberg	setze unter Zeile 571 als weiteren Spiegelstrich: „Wir unterstützen Projekte zur Steigerung der Effizienz von Schulbegleitungen und Schulassistenten, wie z.B. Zusammenführung der Kräfte in integrativen Klassen.“		Ablehnung, erledigt durch Zeilen 562 ff.
B131	1	582		setze	CDU-KV Pinneberg	setze am Ende von Zeile 582: „Wir bekennen uns weiterhin zur Ausbildung von Sonderpädagoginnen und -pädagogen in Schleswig-Holstein.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B132	1	582		setze	CDU-KV Stormarn	setze: "Eltern müssen Unterstützung erfahren und Bürokratie muss abgebaut werden."	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B133	1	585		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Sonderpädagogen schaffen. Wir werden für diese Studienrichtung werben und den Beruf attraktiver gestalten."	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B134	1	589		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „von Förderzentren mit eigenen Schülern."	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geändertere Fassung: "auch mit eigenen Schülern"
B135	1	601		setze	CDU-KV Pinneberg	setze beim 1. Satz: „Wir bekennen uns zum Erhalt der Förderzentren.“	Wir unterscheiden uns hier wohl-tuend von politischen Mitbewerbern und haben dafür auch die Eltern auf unserer Seite.	Annahme
B136	1	601		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint "Wir stehen für den Erhalt der Förderzentren."	ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme B135
B137	1	603	f.	setze	Programmkommission	setze statt "ersatzweise": "anstatt der zusätzlichen Stellen für Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen"		Annahme
B138	1	607		streiche, setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir schaffen mindestens eine Lerngruppe mit Schülerinnen und Schülern mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung pro Kreis bzw. kreisfreier Stadt."	ggf. mündlich	Ablehnung
B139	1	608		setze	Programmkommission	setze statt " für ca. vier Schulen" "an einzelnen ausgewählten Schulen"		Annahme
B140	1	638		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Verwaltungsleitungen an großen Schulen wollen wir erproben" voran: „Im Landesdienst angesiedelte..."	Verwaltungsleitungen sind eine sinnvolle Idee. Es ist absurd, wenn Pädagogen mit Verwaltungsaufgaben überhäuft werden. Sie sind dafür nicht ausgebildet und können ihre Arbeit in ihrem Kompetenzbereich - dem Unterricht - nicht leisten. Die Einrichtung von Verwaltungsleitungen in Schulen, durchaus auch schulübergreifend, ist eine sinnvolle Idee, nicht nur für große Schulen. Das darf aber	Annahme in geänderter Fassung: "Verwaltungsleitungen im Landesdienst..."

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							nicht der Versuch sein, Kosten auf die Schulträger abzuwälzen.	
B141	1	638	f.	setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Wir werden überprüfen, ob die derzeitigen unterstützenden Verwaltungsstrukturen auch und insbesondere an kleinen Grundschulstandorten ausreichen.“	Im Anschluss an eine qualifizierte Betreuung in den Kitas muss die qualifizierte Bildung an den Grundschulen lückenlos fortgesetzt werden. Üblicherweise verfügen Grundschulen im Vergleich zu weiterführenden Schulen über weniger unterstützende Verwaltungsstrukturen wie Sekretariat, Hausmeister, oder technisch-fachliche Begleitung. Die fortschreitenden Anforderungen durch Digitalisierung ebenso wie alternative pädagogische Bildungsmodelle, z.B. jahrgansübergreifender Unterricht, Grundschule an zwei Standorten, Übergang in die Ganztagsbetreuung, Koordinierung interdisziplinärer Teams, stellen Schulleitung und Kollegium vor besondere Herausforderungen. Oder setzen unter: Zeilen 278 – 287/ 1.4 Kinder fit für die Welt von morgen machen Auch hier könnte der Aspekt untergebracht werden. Dann folgerichtig unter konkret neuer Bulletpoint nach Zeile 328, 329 neu: - Wir werden überprüfen, ob die derzeitigen unterstützenden Verwaltungsstrukturen auch und insbesondere an kleinen Grundschulstandorten ausreichen.	Erledigt durch Annahme B140
B142	1	650		setze	Programmkommission	setze in Z. 650 nach "Schulen": ", wo ab Klasse 7 Berufliche Orientierung als verpflichtender Bestandteil unterrichtet wird."		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B143	1	651		setze	Pro-gramm-kommission	setze in Z. 651 nach „Fach“ „in der Oberstufe“		Annahme
B144	1	662		sete	Pro-gramm-kommission	setze statt „der Produktionsschulen“ „des produktiven Lernens“		Annahme
B145	1	672		setze	Pro-gramm-kommission	setze statt „der Produktionsschulen“ „des produktiven Lernens“		Annahme
B146	1	684		ändere	CDU-KV Segeberg	Duale Ausbildung stärken und Fachkräfteangebot sichern		Annahme
B147	1	688	f.	streiche und setze	CDU-KV Segeberg	streiche den letzten Satz und setze: Wir müssen unsere Bemühungen verstärken, die Ausbildungsfähigkeit und die Fähigkeiten der beruflichen Fortbildung, auch für Quereinsteiger, in den Mittelpunkt zu stellen.		Ablehnung. Passt hier nicht zur den beruflichen Gymnasien.
B148	1	710		setze	CDU-KV Rends-burg-Eckern-förde	setze: „Dabei sollen auch die Ausbildungsbetreibe miteingebunden werden.“		Annahme
B149	1	711		streiche und setze	CDU-KV Schles-wig-Flens-burg	streiche: „Bei der Realisierung sind in erster Linie die kreisfreien Städte und Kreise gefordert, berufliche Schulen bei der Ausstattung zu unterstützen. Im Rahmen von möglichen Schulbauprogrammen des Landes, sollen die kreisfreien Städte und Kreise bei dieser Aufgabe unterstützt werden.“ setze: "Bei der Realisierung wird das Land die kreisfreien Städte und Kreise bei der Ausstattung der beruflichen Schulen sowie im Rahmen von möglichen Schulbauprogrammen bei dieser Aufgabe unterstützen."		Ablehnung
B150	1	741		setze	CDU-KV Flens-burg	setze: „Mit den Handwerkskammern (HWK) und den Industrie- und Handelskammern (IHK) werden wir über eine Verbesserung der Wohnunterbringung von Auszubildenden in den Dialog treten.“		Annahme
B151	1	743		streiche und setze	CDU-KV Pinne-berg	streiche: „Die berufliche Bildung steht hinsichtlich der Digitalisierung, der Nachhaltigkeit, der ökologischen Veränderungen, der politischen Bildung, der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler sowie des demographischen Wandels vor großen Herausforderungen.“ setze: „Die berufliche Bildung steht vor großen Herausforderungen“	Es macht keinen Sinn, hier Herausforderungen aufzuzählen, vor denen jede Branche und jeder Leistungsanbieter, egal ob öffentlich oder privat, gleichsam steht, sonst müssten sie überall vorangestellt werden. Im Übrigen würden einem sonst noch die	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Globalisierung des Arbeitsmarktes, die internationale Wettbewerbsfähigkeit und vieles mehr einfallen.	
B152	1	761		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Gerade in den MINT-Berufen besteht ein erheblicher Fachkräftemangel. Berufliche Gymnasien mit technischen Fachrichtungen und der beruflichen Informatik leisten einen wichtigen Beitrag, den Fachkräftebedarf insbesondere in gewerblich-technischen Berufen sowie den Ingenieurwissenschaften zu decken. Gleiches gilt auch für die Fachrichtung Technik in anderen Bildungsgängen der beruflichen Schulen. Daher wollen wir auf diesen Bereich ein besonderes Augenmerk legen und überdurchschnittlich stärken. Die außerschulischen Lernangebote der Phänomenta Flensburg sollen dauerhaft landesweit vorgehalten und ausgebaut und dabei weitere feste Standorte geprüft werden.“ setze neue Zeile in diesem Kapitel: „Wir werden die Ausbildung von Schiffsoffizieren an Hochschulen & Fachschulen verbessern, zukunftsfähig, und im internationalen Vergleich konkurrenzfähig machen.“		Ablehnung
B153	1	773		streiche und setze	Programmkommission	streiche Fachhochschule und setze: "Hochschulen für angewandte Wissenschaft (sogenannte Fachhochschulen)red."		Annahme
B154	1	797		streiche setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Unterrichtsversorgung von über 100 Prozent erreichen konnten. Diese gilt es zu erhalten. Und setze: „Vollständige und überplanmäßige Unterrichtsversorgung erreichen konnten. Diese gilt es zu erhalten.“		Ablehnung
B155	1	809		setze	Programmkommission	setze an den Absatz: „Wir wollen auch prüfen wie die Tätigkeit als Fachlehrkraft attraktiver gestaltet werden kann und wie bessere Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden können.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B156	1	839		setze	Programmkommission	setze an den Absatz: „Dazu wollen wir das Weiterbildungsgesetz überprüfen und möglichen Reformbedarf umsetzen.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B157	1	842		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: "Darüber hinaus setzen wir uns für eine Weiterentwicklung des BAföGs in Form einer elternunabhängigen Förderung ein."	ggf. mündlich	Ablehnung. Passt hier nicht. Hier geht es um BAföG und Weiterbildung.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B158	1	848		setze	Pro-gramm-kommission	setze nach dem Absatz: „Dabei ist die Vernetzung der Träger der Weiterbildung von großer Bedeutung. Wir wollen daher Vernetzungsgespräche auf Kreis- und Landesebene etablieren und als Leuchtturmveranstaltung eine Konferenz der Weiterbildung ins Leben rufen.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B159	1	851		Leifrage?	Pro-gramm-kommission	setze nach dem Absatz: „Perspektivisch wollen wir in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt ein Grundbildungszentrum etablieren. Wir wollen die Schulgebühren für den ESA-Abschluss in Weiterbildungseinrichtungen abschaffen.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B160	1	857	f.	setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir setzen uns auf Bundesebene für eine weiterbildungsfreundliche und elternunabhängiges BAföG ein.“	Die Zahl der BAföG-berechtigten Studentinnen und Studenten sinkt seit Jahren kontinuierlich. Gerade für Kinder aus Familien der Mittelschicht wird die Finanzierung eines Studiums zunehmend schwerer. Darüber hinaus ist die familiäre Situation nicht immer derart gegeben, dass Studenten mit der Unterstützung ihrer Eltern rechnen können. Deshalb setzen wir uns für ein elternunabhängiges BAföG ein.	Ablehnung. Passt hier nicht. Hier geht es um Bafög und Weiterbildung.
B161	1	859		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden uns für ein elternunabhängiges BAföG auf Bundesebene einsetzen.“	ggf. mündlich	Ablehnung. Passt hier nicht. Hier geht es um Bafög und Weiterbildung.
B162	1	861		setze	Pro-gramm-kommission	„setze als neuen Punkt: „Wir wollen die Vernetzung der Weiterbildung vorantreiben und eine landesweite Konferenz der Weiterbildung durchführen.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B163	2	863			CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Kapitel 2 umfasst WIRTSCHAFT, LANDWIRTSCHAFT, HANDWERK, HANDEL UND GEWERBE. Dies waren und sind die wirtschaftlichen Schwerpunkte unseres Landes und stehen in einem starken Zusammenhang.		Ablehnung. Wir denken hier bewusst Wirtschaft und Wissenschaft zusammen.
B164	2	865	882	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche, setze durch: „Schleswig-Holstein ist das Land zwischen den Meeren mit seiner wunderbaren Landschaft, Natur und vielen kulturellen Sehenswürdigkeiten und hat deshalb einen besonderen Reiz als Tourismusregion. Schleswig-Holsteins Wirtschaftsstruktur ist geprägt von kleinen und mittelständischen	Erfolg ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung in Zeile 872: "Gerade zwei Entwicklungen werden die Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren intensiv prägen. Zum einen die noch engere

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Betrieben. Ihre Vielfalt, Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit hat besonders in der Coronazeit große Widerstandskraft bewiesen. Deshalb muß die Mittelstandspolitik das gelebte Markenzeichen unserer Politik sein. Schleswig-Holstein hatte bislang eine Randlage und war arm an Bodenschätzen aber reich an Wind und Meeren. Doch zwei Entwicklungen werden unser Land nachhaltig beeinflussen: 1. Es ist auch die Brücke zwischen Skandinavien und dem übrigen Europa. Das wird jetzt besonders hervorgehoben durch die Schaffung der Hansebelt Region Hamburg Kopenhagen. In dieser Modellregion der EU werden über Ländergrenzen hinweg mehr als 9 Millionen Einwohner in einem dynamischen Wirtschaftsraum zusammengeführt. 2. Schleswig-Holstein ist arm an Bodenschätzen, allerdings eröffnen der Klimawandel und die Energiewende ganz neue Perspektiven. Jetzt können zukunftssträchtige, klimagerechte Lösungen zur wirtschaftlichen Herstellung von Energie und Rohstoffen aus Wind und Meerwasser entwickelt werden. Um unseren Wohlstand zu erhalten und auszubauen, denken wir Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt und Infrastruktur zusammen. Zukunftssträchtige Forschung, Entwicklung und Unternehmergeist sind die Innovationstreiber für unsere Entwicklung. Das gibt uns dann auch die Möglichkeit, mit der Infrastruktur der Zukunft Zeichen zu setzen, denn Verkehrswege sollen verbinden und nicht trennen. Diese Großprojekte bieten uns enorm viele Zukunftschancen, aber stellen uns auch vor große Herausforderungen. Sie sind nur zu bewältigen mit privaten und staatlichen Investitionen. Zu dieser engen Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik stehen wir.“		Zusammenarbeit Richtung Skandinavien gerade durch die Schaffung der Fehmarnbeltquerung. Zum anderen die Nutzung unserer Standortvorteile gerade durch den Wind für die anstehende Energiewende."
B165	2	865	867	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: ...Antrieb für unsere wirtschaftliche Entwicklung.“ setze: „...Antrieb für unser wirtschaftliches Wachstum und für die Sicherung und den Ausbau von Arbeitsplätzen.“	Begründung: „Wirtschaftliche Entwicklung“ ist auch die Insolvenz.	Annahme
B166	2	869		streiche und setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	Wir sind stolz auf unsere kleinen Betriebe und unsere Weltmarktführer. Die Mittelständische Unternehmensstruktur ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und wir werden unsere Politik stets auch an deren Belangen ausrichten.	Wir sollten den Stolz auf unsere Weltmarktführer auch erwähnen und nicht nur die kleinen Betriebe.	Annahme
B167	2	872	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Unsere Verkehrsverbindungen auf Straße, Schiene, Wasserstraße und Luft sind, wie die Versorgung mit Breitband und die Nutzung von Zukunftstechnologien, ein starkes Rückgrat für die Entwicklung unseres Landes.“ setze: „Unsere	Wir müssen schon hier die Besonderheiten unseres Landes herausarbeiten. „Die Nutzung von Zukunftstechnologien“ ist wichtig,	Annahme in geänderter Fassung: "Unsere Verkehrsverbindungen auf Straße, Schienen, Wasserstraße und Luft unterliegen

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Verkehrsverbindungen auf Straße, Schienen, Wasserstraße und Luft unterliegen aufgrund unserer marktperipheren geografischen Lage, der Elbe im Süden als natürliche Begrenzung und des Nadelöhrs Hamburg, besonderen Anforderungen. Zusammen mit der Breitbandversorgung sind sie aber für eine prosperierende Entwicklung des Landes existenziell.“	aber keine Infrastruktur, um die es hier ansonsten geht.	aufgrund unserer geografischen Lage, der Elbe im Süden als natürliche Begrenzung und des Nadelöhrs Hamburg, besonderen Anforderungen. Zusammen mit der Breitbandversorgung sind sie aber für eine prosperierende Entwicklung des Landes existenziell.“
B168	2	884	889	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche und setze durch: „Wir bekennen uns zum Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft. Dabei sorgen wir für die Freiheit der Wirtschaft und einem funktionierenden Wettbewerb. Nur so können Ökonomie, Ökologie und soziale Sicherheit, die drei Säulen unserer Wirtschaftspolitik, gewahrt bleiben. Unsere Zukunft möchten wir weiter ausbauen, mit Forschungsergebnissen stärken aber auch Innovationsgeist wecken. Das gilt für kleine Start-ups über den Mittelstand bis hin zu Großbetrieben. Dazu gehört für uns auch das partnerschaftliche Miteinander der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden. Die Tarifautonomie muß wieder gestärkt werden auch zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit. So wollen wir gute und sichere Arbeitsplätze in unserem Land erhalten.“	Erfolg ggf. mündlich	Annahme
B169	2	888		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...sind die drei Säulen unserer Wirtschaftspolitik“ setze „...sind die drei Säulen unserer nachhaltigen Politik“	Der Ursprungssatz macht keinen Sinn. Die drei Säulen sind nicht die Definition von Wirtschaftspolitik, sondern von Nachhaltigkeit, indem Ökonomie (Wirtschaft) eine Säule ist.	Erledigt durch Annahme B168
B170	2	893	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Satz bitte wie folgt formulieren: „Die Bedürfnisse und Besonderheiten der mittelständischen Unternehmensstruktur müssen daher einen Schwerpunkt guter Wirtschaftspolitik bilden.“	Die Aussage zugunsten des Mittelstandes ist aus meiner Sicht zu verstärken, da der Mittelstand das Rückgrat der Wirtschaft in Schleswig-Holstein darstellt und wir ihn besonders fördern müssen.	Annahme
B171	2	895		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze vor Zeile 895 neuen Absatz: „Eine der wesentlichen Säulen der deutschen Wirtschaft ist der Handel in seiner kleinen und mittelständisch geprägten Struktur. Gleichzeitig ist dieser Sektor vor enorme Herausforderungen gestellt, insbesondere durch die großen Online-Handelsplattformen, welche gegenwärtig im Durchschnitt eine deutlich niedrige Steuer- und Abgabenlast haben. Diesem Trend muss entgegengesteuert werden. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass sich die Wettbewerbsbedingungen für den Handel wieder angleichen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B172	2	905	f.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche die Zeilen 905 und 906	Dazu gibt es keine Notwendigkeit und wird den bisherigen Leistungen und Ergebnissen nicht gerecht.	Ablehnung
B173	2	907	ff.	streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Der Überschuss an erneuerbaren Energien und die attraktiven Lebens- und Arbeitsbedingungen sind die klaren Standortvorteile unseres Landes. Das bietet die Voraussetzung für eine starke klimaneutrale Industrie im Land zwischen den Meeren.“ setze: „Regionale Energiewertschöpfungsketten und attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen sind klare Standortvorteile unseres Landes. Sie bieten die Voraussetzungen für einen attraktiven Arbeitsplatz und für die Neuansiedlung von Gewerbe und Industrie.“	Überschussstrom ist ein Furunkel am Hintern der Energiewende und belastet die Netzentgelte mit hunderten Mio. EUR. Strom kostet daher bei uns 20 % mehr als in anderen Bundesländern. Oberstes Ziel aller staatlichen Stellen muss daher die Beseitigung der Netzengpässe und die Verhinderung von Überschussstrom sein, denn produzierter Strom ist volkswirtschaftlich am sinnvollsten an große Verteilnetze zu liefern. Daneben sind lokale Kreisläufe, die Nutzung von EE zur Wasserstoffgewinnung etc. wichtig. Dies gilt jedoch unabhängig von einem „Überschussstrom“, den die Verteilnetze gerade nicht benötigen. Für die Ansiedlung von Unternehmen ist im Übrigen die verlässliche und bezahlbare Lieferung von Strom genauso wichtig wie die Klimaneutralität.	Ablehnung
B174	2	911	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Das erreichen wir, indem wir unsere starken Wirtschaftsbereiche weiterentwickeln.“ setze: „Das erreichen wir, indem wir unsere starken Wirtschaftsbereiche in ihren Entwicklungschancen fördern.“	Wirtschaft entwickelt sich in der sozialen Marktwirtschaft anhand von Märkten, der Staat entwickelt Wirtschaft nicht, sondern er setzt Leitplanken und fördert.	Annahme
B175	2	914		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach „maritime Wirtschaft“: „Landwirtschaft und Ernährungsindustrie“	Erfolg ggf. mündlich	Ablehnung
B176	2	914		setze	Programmkommission	setze: „Durch gesonderte Landesprogramme sollen in Zusammenarbeit mit unseren Hochschulen“ gezielt entsprechende Cluster gestärkt werden.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B177	2	915		setze	Pro-gramm-kommission	setze: „Durch eine sinnvolle Vernetzung unserer Energiepolitik "mit der Forschung und" den Industriestandorten in unserem Land..."		Annahme
B178	2	916	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...attraktive Standorte für klimaneutrale Industrieanlagen.“ setze: „...attraktive Standorte für nachhaltige Industrieanlagen.“	Die gesellschaftliche Entwicklung ist weitergegangen. Klimaneutralität ist nur ein Baustein in der Nachhaltigkeitskette. Nicht alles was Klimaneutral ist, ist nachhaltig. Aber alles was nachhaltig ist, ist klimaneutral, genügt nur zusätzlich auch sozialen und ökonomischen Anforderungen. Wir sollten keine klimaneutralen Produkte und Leistungen wollen, die Artenvielfalt gefährden oder Kinder in der Dritten Welt ausbeuten.	Annahme
B179	2	934		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze neuen Absatz nach Zeile 934: „Wir sehen in dem Werften-Angebot zur industriellen Entsorgung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee eine realistische Chance. Dies ist für die Gesundheit und Umwelt von großer Bedeutung. Das Land wird sich an den Kosten der Altlastenbeseitigung finanziell so beteiligen, dass diese in gemeinsamer Verantwortung mit dem Bund möglich ist.“	Oft ist nicht der Gesetzeswortlaut verantwortlich für Überbürokratisierung, sondern die behördliche Auslegung von Beurteilungsspielräumen und die Ausübung von Ermessen. Beides sollte nie betriebsgefährdend ausgeübt werden.	Annahme
B180	2	935	942	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche und setze durch: „Mit der Schaffung der Modellregion Hansebelt Hamburg Kopenhagen und der Einbindung der Metropolregion Hamburg entsteht ein neuer Wirtschaftsraum an Nord- und Ostsee, der die vier Bundesländer Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 17 Landkreisen und 3 kreisfreien Städten mit der dänischen Region Kopenhagen und dem schwedischen Gebiet um Malmö verbindet. Ein sichtbares Zeichen ist der Bau der festen Beltquerung und wird ergänzt durch die schon bestehende Jütlandrute über Flensburg – Neumünster Um die Chancen und wirtschaftlichen Potenziale voll zu nutzen, dürfen diese Verkehrsströme nicht nur ein Transit durch unser Land sein, sondern sind auszuschöpfen für vielfältige Dienstleistungen und Ansiedlungen von Gewerbebetrieben aber auch gemeinsamen Forschungseinrichtungen. Der besondere Reiz liegt dabei in der flächendeckenden Verteilung der Verkehre, weil damit auch die meisten Gebiete der Modellregion besser eingebunden werden und die neuen Märkte nutzen können und so den Mittelstand stärken. Auch hier müssen wir neue Wege gehen, wollen wir eine Übersiedelung und Überlastung	Erfolg ggf. mündlich	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						in Kreisen wie Stormarn verhindern. Deshalb sprechen wir nicht von Achsen sondern von Räumen!“		
B181	2	945	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Gewerbeflächendatenbank“ setze: „Gewerbe- und Industrieflächendatenbank“	Wir benötigen nicht nur mehr Gewerbe, sondern auch mehr Industrie.	Annahme
B182	2	951		setze	CDU-KV Pinneberg	setze hinter: „...oder nationale Standards hinaus ab.“ „Beurteilungsspielräume und Ermessen nutzen wir, um bei Maßnahmen auch den „Erhalt unserer mittelständischen Wirtschaft“ als Abwägungskriterium zu berücksichtigen.“		Annahme in geänderter Fassung: "Regulatorisch eröffnete Beurteilungs- und Ermessensspielräume werden wir zum Schutze unserer mittelständischen Wirtschaft ausüben."
B183	2	953	f.	streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche die Zeilen 953/954: „Die Worte „Verfahren weiter digitalisieren“ und setze: „indem wir z.B. Fristen verkürzen.“	Ob Digitalisierung dauerhaft und pauschal entbürokratisiert und beschleunigt, muss sich erst noch herausstellen.	Annahme
B184	2	978		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Die Schaffung neuer Gewerbeflächen in diesen Entwicklungsräumen werden wir von Seiten der Landesplanung unterstützen.“		Annahme in Zeile 976
B185	2	980		setze	CDU-KV Pinneberg	setze hinter: „...von unnötigen Regularien befreien.“ „...und gesetzgeberische Beurteilungsspielräume und Ermessen zum Erhalt unserer Betriebe nutzen.“	Begründung wie oben Zeile 951	Annahme
B186	2	982		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze vor Zeile 982 den folgenden Punkt: „Wir setzen uns dafür ein die Unterschiede im Wettbewerb zwischen dem Stationären- und dem Online-Einzelhandel, welche durch Unterschiede in der Steuer- und Abgabenlast sowie den bürokratischen Anforderungen entstehen, zu beseitigen.“		Annahme
B187	2	986		setze	CDU-KV Kiel	setze als letzten Punkt: „Wir wollen die Quote der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in der freien Wirtschaft erhöhen.“		Ablehnung
B188	2	987		setze	Programmkommission	setze in Z. 1003: „Das Förderprogramm Digibonus II wollen wir überprüfen und fortführen, um auch künftig kleinen Unternehmen bei der Bewältigung von Digitalisierungsprozessen zu helfen.“		Annahme
B189	2	995		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion	setze: „Gleichzeitig wollen wir mehr Menschen dazu motivieren, eine Meisterqualifikation zu erwerben. Dafür werden wir entsprechende Förderprogramme, wie z. B. ein an das Studierenden-Bafög angelehnte Meister-Bafög, einführen bzw. weiter ausbauen und uns auf Bundesebene für eine Einführung einsetzen.“	Die dargestellte Vorteilhaftigkeit einer Meistergründung, bzw. Übernahme ist richtig. Damit sie aber flächendeckend und umfangreich stattfinden kann, muss es auch eine entsprechende Anzahl von Menschen mit	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein		Meisterqualifikation geben. Zudem setzt sich die CDU für eine gleiche Behandlung von Studium und dualer Ausbildung ein. Mit der artgleichen Förderung der Meisterausbildung wird dieses Ziel verfolgt.	
B190	2	1004	1007	streiche und setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein	streiche und setze: „Wir stehen für ein faires Miteinander von kommunalen Unternehmen und dem Handwerk. Dabei ist für uns klar, dass kommunale Unternehmen nur dort tätig werden dürfen, wo der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher auf andere Weise erfüllt werden kann. Dem Handwerk und anderen privatwirtschaftlichen Unternehmen in Schleswig-Holstein soll kein weiterer staatlicher Wettbewerb entstehen.“	Da heute bereits Wettbewerb zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Unternehmen existiert, greift die ursprüngliche Formulierung ins Leere. Die neue Formulierung konkretisiert die politische Grundsatzausrichtung „Privat vor Staat“, die auch Kern-DNA der CDU ist.	Annahme
B191	2	1011		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein	setze: „Wir wollen die Meisterausbildung fördern und auch Menschen mit geringem Einkommen den Erwerb einer Meisterqualifikation ermöglichen.“	Siehe Änderungsantrag zur Zeile 995	Annahme
B192	2	1014		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze als zusätzlichen Punkt: „Wir wollen eine attraktive Ausbildungsvergütung, um im Wettbewerb mit „Jobs ohne Ausbildung“ konkurrieren zu können. Dies könnte z. B. ein staatlicher Zuschuss (z.B. Ba-fög ohne Rückzahlung) in Branchen mit starkem Nachwuchsmangel als Mittel der Förderungen sein.“		Ablehnung
B193	2	1016	f.	streichen	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche beiden Sätze: „Denn unsere Wirtschaft ist nur so stark wie die Fachkräfte, die tagtäglich zur Arbeit gehen. In vielen Wirtschaftszweigen zeigt sich jedoch.“	Nicht nur Fachkräfte sorgen dafür, dass Wirtschaft und Betriebe gut laufen. Zweiter Satz nicht verständlich.	Annahme
B194	2	1038		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Wir wollen die Integration der Familien von aus dem Ausland zugezogenen Fachkräften, auch von Auslandsrückkehrern, unterstützen.“		Annahme
B195	2	1049		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Aus dem Ausland zugezogenen schulpflichtigen Kindern soll ein schulisches Eingliederungsangebot gemacht werden mit dem Ziel, Unterschiede im Lehrplan zu anderen Staaten zügig aufzuholen und eine möglichst einfache Integration in den deutschen	Fachkräfte sind häufig in einem Alter, in dem eine Familie gegründet wird, bzw. sie eine Familie mit Kindern haben. Es geht nicht nur	Annahme in geänderter Fassung: "Für Kinder von Fachkräften wollen wir passende Schulangebote schaffen. Dazu gehört

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Schulalltag zu gewährleisten. Ein besonderes Augenmerk soll hier auf digitale Formate gelegt werden."	darum, Fachkräfte anzuwerben, sondern es ist genauso wichtig, Fachkräfte zu halten. Das funktioniert auf Dauer nur, wenn auch die Familie integriert wird. Aus eigener Erfahrung weiß ich, wie unterschiedlich (und unflexibel) Schulsysteme sein können und wie sehr vermeintliche Sprachkompetenz in der Schule überschätzt wird, insbesondere wenn es um den fachspezifischen Wortschatz geht. Der Aufbau des Lernstoffs kann international sehr verschieden sein. Fachwissen, das in einem Land vorausgesetzt wird, ist in einem anderen noch nicht vermittelt worden. Digitale Angebote bieten den Vorteil, dass sie auch in Gebieten mit niedrigem Bedarf bzw. auch schon in der Vorbereitungszeit eines Umzugs aus dem Ausland, genutzt werden können.	auch das Konzept der internationalen Schulen."
B196	2	1051		setze	CDU-KV Pinneberg	Entsprechender neuer Bulletpoint in Zeile 1051 bei Konkret:setze: „Wir werden uns auf Bundesebene erneut für die Möglichkeit einsetzen, einen Antrag auf Einwanderung sowohl aus dem Ausland als auch aus dem Inland stellen zu können. (sog. Spurwechsel).“		Annahme
B197	2	1073		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: ...Gründungs-Ökosystems...“ setze: „...Gründungs-Wertschöpfungssystems“	Das Wort „Ökosystem“ für ökonomische Wertschöpfungssysteme ist zwar umgangssprachlich zulässig, aber doch verwirrend. Natürlich geht es nicht um ein Ökosystem im eigentlichen Wortsinn, sondern um den Netzwerkgedanken ökonomischer Teilnehmer unter Einbeziehung der Forschung.	Ablehnung. Hier ist schon ein System aus verschiedenen Faktoren gemeint, die sich nicht alleine auf Wertschöpfung beziehen.
B198	2	1089		setze	Programmkommission	setze: „sowie in der späteren Wachstumsphase“ vor mit Kapital		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B199	2	1091		setze	Pro-gramm-kommission	setze: „Um das zu unterstützen wollen wir an Hochschulstandorten in Zusammenarbeit mit Unternehmen weitere Acceleratoren etablieren, die branchenspezifisch ausgerichtet sind.“		Annahme
B200	2	1096		setze	Pro-gramm-kommission	setze: „Bürokratische Hemmnisse bei Unternehmensgründungen werden wir abbauen.“		Annahme
B201	2	1113	f.	streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche und setze im Satz; „Wir wollen weitere branchenspezifische Acceleratoren an Hochschulstandorten etablieren.“	Die Beschränkung der Forderung auf einen einzigen weiteren Standort geht uns nicht weit genug.	erledigt durch Annahme B199
B202	2	1123		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Übertriebener Datenschutz darf uns hier nicht blockieren. Er darf nirgends Innovationshemmnis sein.“		Annahme
B203	2	1125		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...KI-Ökosysteme...“ streiche, setze: „...KI-Cluster“	Wir sollten im gemeinverständlichen und bewährten Sprachduktus bleiben. Es heißt ja auch „Ernährungscluster“ oder „Gesundheitscluster“ und um nichts anderes geht es hier.	Annahme
B204	2	1133		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...KI-Ökosysteme...“ streiche, setze: „...KI-Cluster“	Wir sollten im gemeinverständlichen und bewährten Sprachduktus bleiben. Es heißt ja auch „Ernährungscluster“ oder „Gesundheitscluster“ und um nichts anderes geht es hier.	Annahme
B205	2	1136		ergänze	Pro-gramm-kommission (A-nette Röttger)	zu einem Digitalisierungsschwerpunkt machen. „Dazu gehört auch die Weiterbildung.“		Annahme
B206	2	1150		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...KI-Ökosysteme...“ streiche, setze: „...KI-Cluster“	Wir sollten im gemeinverständlichen und bewährten Sprachduktus bleiben. Es heißt ja auch „Ernährungscluster“ oder	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							„Gesundheitscluster“ und um nichts anderes geht es hier.	
B207	2	1152		setze	Programmkommission (Anette Röttger)	setze: „Wir werden einen „Weiterbildungsmaster KI“ schaffen.“		Annahme
B208	2	1153		setze	Programmkommission	setze: VDarüber hinaus wollen wir die Nutzung von Daten für wissenschaftliche und industrielle Forschung und Entwicklung stärken.“		Annahme
B209	2	1167		streiche und setze	Programmkommission	Streiche: „Diese werden...schaffen.“ Und setze: „Unser Ziel ist es, eine auskömmliche Finanzierung der Grundhaushalte der Universitäten und Hochschulen zu sichern und die Entwicklung neuer, innovativer Studiengänge zu ermöglichen.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B210	2	1184		setze	CDU-KV Flensburg	„...des UKSH und anderen Kliniken, die Lehre durchführen, ...“		Annahme
B211	2	1184		streiche	Oliver Grundei	streiche „Renovierung“, setze „Sanierung“		Annahme
B212	2	1185		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...um unsere Hochschulbauten klimaneutral nutzen zu können.“ setze: „...um unsere Hochschulbauten energetisch zu sanieren und später klimaneutral betreiben zu können“.	Ob eine Nutzung von Gebäuden klimaneutral ist, hat mit den Bauten nur zum Teil zu tun. Ich kann eine klimaneutrale Nutzung auch in energetisch katastrophalen Gebäuden umsetzen. Das ist hier wohl aber nicht beabsichtigt.	Annahme
B213	2	1185		streiche und setze	Oliver Grundei	streiche „Gleichzeitig“ bis „Umbau“, setze „In diesem Rahmen nutzen wir diese,“		Annahme
B214	2	1201		setze	Programmkommission	setze neuen Absatz nach 1201: „Auch die privaten Hochschulen sind für uns ein fester Bestandteil der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft. Gerade auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch die privaten Hochschulen gleichberechtigt von Förderprogrammen profitieren.“		Annahme
B215	2	1214		setze	Programmkommission	setze: „Wir setzen uns für ein Bund-Länder-Programm für einen DigitalPakt Hochschule ein.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B216	2	1215		setze	CDU-KV Flensburg	setze neuen Punkt: „Professionalisierung der Pflege“		Ablehnung Antrag hat hier keinen Bezug
B217	2	1219		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze:„... sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen, unseren privaten Unternehmen und im UKSH statt.“		Ablehnung. Das dürfte sich nicht um Spitzenforschung handeln.
B218	2	1236		streiche und setze	Programmkommission	streiche Zeilen 1236 bis 1238 und setze nach 1300 erneut:Wir wollen die anwendungsbezogene Spitzenforschung aller Hochschularten fördern und sichtbar machen. An den Hochschulen für angewandte Wissenschaft werden wir den Spielraum für Lehrermäßigungen signifikant erhöhen und damit mehr Zeit für Forschung sowie Wissens- und Technologietransfer schaffen."		Annahme
B219	2	1249		setze	Programmkommission	setze: Das Land wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, strategisch technologische Entwicklungen an den Fraunhofer-Standorten zu unterstützen und ihre praktische Umsetzung zu fördern."		Annahme
B220	2	1273		setze	Programmkommission	setze hinter fördern: und deren nationale und internationale Sichtbarkeit herausstellen.	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B221	2	1275		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze neuen Punkt nach Zeile 1275 ein: „Wir werden uns für eine stärkere Förderung von Forschung und Entwicklung durch private Unternehmen einsetzen.“		Annahme
B222	2	1278		streiche und setze	Programmkommission	Streiche und setze: „Schleswig-Holstein als Land des Forschungstransfers."	Überschrift passt nicht zum Text	Annahme
B223	2	1288	1295	streiche und setze	Programmkommission	streiche Z. 1288-1295 und setze: „Wir werden auf Grundlage der Empfehlungen der Begutachtung des Hochschulsystems in Schleswig-Holstein durch den Wissenschaftsrat Wissenschaft und Wirtschaft bei strategischen Ausrichtungen und Prozessen unterstützen. Die Erkenntnisse zu den Potenzialen der Hochschulen, mit ihren Leistungsdimensionen (Lehre, Forschung, Transfer, Infrastruktur) werden wir umsetzen, um damit einen Beitrag zur Innovationsfähigkeit Schleswig-Holsteins zu leisten und die Wertschöpfung im Land zu erhöhen. Diese Innovationsfähigkeit erhalten wir nur, wenn wir aufbauend auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates kontinuierlich und rechtzeitig auf die massiven Effekte durch sich immer schneller weiterentwickelnden Zukunftstechnologien und Sprunginnovationen reagieren können. Hierzu werden wir eine Innovationsagentur einrichten."		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B224	2	1296	1300	streiche und setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche den Absatz und setze: „Wir möchten die Möglichkeiten, sogenannte Drittmittelprojekte einzugehen, ausbauen und damit die Transferbeziehungen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft stärken.“	erfolgt mündlich	Ablehnung
B225	2	1296		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Um den erhöhten Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften aus dem MINT-Bereich auch in Zukunft zu decken, setzen wir auf eine breite Förderung und Zugang zu naturwissenschaftlichen Themen vom Kitaalter an. Wir investieren in das Kita-Bildungs-Plus-Programm, die MINT-Akademie, Schülerlabore, außerschulische Lernorte, Informatik als verpflichtendes Schulfach und stärken dafür die Bildungseinrichtungen und Hochschulen beim Ausbau der MINT-Angebote u.a. im Bereich Lehramt, Forschung, Nautik, Medizintechnik und den Ingenieurwissenschaften, um Schleswig-Holstein als Land der Erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Innovationen für die Herausforderungen und Chancen der Zukunft zu rüsten.“		Ablehnung
B226	2	1305		setze	Programmkommission	setze nach vorantreiben in 1305: „Hierzu wurde mit Landesmitteln bei der EKSH (Die Gesellschaft für Energie und Klimaschutz Schleswig-Holstein GmbH) ein Wasserstofffonds aufgelegt, der die Wasserstoffforschung innerhalb der Hochschulen finanziell unterstützt. Unser Ziel ist es mittelfristig ein Kompetenzzentrum zur Energiewendeforschung zu schaffen.“		Annahme
B227	2	1323		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...Querschnittsthemen Digitalisierung oder Klima,...“ setze: „...Querschnittsaufgaben Digitalisierung und Nachhaltigkeit...“	Begründung siehe Zeile 916f.	Annahme
B228	2	1341				streiche Z. 1341 - 1343: „Auf Grundlage der Empfehlung des Wissenschaftsrat wollen wir die Innovationsfähigkeit unserer Hochschulen weiter steigern.“		Annahme
B229	2	1344	1346	streiche und setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche den Absatz und setze: (Folgeantrag zu 1296-1300) „Wir möchten die Möglichkeiten, sogenannte Drittmittelprojekte einzugehen, ausbauen und damit die Transferbeziehungen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft stärken.“	erfolgt mündlich	Ablehnung
B230	2	1354		streiche	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche „Kreativ-“	ggf. mündlich	Annahme
B231	2	1356		streiche	Programmkommission	streiche „für Lehre“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B232	2	1358		streiche	Programmkommission	streiche „Lehre“ und setze „Studienbedingungen“		Annahme
B233	2	1364		setze	CDU-KV Kiel	setze nach ‚neuen‘: „auch barrierefreien“		Annahme
B234	2	1368		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Dazu gehören ... Studienerfolg. und setze: „Dies kann beispielsweise durch Online Self-Assessments, bessere Fachberatung vor der Immatrikulation, eine Vermittlungsplattform für Studierende, die ihre Studiengänge abbrechen wollen, sowie durch die Fortführung des Runden Tisches Studienerfolg erreicht werden.“	Darüber entscheiden die Hochschulen, deshalb sollten hier nur Beispiele angeführt werden.	Annahme
B235	2	1385		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir setzen auf vorwiegend präsente Lehre an den Hochschulen.“	ggf. mündlich	Annahme
B236	2	1388		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche, setze Bulletpoint 4 durch: „Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben bei Studenten zu großen Belastungen geführt. Daher werden wir das psychosoziale Beratungsangebot an den Hochschulstandorten deutlich ausbauen.“	Die soziale Isolation und erschwerte Arbeitssituation während der Corona-Pandemie haben für viele Studentinnen und Studenten zu erheblichen psychischen Belastungen geführt. Daher wollen wir die psychosozialen Hilfs- und Beratungsangebote für alle Hochschulstandorte deutlich ausbauen.	Annahme
B237	2	1390		streiche und setze	Programmkommission	Streiche und setze: „Hochschulen mit mehr Eigenverantwortung“	Verstärkung der Überschrift	Annahme
B238	2	1404		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	streiche und setze (Fettdruck): „Wir wollen Orte schaffen, die als „Fenster der Wissenschaft“ dienen und auch für Menschen, die nicht Teil der Hochschulen sind, Forschung und Wissenschaft erlebbar machen, wie beispielsweise die Phänomenta in Flensburg und das Multimar-Wattforum in Tönning.		Erledigt durch Annahme Antrag B239, B240
B239	2	1405		setze	Programmkommission	setze nach Fenster der Wissenschaft "der Wissenschaftskommunikation"		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B240	2	1406		setze	Programmkommission	setze nach: „machen.“: „Die Phänomene in Flensburg und das Multimar Wattforum in Tönning beispielsweise sind Orte, die dies heute schon erfolgreich in Schleswig-Holstein praktizieren.“		Annahme
B241	2	1408		streiche	Programmkommission	streiche das Wort: „großen“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B242	2	1430		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint 6 ein: „Wir wollen die Sichtbarkeit von Angehörigen unserer Bundeswehr an den Hochschulen des Landes stärken.“	In Schleswig-Holstein hat die Bundeswehr besonders viele bedeutende Standorte. Viele ihrer Angehörigen studieren an den Hochschulen im Lande. Dies ist nicht immer sichtbar – auch aufgrund von Vorurteilen. Zum Abbau dieser Vorurteile trägt eine erhöhte Sichtbarkeit maßgeblich bei.	Ablehnung. Passt im Kontext nicht an diese Stelle im Programm.
B243	2	1431		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Schleswig-Holstein bringt als Flächenland in einer marktperipheren, geographischen Lage besondere Anforderungen an die Infrastruktur mit sich.“	Selbsterklärend	Annahme als Ersatz für Zeile 1431
B244	2	1431	1435	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche und setze durch: „Infrastruktur dient in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein nicht nur der Wirtschaft sondern ganz besonders der Gleichberechtigung der gesamten Bevölkerung. Sie sorgt auch dafür, dass in der „Fläche“ Arbeitsplätze errichtet werden können und so der „Berufsverkehr“ verringert wird. Daher muß Infrastrukturpolitik stets auf diesen Nutzen ausgerichtet sein, frei von ideologischer Bevormundung.“	Erfolg ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme Antrag B243
B245	2	1435		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Auch nachhaltige und damit klimaneutrale Mobilität...“	Begründung unter ÄA zu Zeile 916f.	Annahme
B246	2	1435		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Für uns sind alle Verkehrsträger gleichberechtigt. Verbesserungen auf der einen Seite sollen möglichst nicht zu Beschränkungen auf der anderen Seite führen. Wir möchten die Menschen in SH anregen, aber nicht zwingen, Busse, Bahnen oder Fahrrad künftig intensiver zu nutzen. Dafür planen wir vielfältige Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität dieser Verkehrsträger. Aber auch klimaneutrale Mobilität ...		Annahme
B247	2	1436		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Dabei sind alle Infrastrukturen wichtig: Häfen, Flughäfen, Straßen, Schienen und Radwege vernetzen unser Land.“ streiche, setze: „Insbesondere Häfen, Straßen, Schienen und Flughäfen sichern dabei unseren wirtschaftlichen Wohlstand und gutbezahlte Arbeitsplätze. Radwege vernetzen	Es ist absurd, Verkehrswege nur als Mobilitätsnetzwerke zu bezeichnen. Sie sind die Lebensadern unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Gegenüber den anderen Verkehrswegen hat der Radverkehr eine untergeordnete	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						zunehmend touristische Angebote und bieten sich auf kurze Distanz für Pendlerverkehre an."	Bedeutung, weil er sich nicht zu einem ökonomisch darstellbaren Warentransport eignet. Dies sollten wir auch deutlich machen.	
B248	2	1444	1445	setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die A20 wurde auch geplant als Querverbindung der Metropolregion Hamburg von Cuxhaven bis Wismar. Durch die feste Fehmarnbeltquerung (FBQ) wird sie unbedingt gebraucht als nördliche Umgehung von Hamburg und zur Entlastung der A 1.“	Erfolg ggf. mündlich	Annahme
B249	2	1446	1449	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche und setze durch: „Die FBQ mit ihrer Hinterlandanbindung ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der europäischen Modellregion Hamburg Kopenhagen mit rund 9 Millionen Einwohnern und hat damit höchste Priorität. Durch den Bau des kombinierten Eisenbahn- und Straßentunnels zwischen Fehmarn und Lolland rücken der skandinavische Raum und Kontinentaleuropa dichter zusammen. Deshalb müssen wir alle Möglichkeiten ausnutzen, Schienen und Straßen richtungsweisend für Mensch und Natur verträglich in unsere Region einzubinden. Verkehrswege sollen verbinden und nicht trennen! Auch müssen hier uns Wissenschaft und Forschung unterstützen, um die Belastung für Mensch und Tier so gering wie möglich zu halten. Besonders die A1 eignet sich als eine der befahrendsten Autobahnen als Modell dafür. Kann so auch ein Geschäftsmodell sein.	Erfolg ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: Die Fehmarnbeltquerung mit ihrer Hinterlandanbindung ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der europäischen Modellregion Hamburg Kopenhagen mit rund 9 Millionen Einwohnern und hat damit höchste Priorität. Durch den Bau des kombinierten Eisenbahn- und Straßentunnels zwischen Fehmarn und Lolland rücken der skandinavische Raum und Kontinentaleuropa dichter zusammen. Deshalb nutzen wir alle Möglichkeiten aus, Schienen und Straßen richtungsweisend für Mensch und Natur verträglich in unsere Region einzubinden. Deshalb haben wir uns für einen übergesetzlichen Lärmschutz und eine gute Hinterlandanbindung stark gemacht.
B250	2	1449		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Hier haben wir nicht nur die Bahnstrecke nach Hamburg, sondern auch die Verbindung Lübeck – Bad Kleinen im Fokus. Der Ausbau dieser Bahnstrecke ist von besonderer Bedeutung, um das „Nadelöhr“ Hamburg bei der Bewältigung des künftig erwarteten hohen Zusatzaufkommens an Güterzügen zu entlasten. Im Rahmen der Planungen für den Ausbau der Bahnstrecke Lübeck – Bad Kleinen setzen wir uns zudem dafür ein, dass der Bahnübergang „Ratzeburger Allee“ kreuzungsfrei gestaltet wird. Damit werden zusätzliche Wartezeiten, die durch lange Güterzüge entstehen, für den Straßenverkehr, den ÖPNV und für Radfahrer vermieden. Außerdem wird eine schnellstmögliche Erreichbarkeit des UKSH Lübeck für Notfalltransporte sichergestellt. Nur mit einer durchgehend leistungsstarken Bahntrasse sind attraktive Bedingungen für den Eisenbahn-Fernverkehr gegeben. In Gesprächen mit dem Bund und der Bahn wollen		Annahme in geänderter Fassung und an anderer Stelle 1589 nach "Geesthacht vorantreiben einfügen": " Zur Entlastung des "Nadelöhrs" am Hamburger Hauptbahnhof werden wir auch die die Verbindung Lübeck – Bad Kleinen in den Fokus nehmen. Im Rahmen der Planungen für den Ausbau der Bahnstrecke Lübeck – Bad Kleinen setzen wir uns daher dafür ein, dass der Bahnübergang „Ratzeburger Allee“ kreuzungsfrei gestaltet wird. Damit werden zusätzliche Wartezeiten, die durch lange Güterzüge entstehen, für den

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						wir daher erreichen, dass „Tempo 200“ nicht nur auf den Neubaustrecken realisiert wird, sondern auch auf dem Bestands-Abschnitt Lübeck – Hamburg.		Straßenverkehr, den ÖPNV und für Radfahrer vermieden. Zudem wollen wir so eine schnellstmögliche Erreichbarkeit des UKSH Lübeck für Notfalltransporte sicherstellen."
B251	2	1451		setze	CDU-KV Pinneberg	setze vor Zeile 1451: „Wir bekennen uns zu der gemeinsam mit den Bundesländern Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern beschlossenen Prioritätenliste („Ahrensburger Liste“) und streben eine Fortschreibung an. Während einige Projekte erfolgreich abgeschlossen werden konnten, wie z. B. der dreispurige Ausbau der A7, sind andere wichtige Vorhaben, wie der Bau der A20 oder der Ausbau der A21 nicht über das Planungsverfahren hinausgekommen.“	An der Ahrensburger Liste waren 2009 alle Regierungen der norddeutschen Länder beteiligt, u.a. auch die Grünen in Bremen und Hamburg und die FDP in Niedersachsen. Sie bettet die wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen unseres Landes in den nationalen und internationalen Kontext ein und sollte gemeinsam reaktiviert werden. Die offenen Punkte bieten eine gute Überleitung zum nächsten Absatz.	Annahme
B252	2	1451	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	verschieben hinter Zeile 1476	Vom Großen zum Kleinen! Entscheidend ist der Ausbau der Autobahnen und Bundesstraßen, nicht nur für SH, sondern auch für die Bundesrepublik und im Rahmen der TEN auch für die EU. Darum sollten wir damit textlich anfangen.	Ablehnung. Der Punkt ist aktuell nach Zuständigkeiten sortiert. Für die Landesstraßen trägt das Land die Verantwortung. Daher kommt dieser Punkt zu erst.
B253	2	1452		setze	Programmkommission	setze: „Um über die vielen Sanierungsarbeiten auch einen schnellen Überblick zu geben, werden wir eine entsprechende aktuelle und zugängliche Online-Datenbank einrichten.“		Annahme
B254	2	1461		setze	Programmkommission	setze: „Neben diesen Mitwirkungspflichten halten wir Stichtags- und Präklusionsregelungen, "die zum Verlust von Rechten führen, wenn entsprechende Rechtshandlungen nicht innerhalb einer behördlichen Frist erfolgen," in Planungsverfahren für unverzichtbar.“		Annahme
B255	2	1464		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Das alles kann nur gelingen, wenn die Betroffenen frühzeitig in die Pläne eingebunden werden und die Ungleichbehandlung von Bestands- und Neu- bzw. Ausbaustrecken abgeschafft wird.“	Erfolg ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: "Das alles kann nur gelingen, wenn die Betroffenen frühzeitig in die Pläne eingebunden werden."
B256	2	1467		setze	CDU-KV Stormarn	setze hinter: „Streckenführung“: „in Ostholstein“	Erfolg ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B257	2	1468		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche den Satz „Weiterhin setzen wir uns...“ setze: „Durch eine intelligente Verteilung von Gütern bereits in Schleswig-Holstein und die Nutzung weiterer elektrifizierter Schienennetze tragen wir zur Beschleunigung des Güterverkehrs und einer Entzerrung des Knotenpunktes Hamburg bei. Dabei beachten wir die FFH Richtlinien der EU und machen und für übergesetzlichen Lärmschutz stark.“	Bereits jetzt findet in Lübeck-Dänischburg und am Skandinavienkai ein schnellerer Schiene-Schiene Umschlag im MegaHub Verfahren statt. Durch eine Stärkung des Standorts könnte eine Verteilung von Gütern bereits in S-H. statt in Maschen stattfinden. Güter könnten bereits hier umgestellt und über die im BVWP vorgesehenen Strecken Lübeck-Bad Kleinen- Stendal Richtung Osten geleitet werden. Über die ebenfalls im BVWP vorgesehene Elektrifizierung der Strecke Lübeck-Büchen- Lüneburg-Maschen, kann die bisher vorgesehene Strecke über Lübeck-Bad Oldesloe-Ahrensburg-Maschen entlastet werden. In den bisherigen Planungen ist auch ein Schutzgebiet im Norden Hamburgs betroffen, dass eine Prüfung der Richtlinien des FHH der EU erforderlich macht. Vorteile: Beachtung der FHH Richtlinien der EU Entzerrung der starkfrequentierten Strecken von Lübeck bis Hamburg Verteilung der Lärmbelastungen auf mehrere Strecken in zumutbarer Weise	Annahme
B258	2	1469		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Wir setzen uns für eine zügige Realisierung des sechsspurigen Ausbaus der A23 ein.“	Der Entwurf des Programms enthält bisher nur Aussagen zur A 20 und A 21. Ganz besonders wichtig ist aber im Kreis Pinneberg die A 23, die leider nicht genannt wird.	Annahme
B259	2	1473		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „In diesem Zusammenhang wollen wir langfristig auch eine Elbquerung östlich von Hamburg anstreben.“		Erledigt durch Zeilen 1470 - 1473
B260	2	1476		setze	CDU-KV Kiel	setze nach ‚einsetzen‘: „Zur Erhöhung der Attraktivität des ÖPNV in einer alternden Gesellschaft werden wir die Barrierefreiheit von Verkehrsmittel und Verkehrsstationen weiter fördern, dies auch, um Menschen mit Behinderungen selbstständige Mobilität und damit gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.“		Ablehnung. Passt hier nicht.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B261	2	1477		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Wir wollen eine Stärkung der Güterumschläge im Lübecker Hafen und eine Entzerrung der vorhandenen, durch Ausbau und Nutzung weiterer Strecken“ „Wir werden bei allen Infrastrukturmaßnahmen die geltenden EU FHH Richtlinien beachten“	Die setze der Punkte ist die Folge der Aufnahme der Änderungen ab Zeile 1468.	Ablehnung - das ist nicht Inhalt des Änderungsantrages zu 1468 und zu "speziell" für die konkrete Liste. Ein Einhaltung von EU Recht ist bspw. keine politische Forderung.
B262	2	1479	ff.	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir wollen die Landesstraßen sicherer machen, z.B. Senkung des Geschwindigkeits-Niveaus an Unfallschwerpunkten und den Bau von Kreisverkehren.“		Annahme
B263	2	1482		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen eine gebündelte und niedrigschwellige Möglichkeit zur Meldung von Straßen- und Radwegschäden schaffen.“	ggf. mündlich	Annahme
B264	2	1494		setze	CDU-KV Kiel	setze Punkt nach ‚forcieren‘: „Wir wollen die Barrierefreiheit im ÖPNV spürbar erhöhen.“		Ablehnung. Passt hier nicht.
B265	2	1495		setze	CDU-KV Pinneberg	setze den Bulletpoint um: „...und uns dafür einsetzen, stark frequentierte, beschränkte Bahnübergänge zu untertunneln.“	Höhengleiche Bahnübergänge führen zu Staus, bergen ein Unfallrisiko und führen aufgrund ihrer Störfähigkeit zu Zugverspätungen. Deshalb ist die Beseitigung von höhengleichen Bahnübergängen dort erforderlich, wo diese durch die Bahn einerseits und durch Individualverkehr andererseits stark frequentiert werden.	Annahme und in 1476: Streiche "Beschränkung oder Lichtzeichen" und setze "Beschränkung, Lichtzeichen oder Untertunnelung"
B266	2	1501		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...klimaneutrale Schifffahrt“ setze: „...nachhaltige Schifffahrt“	Begründung in ÄA zu Zeile 916f.	Ablehnung
B267	2	1502		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Auch hier stehen wir für einen Ausgleich von Ökologie und Ökonomie“. setze: „Auch in Bezug auf unsere Häfen setzen wir auf Nachhaltigkeit“	Es wurde wieder einmal die soziale Säule der Nachhaltigkeit vergessen. Darum sollten wir gleich den richtigen Begriff benutzen.	Annahme
B268	2	1503	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Dabei bietet die künftige Dekarbonisierung der Luftfahrt beste Perspektiven für Schleswig-Holstein mit seinem Überschussstrom aus regenerativen Energien als Labor für Szenarien der Luftfahrt der Zukunft.“ setze: „Dabei bietet das Ziel einer nachhaltigen und klimaneutralen Luftfahrt beste	Überschussstrom ist dauerhaft keine Lösung (siehe ÄA 907-910). Es geht um die Einbettung unserer EE-Stromerzeugungsanlagen in regionale Wertschöpfungsketten. Das Wort „Labor“ i. S. eines	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Perspektiven für Schleswig-Holstein mit seinen vielfältigen Erzeugungsanlagen regenerativer Energien und damit möglichen Wertschöpfungsketten.“	Experimentierfeldes sollte vermieden werden. Niemand fühlt sich gern als „Ratte“.	
B269	2	1508		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Auch bei unseren Regional-Flughäfen sowie dort ansässigen Fluggesellschaften sehen wir Potenziale für Leuchtturmprojekte bei der Dekarbonisierung der Luftfahrt. In den überschaubaren Größen bei Standorten und eingesetztem Fluggerät sehen wir günstige Rahmenbedingungen, um Projekte „schlank“ und schnell umzusetzen und sehr flexibel auf gewonnene Erkenntnisse zu reagieren.“		Annahme in Zeile 1543
B270	2	1510	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Klimaneutrale Kraftstoffe, die so genannten synthetischen Kraftstoffe oder auch E- oder Green Fuels, bieten ebenfalls eine gute Möglichkeit zur Dekarbonisierung der Schifffahrt.“ setze: „Klimaneutrale Kraftstoffe, die so genannten synthetischen Kraftstoffe oder auch E- oder Green Fuels, können dann einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit der Schifffahrt beitragen, wenn sie selbst die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen.“	China setzt derzeit voll auf synthetische Kraftstoffe. Unter welchen Arbeitsbedingungen diese hergestellt werden, ist nicht transparent. Sie werden sicher günstiger sein, als in Deutschland produzierte Kraftstoffe. Dies sollte nicht unberücksichtigt bleiben.	Ablehnung
B271	2	1513		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Aktuell nicht genutzte Infrastruktur in Hafenanlagen, wie insbesondere Bahntrassen, wollen wir für zukünftige Ausbauten dort, wo es sinnvoll erscheint, erhalten.“		Annahme
B272	2	1516		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Wir bekennen uns zu Kreuzfahrten, maritimem Küstennahtourismus und der touristischen RoRo-Schifffahrt in Schleswig-Holstein.“		Annahme
B273	2	1519		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Auf der Ostsee steht eine neue Generation von Schiffen vor der Einführung: sie werden größer (Länge und Breite), verfügen über umweltfreundliche Antriebe, haben aber auch größere Tiefgänge. Wir werden uns daher beim Bund dafür einsetzen, dass das Fahrwasser zu und in unseren Häfen zügig an die neuen Anforderungen angepasst wird. Exemplarisch sei hier das Fahrwasser der Trave in den Bereichen des Skandinavienkais, der Mittelhäfen und des Herrrentunnels genannt. Hier müssen Ausbaumaßnahmen auch vor Aufstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplans erfolgen, um Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu erhalten.“		Annahme in geänderter Fassung: Auf der Ostsee steht eine neue Generation von Schiffen vor der Einführung: sie werden sowohl in der Länge als auch in der Breite größer, haben größeren Tiefgang und verfügen über umweltfreundliche Antriebe. Wir werden uns daher beim Bund dafür einsetzen, dass das Fahrwasser zu und in unseren Häfen zügig an die neuen Anforderungen angepasst wird.
B274	2	1532		setze	CDU-KV Pinneberg	setze neben „klimaneutral“ „und nachhaltige“	Begründung in ÄA zu Zeile 916f.	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B275	2	1535		setze	CDU-KV Pinneberg	setze neben „klimaneutral“ „und nachhaltige“	Begründung in ÄA zu Zeile 916f.	Annahme
B276	2	1538		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir bekennen uns zum Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanal als dem einzigen Zugang des deutschen Binnenwasserstraßennetzes zur Ostsee und werden uns auf Bundesebene weiter dafür einsetzen, dass die Ausbauplanung im Interesse der Stärkung des umweltfreundlichen Transportweges Binnenschiff verlässlich umgesetzt wird.“	Der ELK bedarf eines Ausbaus, um seine Befahrbarkeit auch durch moderne Binnenschiffe zu ermöglichen. Der Ausbau ist die Voraussetzung, um diesen Wasserweg dauerhaft wirtschaftlich für den Warentransport zu nutzen. Die direkte Anbindung an das deutsche Binnenwasserstraßennetz durch den Elbe-Lübeck-Kanal ist ein Alleinstellungsmerkmal des Lübecker Hafens. Es gibt in der Lübecker Hafenwirtschaft ein grundsätzliches Interesse, mehr Güter auch per Binnenschiff ab Lübeck weiter zu transportieren. Hierfür bedarf es aber des Ausbaus des Kanals. Unter den CDU-geführten Bundesregierungen ist es in den vergangenen Wahlperioden gelungen, den Ausbau im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans zu verankern. Die CDU in Schleswig-Holstein sollte sich dafür einsetzen, dass diese Ausbaupläne im Interesse einer verbesserten, umweltfreundlichen Hinterlandanbindung des Lübecker Hafens unverändert Bestand haben.	Annahme
B277	2	1541		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „klimaneutral“ „und nachhaltige“	Begründung in ÄA zu Zeile 916f.	Annahme
B278	2	1547		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	streiche und setze: „Wir wollen Entwicklungspotentiale unserer Häfen erhalten – auch durch den Erhalt derzeit nicht genutzter Hafeninfrastruktur, sofern nicht landesplanerische Ziele wie Wohnungsbau oder Arbeitsplatzeffekte durch eine Konversion nachhaltiger erreicht werden können.“		Annahme in geänderter Fassung: Wir brauchen weiter Entwicklungspotential für unsere Häfen und wollen dort, wo es möglich ist, nicht genutzte Hafeninfrastruktur erhalten.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B279	2	1547		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen eine Bestandsgarantie für alle wirtschaftlich genutzten Häfen in unserem Land. Diese werden weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht.“	ggf. mündlich	Annahme
B280	2	1547		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze neuen Punkt nach Zeile 1547 ein: „Wir wollen eine Bestandsgarantie für alle wirtschaftlich genutzten Landeshäfen in Schleswig-Holstein geben. Diese werden weiterentwickelt und zukunftsfähig gemacht.“		Erledigt durch Annahme B280
B281	2	1548		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „sowie einer Anpassung der Fahrrinnen“	ggf. mündlich	Annahme
B282	2	1548		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze am Ende des Satzes: „sowie eine Anpassung der Fahrrinnen.“		Erledigt durch Annahme Antrag B282
B283	2	1553		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir bekennen uns zum Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals, um mehr Güter vom LKW auf das Binnenschiff verlagern zu können.“		Annahme
B284	2	1564		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Expresszugverbindungen und Ausbauvorhaben - wie Wrist-Kellinghusen oder Hein Schönberg haben wir vorangetrieben.“	Einzelne regionale Vorhaben gehören nicht in ein Landeswahlprogramm, zumal wenn nur zwei genannt werden. Bei „Hein Schönberg“ ist die tatsächliche Situation so, dass u.a. aufgrund von Überlastungen bei den Planungsbehörden in Verantwortung des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums des Landes voraussichtlich erst in 2022 mit dem Planfeststellungsverfahren begonnen wird, für das etwa zwei Jahre veranschlagt sind. Die von 2013 - 2017 im Amt befindliche Landesregierung hatte sich erst 2016 zu einem Planfeststellungsverfahren entschlossen, obwohl ein solches 2013 von der Plöner CDU-Kreisfraktion im Kreistag beantragt worden war. Ursprünglich war davon die Rede gewesen, dass Hein Schönberg schon 2014 fahren sollte. Zeilen 1575 - 1591, also den	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							ganzen Absatz streichen. Die Nennung einzelner Vorhaben bergen immer die Gefahr, dass ihre Nennung weitere Nachfragen und Erörterungen auslöst. Beispiel Kiel -Preetz (über Schwentinental): Auch die 3 neuen Bahnhöfen sollten schon in Betrieb genommen sein, dies war jedoch aus Gründen der Überlastung der Planungsbehörden bislang nicht möglich, siehe Mitteilung des Wirtschafts- und Verkehrsministers des Landes.	
B285	2	1569	1591	streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	Dazu werden wir unser Schienennetz mit Streckenreaktivierungen und Streckenausbauten erweitern und verbessern. Um die Energiewende auf der Schiene zu ermöglichen, wollen wir unser Schienennetz großflächig elektrifizieren. Die Elektrifizierung der Marschbahnstrecke hat dabei für uns höchste Priorität. Wir wollen mit sogenannten Elektrifizierungsinselfen zunächst dort Oberleitungen zum Laden für Akku-Triebwagen bauen, wo später Oberleitungen auf den Gesamtstrecken ausgebaut werden können oder andere klimaneutrale Züge, z.B. mit Wasserstoff-Brennstoffzellen oder synthetischen Kraftstoffen, eingesetzt werden können. Unser Ziel ist, den Schienenverkehr bis 2030 vollständig klimaneutral zu gestalten. In diesem Sinne wollen wir unser Schienennetz erweitern und verbessern. Kurzfristig wollen wir die Maßnahmen aus dem landesweiten Nahverkehrsplan umsetzen. Eine Ladefrastruktur für den Betrieb batterieelektrischen Fahrzeuge soll in den Netzen Nord und Ost aufgebaut werden und die Strecken Hamburg-Kaltenkirchen als S-Bahn sowie Niebüll-Dagebüll elektrifiziert werden. Verkehrstaktungen sollen verbessert werden, z.B. auf den Strecken zwischen Bad Oldesloe und Bad Segeberg, zwischen Norderstedt und Neumünster mit einem zusätzlichen Expresszug, zwischen Hamburg und Lübeck bis Neustadt, von Altona-Nord und auf dem Korridor Elmshorn bis Hamburg Hauptbahnhof, zwischen Hamburg-Bergedorf und Aumühle auf der S-Bahn-Linie 21 und bei weiteren S-Bahnen im Hamburger Umland. Strecken mit neuen Bahnhaltspunkten sollen reaktiviert werden, z.B. von Flensburg nach Jübek zur Anbindung nach Kiel, von Rendsburg nach Seemühlen, von Wrist nach Kellinghusen, von Kiel, nach Schönberger-Strand mit Angebotsausweitungen rund um Kiel und die Durchbindung inklusive Elektrifizierung der Hamburger S-Bahn 21 bis nach Kaltenkirchen. Weitere Angebots- und Ausbaumaßnahmen sollen darauf aufbauend realisiert werden, wie z.B. vorrangig die Elektrifizierung der Marschbahn, die Schienenanbindung der Fehmarn-Belt-Querung, der Ausbau und die Elektrifizierung von Neumünster bis Bad Oldesloe oder der Ausbau der S 4 Ost Hamburg-Bad Oldesloe und S 4 West Pinneberg-Elmshorn. Weitere Fahrplanangebots- und Infrastrukturmaßnahmen sollen vorangetrieben werden, wie z.B. S-Bahn-Netze in/um Kiel und Lübeck, Streckenausbauten z.B. zwischen Kiel-Lübeck, Streckenreaktivierungen		Ablehnung mit Ergänzung in Zeile 1590 wie folgt: ... Reaktivierungen und Ausbauten einsetzen, etwa die Strecke Kappeln-Süderbrarup, ein Flügel-Konzept Flensburg-Jübek zur Anbindung nach Kiel sowie das Innovationsprojekt zur Reaktivierung Bad Malente - Lütjenburg

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						zwischen Bergedorf-Geesthacht, Flensburg-Niebüll und Neumünster-Ascheberg sowie die SPNV-Anbindungsprüfung des Flughafen Hamburg oder die ÖPNV-Zugänglichkeit touristischer (Museums-) Schienenverkehre wie z.B. auf der Strecke Kappeln-Süderbrarup. Infrastrukturell werden wir einen Schwerpunkt auf den Bahnstreckenausbau legen.		
B286	2	1571		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche „flächendeckende“, setze „vollständig“	ggf. mündlich	Annahme
B287	2	1574		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze neuen Absatz nach 1574: „Dies gilt auch für bereits in Planung / Realisierung befindliche Vorhaben. Die sollte zudem auch hinsichtlich der Barrierefreiheit sichergestellt sein.“		Ablehnung. Passt an dieser Stelle inhaltlich nicht.
B288	2	1575		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „In diesem Sinne wollen wir unser Schienennetz erweitern und verbessern.“ „Dabei ist es aber erforderlich, den landesweiten Nahverkehrsplan zu überarbeiten und mit den Bedürfnissen durch die Modellregion Hamburg - Kopenhagen auch in Einklang zu bringen. Außerdem ist das erhöhte Aufkommen an Personen- und Güterfernverkehr durch die feste Fehmarnbeltquerung, zu berücksichtigen. Um eine hohe Qualität des Schienenverkehrs dauerhaft sicherzustellen, müssen wir auch hier umdenken, von hochbelasteten Verkehrsachsen zu Verkehrsräumen. Damit wir den Hauptstrecken die Anfälligkeit zu nehmen aber auch noch Reserven für Verbesserungen zu lassen, muss der Verkehr auf deutlich mehr Mittel- und Nebenstrecken verteilt werden. Dadurch werden sie auch wirtschaftlicher, wenn sie besser in das Schienennetz eingebunden werden. Trotz des vierspurigen Ausbaus der S4 von Ahrensburg bis nach Elmshorn erweist sich Hamburg als gewaltiges Nadelöhr, aber auch die Strecke Bad Oldesloe – Hamburg wird einer Aufnahme des zweispurigen Verkehrs der Strecke Neumünster – Bad Oldesloe nicht mehr gewachsen sein. Es sei denn, man entlastet sie von anderen Verkehren. Gerade der Beltregion mit der Metropolregion Hamburg mit ihren mehr als 9 Mio. Einwohnern steht ein ausgebautes Schienennetz mit Modellcharakter gut.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B289	2	1576	1578	setze	CDU-Ortsverband Itzehoe	setze: „[Hierzu gehören: die S4 West und zwar mit einem dritten und einem vierten Gleis zwischen Elmshorn und Pinneberg] sowie mittelfristig einer Weiterführung bis nach Itzehoe bzw. Kellinghusen, [die S4 Ost,][...]“	Die ursprüngliche Planung der S4 sah die sogenannte Hamburger Schaukel - von Bad Oldesloe bis nach Itzehoe - vor. Dies sollte auch weiterhin der Anspruch sein, damit die Metropolregion Hamburg enger zusammenwächst. Durch den Beitritt des Kreises Steinburg zum Hamburger Verkehrsverbund ist dahingehend ein wichtiger Schritt genommen. Nun	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							sollte der nächste Schritt - auch im Sinne von Kapitel 3.9 - für ein Zusammenwachsen der Metropolregion und Stärkung der unteren Westküste genommen werden. Daher sollte auch das Projekt weiter als Gesamtes und ungekürzt betrachtet und ausformuliert werden	
B290	2	1577	ff.	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	„der S4 Ost Ausbau sollte bis Ahrensburg erfolgen. Verlängerung der RB 82 von Neumünster bis Ahrensburg im ½-Stundentakt. Umbau des Bahnhofs Ahrensburg mit einem Kopfgreis als Wendemöglichkeit für die RB 82. RE 80 mit zusätzlichem Halt in Bargteheide.“	Mit der SPNV-Vergabe ist beschlossen, dass der Takt der RB 81 von 2022 bis 2035 ganztägig und an allen Wochentagen im ½-Takt angebunden wird. Mit der bisherigen Planung zur S4 ist vorgesehen, dass die S4 ab 2024 in der Hauptverkehrszeit von Hamburg kommend, im 20-Min-Takt fährt, dann aber in Bargteheide endet. Nur jede zweite S4 fährt noch bis Bad Oldesloe weiter. In den Nebenzeiten verkehrt die S4 generell im Stundentakt. D.h., es kommt zu einer Verschlechterung im Personennahverkehr, da nur noch die Möglichkeit besteht 1x je Stunde nach Bad Oldesloe zu fahren und auch in den Nebenzeiten generell weniger Züge fahren. Die Planungen zur S4 Ost widersprechen zudem der Zielerreichung des sog. Deutschlandtaktes. Danach werden die größten deutschen Städte im ½h-Takt angefahren. Die Regionalbahnen fahren alle ½ h zu den Knotenbahnhöfen. Dort kann umgestiegen und schnell weitergefahren werden. Bad Oldesloe ist ein solcher Knotenpunkt und soll nach den bisherigen Planungen jeweils um Halb und zur vollen Stunde erreicht werden. Mit der Rückstufung von Regionalbahnen zur S4 Anbindung, wird dieses Ziel aufgegeben. Es	Ablehnung: Der Ausbau der S4 Ost befindet sich im Planfeststellungsverfahren.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							wird zudem mit der S-Bahn ein Zug eingesetzt, der weniger Fahrgäste transportieren kann als die Doppeldecker der RB. Damit müsste die S4 eigentlich öfter fahren und das ohnehin stark frequentierte Schienennetz würde noch stärker belastet. Mit dem RE Halt würde insbesondere in Bargteheide eine attraktive Alternative für Pendler sowohl Richtung Lübeck als auch Hamburg entstehen. Mit dem Einsatz der Baureihe 146 als Lok, ist der zusätzliche Halt auch technisch umsetzbar. Weitere Punkte sprechen ebenfalls gegen den geplanten Ausbau der S4: Die Bahnsteighöhen von RB und S-Bahn sind unterschiedlich hoch und erschweren die Barrierefreiheit bei Zugausfällen und Einsatz von Ersatzzügen. Die Ausbaupläne im BVWP (2-011-v01) im Rahmen der Hinterlandanbindung zur Fehmarnbelt Querung sehen Ausbauten u.a. auf der genannten Strecke mit Überholgleisen vor. Dabei sind Bereiche betroffen, die aufgrund der EU-FHH-Richtlinie eine alternative Streckenplanung/-prüfung erfordern werden. Durch die stark frequentierte Strecke sind Zugausfälle und Zugverspätungen vorhersehbar. Dieses widerspricht dem Ziel eines attraktiven ÖPNV. Die benannten Maßnahmen zum Nahverkehrsplan kurz mit „S4“ zu benennen greift nach dem genannten zu kurz und es bedarf der erläuternden Einfügung.	

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B291	2	1578		setze	CDU KV Dithmarschen	setze ein hinter „Marschbahn“: „inklusive der gesamten Strecke von Itzehoe bis Brunsbüttel“	Die Besonderheit des kurzen Abstechers der Marschbahn über Wilster nach Brunsbüttel wird häufig bei dieser Forderung vergessen und ist für die Region von enormer Bedeutung, um zukünftig wieder SPNV zu ermöglichen und eine attraktive Schienenanbindung des Industriegebiets und Wohnortes Brunsbüttels zu gewährleisten.	Annahme
B292	2	1582		setze	CDU KV Dithmarschen	setze ein hinter „Kellinghusen“: die Reaktivierung des SPNV auf der Strecke Itzehoe - Brunsbüttel,“	Durch aktuell vorhandene Wartezeiten von ca. 40 Minuten am Bahnhof Itzehoe im SPNV, kann eine Anbindung Brunsbüttels über Wilster ohne großen Mehraufwand erfolgen und die zweitgrößte Stadt Dithmarschens endlich wieder an den SPNV angebunden werden. Auch auf dem vorhandenen Gleis ist für eine regelmäßige SPNV Verbindung noch genügend Kapazität vorhanden. Lediglich eine Haltestelle in Brunsbüttel müsste ertüchtigt/neu geschaffen werden.	Ablehnung
B293	2	1586		setze	CDU-KV Stormarn	setze in 1589: „nach Bergedorf – Geesthacht vorantreiben“: „Es soll geprüft werden, ob eine Reaktivierung der Bahnstrecke Hagenow Land–Bad Oldesloe (Kaiserbahn) möglich ist.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B294	2	1589		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Die Umlandgemeinden möchten wir mit den Oberzentren Kiel und Lübeck schnellstmöglich im 30-Minuten-Takt verbinden und damit Anreize setzen, vom Auto auf die Bahn umzusteigen.“		Annahme
B295	2	1591		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Die Stärkung der Bahninfrastruktur bezieht sich nicht nur auf bessere Angebote im Personenverkehr, sondern insbesondere auch auf den Güterverkehr. Der Güterverkehr der Bahn muss an Attraktivität gewinnen, sowohl in der Fläche als auch als umweltfreundliche Hinterlandanbindung der Häfen, um mehr Transporte von der Straße auf die Schiene verlagern zu können.“	Obwohl der Programmentwurf sich ausführlich mit dem Ausbau der Angebote auf der Schiene im Personenverkehr befasst, fehlt der Aspekt des Güterverkehrs trotz einer hohen Bedeutung als umweltfreundlicher Verkehrsträger im Bereich des Gütertransports gänzlich. Deshalb sollte das Programm zumindest um ein grundsätzliches Bekenntnis zum Gütertransport mit der Bahn und	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							der Stärkung der entsprechenden Infrastruktur ergänzt werden.	
B296	2	1592		streiche und setze	CDU-KV Kiel	streiche: „Erreichbarkeiten“ setze: „erreich- und nutzbar sein.“		Annahme
B297	2	1592		streiche und setze	CDU-KV Kiel	streiche deshalb (...), setze: „weshalb wir uns für den konsequenten Ausbau der Barrierefreiheit von Bahnhöfen und Schienenverkehrsmitteln einsetzen.“		Annahme
B298	2	1595		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Wir werden seitens des Landes die Finanzmittel für den Bau und die Sanierung von Radwegen sowohl an Landes- wie Kreisstraßen erheblich erhöhen. Dies dient der Sicherheit im Straßenverkehr, auch auf Schulwegen, erhöht die Mobilität und fördert den Tourismus. Viele Bürgerinnen und Bürger fahren gern mit dem Rad. "Eines der wesentlichen Probleme bei den Radwegen sind die Unterhaltung und die Schäden durch Wurzelbildung. Sie stellen die Kommunen vor derzeit große Schwierigkeiten. Das Land wird dazu praktikable Lösungen vorlegen, die dafür sorgen, dass die Radwege in einem Zustand sind, in dem sie auch gefahrlos befahren werden können. Zudem wird die Benutzungspflicht auf ihre Realisierung evaluiert."		Ablehnung
B299	2	1595		setze	Programmkommission	setze: "Zu den Zielen der Radstrategie Schleswig-Holstein 2030 bekennen wir uns ausdrücklich."		Annahme
B300	2	1601		setze	CDU-KV Pinneberg	setze Satz nach: „Wir wollen ...Landesförderung einführen.“ „Dies darf allerdings nicht zulasten der Straßennetze gehen, die für den Berufspendler und den Warenverkehr mit langer Distanz notwendig sind.“	Wie rücksichtslos Velorouten zulasten des Straßenverkehrs bisher dort geplant werden, wo Grüne in der Verantwortung sind, zeigt sich am besten in Hamburg. Die beschlossene Verengung der Kieler Straße, als Hauptroute für Pendler aus den Kreisen Pinneberg, Steinburg und Teilen von Segeberg aufgrund des Ausbaus einer Veloroute, wird einverkehrliches Debakel für die Metropolregion und hilft nur wenigen Pendlern, von denen ein Großteil der möglichen Nutzer ohnehin die parallele Bahnstrecke nutzen. Hier sind Potentialanalysen notwendig und Rücksichtnahme gegenüber dem Straßenverkehr erforderlich. Im Übrigen gilt Zeile 2527-2532!	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B301	2	1601	1602	streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Wir wollen Radfahren zur echten Alternative für Berufspendlerinnen und Berufspendler machen und setzen uns daher gezielt für Velorouten aus den Mittelzentren in die Oberzentren ein.“ Und setze ein: „Wir wollen Radfahren zur echten Alternative für Berufspendlerinnen und Berufspendler machen und setzen uns daher gezielt für Velorouten in die Mittel- und Oberzentren ein.“		Annahme
B302	2	1605	ff.	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir werden die Ausbildung von Schülerlotsen/Verkehrshelfern fördern und intensivieren.“		Annahme in Zeile 516 zum Thema Sicherung der Schulwege: Wir werden die Ausbildung von Schülerlotsen beziehungsweise Verkehrshelfern fördern und intensivieren.
B303	2	1607		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: „flächendeckende“, setze: „einhundertprozentige“	ggf. mündlich	Annahme
B304	2	1607	1609	streiche, setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Wir wollen schnellstmöglich die flächendeckende Elektrifizierung unserer Bahnstrecken erreichen. Auf dem Weg dahin wollen wir ein weitgehend elektrisches Fahren mit Akkubetriebswagen und Strominseln ermöglichen. Und setze: „Wir wollen schnellstmöglich eine großflächige Elektrifizierung unserer Bahnstrecken erreichen und auch andere klimaneutrale Antriebstechniken ermöglichen. Auf dem Weg dahin wollen wir ein weitgehend elektrisches Fahren mit Akkubetriebswagen und Strominseln ermöglichen.“		Ablehnung
B305	2	1616		setze	CDU-KV Segeberg	setze neuen Bulletpoint: „Die Kommunen bei dem Ausbau ihrer Velorouten unterstützen.“		Erledigt
B306	2	1617		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „und ZOB“	ggf. mündlich	Erledigt
B307	2	1617		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter „Bahnhof“ „und ZOB“		Annahme
B308	2	1618		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir initiieren ein Förderprogramm für Fahrradstellplätze an Schulen.“	ggf. mündlich	Ablehnung. Keine Zuständigkeit durch das Land.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B309	2	1618	ff.	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir wollen den Radverkehrs sicherer machen und Präventionsmaßnahmen zum sicheren Umgang mit Pedelec und E-Bike fördern.“		Annahme
B310	2	1619		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden die Radmitnahme für Personen bis einschließlich 25 Jahren im ÖPNV kostenlos gestalten.“	ggf. mündlich	Ablehnung
B311	2	1622		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Genesung oder Urlaub verbringen. Schleswig-Holstein ist ein Zentrum für den Wassersport und ist mit seinen charmanten Hafenstädten, Stränden und über 800 km Küstenlänge (mit den Inseln und Halligen) ein Anziehungspunkt für Sportler und Touristen aus aller Welt. Unsere lebendigen Innenstädte, vielseitigen Landstriche, ein reiches kulturelles Angebot sowie zahlreiche auch familienfreundliche Unterkünfte machen Schleswig-Holstein zu einem attraktiven Urlaubsziel. Deshalb ist der Tourismus ein starker Wirtschaftsfaktor unseres Landes.“		Annahme
B312	2	1623		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „ , , dessen Weiterentwicklung im Einklang mit Natur und Umwelt erfolgen muss.“	Alle Bereiche des Wahlprogramms nehmen darauf Bezug und es würde als vorangestellte Prämisse für die Zukunftssorgen der Bürger sensibilisieren und die Vorurteile gegenüber CDU-Politik entkräften. Es geht nicht darum, den Mitbewerbern den Rang abzulaufen, sondern ureigene CDU-Politik sichtbar zu machen!	Annahme
B313	2	1631		setze	CDU-KV Kiel	setze: „und Tourismus für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen“		Annahme
B314	2	1636		setze	CDU-KV Kiel	setze nach ‚werden‘: „Schließlich gilt es Strände und Badestellen zunehmend auch für mobilitätabeinträchtigte Menschen zugänglich zu machen.“		Annahme
B315	2	1640		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Als Zentrum für Wassersport ist Schleswig-Holstein Anziehungspunkt für viele Touristen.“		Ablehnung
B316	2	1647		streiche	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche: „durch Baumwurzeln“		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B317	2	1647		setze	Programmkommission	setze: „Der Fahrradtourismus ist eine starke Säule der Tourismuswirtschaft in unserem Land“, wie es auch in der Radstrategie des Landes festgehalten ist.“		Annahme
B318	2	1668		setze	CDU-KV Flensburg	„Wir wollen den Ausbau und den Erhalt von Liegeplätzen für die Schifffahrt und den Wassersporttourismus fördern.“		Ablehnung
B319	3	1693	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Für die Wissenschafts- und Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein bedeuten Digitalisierung und Dezentralisierung Wachstumschancen zu mehr Wohlstand. Das gilt auch für unseren Führungsanspruch im Bereich regenerativer, grüner Energie – egal ob Wind-, Solarkraft oder dem Zukunftsmarkt Wasserstoff. Aber auch kein Handwerksbetrieb, kein Tourismusvermittler und erst recht kein Fertigungsbetrieb kann sich die Arbeit noch ohne digitale Prozesse vorstellen.“ setze: „Für die Wissenschafts- und Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein als Flächenland bedeutet Digitalisierung und die damit einhergehende Dezentralisierung von bestimmten Arbeitsleistungen und Prozessen Wachstumschancen zu mehr Wohlstand und gut bezahlten Arbeitsplätzen. Weder Industrie oder Handwerk, weder Dienstleistung oder Produktion oder auch der Staat können sich ihre Leistungen heute ohne digitale Prozesse vorstellen. Gerade ländliche Räume können von dieser Entwicklung profitieren, wenn sie mit guter digitaler Infrastruktur ausgestattet sind.“	Digitalisierung hat für den Führungsanspruch in Bereich regenerativer Energien keine andere Bedeutung als für alle anderen Wirtschaftsbereiche auch. Wenn man also überhaupt eine Branchenaufzählung für die Bedeutung von digitalen Angeboten macht, dann sollte die auch alle Branchen umfassen. Für diese Bedeutung braucht es keine Anbindung an den ländlichen Raum. Dieser Anbindung bedarf es, damit auch der ländliche Raum sein Potential ausschöpfen kann, welches er durch Digitalisierung erhält.	Annahme in geänderter Fassung: „Für die Wissenschafts- und Wirtschaftsregion Schleswig-Holstein bedeuten Digitalisierung und Dezentralisierung Wachstumschancen zu mehr gut bezahlten Arbeitsplätzen und mehr Wohlstand. Das gilt auch für unseren Führungsanspruch im Bereich regenerativer, grüner Energie – egal ob Wind-, Solarkraft oder dem Zukunftsmarkt Wasserstoff. Aber auch kein Handwerksbetrieb, kein Tourismusvermittler und erst recht kein Fertigungsbetrieb kann sich die Arbeit noch ohne digitale Prozesse vorstellen. Gerade ländliche Räume können von dieser Entwicklung profitieren, wenn sie mit guter digitaler Infrastruktur ausgestattet sind.“
B320	3	1699		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Für die Zukunft wollen wir aber noch mehr, dass Schleswig-Holstein digital denkt. Von unserem Staat und der Verwaltung, über die Bildung, die Arbeit und den Verkehr wollen wir die Digitalisierung die Regel werden.“ setze: „In Zukunft müssen wir unsere Politik für Schleswig-Holstein noch digitaler denken. Digitale Prozesse, Angebote und Leistungen müssen in Staat und Verwaltung, bei Bildungsangeboten, im Arbeitsalltag oder bei der Mobilität die Regel werden.“	Digitalisierung ist der Weg, um digitale Prozesse, Angebote und Leistungen zu ermöglichen. Nicht die Digitalisierung muss die Regel werden, sondern das digitale Angebot. Es ist wie bei Entbürokratisierung, die auch nur Mittel ist, um eine unbürokratische und schnelle Entscheidung zu ermöglichen.	Annahme
B321	3	1710		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Digitalisierung soll die Regel in allen Bereichen werden.“ setze: „Digitale Prozesse, Angebote und Leistungen sollen in allen Lebensbereichen zur Regel werden.“	Begründung unter ÄA zu Zeile 1699	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B322	3	1710		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Digitalisierung soll die Regel in allen Bereichen werden“ setze: „Wir wollen die Digitalisierung weiter voranbringen.“		Erledigt durch Annahme Antrag B321
B323	3	1711		setze	CDU-KV Kiel	setze nach Wissenschaft: „Für Sinnesbeeinträchtigte ist die digitale Barrierefreiheit bedeutsam.“		Annahme
B324	3	1753		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: "Wir werden eine Förderrichtlinie erarbeiten, die den sozialen Transformationsprozess unterstützt."	Der Digitalisierung betrifft uns alle in fast allen Lebensbereichen. Die technische und inhaltliche Ausgestaltung dieses immensen Transformationsprozesses steht bei der Förderung fast immer im Vordergrund. Die sozialen Folgen bleiben unberücksichtigt. Wenn jedoch Teile der Bevölkerung bei der Veränderung nicht folgen können, Ängste empfinden und Widerstände entwickeln, kann das zu einer Spaltung der Gesellschaft führen. Daher wollen wir rechtzeitig unser Augenmerk auf den sozialen Aspekt richten und Initiativen für die Mitnahme aller gesellschaftlichen Gruppen unterstützen.	Ablehnung
B325	3	1759		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Wir wollen um die Digitalisierung beschleunigen, deshalb werden wie eine Stabstelle schaffen, die in der Staatskanzlei angesiedelt ist und umfassende Befugnisse bekommt, um übergreifend die Digitalisierung voranzubringen.“		Ablehnung
B326	3	1760	f.	setze	CDU-KV Pinneberg	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden bei der Förderung von eSport-Angeboten eine angemessene Unterstützung und Förderung von Sucht- und Gewaltprävention durch unabhängige Institutionen sicherstellen.Begründung:Ergibt sich aus dem Vortext, in dem explizit auf die Bedeutung von Sucht- und Gewaltprävention hingewiesen wird.Die Betonung der Einbindung unabhängiger Institutionen ergibt sich aus dem Umstand, dass Sucht- und Gewaltprävention und eine damit verbundene Aufklärungsarbeit derzeit ausschließlich durch den vom Land bereits jetzt geförderten eSport-Bund und dessen Landeszentrum für eSport und Digitalisierung erfolgt.“		Ablehnung. Die Unterstützung und Förderung von Suchtprävention ist jetzt schon umfassend möglich.
B327	3	1776		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Dabei sind insbesondere funktionierende Schnittstellen auf allen Ebenen wichtig.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B328	3	1791		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Die Digitalisierung von Prozessen und Abläufen in der öffentlichen Verwaltung sind kein Selbstzweck, sondern dienen der Verbesserung der Angebote für die Bürgerinnen und Bürger, der Beschleunigung von Arbeitsprozessen sowie der Entbürokratisierung. Auch die digitalisierte Verwaltung wird über Ansprechpartnerinnen und -partner verfügen, um Bürgerinnen und Bürgern persönlich Auskünfte zu erteilen oder sie beraten zu können. Die Digitalisierung kann helfen, durch Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Routinevorgängen zeitliche Freiräume für eine bürgernahe Verwaltung zu schaffen, die sowohl digitale Angebote ausweitet als auch persönliche Ansprechbarkeit und Beratung bietet.“	Der Abschnitt legt den Fokus auf die vollständige Digitalisierung sämtlicher Prozesse und Verfahren. Es könnte der Eindruck entstehen, als seien in dieser Verwaltung der Zukunft persönliche Kontakte künftig gänzlich entbehrlich oder gar nicht mehr erwünscht. Dies wird aber auch in der digitalen Verwaltung der Zukunft nicht der Fall sein. Mit dem Satz soll verdeutlicht werden, dass die Digitalisierung Prozesse unbürokratischer, bürokratieärmer und bürgerfreundlicher gestalten soll, aber dort, wo der persönliche Kontakt erforderlich ist, dieser auch in Zukunft möglich sein soll und sogar dank der Entlastung von Routinevorgängen durch digitale Lösungen verbessert werden kann.	Annahme in geänderter Fassung: "Dadurch stärken wir die bürgernahe Verwaltung, die sowohl digitale Angebote ausweitet als auch persönliche Ansprechbarkeit und Beratung bietet."
B329	3	1798		streiche	Programmkommission	streiche: „Verwaltungsinformatik" setze: „Digitales Verwaltungsmanagement"		Annahme
B330	3	1801	f.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Wir wollen eine voll digitalisierte Verwaltung mit digital optimierten medienbruchfreien Prozessen auf allen Verwaltungsebenen und forcieren den internen Kulturwandel."	Derart hohe Ziele können leicht zu Enttäuschungen führen. Es ist zudem die Frage, unter welchen Rahmenbedingungen und auf welcher Zeitliste dies ggf. umgesetzt werden soll. Was ist in der Verwaltung ein „interner Kulturwandel"? So eine weitreichende Entwicklung sollte zumindest in den Eckpfeilern gründlich diskutiert worden sein.	Ablehnung
B331	3	1802		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze neuen Bulletpoint: Wir setzen uns dafür ein, dass die Behörden weiterhin noch aktiver die sozialen Medien nutzen, um u.a. Transparenz, schnelle Kommunikation, Bürger-Partizipation und Nachwuchsgewinnung auch in Zukunft gewährleisten zu können.		Annahme
B332	3	1803	f.	streiche	CDU-KV Plön & CDA	streiche: „Wir werden den Service Level erhöhen und eine 24/7 Erreichbarkeit der Verwaltung sicherstellen sowie die Effizienz der Arbeitsabläufe steigern.“	Eine Rund-Um-Die-Uhr-Erreichbarkeit der Verwaltung ist schon jetzt gegeben (Mail, Anrufbeantworter). Es kommt darauf an, wie man Erreichbarkeit definiert. Soll	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein		dies personell begleitet sein, so wird dies nicht ohne eine deutliche Ausweitung der Planstellen erreichbar sein. Es stellt sich auch die Frage, ob dies notwendig und wünschenswert ist. Auch wäre nötig, dass die anderen Verwaltungen (Kommunen, andere Behörden und Dienststellen des Bundes / Brüssel) entsprechend kompatibel angeschlossen wären. Man sollte bei einem Programm für die nächsten Jahre nicht möglicherweise überhöhte Erwartungen wecken. Im Übrigen arbeitet die Landesverwaltung schon jetzt auf einem guten Niveau.	
B333	3	1803		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Wir werden jedes neue Gesetz, welches mit neuen bürokratischen Anforderungen für Bevölkerung, Unternehmen und Vereine verbunden ist, auf die Umsetzbarkeit im Rahmen eines rein digitalen Prozesses prüfen.“		Annahme
B334	3	1807		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Wir wollen die Einrichtung digitaler Abholterminals unterstützen und werden ein entsprechendes Förderprogramm einrichten.“	Mit digitalen Abholterminals können auch umfangreiche Dokumente ohne Termin 24/7 ausgegeben werden. In dieser Abholterminals werden – Packstationen vergleichbar – Dokumente zur Abholung hinterlegt. Das System kommt auch für die Ausgabe kommunalpolitische Sitzungsvorlagen in Frage.	Annahme in geänderter Fassung: „Wir wollen die Einrichtung digitaler Abholterminals unterstützen.“
B335	3	1813		setze	CDU-KV Kiel	setze: „Zudem streben wir eine Erhöhung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Dienst an.“		Annahme
B336	3	1815		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir werden den Eintritt eines größeren Teils der heutigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand nutzen, um zu prüfen und in ein Personalentwicklungskonzept einfließen zu lassen, in welchen Bereichen der öffentlichen Verwaltung durch Aufgabenveränderungen und Digitalisierungsprozesse auch Änderungen der personellen Ausstattung erforderlich werden, sei es weniger Personal, weil Prozesse heute anders abgebildet werden, sei es mehr Personal, weil neue Anforderungen an die öffentliche Verwaltung gestellt werden.“	Wenn rund 30 Prozent der Landesbediensteten in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen, sollten vor dem Hintergrund der Veränderungsprozesse insbesondere durch die Digitalisierung, aber auch durch neue und veränderte Aufgaben, diese Arbeitsplätze nicht ohne Prüfung in ihren gegenwärtigen Strukturen 1:1 nachbesetzt werden. Vielmehr bietet dieser Personalwechsel die Chance, die Strukturen und ihre	Annahme in geänderter Fassung. Ersetze Zeile 1811 - 1813: "Einerseits können uns die Potentiale der Digitalisierung helfen, Lücken zu schließen und Aufgabenveränderungen in der öffentlichen Verwaltung kontinuierlich zu überprüfen , andererseits bleibt klar, dass gute Verwaltung durch Menschen gestaltet wird."

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							personelle Ausstattung an die heutigen Herausforderungen und Erfordernisse anzupassen.	
B337	3	1825		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Gerade im Ballungsraum zu Hamburg können die Kommunen im Ringen um qualifiziertes Personal nicht mithalten. Sowohl bei der Beamtenbesoldung als auch bei den Angestellten im Öffentlichen Dienst werden wir hier geeignete Instrumente prüfen. Dies umfasst Anhebungen, flexiblere Entgeltmodelle, Leistungsprämien und Standortzuschläge ebenso wie die Möglichkeit eines eigenen Tarifvertrags. Wir werden auf Landesebene ein Konzept entwickeln, das der Akquise und dem Halten von Fachkräften in der kommunalen und der Landesverwaltung dient und diese damit zukunftsfähig macht.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme, in geänderter Fassung: Setze in Zeile 1824 nach dem ersten Satz: "Auch unsere Kommunen ringen um ausreichend qualifiziertes Personal. Sowohl bei der Beamtenbesoldung als auch bei den Angestellten im Öffentlichen Dienst werden wir hier geeignete Instrumente prüfen."
B338	3	1825		setze	CDU-KV Dithmarschen	setze: „Wir wollen bei der Anwerbung von Fachkräften für die öffentliche Verwaltung stärker auf Quereinsteiger aus der freien Wirtschaft setzen. Für diese werden wir zusätzliche Fortbildungsmöglichkeiten schaffen, um ihnen schon während aber auch nach der Einarbeitungsphase praktisch und theoretisch die Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung näher zu bringen.“	Die Besetzung von offenen Stellen und Anwerbung von neuen Mitarbeitern wird für die Verwaltung immer mehr zum Problem. Die oftmals noch sehr formalistisch gestalteten Stellenausschreibungen mit dem klaren Fokus auf eine Ausbildung in der Verwaltung behindern ebenso wie die zu geringen Fortbildungsmöglichkeiten die Anwerbung von Fachkräften aus der freien Wirtschaft. Dieser Situation wollen wir durch mehr Fortbildungsmöglichkeiten und eine weitere Öffnung der Stellenausschreibung entgegenwirken.	Annahme in geänderter Fassung "Wir wollen bei der Anwerbung von Fachkräften für die öffentliche Verwaltung noch stärker auf Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger setzen."
B339	3	1834		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Wir wollen weiter unsere Nachwuchskräftewerbung verstärken, insbesondere in den sozialen Medien. Wir wollen das Verfahren zur Rechtssetzung verbessern.“		Annahme
B340	3	1835		ergänze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Dabei werden wir auch stärker die sozialen Medien nutzen, um dort die gewünschten Nachwuchsfachkräfte zu erreichen.“		Annahme
B341	3	1839		setze	CDU-KV Stormarn	setze als weiteren Punkt: „Wir werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesdienst die Aufnahme eines Dualen Studiums als Weiterqualifizierung zur Fachkräftegewinnung ermöglichen.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: „Wir werden weiterhin Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesdienst die Aufnahme eines Dualen Studiums als

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Weiterqualifizierung zur Fachkräftegewinnung ermöglichen.“
B342	3	1928		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die CDU setzt sich für eine leistungsbezogene Gebührenordnung für Planungen ein.“	Begründung: Die Abrechnung nach Bausumme führt immer wieder zu nicht optimalen Ergebnissen der vorgegebenen Ziele und explodierenden Kosten. Hier ist eine an die Wirklichkeit angepasste Regelung überfällig. Das gute Leistungen bezahlt werden müssen bleibt unbestritten! Aber explodierende Kosten werden im Gewerbebau doch auch nicht akzeptiert. Für den öffentlichen Bereich sind eine genaue Erarbeitung der Ziele und Beschreibung der einzelnen Gewerke oder die Vergabe über eine kommunal eigene GmbH Wege um das Bauen zu optimieren. Darüber sollte in Arbeitskreisen beraten werden. Hier sollten auch über Erfahrungen in anderen Ländern berücksichtigt werden.	Ablehnung
B343	3	1928		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die CDU setzt sich für eine Leistungsbezogene Gebührenordnung für Planungen ein.“	Die Abrechnung nach Bausumme führt immer wieder zu nicht optimalen Ergebnissen der vorgegebenen Ziele und explodierenden Kosten. Hier ist eine an die Wirklichkeit angepasste Regelung überfällig. Das gute Leistungen bezahlt werden müssen bleibt unbestritten! Aber explodierende Kosten werden im Gewerbebau doch auch nicht akzeptiert. Für den öffentlichen Bereich sind eine genaue Erarbeitung der Ziele und Beschreibung der einzelnen Gewerke oder die Vergabe über eine kommunal eigene GmbH Wege um das Bauen zu optimieren. Darüber sollte in Arbeitskreisen beraten werden. Hier sollten auch über Erfahrungen in anderen Ländern berücksichtigt werden.	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B344	3	1929		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „starken Staat“ setze: „funktionierenden Staat“	Seit ihrer Gründung hat die CDU für die grundgesetzlich garantierten Freiheiten der Bürgerinnen und Bürger gestritten und für einen Staat, der seinen Schutzauftrag erfüllt. Dieser Staat muss seine Funktionen erfüllen, muss aber nicht eine besondere Stärke gegenüber den garantierten bürgerlichen Freiheiten aufweisen.	Annahme
B345	3	1931		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Nach über 50 Jahren Schuldenmacherei“		Annahme
B346	3	1937		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: "Dazu motiviert uns insbesondere der Aspekt der Generationengerechtigkeit."	Generationengerechtigkeit wird bisher nicht erwähnt	Annahme in geänderter Fassung in Zeile 1935: "Die finanzielle Nachhaltigkeit ist auch ein starker Pfeiler für die Generationengerechtigkeit."
B347	3	1975		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Den Versorgungsfonds des Landes zur Abfederung der Pensionsaufwendungen werden wir weiter ausbauen und seine Rendite erhöhen, um zukünftige Landeshaushalte von Beamtenversorgungsleistungen zu entlasten.“	Die Einführung eines Versorgungsfonds für die Schaffung von Rücklagen für spätere Pensionen von Landesbeamten war ein Schritt in die richtige Richtung. Da seine Aktienquote auf maximal 30% begrenzt worden war, konnte bislang keine attraktive Rendite erwirtschaftet werden, die den Vergleich mit berufsständischen Versorgungswerken, dem norwegischen Staatsfonds oder den Finanzierungsfonds US-amerikanischer Staatsfonds standhält. Die Hansestadt Lübeck hat ihre Einlage in den Versorgungsfonds des Landes auch mit der Begründung zurückgezogen, dass die bisher erwirtschaftete Rendite unter 1% betragen haben soll.	Annahme
B348	3	1981	ff. 1989	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Verschiebe: „Im Hinblick auf eine faire Steuerpolitik....die den Staat mit ihren Beiträgen finanzieren.“ nach Zeile 2011 streiche: „aggressive Steuergestaltung“.		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						(Jetzt der Anfang) Die komplette Steuererklärung muss niedrigschwellig online erfolgen können, in einfachen Fällen auch per App. Insbesondere für Senioren muss es eine vereinfachte Version der vorausgefüllten Steuererklärung und das Wahlrecht für eine Amtsveranlagung geben. Zudem muss der Zugang zum Finanzamt für alle einfacher und bürokratieärmer werden.“ Begründung: Für die CDU stand immer die steuerliche Vereinfachung eines inzwischen absolut intransparenten, bürokratischen und chaotischen Steuersystems, das selbst kaum noch Steuerberater durchblicken, im Vordergrund der Politik. Der Kampf gegen Steuerbetrug und Geldwäsche ist wichtig, heilt aber nur Folgen, nicht die Ursache. „Aggressive Steuergestaltung“ ist ein grüner Kampfbegriff gegen rechtlich zulässige, vom Gesetzgeber ermöglichte Steueroptimierungen. Als CDU sind wir dem Rechtsstaat verpflichtet, nicht grüner Rhetorik.		
B349	3	1990		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „online“		Ablehnung
B350	3	1997	f.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „um den Mittelstand, der gerade für Schleswig-Holstein wichtig ist, zu entlasten“	Die Steuerprogression betrifft in diesem Bereich auch Arbeitnehmer und andere Steuerzahler.	Annahme in geänderter Fassung: „um auch den Mittelstand, der gerade für Schleswig-Holstein wichtig ist, zu entlasten“
B351	3	2006		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Bei der Erbschaftssteuer setzen wir uns für Erleichterungen beim Generationsübergang mittelständischer Betriebe ein“ bzw. „und für Erleichterungen beim Generationsübergang mittelständischer Betriebe“.	Noch immer erschweren die umfangreichen Vorgaben in der Verschonungsregel der Erbschaftssteuer einen Betriebsübergang auf die nächste Generation. In SH stehen jährlich über 1000 Generationsübergänge im Mittelstand an, bei denen es schwer genug ist, die Nachfolgeneration zu begeistern.	Annahme
B352	3	2012		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: 2112 bis 2138 streiche, setze: „Der 2019 veröffentlichte OECD-Bericht zur Regionalentwicklung in der Metropolregion Hamburg bestätigt die bisherigen Ansätze der Zusammenarbeit, gibt	Nach der OECD-Studie reicht es nicht aus, den Status-Quo fortzuschreiben, da die Metropolregion den Anschluss an andere Kraftzentren in Deutschland zu verlieren droht. Wir sollten uns daher	Annahme in geänderter Fassung: „Diesen erfolgreichen Weg wollen wir konsequent weitergehen und fortentwickeln. Für eine innovative Zukunft in dieser Region ist eine noch engere

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						aber auch neue Impulse und Anregungen für weitergehende Bemühungen zwischen unseren Bundesländern. Anlass zur Sorge gibt insbesondere die Analyse, dass die Metropolregion Hamburg zwischen 2005 und 2015 die schwächste Wachstumsentwicklung aller deutschen Metropolregionen hatte und die OECD insbesondere die schwächeren Bildungsabschlüsse, begrenzte Innovationsinvestitionen und fehlende Koordinierung in der Clusterentwicklung als Anlass sieht. Potentiale für eine globale Spitzenposition sieht die OECD im Bereich der Erneuerbaren Energien, aber auch in der Vernetzung von Kultur- und Naturstätten von herausragender Bedeutung. Den im Bericht enthaltenen Empfehlungen werden wir Rechnung tragen. Dazu gehört eine Konzentration von Ressourcen und Finanzmitteln auf die gemeinsamen Stärken, die uns weltweit Rang und Namen verschaffen können, auf Planung, Innovation, Bildung, Digitalisierung, Erneuerbare Energien sowie Kultur- und Tourismusmarketing. Neben der gemeinsamen verkehrlichen Entwicklungsplanung zur besseren Koordinierung und Planung von Baustellen und Verkehren, benötigen wir dringend die Engpassbeseitigung im Schienen und Straßenverkehr. In ländlichen Gebieten muss die Verkehrsanbindung verbessert werden, z. B. durch die Nutzung digitaler Mobilitätslösungen sowie Öffentlich-Privater Partnerschaften. Dabei gilt es auch, die S-Bahn-Takte weiter zu optimieren, sowohl zur Tageszeit, als auch zur Nachtzeit, um den Straßenverkehr zu entlasten. Auch die gemeinsame Flugstreckenplanung gilt es, den Bedürfnissen anzupassen. Radschnellwege in Richtung Elmshorn, Bad Bramstedt, Ahrensburg und Geesthacht unterstützen wir dort, wo der Ausbau nicht zulasten anderer Pendlerströme erfolgt. Neben einer Fortentwicklung der gemeinsamen Raumplanung, benötigen wir insbesondere auch gemeinsame qualitative und quantitative Bedarfsanalysen im Wohnungsbau und in der Ausweisung von Gewerbegebieten mit dem Ziel der Verdichtung, da der Flächenverbrauch hier stärker zugenommen hat als die Bevölkerung. Aufbauend auf den Erfolgen der „Norddeutschen Energiewende (NEW) 4.0“ und des Luftfahrtclusters werden wir zusammen mit Hamburg eine integrierte, regionale Innovationsstrategie entwickeln, mit dem Ziel, überlappende Initiativen zusammenzuführen und eine effiziente Wissensschaffung und -verbreitung zu fördern. Gemeinsam mit Hamburg müssen wir das Potential unserer weltweit bedeutenden Forschungseinrichtungen ausschöpfen. Der European X-Ray Free-Electron Laser Facility (XFEL) eröffnet z. B. zusammen mit dem Teilchenbeschleunigerzentrum Deutsche Elektronen Synchrotron (DESY) vielfältige Chancen für Materialforschung und Medizin, die es durch Anwerbung von Forschungspersonal und Ansiedlung von Unternehmen zu heben gilt. Mit Hamburg werden wir diesbezüglich gemeinsame Projekte anschieben. Wir werden die Kräfte im Kultur- und Tourismusmarketing bündeln und mit einer gemeinsamen Marketingkampagne die kulturellen und naturellen Schätze unseres Landes für Touristen auch aus dem Nachbarland transparent und erlebbar machen. Konkret: - Wir werden die gemeinsame verkehrliche Entwicklungsplanung fortführen. - Durch die Nutzung digitaler Mobilitätslösungen und ÖPP-Modelle werden wir die	zum Motor der von der OECD aufgezeigten Chancen machen. Zu den Velorouten: Diese müssen sind an Zeile 2527-2532 messen lassen!	Zusammenarbeit insbesondere mit der Freien und Hansestadt Hamburg und den anderen angrenzenden Ländern erforderlich. Der veröffentlichte OECD-Bericht zur Regionalentwicklung in der Metropolregion Hamburg bestätigt die bisherigen Ansätze der Zusammenarbeit, gibt aber auch neue Impulse und Anregungen für weitergehende Bemühungen zwischen unseren Bundesländern. Potentiale für eine globale Spitzenposition sieht die OECD im Bereich der Erneuerbaren Energien, aber auch in der Vernetzung von Kultur- und Naturstätten von herausragender Bedeutung. Den im Bericht enthaltenen Empfehlungen werden wir Rechnung tragen. Dazu gehört eine Konzentration von Ressourcen und Finanzmitteln auf die gemeinsamen Stärken wie Planung, Innovation, Bildung, Digitalisierung, Erneuerbare Energien sowie Kultur- und Tourismusmarketing. Neben der gemeinsamen verkehrlichen Entwicklungsplanung zur besseren Koordinierung und Planung von Baustellen und Verkehren, benötigen wir dringend die Engpassbeseitigung im Schienen und Straßenverkehr. In ländlichen Gebieten muss die Verkehrsanbindung verbessert werden, z. B. durch die Nutzung digitaler Mobilitätslösungen sowie Öffentlich-Privater Partnerschaften. Es gilt die S-Bahn-Takte weiter zu optimieren, sowohl zur Tageszeit, also auch zu Nachtzeiten, um den Schienenverkehr in der Metropolregion noch attraktiver zu machen. Das hilft, um die Straßen zu entlasten und sorgt für effektiven Klimaschutz. Zudem müssen die Velorouten ausgebaut werden.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Verkehrsanbindung ländlicher Gebiete an die Metropolregion verbessern. - Wir optimieren die S-Bahn-Takte. - Wir schreiben die gemeinsame Flugstreckenplanung fort. - Wir bauen Velorouten bedarfsgerecht dort aus, wo andere Verkehre nicht behindert werden. - Wir entwickeln die gemeinsame Raumplanung so fort, dass bei Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung ein effizientes Flächenmanagement erfolgt. - Wir erarbeiten zusammen mit Hamburg eine Innovationsstrategie. - Wir schaffen Möglichkeiten und Raum, um rund um XFEL und DESY weitergehende Forschung und Unternehmensansiedlung sicherzustellen. - Wir planen eine gemeinsame Marketingkampagne mit Hamburg zum Erschließung unserer kulturellen und natürlichen Attraktionen.“		Ein Schwerpunkt sind hier die Radschnellwege Richtung Elms-horn, Bad Bramstedt, Ahrensburg und Geesthacht. Neben einer Fortentwicklung der gemeinsamen Raumplanung, benötigen wir insbesondere auch gemeinsame qualitative und quantitative Bedarfsanalysen im Wohnungsbau und in der Ausweisung von Gewerbegebieten mit dem Ziel der Verdichtung, da der Flächenverbrauch hier stärker zugenommen hat als die Bevölkerung. Aufbauend auf den Erfolgen der „Norddeutschen Energiewende (NEW) 4.0“ und des Luftfahrtclusters werden wir zusammen mit Hamburg eine integrierte, regionale Innovationsstrategie entwickeln, mit dem Ziel, überlappende Initiativen zusammenzuführen und eine effiziente Wissensschaffung und -verbreitung zu fördern. Gemeinsam mit Hamburg müssen wir das Potential unserer weltweit bedeutenden Forschungseinrichtungen ausschöpfen. Der European X-Ray Free-Electron Laser Facility (XFEL) eröffnet z. B. zusammen mit dem Teilchenbeschleunigerzentrum Deutsche Elektronen Synchrotron (DESY) vielfältige Chancen für Materialforschung und Medizin, die es durch Anwerbung von Forschungspersonal und Ansiedlung von Unternehmen zu heben gilt. Mit Hamburg werden wir diesbezüglich gemeinsame Projekte anschieben. Wir werden die Kräfte im Kultur- und Tourismusmarketing bündeln und mit einer gemeinsamen Marketingkampagne die kulturellen und naturellen Schätze unseres Landes für Touristen auch aus dem Nachbarland transparent

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								und erlebbar machen. Konkret: - Wir werden die gemeinsame verkehrliche Entwicklungsplanung fortführen - Durch die Nutzung digitaler Mobilitätslösungen und ÖPP-Modelle werden wir die Verkehrsanbindung ländlicher Gebiete an die Metropolregion verbessern - Wir optimieren die S-Bahn-Takte. - Wir schreiben die gemeinsame Flugstreckenplanung fort. - Wir bauen Velorouten bedarfsgerecht aus. - Wir entwickeln die gemeinsame Raumplanung so fort, dass bei Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung ein effizientes Flächenmanagement erfolgt. - Wir erarbeiten zusammen mit Hamburg eine Innovationsstrategie - Wir schaffen Möglichkeiten und Raum, um rund um XFEL und DESY weitergehende Forschung und Unternehmensansiedlung sicherzustellen. - Wir planen eine gemeinsame Marketingkampagne mit Hamburg zum Erschließung unserer kulturellen und natürlichen Attraktionen.“
B353	3	2030		setze	Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Schleswig-Holstein	setze: „Dazu gehören auch die kommunalen Unternehmen, die wichtige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort wahrnehmen.“		Erledigt
B354	3	2030		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Dazu gehören auch die kommunalen Unternehmen, die wichtige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort wahrnehmen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B355	3	2036		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Den Satz streichen.	Kommunale Selbstverwaltung ist mehr.	Ablehnung
B356	3	2040	f.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Den Satz streichen.	Dies würde die individuellen kommunalen Gestaltungsrechte eingengen und die Möglichkeiten der Einflussnahme „von oben“ weiter stärken. Und ob dies beschleunigt, ist eine weitere Frage.	Ablehnung
B357	3	2044		setze	Programmkommission	setze: Wir haben die Pflicht zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge in der zurückliegenden Legislaturperiode abgeschafft. Darüber hinaus haben wir durch eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen dafür gesorgt, dass sie keine Straßenausbaubeiträge erheben müssen.	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B358	3	2047		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Dabei werden der freiwillige Zusammenschluss und vor allem die interkommunale Zusammenarbeit unterstützt.“	„Hochzeitsprämien“ haben sich durchaus nicht überall bewährt. Zusammenschlüsse und interkommunale Zusammenarbeit sollten nicht privilegiert unterstützt werden. Wichtig wäre, die Finanzausstattung der Kommunen insgesamt zu verbessern.	Ablehnung
B359	3	2048		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Dabei werden der freiwillige Zusammenschluss und vor allem die interkommunale Zusammenarbeit unterstützt und in näher zu bestimmenden Fällen auch gefördert.“	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B360	3	2058		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die Aufwandsentschädigungen ehrenamtlicher Bürgermeister sollen von der Sozialversicherungspflicht freigestellt werden.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung in Zeile 2056: "Für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wollen wir, dass die Entschädigungen bis zu einem Höchstbetrag von 1000 Euro im Monat steuerfrei gestellt und von der Sozialversicherungspflicht freigestellt werden."
B361	3	2061		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Wir wollen daher das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz reformieren und dabei die Anzahl an Wahlkreisen behutsam reduzieren.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung. „Wir wollen daher das Gemeinde- und Kreiswahlgesetz reformieren“.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B362	3	2062	2064	streiche und setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche: Z. 2062-2064 setze bei Z. 2065: „Bürgerbegehren und Bürgerentscheide dürfen die repräsentative Demokratie vor Ort nicht schwächen!“	Dem Thema Bürgerbegehren/-Beteiligung sollte nur die nötigste Aufmerksamkeit geschenkt werden, da es die vielen ehrenamtlich tätigen CDU-Mitglieder zunehmend demotiviert.	Ablehnung
B363	3	2062		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Nach dem Vorbild der Wahl der Landräte, werden wir die Wahl der Bürgermeister reformieren. Zukünftig sollen die hauptamtlichen Bürgermeister durch die Kommunalparlamente gewählt werden.“	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B364	3	2062		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche: Z: 2062 setze: „...als Willensäußerung...“ „stattdessen zukünftig stärker zur Einbindung “	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B365	3	2068		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Für Städte und Gemeinden mit mehreren Ortsteilen soll die Gemeindeordnung die Möglichkeit, für mehrere Ortsteile einen gemeinsamen Ortsbeirat einzurichten, eingeführt werden.“	Die Stadt Bad Oldesloe hat 10 Dorfgemeinschaften und Ortsteile. Für jeden Ortsteil oder jede Dorfgemeinschaft jeweils einen eigenen Ortsbeirat einzurichten, würde die Politik und die Verwaltung der Stadt Bad Oldesloe überfordern. Es ist der erklärte Wille der CDU Bad Oldesloe den Ortsteilen eine begleitende beratende Funktion zu geben, ohne jedoch jedem Ortsteil einen eigenen Ortsbeirat zu geben. Der Versuch der Einrichtung eines „Beirates für Angelegenheiten der dörflichen Ortsteile“ nach § 47 d Gemeindeordnung -Sonstige Beiräte, scheiterte jedoch an einer rechtlichen Prüfung der Stadt Bad Oldesloe und an dem Unwillen der politischen Mitbewerber.	Annahme
B366	3	2079	2080	setze	CDU-KV Segeberg	setze: „..., um Planungen zu beschleunigen.“		Annahme
B367	3	2079		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze neuen Bulletpoint: Wir werden Gemeinden die Möglichkeit geben, in der Hauptsatzung selbst über die Größe der Gemeindevertretung zu bestimmen.	Schon heute ist absehbar, dass es in einigen Gemeinden schwierig wird, über alle Fraktionen hinweg genug Personen zu finden, die für ein kommunales Mandat zur Verfügung stehen. Wir wollen den Gemeinden die Möglichkeit geben, durch eigene Entscheidung	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							in einem gewissen Korridor die Gemeindevertretung auch zu verkleinern. Eine Gemeinde mit 1.000 Einwohnern muss nicht zwingend 11 Gemeindevertreter haben. Es reichen möglicherweise auch 9 oder sogar 7.	
B368	3	2079		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde & CDU-Kreisverband Steinburg	setze neuen Bulletpoint: Wir werden die Gemeindeordnung so abändern, dass die hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Gemeinden und Städte wieder durch die Gemeindevertretungen bzw. Ratsversammlungen gewählt werden.	Folgende Punkte sprechen gegen eine Direktwahl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister:1) Eine Direktwahl der Exekutive gibt es nur bei den hauptamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Alle anderen Ämter der Exekutive in der Bundesrepublik Deutschland werden mittelbar gewählt.2) Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass die gewählte Selbstverwaltung gegenüber der Verwaltungschefin bzw. dem Verwaltungschef eine nicht hinnehmbare Schlechterstellung erfahren hat und nicht mehr „auf Augenhöhe ist“. 3) Es gestaltet sich zunehmend schwierig, gute Verwaltungsleute zu finden, die sich dem Risiko einer Direktwahl aussetzen wollen.4) Das Hauptgeschäft des Bürgermeisters ist die Leitung der Verwaltung. Diese Fähigkeit in einem Wahlkampf so zu vermitteln, dass die Bürgerinnen und Bürgern diese Fähigkeit wirklich einschätzen können, ist kaum oder gar nicht möglich.5) Die Wahlbeteiligungen bei ausschließlichen Bürgermeisterwahlen ist so gering, dass eine demokratische Legitimation ebenfalls sehr gering ist.	Ablehnung
B369	3	2087	ff.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Wir wollen kommunale Sitzung dauerhaft in digitaler oder hybrider Form ermöglichen und stärkere Hilfestellung bei der Umsetzung von Online- und Hybridsitzungen geben. Um die Bildung von Mehrheiten zu vereinfachen, wollen wir das Auszahlungsverfahren auf D´ Hondt umstellen. Durch Änderung der Gemeindeordnung wollen	Über derart weitreichende Änderungen lässt sich nur nach einer fundierten Meinungsbildung unter wirklicher Einbeziehung vor allem der gesamten kommunalen Familie abstimmen. Dies ist bislang jedoch nicht der Fall, auch	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						wir den Fraktionsstatus erst ab vier Mitgliedern zulassen und eine kommunale Sperrklausel einführen.“	nicht im Rahmen des Entwurfes dieses Landtagswahlprogrammes und sollte ggf. auf einem der nächsten Landesparteitage erfolgen.	
B370	3	2090	2091	streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Durch Änderung der Gemeindeordnung wollen wir den Fraktionsstatus erst ab vier Mitgliedern zulassen und eine kommunale Sperrklausel einführen.“ setze: „Durch Änderung der Gemeinde- und Kreisordnung wollen wir die Mindestmitgliederzahl zur Erreichung des Fraktionsstatus z.B. in den Kreistagen auf vier erhöhen und eine kommunale Sperrklausel einführen.“		Annahme
B371	3	2092		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	streiche: „Wir wollen die kommunale Bildungsarbeit stärker unterstützen. (unklare Formulierung.“ setze: „Wir wollen die Arbeit im kommunalpolitischen Bereich stärker unterstützen.“		Ablehnung
B372	3	2096		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Wir sind für eine geschlechterparitätische Besetzung der Gremien. Bei Gremien, in denen eine ungerade Anzahl an Vertretern entsendet wird, fällt der letzte Entsendete aus dieser Betrachtungsweise heraus.“	Ungerade Zahlen sind nicht durch zwei teilbar und daher nicht paritätisch zu besetzen. Ebenfalls leuchtet es nicht ein, warum ein unabhängig gewähltes Gremium in der geschlechterparitätischen Besetzung davon abhängig sein soll, wie in der vorangegangenen Wahlperiode dieser „nicht paritätisch teilbare“ Sitz vergeben worden ist. Derzeit muss nämlich – sollte der letzte Sitz ungerade sein – dieser alternierend besetzt werden. War also in der Wahlperiode 2018-2023 dieser letzte z.B. siebente Sitz mit einem Mann besetzt, so muss dieser in der kommenden Periode zwingend mit einer Frau besetzt werden. Das leuchtet nicht ein.	Ablehnung: Bei Gremienbesetzung handelt es sich um eine Soll-Regelung. Ausnahmen sind also möglich.
B373	3	2098		setze	CDU-KV Kiel	setze: "Wir wollen die Gemeindeordnung auf Anpassungsbedarf überprüfen, um diese noch besser an die Bedürfnisse der unterschiedlichen Größenklassen unserer Gemeinden anzupassen."		Annahme
B374	3	2098		setze	CDU-KV Segeberg	setze: "Die Fragestellung muss einfach und unmissverständlich sein."		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B375	3	2123		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Dabei ist es unser Ziel, einseitige Belastungen für die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner zu reduzieren.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B376	3	2124		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Außerdem werden wir eine Ringschließung der U1 von Hamburg-Ohlstadt nach Norderstedt prüfen.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B377	3	2124		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Es gilt, den Bus- und Schienenverkehr in der Metropolregion noch attraktiver zu machen, u.a. durch Optimierung der Takte, sowohl zur Tageszeit, als auch zur Nachtzeit zugunsten der Pendlerinnen und Pendler und zur Förderung der Klimafreundlichkeit.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B378	3	2126	2128	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Ein Schwerpunkt sind hier die Radschnellwege von Elmshorn, Bad Bramstedt, Ahrensburg und Geestacht Richtung Hamburg.“	Durch den Richtungswechsel wird deutlich, dass Schleswig-Holstein das „Heft in der Hand“ hat.	Annahme
B379	3	2138		setze	CDU-KV Segeberg	setze: „Die überörtlichen Radschnellwege sollten planerisch in die Verantwortung des Landes gegeben werden und zügig ausgebaut werden.“		Ablehnung
B380	3	2139		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	setze: „3.10 Deutschland, Dänemark, Ostseeraum, Europa und die Welt: Schleswig-Holstein vernetzen über alle Grenzen hinweg“		Ablehnung
B381	3	2153	2157	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	setze nach „... in der Ostseeregion“: „Deshalb ist es uns wichtig, die von der EU geschaffene Modellregion Hansebelt Hamburg Kopenhagen als das Großprojekt überhaupt mit aller Kraft und voller neuer Ideen auszugestalten. Dafür müssen wir den Bund und die EU aber auch die Menschen vor Ort zur vollen Unterstützung gewinnen. Auch deswegen ist es so wichtig, die feste Fehmarnbeltquerung entschlossen voranzutreiben und den damit neu entstehenden Wirtschaftsraum für eine Stärkung dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung zu nutzen und neue Unternehmen anzusiedeln. Zudem wollen wir auch den Jütlandkorridor weiter stärken zu unserem zweitwichtigsten Exportland Dänemark. Hier gilt es auch...“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung in Zeile 2154: streiche "Auch deswegen ist es so wichtig, die feste Fehmarnbeltquerung entschlossen voranzutreiben und den damit neu entstehenden Wirtschaftsraum für eine Stärkung dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung zu nutzen und neue Unternehmen anzusiedeln." und setze: „Deshalb ist es uns wichtig, die von der EU geschaffene Modellregion Hansebelt Hamburg-Kopenhagen mit aller Kraft und voller neuer Ideen auszugestalten. Dafür müssen wir den Bund und die EU aber auch die Menschen vor Ort zur vollen Unterstützung gewinnen. Die feste Fehmarnbeltquerung werden wir entschlossen vorantreiben. Den damit neu entstehenden Wirtschaftsraum werden wir für eine Stärkung der engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								nutzen und neue Unternehmen ansiedeln. "
B382	3	2201		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Auch Schülerinnen und Schüler sollen noch stärker die Vorteile des geeinten Europas erleben. Daher fördern wir den Besuch des Europäischen Parlamentes oder eines Parlamentes in anderen europäischen Ländern, beispielsweise im Rahmen von Klassenfahrten.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B383	3	2224		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Besuche des Europäischen Parlamentes oder eines Parlamentes anderer europäischer Staaten durch unsere Schülerinnen und Schüler werden wir fördern.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B384	4	2228	f.	streiche	Programmkommission	streiche: „Nur wenn wir genug Wohnraum haben, können sich Menschen den Traum vom Eigenheim erfüllen.“	Dieser Satz wird im Kapitel "Traum vom Eigenheim verwirklichen" aufgegriffen.	Annahme
B385	4	2235		streiche	CDU-KV Kiel	streiche: „kann“		Annahme
B386	4	2235	f.	streiche und setze	Programmkommission	setze: "Wir wollen, dass jede und jeder gut und bezahlbar wohnen und sich den Traum der eigenen vier Wände verwirklichen kann."		Annahme
B387	4	2236	f.	setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Dabei verlieren wir das Ziel der Nachhaltigkeit und Klimaneutralität nicht aus den Augen.“	Begründung siehe ÄA zu Zeile 916f.	Annahme
B388	4	2237		setze	CDU-KV Kiel	setze nach "treiben": „den sozialen Wohnungsbau und ...“		Annahme
B389	4	2239		setze	CDU-KV Kiel	Ergänzung nach ‚lebendige‘: „und barrierearme“		Annahme
B390	4	2243		streiche, setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „klimaneutral“ setze: „nachhaltig“	Begründung siehe ÄA zu Zeile 916f.	Annahme
B391	4	2244		setze	CDU-Ortsverband Kalübbe	setze: „Raumplanung im ländlichen Raum überdenken“Jede Gemeinde in unserem Bundesland ist individuell und um unterschiedlicheSchwerpunkte herum gewachsen. Das ist charakteristisch für unser Land und seine Leute.Zurzeit sieht die Raumplanung eher Zentrierung innerhalb eines Ortskerns oder Verlagerungdes Ortskerns durch Schaffung von neu zu erschließenden Gebieten. Der Charakter und diegewachsene Struktur eine Ortes wird von der Landesplanung eher nachrangig betrachtet.Das führt dazu, dass z.B.		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						ein Ringschluss oder eine Erweiterung einer Gemeinde innerhalb der Ortsgrenze an Außenbezirksregelungen und Zersiedlungstheorien scheitert. Das auch obwohl komplette Infrastrukturen und bereits versiegelte Flächen vorhanden sind. Viele haben durch die Pandemie erlebt, dass das Leben auf dem Land attraktiv sein kann. Die CDU sollte sich dafür einsetzen, dass die Landesplanung den Ortscharakter und die gewachsene Struktur von Gemeinden stärker mit einbezieht. Sogenannte Außenbereiche, die innerhalb einer Gemeindegrenze liegen und an denen bereits Struktur vorhanden ist, sollten entlang der Straßen und Wege einfacher genehmigt werden."		
B392	4	2244		streiche und ersetze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	Kapitel „5.7 Nachhaltigkeit bedeutet auch effiziente Flächenplanung“ (Zeilen 3043-3072) als neuen Punkt 4.2 in Zeile 2244		Ablehnung
B393	4	2245		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze: „Eigentumswohnung“	Eigentumswohnungen gehören ebenfalls zu den „eigenen vier Wänden“.	Annahme
B394	4	2245		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: "Ob Eigenheim, Eigentumswohnung oder Mietwohnung"	dient der Vervollständigung	Annahme
B395	4	2247	ff.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Wir stehen dafür, dass sich alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner den Wunsch der eigenen vier Wände erfüllen können. Gleichzeitig sorgen wir auch für bezahlbaren Wohnraum für alle Mieterinnen und Mieter.“	streichen, da dies weder der Lage noch den Möglichkeiten entspricht.	Ablehnung
B396	4	2247	f.	streiche und setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	streiche: "... alle Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner den Wunsch nach den eigenen vier Wänden erfüllen können. Gleichzeitig sorgen wir auch für bezahlbaren Wohnraum für alle Mieterinnen und Mieter. ."	Dieser Text sollte geändert werden. Was ist unter eigenen 4 Wänden zu verstehen. Eine Mietwohnung hat auch vier Wände und aufgrund des Mietvertrages sind es auch die eigenen vier Wände des Mieters. Da anschließend noch einmal die Mieter im Text besonders genannt werden, ergibt sich die Frage, ob diese nicht zu	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Schleswig - Holsteinern gerechnet werden. Hier stellt der bezahlbare Wohnraum auf „alle Mieter/innen“ ab. Also von der Sozialwohnung bis zum Luxus- Penthaus.	
B397	4	2250		streiche und setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	streiche: "....900 Mio € wurden zur Verfügung gestellt."	Hier fehlt die Aussage, wieviel davon für den Wohnungsbau abgerufen wurden. Wirksam für die Schaffung von Sozialwohnungen ist nicht die Summe, die bereitgestellt worden ist, sondern der Betrag der tatsächlich zur Schaffung von Sozialwohnungen von Wohnungsunternehmen und anderen Investoren abgerufen wurde. Er sollte ausgewiesen werden.	Ablehnung
B398	4	2250		streiche und setze	Programmkommission	streiche: "knapp 900 Millionen Euro" und setze "über eine Milliarde Euro"	Korrektur	Annahme
B399	4	2252		streiche und ersetze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Es wird hier erneut (wie in Zeile 2248) Der Begriff „bezahlbarer Wohnraum“ verwendet. Ein Begriff der von allen Parteien, den Medien u.ä. benutzt wird. Der Begriff sollte konkretisiert werden.	Worauf bezieht sich der Begriff „bezahlbarer Wohnraum“ Hier im Text nur auf Mietwohnungen. Bezahlbarer Wohnraum ist nicht nur für den Personenkreis, der die Einkommensgrenzen nach dem WoFG einhält erforderlich. Er muss auch für den freifinanzierten Mietwohnungsbau gelten. Außerdem soll auch für die Bewohner von Eigenheimen der Wohnraum bezahlbar sein. Die öffentlichen Förderungsprogrammesind nicht nur auf Mieter abgestellt!	Ablehnung
B400	4	2254		streiche und ersetze	Senioren Union Schleswig-Holstein & CDU-	streiche: „bauen, bauen, bauen“ setze: "Ein weiteres Bauen ist erforderlich, um den vorhandenen Wohnungsbedarf zu decken."	Auf welche Notwendigkeit stellt diese Aussage ab. Welcher seriöse statistische Nachweis liegt vor? Worauf basiert die Aussage? Liegen die Anforderungen in	Annahme in geänderter Fassung. Ergänze den Satz in Zeile 2255: Ein weiteres Bauen ist erforderlich, um den vorhandenen Wohnungsbedarf zu decken.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					KV Rendsburg-Eckernförde		Wohnungsgrößen, Miet- oder Belastungshöhen, Höhe der Betriebskosten, Qualität der Wohnung?	
B401	4	2260	f.	streiche	Senioren Union Schleswig-Holstein	Hier liegt eine unlogische Verbindung vor.	Die Formulierung: „Wir müssen mehr nachhaltig und innovativer bauen und investieren damit die Mieten bezahlbar bleiben“, ist betriebswirtschaftlich nicht nachvollziehbar. Investitionen verursachen Kosten. Kosten werden über Mieten finanziert. Daneben ist der folgende Satz unlogisch: „Nur wenn genügend Wohnraum vorhanden ist, können sich Menschen den Traum vom eigenen Heim erfüllen“. Bei Mietwohnungen handelt es sich auch um Wohnraum! Der Traum vom eigenen Heim ist abhängig von den Gesamtkosten des eigenen Heims und von der sich ergebenden monatlichen Belastung. Wer soll mehr bauen? Welche Anreize sollen dazu führen?	Ablehnung
B402	4	2260	f.	streiche	Programmkommission	streiche: "Nur wenn wir genug Wohnraum haben, können sich Menschen den Traum vom Eigenheim erfüllen."	Dieser Satz wird im Kapitel "Traum vom Eigenheim verwirklichen" aufgegriffen.	Annahme
B403	4	2264		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Die FormulierungBelegungsbindungen für bestehenden Wohnraum verlängern müsste ergänzt werden, um Vorteile für Mieter aber auch Vermieter darzustellen.	Eine Verlängerung von Belegungsbindungen müssen für den Vermieter auch Vorteile bieten. Warum sollte er sich sonst auf diese Maßnahme einlassen? Im Übrigen ist dieser Sachverhalt nicht neu! Das WoFG sieht bereits den Erwerb von Belegungsrechten vor und dieser Sachverhalt würde auch bei Auslauf eines Belegungsrechtes zutreffen.	Ablehnung. Kein konkreter Antrag

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B404	4	2264		setze	Programmkommission	setze: „Wir wollen "Fehlbelegungen" im sozialen Wohnungsbau entgegenwirken. Sozialwohnungen sollten nicht von Mieterinnen und Mietern bewohnt werden, die keinen Anspruch auf eine geförderte Wohnung haben, weil sie nach Einzug die Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau überschritten haben. Diese Wohnungen fehlen für die Mieterinnen und Mieter mit einem geringen Einkommen. Deswegen werden wir Modellprojekte zugunsten einkommensschwacher Haushalte erproben: Für Wohnungen, die mit zwischenzeitlich besser verdienenden Haushalten belegt sind, sollen neue Sozialwohnungen geschaffen werden, in denen geringverdienende Haushalte leben können. Nicht die Mieterinnen und Mieter verlassen die Wohnungen, sondern der besondere Mieterschutz aus der Wohnraumförderung wechselt auf berechnigte Haushalte über.“	In der sozialen Wohnraumförderung kann es zu sogenannten "Fehlbelegungen" kommen. Fehlbelegungen können entstehen, wenn MieterInnen und Mieter, die einst Anspruch auf sozial geförderten Wohnraum hatten (Belegungsbindung), eine bestimmte Einkommensgrenze überschreiten und grundsätzlich nicht mehr wohnberechtigt sind. Im Rahmen von Kooperationsverträgen wollen wir zugunsten einkommensschwacher Haushalte nachsteuern. Hierbei soll es um Tausch von Belegbindungen gehen. Wohnungen, die mit zwischenzeitlich besser verdienenden Haushalten belegt sind, können ihre Bindungen an Wohnungen abgeben, in denen wohnberechtigte Haushalte leben. Diese Stoßrichtung ist dieselbe wie die der Fehlbelegungsabgabe, die 2004 abgeschafft wurde. Deren Abschaffung war aufgrund des immensen Verwaltungsaufwandes und der dadurch verfehlten Wirkung gerechtfertigt.	Annahme
B405	4	2265		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	„Das Wohngeld soll angemessen erhöht werden.“ Sollte ergänzt werden durch welche Varianten.	In Anbetracht der steigenden Energiepreise sind bei der Erfassung der zulässigen Miete/Belastung wieder die Heiz-/ Warmwasserkosten mit zu erfassen. Dadurch würde sich bereits eine Wohngelderhöhung ohne Tabellenkorrektur ergeben.	Ablehnung. Kein konkreter Antrag
B406	4	2271		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Wohnungsbaugenossenschaften sollen günstig an Grundstücke kommen. Dieser Absatz muss ergänzt werden.	Entscheidend ist, dass für Wohnungsunternehmen (unabhängig von der Rechtsform) und andere Investoren Grundstücke zu einem günstigen Preis zur Verfügung gestellt werden, wenn diese Wohnungen im sozialen Wohnungsbau z.B. im 1. und/oder 2. Förderungsweg errichten.	Erliegt bei Annahme Antrag B407

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Genossenschaften errichten auch frei finanzierte Wohnungen und orientieren sich dann bei der Vermietung an der Vergleichsmiete und sind teilweise auch imBauträgergeschäft tätig (z.B. Errichtung von Eigentumswohnungen).	
B407	4	2272	f.	streiche und setze	Programmkommission	streiche: "durch Erbbaurecht oder Konzeptvergabe." setze: „: , zum Beispiel durch neue Formen und Kombinationen aus Erbbaurecht und Konzeptvergabe. Dadurch können Kommunen ihre Einflussmöglichkeiten auf die Nutzung des Grundstücks und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum behalten.		Annahme
B408	4	2274		streiche	Senioren Union Schleswig-Holstein	Die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit lehnen wir ab..... Die Aussage ist überflüssig. Auf jeden Fall ist die Begründung wegen der Neuen Heimat inkorrekt.	Der Fortfall der Wohnungsgemeinnützigkeit hat nichts mit den Machenschaften des Vorstandes der neuen Heimat zu tun. Es gab hunderte von anderen Wohnungsunternehmen, die gemeinnützig waren und seriös erheblich zu der Wohnraumversorgung aller Bevölkerungsschichten erheblich beigetragen haben. Der Fortfall der Wohnungsgemeinnützigkeit wurde durch eine CDU Bundesregierung in die Wege geleitet, da die Regierung der Auffassung war, der Wohnungsmarkt wäre gesättigt. Der damalige Finanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg verfolgte das Ziel, die gemeinnützigen Unternehmen „steuerpflichtig“ zu machen.	Ablehnung. Kein konkreter Antrag
B409	4	2274		streiche	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche: „Die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit lehnen wir nach den Skandalen um die Neue Heimat ab.“	Die Aussage ist überflüssig. Auf jeden Fall ist die Begründung wegen der Neuen Heimat inkorrekt. Der Fortfall der Wohnungsgemeinnützigkeit hat nichts mit den Machenschaften des Vorstandes der neuen Heimat zu tun. Es gab hunderte von anderen Wohnungsunternehmen, die gemeinnützig waren und seriös erheblich zu der Wohnraumversorgung aller Bevölkerungsschichten	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							erheblich beigetragen haben. Der Fortfall der Wohnungsgemeinnützigkeit wurde durch eine CDU Bundesregierung in die Wege geleitet, da die Regierung der Auffassung war, der Wohnungsmarkt wäre gesättigt. Es wurde damit das Ziel verfolgt, die gemeinnützigen Unternehmen „steuerpflichtig“ zu machen.	
B410	4	2282		setze	CDU-Ortsverband Kalübbe	setze: „Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen“ Kleinteilig geprägte Siedlungen und Außenhöfe prägen das Bild unseres Landes. Es schmerzt mit anzusehen, dass viele Gebäude dem Verfall preis gegeben werden, da eine Umnutzung nicht möglich gemacht wird. Es stehen zum Teil uralte Gebäude, die mit viel Arbeitskraft und hohem Energieaufwand gebaut wurden leer, da diese nicht mehr den heutigen Zwecken dienen können. Die CDU sollte sich dafür einsetzen, dass eine bauliche Umnutzung von Bestandsgebäuden möglich gemacht wird. Sei es gewerblich, touristisch oder zum Schaffen von Wohnraum. Um die Umnutzung attraktiv zu gestalten, werden zusätzlich Förderprogramme ins Leben gerufen.		Annahme in geänderter Fassung: ergänze in Zeile 2282 nach Flächenmanager: „Im Außenbereich wollen wir auch die Umnutzung von Bestandsgebäuden für die Themen Wohnen, Gewerbe und Tourismus stärker prüfen und möglich machen. (siehe auch 5.7)“
B411	4	2283		streiche und setze	Programmkommission	streiche: "Brachflächen" setze: "nicht genutzte Flächen"		Annahme
B412	4	2286		streiche und setze	Programmkommission	streiche: "Brachflächen" setze: "nicht genutzte Flächen"		Annahme
B413	4	2290		streiche und setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Die Formulierung muss überarbeitet werden.	Eine 2. Baureihe in Kleinsiedlungen ist schlecht möglich. Eine Kleinsiedlung ist eine Wohnform (Definition siehe II. WoBauG) und in ein Haus kann kaum ein weiteres Haus errichtet werden. Es muss richtig heißen ...die eine 2. Baureihe „auf Kleinsiedlungsgrundstücken“... ermöglichen.	Ablehnung
B414	4	2290		streiche und setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: "...die eine zweite Baureihe auf Kleinsiedlungsgrundstücken, Hinterhofbebauung und Lückenschließung ermöglichen."	Eine zweite Baureihe in Kleinsiedlungen ist schlecht möglich. Eine Kleinsiedlung ist eine Wohnform (Definition siehe II. WoBauG) und in ein Haus kann kaum ein weiteres Haus errichtet werden.	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B415	4	2298		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Ein geeignetes Instrument ist hierbei der gemilderte Geschosswohnungsbau“.	Geschosswohnungsbau sollte keine Priorität haben, wenn versucht wird, Ältere aus ihren bisherigen großen Wohnungen oder Häusern dafür zu gewinnen, in kleinere Wohnungen zu ziehen.	Ablehnung
B416	4	2298		streiche	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche: „Ein geeignete Instrument ist hierbei.... Nachbarschaftsprojekt zu unterstützen.“	Die Definition der „gemilderte“ Geschosswohnungsbau ist in der Wohnungswirtschaft nicht üblich und auch rechtlich nirgends zu finden. Wenn für Senioren (innen) Geschosswohnungsbau durchgeführt wird, dann gehört dazu eine Aufzugsanlage! Folglich ist für die Bewohner die Anzahl der Geschosse kein Nachteil. Je mehr Geschosse, desto wirtschaftlicher ist in der Regel das Objekt und entsprechend geringer kann die Miete für die Bewohner sein.	Ablehnung
B417	4	2302		setze	Programmkommission	setze nach "... zu errichtenden Wohneinheiten erfolgt." : „Zudem werden wir bei der Schließung von innerörtlichen Baulücken und der Bebauung von Brachflächen eine Absenkung der Anrechnung auf den wohnbaulichen Entwicklungsrahmen vornehmen.“	Um dem ländlichen Raum die Möglichkeiten zu geben, Baulücken zu schließen, Brachflächen nutzbar zu machen und Mehrparteienhäuser zuzulassen, sollten diese Vorhaben gefördert werden.	Annahme
B418	4	2304	f.	setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Aussage hinsichtlich der Vorgabe der Wohnfläche.	Im öffentlich geförderten Wohnungsbau sind zwingende Wohnflächengrößen vorgegeben. Die Formulierung ist zu allgemein. Konkrete Vorstellungen sind erforderlich. Die Senioren Union des Kreises Rendsburg- Eckernförde hat seit mehreren Jahren auf diese Problematik hingewiesen und gefordert, dass die zulässigen Wohnungsgrößen angepasst werden müssen. Keiner dieser Anträge wurde bisher von den entsprechenden Gremien behandelt! Der Antrag der Senioren-Union im Kreis RD-ECK und der	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Delegiertenversammlung des Landesverbandes der Senioren-Union lautete zum Thema Wohnungsbau 1. Die Landesregierung soll die im Rahmen der öffentlichen Förderung vorgegeben Wohnflächen im Wohnungsbau bei einer Wohnung für eine Person auf 60 m² Wohnfläche und bei 2 Personen auf eine Wohnfläche von 70 m² anzuheben. 2. Die Landesregierung soll die Kommunen verpflichten, in Neubaugebieten die Errichtung von Seniorenwohnungen sicherzustellen. Dabei ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen frei finanziertem und öffentlich gefördertem Wohnungsbau im I. und II. Förderungsweg vorzusehen, damit alle Zielgruppen (siehe Begründung) die Möglichkeit erhalten, eine Seniorenwohnung zu mieten.	
B419	4	2314			Programmkommission	Ergänze nach "Wir müssen nachhaltiger": und innovativer		Annahme
B420	4	2317		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Grundsätzlich ist eine regionale Rohstoffgewinnung vorzuziehen. Dieses bedeutet aktiven Klimaschutz, weil die CO2-Emissionen geringer sind.“		Annahme in geänderter Fassung: Grundsätzlich ist eine regionale Rohstoffgewinnung vorzuziehen.
B421	4	2338	2340	streiche und setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Wir werden bezahlbaren Wohnraum durch Verstetigung der Wohnraumförderprogramme sowohl für Neubauprojekte als auch Verlängerungen oder den Erwerb von Mietpreisbindungen für Bestandgebäude sicherstellen. „Die Wohnungsbauförderungsprogramme müssen den jeweiligen Situationen angepasst und verbessert werden.“	Mietpreisbindungen kann man nicht erwerben! Vermutlich sind hier die Belegungsbindungen lt. WoFG gemeint. Die Programme müssen so angepasst werden, dass neben dem Nutzen für die Mieter ebenfalls ein Nutzen für die Bauherren dargestellt wird.	Annahme in geänderter Fassung: In Zeile 2339 Streiche Mietpreisbindungen und setze Belegbindungen.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							(ggf. wieder steuerbegünstigter Wohnungsbau i.a. mit degressiver Abschreibung).	
B422	4	2342	2343	streiche und setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Das Wort "Geringverdiener" soll gestrichen und ersetzt werden.	Die Bezeichnung „Bedarfsgruppen“ ist überflüssig. Die Gruppen sind im WoFG ausführlich genannt. Die Einkommenshöhe aller Personengruppen, die Wohnungen im sozialen Wohnungsbau im 1. Und 2. Förderungsweg in Anspruch nehmen können, sind im WoFG und verschiedenen Erlassen bestimmt. Es ist nicht angemessen, diese Personengruppen, die hierunter fallen als „Geringverdiener“ abzuqualifizieren!	Ablehnung
B423	4	2350		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Fördermittel für neue Baugebiete können von Kommunen nur in Anspruch genommen werden, wenn die Nachverdichtung durchgeführt worden ist.“	Auf diese Weise werden weniger Flächen versiegelt.	Ablehnung. Nachverdichtung ist nicht immer möglich und entsprechend nachweisbar.
B424	4	2350		streiche und setze	Programmkommission	streiche: "Brachflächen"setze: "nicht genutzte Flächen"		Annahme
B425	4	2364		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	Traum vom Eigenheim verwirklichen. Die Aussage muss ergänzt werden und der "Eigenheimwohnung".	Zu einer selbst genutzten Wohnung gehört neben dem Eigenheim auch die Eigentumswohnung.	Annahme in geänderter Fassung: streiche Eigenheim, setze Wohneigentum.
B426	4	2364		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden uns dafür einsetzen die jeweiligen Baurechte in den Bundesländern miteinander zu harmonisieren. Insbesondere die Bildung regionaler Cluster (z.B. den norddeutschen Bundesländern) kann hierfür ein erster Schritt sein und wird von uns angestrebt.“		Ablehnung. SH ist hier schon vorgegangen und hat die Muster-Bauordnung umgesetzt. Auch das norddeutsche Cluster ist bereits gegründet worden.
B427	4	2365	2369	streiche und setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Das Eigenheim kann ein wichtiger Baustein einer soliden Altersvorsorge sein. Für die Verwirklichung ... der Europäischen Union. Langfristig kann der Kauf einer von Wohneigentum wirtschaftlicher sein als das Mieten. Deshalb wollen...“	Der derzeitige Formulierungsentwurf erweckt fälschlicherweise den Eindruck, dass der Erwerb von Wohneigentum immer oder auch nur überwiegend	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							wirtschaftlicher sei als zur Miete zu wohnen. Das ist zumindest derzeit falsch.	
B428	4	2383		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Daher werden wir uns für die Wiedereinführung der 10e-Abschreibung einsetzen, die gewährleistet, dass ein gewisser Prozentsatz der Bau- und/oder Anschaffungskosten einer ersten selbstgenutzten Wohnimmobilie vom zu versteuernden Einkommen über einen Zeitraum (z. B. 10 Jahre) abgezogen werden kann.“	streiche „Deshalb“ bis „Wohnraums an“, setze „Deshalb werden wir Familien beim Erwerb der ersten eigengenutzten Wohnimmobilie von der Grunderwerbssteuer befreien.“	Ablehnung
B429	4	2391		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir streben weiterhin an...“	Der Begriff „langfristig“ in der jetzigen Formulierung soll gestrichen werden.	Annahme
B430	4	2401	2404	streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir werden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beim Erwerb einer eigengenutzten Wohnimmobilie von der Grunderwerbssteuer befreien.“	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B431	4	2401	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Wir werden Familien beim Erwerb der ersten eigengenutzten Wohnimmobilie von der Grunderwerbssteuer befreien.“		Ablehnung
B432	4	2408		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wärmewende“ setze: „Nachhaltige Wärmeversorgung“	Die Wende-Begrifflichkeiten sind mit den Grünen verknüpft und zielen einseitig auf Klimaneutralität. Unser Anspruch geht aber weiter und zielt auf Nachhaltigkeit, auch in der Herstellung von Klimaneutralität.	Ablehnung
B433	4	2414		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wärmewende“ setze: „Nachhaltige Wärmeversorgung“	Die Wende-Begrifflichkeiten sind mit den Grünen verknüpft und zielen einseitig auf Klimaneutralität. Unser Anspruch geht aber weiter und zielt auf Nachhaltigkeit, auch in der Herstellung von Klimaneutralität.	Ablehnung
B434	4	2415		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wärmewende“ setze: „Nachhaltige Wärmeversorgung“	Die Wende-Begrifflichkeiten sind mit den Grünen verknüpft und zielen einseitig auf Klimaneutralität. Unser Anspruch geht aber weiter und zielt auf	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Nachhaltigkeit, auch in der Herstellung von Klimaneutralität.	
B435	4	2416		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze: Wir unterstützen eine gemeinsame europäische Energiewende.		Annahme
B436	4	2421		streiche, setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wärmewende“ setze: „Nachhaltige Wärmeversorgung“	Die Wende-Begrifflichkeiten sind mit den Grünen verknüpft und zielen einseitig auf Klimaneutralität. Unser Anspruch geht aber weiter und zielt auf Nachhaltigkeit, auch in der Herstellung von Klimaneutralität.	Ablehnung
B437	4	2422		streiche, setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wärmewende“ setze: „Nachhaltige Wärmeversorgung“	Die Wende-Begrifflichkeiten sind mit den Grünen verknüpft und zielen einseitig auf Klimaneutralität. Unser Anspruch geht aber weiter und zielt auf Nachhaltigkeit, auch in der Herstellung von Klimaneutralität.	Ablehnung
B438	4	2424	2430 und 2444 - 2447	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir werden einen Energienutzungsplan für geschlossenen Ortschaften > 1.000 Einwohner entsprechend dem Energienutzungsleitfaden aus Bayern als Datengrundlage für die Wärmewende erstellen. [Der bisher präferierte „Kälte-/Wärmeplan“ ist für die erfolgreiche Umsetzung der Wärmewende zu kurz gegriffen, weil wir die Verknüpfung zur Stromnutzung und zur Mobilität für die wirtschaftlich tragfähige Realisierung der Wärme brauchen.]“		Annahme in geänderter Fassung in Zeile 2444: Ergänze "Mit der Aufstellung kommunaler Wärme - und Kältepläne und der Berücksichtigung der verschiedenen Energiearten sorgen wir für eine passgenaue Strategie für eine klimaneutrale Wärmeversorgung in Städten und Kommunen."
B439	4	2428		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „nachhaltige Klimaneutralität“	Siehe ÄÄ zu Zeile 916f.	Annahme
B440	4	2435		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Die vorhandenen Gasnetze können, soweit es die Kommunen in ihren Wärmeplänen für sinnvoll ausweisen, auch für den Einsatz klimaneutraler Gase, z.B. Wasserstoff, verwendet werden. Die Nutzung vorhandener Infrastrukturen vermeidet neuen Investitionsbedarf und leistet so einen Beitrag für eine sozial tragfähige Wärmewende, insbesondere in Wohnquartieren.“		Annahme in Zeile 2457

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B441	4	2436	2439	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir benötigen Möglichkeiten für ein schlankes B-Planverfahren für Solarthermie, wenn bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sind (Flächennutzungskombination mit extensiver Landwirtschaft oder mit dem Naturschutz). Eine Beteiligung aller TÖB mit Abwägung in der Gemeinde ist da nicht sinnvoll, da die Meinungen derart auseinander gehen, dass es keine sachliche Auseinandersetzung mit Argumenten gibt. Ein wesentlicher Beitrag zur CO2-Bilanzierung kann dort gut geschaffen werden, als Ausgleichsfläche. Dies ist derzeit als Ausgleichsmaßnahme nicht zugelassen. Auch sind die Anforderungen der Raumordnung dahingehend zu verändern. Eine Solarthermieanlage kann besser weit außerhalb der Bebauung errichtet werden, nicht angrenzend zur geschlossenen Bebauung. Angrenzende Flächen müssen der gemeindlichen Entwicklung vorbehalten werden.“		Annahme in geänderter Fassung in Zeile 2909: "Wir werden den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen, deren Planungen und Genehmigungen vor dem Hintergrund der Erreichung der Klimaschutzziele kontinuierlich überprüfen."
B442	4	2437		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „klimafreundliche Wärmeversorgung bzw. klimaneutrale Wärmeversorgung“ setze: „nachhaltige Wärmeversorgung“	siehe ÄA zu Zeile 916f	Ablehnung
B443	4	2444		streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Mit der Aufstellung kommunaler Wärme- und Kältepläne sorgen wir ...“ setze: „Mit kommunalen Wärme- und Kälteplänen sorgen wir ...“		Annahme
B444	4	2444		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	Der Absatz zu kommunalen Wärmenetzen (Z. 2444-2447) sollte nach vorne, hinter Zeile 2430, gezogen werden. Der Absatz sollte um das Bekenntnis ergänzt werden: „Diese kommunalen Pläne sollten flächendeckend zum Einsatz kommen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen.“		Annahme
B445	4	2445		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „klimafreundliche Wärmeversorgung bzw. klimaneutrale Wärmeversorgung“ setze: „nachhaltige Wärmeversorgung“	siehe ÄA zu Zeile 916f	Ablehnung
B446	4	2447		setze	Programmkommission	setze: „Ein enger Austausch von Energieberatung der Verbraucherzentralen und kommunaler Wärmeplanung kann eine wichtige Komponente sein, um einen niederschweligen Einstieg für Verbraucher in die Wärmewende zu ermöglichen. Verlässliche und planungssichere Investitionsentscheidungen können darauf aufbauend durch die Kombination von kommunaler Wärme- und Kälteplanung mit einer individuellen Gebäude-Energieberatung hergestellt werden, die die Versorgung durch Erneuerbare Energien und die energetische Ertüchtigung der Gebäude sinnvoll aufeinander abstimmt.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B447	4	2459		streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Durch die Aufstellung kommunaler Wärme- und Kältepläne sollen ...“ setze: „Durch die Förderung kommunaler Wärme- und Kältepläne sollen ...“		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B448	4	2460		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „klimafreundliche Wärmeversorgung bzw. klimaneutrale Wärmeversorgung“ setze: „nachhaltige Wärmeversorgung“	siehe ÄA zu Zeile 916f	Ablehnung
B449	4	2465		setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Wir werden mit einer Landesförderung bei der Umrüstung privater Wärmeanlagen zur schnelleren Erreichung der Klimaziele unterstützen und so Hauseigentümer bei der Umsetzung gestiegener Anforderungen nicht allein lassen.“		Ablehnung
B450	4	2468		setze	CDU-KV Kiel	setze nach "verlässlich": „barrierefrei“		Annahme
B451	4	2468		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...klimaneutral, verlässlich und bezahlbar ist.“ setze: „...nachhaltig ist, also klimaneutral, verlässlich und bezahlbar“	Begründung: Alle drei Komponenten sind Voraussetzung für die Nachhaltigkeit.	Ablehnung
B452	4	2476		setze	CDU-KV Kiel	setze nach „kann“: „Dies muss auch für Mobilitätsbeeinträchtigte möglich sein.“		Ablehnung
B453	4	2504		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „klimaneutral“ setze: „nachhaltig“	Begründung siehe ÄA zu Zeile 916f.	Ablehnung
B454	4	2517		streiche	CDU-KV Segeberg	streiche: „Städte“ setze: „Kommunen“		Ablehnung
B455	4	2519		streiche, setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „klimaneutral“ setze: „nachhaltig“	siehe ÄA zu Zeile 916F.	Ablehnung
B456	4	2530	2531	streiche	CDU-KV Lübeck	streiche: „Nicht jeder kann aus unterschiedlichen Gründen auf das Auto verzichten. Das müssen wir berücksichtigen.“	In diesem Absatz ist mit den Sätzen „Wir wollen sowohl den motorisierten Individualverkehr als auch den ÖPNV in Zukunft klimaneutral gestalten.“ (Zeilen 2522/2523) und „Für uns ist klar, dass in einem Flächenland das Auto auch in Zukunft eine wichtige Rolle für die Mobilität der Menschen aus Schleswig-Holstein spielen wird.“ (Zeile 2528/2529) bereits die klare Aussage getroffen worden, dass für die CDU der private PKW unverändert ein wesentlicher Teil der Mobilität sein wird und wir in diesem Bereich das Ziel verfolgen, das	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Verkehrssystem „PKW“ perspektivisch klimaneutral zu gestalten. Der Satz ab Zeile 2530, wonach „nicht jeder“ aus „unterschiedlichen Gründen auf das Auto verzichten“ könne, könnte hingegen als Konditionierung des Gebrauchs des PKW gelesen werden, in dem Sinne, dass die CDU die PKW-Nutzung nur dort für legitim hält, wo darauf begründbar („aus unterschiedlichen Gründen“) nicht verzichtet werden kann. Die Politik der CDU sollte es aber sein, Menschen auch in Zukunft nicht staatlich vorzugeben oder ihnen Begründungen abzuverlangen, welches Verkehrsmittel sie nutzen, auch nicht, wenn sie einen PKW nutzen. Die Nutzung des PKW kann auch erfolgen, weil dies vom Einzelnen so gewünscht ist, unabhängig von alternativen Mobilitätsangeboten, weil es in der konkreten Situation die individuelle Präferenz ist. Der Satz ist insofern sowohl missverständlich und aufgrund der bereits im Absatz hinreichend getätigten klaren Aussagen zum motorisierten Individualverkehr auch entbehrlich.	
B457	4	2534		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Mobilität muss sicher, verlässlich, bezahlbar, barrierefrei und klimaschonend sein. Wir wollen eine emissionsfreie Mobilität bis 2040 bei uns Realität werden lassen“. setze: „Auch Mobilität muss nachhaltig sein. Dazu gehört, dass Mobilität zwar klimaschonend und barrierefrei sein muss, aber eben auch sicher, verlässlich und bezahlbar.“	siehe ÄA zu Zeile 916f.	Ablehnung
B458	4	2539		streiche, setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wir wollen die Elektromobilität weiter vorantreiben und das E-Ladesäulenprogramm fortsetzen. Ladestrom muss attraktiv, erreichbar und günstig verfügbar sein. Daneben brauchen wir eine Technologieoffenheit für neuartige Energieträger. Das Rennen um die beste Lösung ist noch nicht abgeschlossen. Daher wollen wir E-Fuels und weitere neue Power-to-X-Kraftstoffe positiv begleiten. In Schleswig-Holstein wollen wir eine flächendeckende Wasserstofftankstellen-Infrastruktur schaffen. Fahrzeuge können mehr gemeinsam genutzt werden. Daher wollen wir die Kommunen stärker bei der Einführung von Carsharing-Modellen unterstützen.“	Aus Nachhaltigkeitsgründen müssen wir uns auch kritisch mit dem bisherigen Weg der E-Mobilität auseinandersetzen. Bilder von Umweltkatastrophen in Chile und Kinderausbeutung in Afrika mahnen uns diesbezüglich, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit nicht immer miteinander	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Die stärkere Einführung von autonomen Fahrsystemen wollen wir weiter unterstützen. Sinnvoller Klimaschutz in der Verkehrspolitik bedeutet auch Staus zu vermeiden. Dies hilft ebenso der Luftqualität. Daher wollen wir ein besseres Baustellenmanagement über die verschiedenen Baulastträger und Schnellbaustellen, mit Bautätigkeiten rund um die Uhr, um Staurisiken zu vermeiden.“ Ersetze: „Welche Antriebsart sich heute auf dem Weg zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Mobilität durchsetzt, ist nicht absehbar, aber auch nicht Aufgabe der Politik, dies zu entscheiden. Wir benötigen Technologieoffenheit auch für neuartige Energieträger, gerade weil die heutige Elektromobilität hinsichtlich ihrer Batterietechnologie nicht den Kriterien der Nachhaltigkeit genügt. Wenn wir dennoch die Fortsetzung des E-Ladesäulenprogramms vorantreiben, geschieht das in der Absicht, auf neue, nachhaltigere Batterieentwicklungen vorbereitet zu sein. Es ist deshalb aber unverzichtbar, auch weitere Energieträger wie E-Fuels und andere Power-to-X-Kraftstoffe positiv zu begleiten. Auch wollen wir zusätzlich eine flächendeckende Wasserstofftankstelleninfrastruktur schaffen. Nachhaltiger Klimaschutz in der Verkehrspolitik bedeutet auch Staus zu vermeiden, was ebenso zur Verminderung von Feinstaub beiträgt. Daher wollen wir ein besseres Baustellenmanagement über die verschiedenen Baulastträger und Schnellbaustellen, mit Bautätigkeiten rund um die Uhr, um Staurisiken zu vermeiden. Daneben können Fahrzeuge mehr gemeinsam genutzt werden. Daher wollen wir die Kommunen stärker bei der Einführung von Carsharing-Modellen unterstützen. Auch die stärkere Einführung von autonomen Fahrsystemen wollen wir weiter unterstützen.“	einhergehen. Dies muss aber Voraussetzung für den Klimaschutz sein, da wir sonst unser gutes Beitragsgefühl zur Begrenzung des Klimawandels mit Ausbeutung und Artenraubbau erkaufen.	
B459	4	2549		setze	CDU-KV Kiel	setze: „An immer mehr Stellen werden Anwohnerparkplätze im öffentlichen Raum eingeführt. Wir wollen sicherstellen, dass für Bewohnerparkausweise keine hohen Gebühren durch die Kommunen erhoben werden.		Annahme
B460	4	2554		setze	Programmkommission	setze nach: Dabei wollen wir in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt Radschnellwege bauen: "und Rad- und Straßenbau oder Sanierung immer zusammen denken."		Annahme
B461	4	2559		setze	Programmkommission	setze: „An größeren Bahnhöfen werden wir Mobilitätsstationen aufbauen, die Fahrrad, Bus und Bahn miteinander verbinden und Servicestationen beinhalten."		Annahme
B462	4	2564		setze	Programmkommission	setze: „Wir werden einen Maßnahmenplan entwickeln, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die angestrebte Reduzierung der Radverkehrsunfälle um 30 Prozent zu erreichen."		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B463	4	2570		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	setze: „Die Kommunen sollen durch landesweite Partnerschaften und Anschubfinanzierungen bei der Etablierung von Carsharing-Modellen unterstützt werden. Dabei fördern wir besonders vernetzte Modelle, die ein überregionales Carsharing und eine Intermodalität zum ÖPNV/SPNV ermöglichen.“		Annahme
B464	4	2577		streiche und setze	CDU-KV Flensburg	setze: „An jedem Bahnhof und an Haltepunkten sollen BikeBoxen oder Fahrradparkhäuser eingerichtet werden.“		Erledigt bei Annahme Antrag B466
B465	4	2577		setze	Programmkommision	setze: „Wir werden einen Maßnahmenplan entwickeln, um die Reduzierung der Radverkehrsunfälle um 30 Prozent zu erreichen.“		Annahme
B466	4	2578		setze	Programmkommision	setze: „Wir werden Mobilitätsstationen an größeren Bahnhöfen aufbauen, um verschiedene Mobilitätsarten miteinander zu verbinden.“		Annahme
B467	4	2593	f.	setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Attraktive, saubere und sichere öffentliche Plätze und kluge Verkehrskonzepte ziehen Menschen wieder in die Innenstädte.“	Im Abschnitt werden verschiedene Faktoren genannt, die zur Attraktivitätssteigerung der Innenstädte beitragen können. In diesem Abschnitt fehlt aber der Hinweis, dass die Attraktivität der Innenstädte auch unter Verschmutzungen im öffentlichen Raum und einem allgemeinen Unsicherheitsgefühl (Angsträume) von Besucherinnen und Besuchern leidet. Im Abschnitt „Ordnungsrecht kommunal durchsetzen“ (Seite 92, ab Zeile 3760) findet sich zwar der Satz „Die Sorge der Menschen vor Verwahrlosung des öffentlichen Raums in den Kommunen ist groß.“ Gerade als CDU sollten wir diese Faktoren aber auch dort benennen, wo es um die Frage einer aktiven Politik für lebendige Innenstädte geht.	Annahme
B468	4	2612		setze	CDU-KV Kiel	setze nach "ziehen": „Die Erhöhung der Barrierefreiheit auch von Gastronomie und Gewerbe gilt es dabei zu fördern.“		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B469	4	2620		streiche und ersetze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Wir werden den Einzelhandel beim Betrieb und der Entwicklung von regionalen Online-Shops bzw. den dafür notwendigen Online-Plattformen unterstützen und ein Landesprogramm dazu aufsetzen.“		Annahme
B470	4	2634		streiche und ersetze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum“ setze: „Gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und wirtschaftliche Entwicklung in allen Regionen“		Ablehnung
B471	4	2635		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Ländliche Regionen sind die Heimat eines Großteils der Bevölkerung, vieler mittelständischer Betriebe und Dienstleister“	Selbsterklärend	Annahme in geänderter Fassung: „Ländliche Regionen sind die Heimat eines Großteils der Bevölkerung, vieler mittelständischer Betriebe und Dienstleistungsunternehmen.“
B472	4	2649		setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass nicht abgerufene Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) gebündelt für regionalpolitische Zwecke überjährig genutzt werden. Zudem soll die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) finanziell aufgestockt werden und eine zielgenaue Förderung ländliche Räume durch eine entsprechende Ergänzung von Art.91a GG ermöglicht werden.“		Annahme in geänderter Fassung: Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass nicht abgerufene Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) gebündelt für regionalpolitische Zwecke überjährig genutzt werden.
B473	4	2650	2655	streiche und ersetze	CDU Ortsverband Rendswühren	streiche: Z. 2650 - 2655 setze: „Um den ländlichen Raum gezielt zukunftsfähig zu gestalten und das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse zu erreichen soll ein zentrales landesweites „Kompetenzzentrum ländliche Entwicklung“ geschaffen werden und setzende dezentrale Strukturen zur Fördermittelwerbung in den Regionen aufgebaut werden. Dadurch soll es gelingen den strukturellen und gesellschaftlichen Wandel im ländlichen Raum weiterhin positiv zu beeinflussen, gezielt und systematisch Fördergelder dafür einzuwerben, Bedarfe zu wecken und Ideen zu entwickeln. Ein Kompetenzzentrum, das alle Akteure des ländlichen Raumes gleichermaßen anspricht und Netzwerke zwischen Politik, Verwaltung, Kommunen, Unternehmen und Ehrenamt knüpft. Zugleich soll es auch die Aufgabe eines solchen Kompetenzzentrums sein bei Genehmigungsverfahren zu unterstützen und bei eventuellen Genehmigungshindernissen, die bei innovativen Projekten immer eine Rolle spielen, zu vermitteln. Neben der Unterstützung bei der Akquise von Fördergeldern in den bestehenden Programmen geht es auch darum, Regionen bei der Bewerbung und der Teilnahme an bestimmten europäischen oder bundesweiten Förderprogrammen, die häufig an Gebietskulissen gebunden sind, zu unterstützen. Auch das Einbringen von eigenen Ideen und Vorschlägen für Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene sollen zu den Aufgaben zählen. Zugleich sollte es auch darum	Das Kapitel 4.8. im Abschnitt der Zeile 2650 des Entwurfes zum CDU-Wahlprogramm sieht vor, zukünftig ein Kompetenzzentrum für Fördermittelwerbung in Schleswig-Holstein einzurichten. Die Idee eine kompetente Stelle zu erschaffen, die dazu beiträgt, dass weitere Fördergelder zukünftig gezielt für Projekte in Schleswig-Holstein eingeworben werden ist sehr sinnvoll. Dieses Vorhaben sollte allerdings möglichst von Anfang an im Wahlprogramm konkretisiert und deutlich breiter aufgestellt werden, denn um erfolgreich Fördergelder einzuwerben bedarf es mehr als eine reine Beratungsstelle, die über vorhandene Förderprogramme informiert.	Annahme in geänderter Fassung: Setze in Zeile 2652: "Ein Kompetenzzentrum, das alle Akteure des ländlichen Raumes gleichermaßen anspricht und Netzwerke zwischen Politik, Verwaltung, Kommunen, Unternehmen und Ehrenamt knüpft."

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						gehen gezielte Instrumente, wie beispielsweise die Städtebauförderung im ländlichen Raum fortlaufend weiter zu etablieren und Kommunen dabei zu beraten zu unterstützen. Ein „Kompetenzzentrum ländliche Entwicklung“ soll die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Räume und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auf eine neue Stufe heben und ganz gezielt bei der Fördermitteleinwerbung dafür unterstützen. Da bei der Einwerbung von Fördermitteln regionale Strukturen und Besonderheiten eine große Rolle spielen, kann die gezielte Fördermittelakquise zusätzlich dezentral organisiert werden und hierbei beispielsweise an bereits bestehende Strukturen in den 22 schleswig-holsteinischen AktivRegionen angedockt werden. Diese arbeiten seit 2007 als LEADER-Regionen landesweit sehr erfolgreich und verfügen in ihren Regionalmanagements über eine große Fördermittelkompetenz und zugleich ist dort eine gute Vernetzung unterschiedlicher Akteure aus Politik, Verwaltung, Ehrenamt und Wirtschaftspartnern bereits etabliert. In den Entwicklungsstrategien der Aktivregionen sind bereits Schwerpunkte und potenzielle Entwicklungsziele der jeweiligen Regionen dargestellt und werden fortlaufend weiterentwickelt und aktuellen Entwicklungen angepasst."	Zugleich sollte drauf geachtet werden, dass dies nicht zur Schaffung von Doppelstrukturen führt, die dann zu keiner wirklichen Verbesserung beitragen, sondern gegebenenfalls nur zu Kompetenzgerangel zwischen den Institutionen führen. So gibt es beispielsweise die IBSH-Förderlotsen und die Förderberatung innerhalb der Wirtschaftsförderungsagenturen in den Kreisen. Zugleich verfügen die 22 AktivRegionen des Landes über eine große Expertise im Bereich der Fördergelder und beraten häufig neben ihren eigenen Förderprogrammen auch nahestehende Programme mit. Ein zentrale Fördermittelakquisestelle kann nur dann erfolgreich sein, wenn gezielt, nachhaltig und systematisch Fördermittel eingeworben werden und zugleich Unterstützung bei der Bedarfsformulierung, der Konzepterstellung, der Antragstellung und der formellen Abwicklung geleistet werden kann. Insbesondere für die Förderung der ländlichen Räume geht es auch darum Bedarfe zu wecken, Ideen zu entwickeln und unterschiedliche Akteure aktiv zu vernetzen. Seit 2008 arbeiten die AktivRegionen landesweit sehr erfolgreich als LEADER-Regionen und alleine in den vergangenen fünf Jahren konnten sie mit ihrer Projektförderung Investitionen von 100 Millionen Euro auslösen. Zugleich wurden landesweit bisher schon insgesamt mehr als 800 Projekte erfolgreich umgesetzt. Untereinander vernetzt und organisiert sind die AktivRegionen landesweit im AktivRegion-Netzwerk, das über die Akademie für die ländlichen Räume (ALR e.V.) koordiniert wird und seit 2020	

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							auch eine sehr umfangreiche Fördermitteldatenbank eingerichtet hat.	
B474	4	2659		setze	Programmkommission	setze: „Des Weiteren werden wir neue Landeseinrichtungen ebenfalls so im Landesgebiet verteilen, dass auch der ländliche Raum in den Blick genommen wird.“		Annahme
B475	4	2669		setze	Programmkommission	setze nach: Wir setzen uns für eine gleichmäßige Verteilung von Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen des Bundes über das Bundesgebiet ein: "und werden bei Landeseinrichtungen den ländlichen Raum in den Blick nehmen."		Annahme
B476	4	2672	ff.	streiche und ersetze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Gleichwertige Lebensverhältnisse... berücksichtigen." setze: „Eine ausreichende Erreichbarkeit von Einrichtungen der Daseinsvorsorge für alle Bevölkerungsgruppen ist insbesondere in ländlichen Räumen ein Schlüsselfaktor zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.“		Ablehnung
B477	4	2722		streiche und ersetze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Kirche, Landgasthof und Tante-Emma-Laden im Dorf lassen“ streicheN.setze: „Dörfer sind attraktiv“		Ablehnung
B478	4	2737		setze	Programmkommission	setze: „Die ärztliche Versorgung muss auch auf dem Land für jede Bürgerin und jeden Bürger erreichbar sein.“		Annahme
B479	5	2727		setze	Programmkommission	setze: „Damit Klimaschutz kein Hemmnis für unsere Wirtschaft bedeutet, ist es wichtig, einen einheitlichen CO2-Preis wie vor allem einen wirksamen CO2-Grenzausgleich auf EU-Ebene und darüber hinaus zu implementieren. Hier ist der Bund gefordert.“	KoaV Bund.	Annahme
B480	5	2749		streiche, setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Die Bewahrung unserer natürlichen Ressourcen ist für uns von elementarer Bedeutung. Wir wollen eine Politik gestalten, die die Artenvielfalt und die Gewässer in unserem Land schützt, in Kreisläufen denkt, die Landwirtschaft langfristig stärkt, die Energiewende voranbringt und die an der Seite der Fischerei, Jagd und der Forstwirtschaft steht. Ebenso wollen wir die Ernährungspolitik neu denken und Verbraucherinnen und Verbraucher schützen. Denn nur durch Aufklärung können wir die Herausforderungen der Zeit meistern.“ Ersetze: „Wir wollen eine Politik gestalten, die die Artenvielfalt und die Gewässer in		Annahme in geänderter Fassung: Setze in Zeile 2752 nach steht: , ohne soziale und ökonomische Belange zu vergessen.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						unserem Land schützt, in Kreisläufen denkt, den Klimawandel begrenzt und dabei auf der anderen Seite soziale und ökonomische Belange nicht vergisst.“		
B481	5	2755		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach nach “ausforderungen der Zeit meistern”: „Die Heimische Ernährungsproduktion muss immer gewährleistet werden, da diese am besten kontrolliert und nachvollzogen werden kann sowie die kürzesten Lieferwege hat.“	Aktuell befindet sich die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein und Global in einer Krise, wie andere Bereiche der Wirtschaft. Es gibt Lieferengpässe von Betriebsmitteln aus verschiedenen Gründen: 1) Fehlende Transportmöglichkeiten. 2) Fehlende Importmöglichkeiten auf Grund von Exportstops anderer Länder oder Embargos wie z.B. mit Weissrussland. 3) Fehlende Produktionskapazitäten auf Grund zu hoher Energiepreise. Hier ist besonders die Harnstoffproduktion für AdBlue, aber auch Dünger betroffen. Derzeit sind die Düngerpreise so hoch, dass es zum reduzierten Einsatz im Frühjahr 2022 kommen wird und so die pflanzlichen Erträge und Qualitäten nicht gewährleistet werden können. Das wird sich in den folgenden Jahren auch bemerkbar machen. Die Tractor, die normal auch mit AdBlue fahren, können auch bei AdBlue – Engpässen weiter fahren, jedoch mit schlechteren Abgasswerten. Bei Lkw's sieht dies anders aus, die müssen bei fehlendem AdBlue stehen bleiben, was Begründung Nr. 1 nochmal verstärkt. Jetzt schon fehlen Produktionskapazitäten auf Grund zu geringer Erzeugerpreise. In 2021 wurden z.B. 13,8 % weniger Schweine in Schleswig-Holstein im Vergleich zum Vorjahr gehalten, was nicht verwunderlich ist wenn ein Mäster aktuell einen Verlust von 30 bis 50 € / Mastschwein einfährt. Manche Betriebe lassen Ihre Ställe leer stehen, andere haben	Annahme in Zeile 3219 nach "verwirklichen".

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							komplett aufgehört. Beim Gemüse- und Obstanbau, sinken die Anbauflächen auch aktuell, weil die Erzeugerpreise die erhöhten Betriebsmittel- und Lohnkosten (steigender Mindestlohn) nicht decken. Der Selbstversorgungsgrad in Deutschland in 2020 beträgt laut BMEL aktuell für Gemüse 36 %, Obst 22% (Wirtschaftsjahr 2018/19) und Hülsenfrüchte 61 %.	
B482	5	2758		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wir wollen Gegensätze verbinden, pragmatische Lösungen aufzeigen und Ökologie, Ökonomie und Soziales immer gleichermaßen berücksichtigen.“ setze: „Wir wollen nachhaltige Lösungen, die Gegensätze verbinden und Ökonomie, Ökologie und soziale Belange immer gleichermaßen berücksichtigen.“	Selbsterklärend	Annahme
B483	5	2766		setze	Programmkommission	setze: „Wir brauchen heute einen Umgang mit unserer Natur, der auch noch in den kommenden Generationen trägt.“		Annahme
B484	5	2767		streiche	Programmkommission	streiche ersatzlos: „auch für die kommenden Generationen“		Annahme
B485	5	2771			Programmkommission	Umweltschutz darf das soziale Gefüge nicht negativ beeinträchtigen.		Annahme
B486	5	2780			Programmkommission	„Die Umsetzung der Biodiversitätsstrategie des Landes werden wir in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen.“		Annahme
B487	5	2790		setze	Programmkommission	setze: „Volkshochschulen als öffentlich-verantwortete Weiterbildungseinrichtungen sollten bei diesem Vorhaben eingebunden werden.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B488	5	2800		setze	Pro-gramm-kommission	setze: „Wir werden die Biodiversitätsstrategie umsetzen.“		Annahme
B489	5	2807		setze	CDU-KV Pinneberg	setze hinter „...betrachtet werden“: „Insbesondere müssen sich auch klimaschützende Maßnahmen einer Nachhaltigkeitsprüfung unterziehen und dürften nicht zu sozialen, ökologischen oder ökonomischen Verwerfungen führen.“		Annahme in geänderter Fassung: "Daher müssen sich auch klimaschützende Maßnahmen einer Nachhaltigkeitsprüfung unterziehen und ökologisch, sozial und ökonomisch vertretbar sein."
B490	5	2817		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „Ziel ist es, unsere bundesweite Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz auszubauen, um weiterhin das Klimaschutzland Nummer eins zu sein und unsere Lebensgrundlagen zu bewahren.“ setze: „Ziel ist, neben dem Energiewendeland Nummer eins insgesamt auch das beste Klimaschutzland zu werden.“		Annahme
B491	5	2829		setze	CDU-KV Lübeck	„Mit Elektrifizierung sowie dem Ausbau von Bahnstrecken, dem Ausbau von Radwegen und Velorouten, dem Aufbau einer landesweiten Wasserstoffinfrastruktur, Häfen mit Landstromanlagen sowie die Nutzung von neuen, klimaneutralen Kraftstoffen im Straßen-, Schiffs- und Flugverkehr wollen wir die Verkehrsinfrastruktur hin zu CO2-Neutralität weiterentwickeln.“	Die CDU steht für Technologieoffenheit im Klimaschutz. Deshalb sollte die Nutzung von neuen, klimaneutralen Kraftstoffen als Option nicht nur für den Luftverkehr und die Schifffahrt genannt werden, sondern ausdrücklich auch für den Straßenverkehr. Nicht das Verbrennungsprinzip von Otto und Dieselmotoren ist aus Sicht des Klimaschutzes problematisch, sondern die Verwendung fossiler Kraftstoffe. Klimaneutralen Kraftstoffen stellen somit eine Möglichkeit dar, den Betrieb des PKW und LKW-Bestands ohne teure Umrüstung oder Auswechslung der Fahrzeuge unter Nutzung einer bestehenden Infrastruktur klimafreundlich zu gestalten. Bei Betrachtung der CO2-Emissionen eines Fahrzeugs über den gesamten Lebenszyklus entfällt ein nennenswerter Anteil bereits auf die Produktion. Es ist zudem auch ein Beitrag zur Ressourcenschonung und im Sinne des Klimaschutzes, die Nutzungszeit bereits hergestellter Fahrzeuge durch	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Verwendung von klimaneutralen synthetischen Kraftstoffen zu verlängern.	
B492	5	2829		Ändere	CDU-KV Lübeck	„Mit der Schaffung einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur, der Elektrifizierung sowie dem Ausbau von Bahnstrecken...“	An dieser Stelle den motorisierten Individualverkehr nicht zu nennen, könnte den Eindruck erwecken, dass dieser zukünftig keine Rolle mehr spielen oder auf seine Elektrifizierung verzichtet werden soll.	Erledigt durch Annahme Antrag B491
B493	5	2841		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Zudem fordern wir eine Evaluierung des Katastrophenschutzes mit den Kräften vor Ort. Naturkatastrophen, wie 2021 im Ahrtal können auch im ähnlichen Ausmaß die Küsten Schleswig-Holsteins „überraschen“. Wir setzen uns daher u.a. für regelmäßige Überprüfungen und Übungen ein.“		Ablehnung im Kapitel 6.8 ausführlich behandelt.
B494	5	2877	ff.	setze	CDU-KV Pinneberg	Nach dem in Zeile 2879 endenden zweiten Satz des Absatzes bitte folgende Sätze setzen: „Hierzu dient insbesondere das Instrument des Handels mit Emissionszertifikaten. Wir setzen uns dafür ein, diesen auf möglichst alle Sektoren unserer Volkswirtschaft auszuweiten und die Anzahl der zulässigen CO2-Emissionsrechte jährlich entsprechend der Klimaschutzziele zu verringern.“		Annahme in geänderter Fassung: streiche "insbesondere", setze "auch"
B495	5	2877		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Wir setzen uns“ setze nach sein: „Das gilt auch für steigende Energiepreise. Deshalb setzen wir uns“		Annahme
B496	5	2877		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	streiche nach dem 1. Satz bis einschließlich Zeile 2882 und setze: „Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des Systems von Steuern, Abgaben und Umlagen im Energiebereich ein. Eine moderat steigende CO2-Bepreisung ist das wesentliche Element, um alle klimafreundlichen Technologien wettbewerbsfähiger zu machen. CO2-freier Strom muss günstiger werden, wenn wir damit auch heizen oder Auto fahren wollen. Die Abschaffung der EEG-Umlage ist dafür ein erster Schritt. Nur mit diesem Systemwechsel können wir die Sektorenkopplung attraktiv gestalten.“		Annahme
B497	5	2878		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „und Umlagesystem“ setze: „Umlage- und Netzentgeltsystems“		Annahme
B498	5	2879	f.	setze	Programmkommission	setze nach „Ausgleich an.“: „CO2-freier Strom muss günstiger werden, wenn wir damit auch heizen oder Auto fahren wollen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B499	5	2882		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: „Als Basis für die Sektorenkopplung brauchen wir zur Digitalisierung der Energieversorgung angepasste rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen.“		Annahme
B500	5	2887		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze nach „Land“: „Leistungsfähige Energienetze sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende bei gleichzeitig hoher Versorgungssicherheit. Dazu gehört insbesondere eine gerechtere Verteilung der Ausbaukosten in den Verteilnetzen. Energieerzeugung und Netzausbau müssen aufeinander abgestimmt werden.“		Annahme
B501	5	2889		setze	CDU-KV Pinne-berg	„Sicherheit und Bezahlbarkeit sind für uns aber ebenso wichtige Pfeiler unserer Energiepolitik. Mit Sorge betrachten wir darum, den durch fehlenden Netzausbau hervorgerufenen Überschussstrom, der die Netzentgelte und damit letztendlich unsere Strompreise dramatisch belastet. Hier werden wir auf den Bund Druck ausüben, den Netzausbau nach Süden endlich zeitnah zu realisieren. Zur Sicherheit gehört aber die jederzeitige Verfügbarkeit von Strom für Haushalte und Betriebe, auch dann, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Solange es kein technologisch umsetzbares Konzept zur sicheren Versorgung des Landes mit ausschließlich Erneuerbaren Energien gibt, unterstützen wir die Pläne der EU-Kommission, statt unseres heutigen Stromenergiemixes aus 63,2 % Erneuerbaren, 9,3 % Kohle und 26,9 % Kernenergie, in Zukunft Gaskraftwerke und neuartige, moderne Kernkraftwerke als CO2-neutral einzustufen, wenn sie die Nachhaltigkeitskriterien erfüllen und als Back-Up-Kraftwerke einzusetzen. Dabei sind die Forschungen und Neuentwicklungen bei der Kernfusion und den in Entwicklung befindlichen Dual-Fluid-Reaktoren zu unterstützen. Es ist für uns keine Lösung, in Deutschland ausschließlich Strom aus Erneuerbaren Energien zu produzieren, um dann bedarfsweise zur Versorgungssicherheit und Netzstabilität auf dem internationalen Börsenmarkt Atomstrom aus Frankreich, Kohlestrom aus Polen und Gas aus Russland zukaufen zu müssen.“	Als CDU sollten wir nicht den Grünen hinterherlaufen und erklären, was weder ist, noch absehbar sein wird. Unser Strom aus der Steckdose bleibt auch bei rechnerischen 160 % Eigenversorgungsanteil durch Erneuerbare ein Strommix aus verschiedenen Energieträgern. Je größer der Anteil der Erneuerbaren Energien wird, desto größer werden die Netzschwankungen und die Gefährdung der Netzstabilität. Für die Gewährleistung der Grundversorgung bedarf es laut EU-Kommission noch auf unabsehbare Zeit Back-up-Kapazitäten durch nachhaltige Großkraftwerke. Dies sollte auch die CDU anerkennen und sich nicht hinter Milchmädchenrechnungen und theoretischen, rein rechnerischen Versorgungsquoten verstecken.	Annahme in geänderter Fassung: "Sicherheit und Bezahlbarkeit sind für uns aber ebenso wichtige Pfeiler unserer Energiepolitik. Mit Sorge betrachten wir darum, den durch fehlenden Netzausbau hervorgerufenen Überschussstrom, der die Netzentgelte und damit letztendlich unsere Strompreise dramatisch belastet. Hier werden wir auf den Bund Druck ausüben, den Netzausbau nach Süden endlich zeitnah zu realisieren."
B502	5	2889		setze	CDU-KV Nord-friesland	setze nach Zeile 2889: „Wir setzen uns für eine bundesweit gerechtere Lastenverteilung bei der Finanzierung der Energiewende ein. Dazu gehört insbesondere eine gerechtere Verteilung der Ausbaukosten in den Verteilnetzen, der für die Integration der Erneuerbaren Energien nötig ist.“ „Wir werden uns für den Aufbau einer dezentraler Wasserstoffwirtschaft mit Erzeugung und Verbrauch einsetzen. Gerade im Land der Erneuerbaren Energien lässt sich grüner Wasserstoff gut erzeugen und vor Ort nutzen, z.B. im Verkehrssektor (ÖPNV, kommunale Fahrparke der Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit), im Gebäudesektor als Ersatz für fossiles Erdgas oder in industriellen Anwendungen. Dafür werden wir eine Strategie entwickeln, wie aktuelle Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für breite Anwendungsbereiche genutzt werden können.“		Annahme in geänderter Fassung: „Wir setzen uns für eine bundesweit gerechtere Lastenverteilung bei der Finanzierung der Energiewende ein. Dazu gehört insbesondere eine gerechtere Verteilung der Ausbaukosten in den Verteilnetzen, der für die Integration der Erneuerbaren Energien nötig ist. Wir werden uns für den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft mit Erzeugung und Verbrauch einsetzen. Gerade im Land der Erneuerbaren

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Energien lässt sich grüner Wasserstoff gut erzeugen und vor Ort nutzen, z.B. im Verkehrssektor (ÖPNV, kommunale Fahrparke der Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit), im Gebäudesektor als Ersatz für fossiles Erdgas oder in industriellen Anwendungen. Dafür werden wir eine Strategie entwickeln, wie aktuelle Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für breite Anwendungsbereiche genutzt werden können.
B503	5	2896	ff.	streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Um die Potenziale von Photovoltaik und Solarthermie für die Strom- und Wärmeerzeugung im Gebäudesektor voll ausschöpfen zu können, wollen wir geeignete Dächer und Fassaden sowie bereits belastete Flächen umfassend für Solarenergie nutzen.“ setze: "Um die Potenziale von Photovoltaik und Solarthermie für die Strom- und Wärmeerzeugung im Gebäudesektor voll ausschöpfen zu können, wollen wir Dächer, Fassaden, Parkplätze sowie öffentliche Gebäude umfassend für Solarenergie nutzen."		Annahme
B504	5	2899		setze	Programmkommission	setze nach „erleichtern“: „ , bürokratische Hemmnisse auflösen“		Annahme
B505	5	2900		setze	Programmkommission	setze nach „Energieversorgung“: „wie zum Beispiel das Modell des Mieterstroms, das die Möglichkeit der Nutzung des eigenerzeugten Solarstroms in Mietgebäuden schafft,“		Annahme
B506	5	2906		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „begrenzen“ setze: „im Blick behalten“		Annahme
B507	5	2911		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter „wir stärken und ausbauen“: „Wir sprechen uns desweiteren dafür aus, dass bei der Flächenentscheidung die kommunale Ebene ein Mitspracherecht hat. Hochwertige Ackerböden bleiben jedoch der ausschließlichen landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten. Außerdem werden wir prüfen, ob Naturschutzflächen auch mögliche Agrar-Photovoltaik darstellen können.“		Annahme in geänderter Fassung in 2911: "Hochwertige Ackerböden bleiben jedoch vorrangig der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten. Außerdem werden wir prüfen, ob auch auf Naturschutzflächen geeignete Photovoltaik-Anlagen darstellbar sind."

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B508	5	2912		setze	CDU-KV Stormarn	„Die Wertigkeit des Bodens soll anhand einer Kombination aus Standort, Bodenpunkten und Wirtschaftlichkeit bewertet werden.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B509	5	2914		setze	Pro-gramm-kommission	setze nach „werden“: „Gerade Biosgasanlagen, die Strom, Wärme und Biomethan herstellen, wollen wir weiter unterstützen.“		Annahme
B510	5	2914		setze	Pro-gramm-kommission	setze nach „wir“: „auch“		Annahme
B511	5	2915		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „So werden wir“ setze: „Wir werden“		Annahme
B512	5	2916		setze	Pro-gramm-kommission	setze nach „Landwirtschaft“: „auch in diesem Bereich“		Annahme
B513	5	2916		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „besprechen“ setze: „diskutieren“		Annahme
B514	5	2918		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „Außerdem wollen wir“ setze: „Wir wollen“		Annahme
B515	5	2919		setze	Pro-gramm-kommission	setze nach „können“: „und unsere Chancen auch in diesem Bereich stärker nutzen. Gerade für eine breite Energie und Wärmeversorgung kann Geothermie eine wichtige Quelle sein.“		Annahme
B516	5	2930		setze	CDU-KV Nord-friesland	setze am Ende von Zeile 2930: „Zur bestmöglichen Ausschöpfung vorhandener akzeptierter Windstandorte werden wir eine Repowering-Strategie entwickeln. Da Repowering in SH früher ansteht als in anderen Bundesländern, wollen wir diese Strategie auch als Vorbild für andere Länder anbieten.“		Ablehnung. Rechtssichere Umsetzung ist nicht möglich.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B517	5	2936		setze	Pro-gramm-kommission	setze: „Wir werden Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Erzeugung und zum Transport erneuerbarer Energie erleichtern und weiterhin eine vorausschauende Personalplanung bei den relevanten Behörden betreiben.“	Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Erzeugung und zum Transport erneuerbarer Energien sollten erleichtert werden.	Annahme
B518	5	2937		setze	CDU-KV Pinneberg	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden uns auf Bundes- bzw. europäischer Ebene für eine Ausweitung des CO2-Emissionshandels auf alle Sektoren der Volkswirtschaften der EU einsetzen, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen.“	Mit dem Emissionshandel ist uns ein passgenaues Instrument zur Einhaltung der Klimaschutzziele an die Hand gegeben worden, welches wir konsequent nutzen sollten. Daneben besteht der große Vorteil, dass diese Vorgehensweise technologieoffen ist, wir damit eine durch staatliche Lenkungsmaßnahmen induzierte Fehlallokation von Ressourcen vermeiden und die staatlichen Haushalte durch das damit verbundene niedrigere Fördervolumen entlastet werden. Wenn die sich jährlich reduzierenden Emissionsmengen gesetzlich festgelegt würden, wäre ein erfolgversprechender Fahrplan zur Erreichung der Klimaschutzziele festgelegt. Den Grünen wäre ihr Hauptthema aus der Hand genommen, die Union würde sich an die Spitze der Klimaschutzbewegung setzen.	Ablehnung
B519	5	2948		setze	Pro-gramm-kommission	setze als bullet point: „Wir wollen Genehmigungsverfahren für Anlagen zur Erzeugung und zum Transport erneuerbarer Energie erleichtern.“		Annahme
B520	5	2948		setze	Pro-gramm-kommission	setze als bullet point: „Wir werden weiterhin eine vorausschauende Personalplanung für die Genehmigungsverfahren der Erzeugung und des Transports für EE sicherstellen.“		Annahme
B521	5	2948		setze	Pro-gramm-kommission	setze als bullet point: „Wir wollen den Aus- und Umbau von Strom-, Gas- und Wasserstoffnetzen beschleunigen und bürokratische Hemmnisse abbauen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B522	5	2951		setze	Pro-gramm-kommission	setze: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Kohlekraftwerk Wedel schnellstmöglich abgeschaltet wird.“		Annahme
B523	5	2951		setze	Pro-gramm-kommission	Nach Zeile 2951: „Wir werden eine Landesstrategie für den Rückbau der KKWs auf den Weg bringen.“ (Hintergrund: für diesen CDU-Antrag gab es mit den Koalitionspartnern keine Einigung)		Annahme
B524	5	2956		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „erneuerbarem“ setze: „grünem“		Annahme
B525	5	2964	f.	streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „Klimaneutraler“ setze: „Grüner“		Annahme
B526	5	2968		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „Helgoland“: „und in Nordfriesland“ Ergänze nach „Westküste100“: „eFarm Nordfriesland,“		Annahme
B527	5	2976		setze	CDU-KV Stormarn	„Wir wollen die Umstellung fossiler Kraftwerke von Kohle auf feste Biomasse fördern, um so eine Grundlastversorgung zu gewährleisten.“	Die Ansätze aller Parteien zielen per heute lediglich auf den Ausbau von Wind- und Sonnenenergie ab und dann in einem zweiten Schritt in die Wasserstoffwirtschaft. Dabei ist klar, dass der benötigte Wasserstoff nicht in ausreichender Menge in Deutschland allein hergestellt werden kann. Zeitlich wird die Umsetzung noch mindestens bis in die Mitte des nächsten Jahrzehnts brauchen. Die Speicherung von Wind- und Sonnenenergie stellt darüber hinaus eine besondere, bisher nicht gelöste, Herausforderung dar. Die Grundlastversorgung ist somit nicht gesichert. Die Menge unserer Energie wird aber als Grundlast nachgefragt. Einige unserer Nachbarländer,	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							insbesondere Dänemark, haben neben Wind und Sonne auch feste Biomasse als nachhaltigen, CO₂-neutralen Brennstoff massenhaft in ihr Erzeugungsportfolio aufgenommen. Wenn diese Brennstoffe auch zu guten Teilen eingeführt werden, so kommen sie doch alle aus rechtssicheren Herkunftsländern. Brennstoffe sind dabei Holzreste oder auch agrarische Reststoffe, die in der Nahrungsmittelkette keine Verwendung mehr finden. Dieser Ansatz wäre ein Alleinstellungsmerkmal für die Union und in zeitlich überschaubarem Rahmen realisierbar. Biomass Conversion Technologies Ørsted (orsted.com) Home - Lynemouth Power Energy source – Biomass/Biogas (rwe.com)	
B528	5	2977		setze	CDU-KV Flensburg	„Wir werden mit Modellprojekten in verschiedenen Regionen die effizientesten Speichertechnologien erproben und wissenschaftlich begleiten lassen. Ein Schwerpunkt hierfür soll der Ausbau des Austausches zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sein. Wir wollen, dass auch kleinere Initiativen hierbei berücksichtigt und gefördert werden.“		Annahme
B529	5	2988		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „SH“ setze: „in Schleswig-Holstein“		Annahme
B530	5	2989		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „den“ setze: „eine nachhaltige Wasserstoff Transport-Infrastruktur der westlichen Ostseeregion“		Annahme
B531	5	2990		setze	CDU-KV Segeberg	setze: „Wir wollen, dass die Netzentgelte durch eine bundeseinheitliche Regelung fairer verteilt werden, sodass insbesondere Schleswig-Holstein entlastet wird.“ setze: „Wir werden private Bauherren bei der Realisierung von Photovoltaik-Projekten durch neutrale Beratungsangebote wie die Solaroffensive SH unterstützen.“		Ablehnung , ist in anderer Form bereits aufgenommen worden.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B532	5	3001		streiche und setze	Pro-gramm-kommis-sion	streiche: „Viele Maßnahmen der vergangenen Jahre haben bereits Erfolge gezeigt – beispielsweise die Wiederansiedlung des Fischotters, der Hasen und Wildkaninchen oder des Weißstorchs.“ setze: „Viele Maßnahmen der vergangenen Jahre haben bereits Erfolge gezeigt – beispielsweise die Wiederansiedlung des Fischotters und des Weißstorchs.“		Annahme
B533	5	3002		streiche und setze	CDU-KV Pinne-berg	streiche „Hasen und Kaninchen“ setze „Fischotter, Adler, Kraniche und viele Wildgänsearten.“	Hasen und Kaninchen werden immer wieder durch bestimmte Krankheiten reduziert, sind aber zu keinem Zeitpunkt im Lande als aussterbende Art zu bezeichnen gewesen.	Erledigt durch Annahme Antrag B532
B534	5	3004		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: „Für die kommenden Jahre haben wir eine Biodiversitätsstrategie entwickelt, die neue Maßstäbe setzt und das Thema umfassend behandelt.“		Annahme
B535	5	3013		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: „Um unsere Naturräume zu erhalten, bedarf es eines richtigen Ökosystemmanagements und Landschaftsmanagements. Wir müssen überregional und zusammenhängend denken und agieren. Aus diesem Grund wollen wir Modellregionen im Land entwickeln, um herauszufinden, mit welchen Maßnahmen die größte Artenvielfalt in bestimmten Naturräumen erreicht, lokale Arten schützt und gleichzeitig die Menschen vor Ort einbezogen werden können.“		Annahme
B536	5	3031		streiche und setze	Pro-gramm-kommis-sion	streiche: „Wir werden Modellregionen entwickeln, um lokal effektiven und erfolgreichen Umwelt- und Artenschutz zu betreiben.“ setze: „Wir werden die Biodiversitätsstrategie umsetzen.“		Annahme
B537	5	3037		streiche und setze	CDU-KV Pinne-berg	„Wir setzen uns dafür ein, dass betroffene Bürger, Anwohner und auch interessierte Bürger sich intensiv in die Naturschutzarbeit und Landschaftspflege von naturschutzfachlich wertvollen Gebieten einbringen können.“	Hier fehlt eine klare Definition dessen, was eine Bürgerstrategie genau sein soll.	Ablehnung, aber Ergänzung in Zeile 3019 am letzten Satz: "im Privaten hierzu beitragen kann, zum Beispiel durch insektenfreundliche Pflanzen und Totholzhecken."
B538	5	3039		setze	Pro-gramm-kommis-sion	„sowie die Polizei im Umweltschutz besser aufstellen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B539	5	3040		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „Staatsforsten“, setze: „unsere Wälder“		Annahme
B540	5	3042		setze	CDU-KV Nord-friesland	setze hinter „einführen“.: „Dieses wird von einem unabhängigen, wissenschaftlichen Institut durchgeführt.“		Annahme
B541	5	3043		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Die Verhinderung der Flächenversiegelung muss als Pflichtaufgabe der zuständigen Behörden (hier der Kreis Pinneberg) unter dem Punkt 5.7 des Entwurfs aufgenommen werden.“	Die zuständigen Gremien der Stadt Schenefeld richten sich bei ihren Beschlüssen zur Durchführung von Bauvorhaben punktgenau nach dem § 8 der Landesbauordnung, der seit vielen Jahren Flächenversiegelung verbietet. Trotzdem findet man im Stadtgebiet Schottergärten und großflächige Versiegelungen, weil eine Kontrolle oder Überwachung der einmal getroffenen Anordnungen durch den zuständigen Kreis Pinneberg nicht stattfindet.	Ablehnung
B542	5	3046		setze	CDU-KV Lübeck	setze Nach Ende der Zeile 3046: „Zum Ausgleich für den weiteren Flächenbedarf wachsender Dörfer und Städte werden wir aufgegebenbebaute Flächen renaturieren oder zumindest entsiegeln.“		Annahme
B543	5	3053		setze	Pro-gramm-kommission	Setze: "Wir wollen die Flächeninanspruchnahme auf 1,3 Hektar pro Tag bis 2030 reduzieren. Um das Ziel zu erreichen, setzen wir auf Aktivierung von Baulücken, angepasstes Bauen und Innenentwicklungspotenziale sowie verstärktes Recycling nicht genutzter Flächen. Flächeninanspruchnahme darf aber nicht mit Flächenversiegelung gleichgesetzt werden. Wir wollen den Flächenverbrauch besser als bisher messbar machen und diesen mit unseren Zielen stetig abgleichen. Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie Grün- und Freiflächen wie z.B. Gärten, Sportanlagen, Grünanlagen dürfen sich dabei nicht negativ auf die Statistik auswirken.“		Annahme
B544	5	3060		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	Brachflächen streichen und durch "nicht genutzte Flächen" ersetzen		Annahme
B545	5	3068		setze	Pro-gramm-kommission	In diesem Rahmen wollen wir auch diskutieren, wie Regenwasser noch besser als bisher genutzt sowie Abwasser und Trinkwasser besser unterschieden werden kann.		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B546	5	3069	f.	setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Die Landesplanung bezieht den Ortscharakter und die gewachsene Struktur von Gemeinden stärker mit ein. Dazu zählen bauliche Umnutzungen von Bestandsgebäuden innerhalb der Gemeindegrenzen.		Annahme
B547	5	3074		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Ein wichtiger Beitrag zum Klima- und Umweltschutz stellt für uns die Stärkung einer umfassenden Kreislaufwirtschaft dar. setze: „Die Stärkung einer umfassenden Kreislaufwirtschaft und die Technologien der industriellen Bioökonomie stellen für uns einen wichtigen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz dar.“		Annahme
B548	5	3080		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „nicht nachhaltig recycelt“: „Außerdem haben wir insbesondere in unseren Tourismusregionen mit falsch entsorgtem Abfall zu kämpfen, da die farbliche Kennzeichnung in jedem Landkreis unterschiedlich gehandhabt wird. Aus diesem Grund werden wir uns für eine bundeseinheitliche Kennzeichnung der Mülltonnen einsetzen.“		Annahme
B549	5	3087	ff.	streiche	CDU-KV Pinneberg	„In unserer heutigen Zeit sind Einwegprodukte günstiger als Produkte, die nachhaltig produziert wurden und recycelbar sind. Genauso ist es häufig preiswerter, Produkte neu zu kaufen, anstatt sie zu reparieren. Zudem ist es meist günstiger, Flächen neu zu versiegeln, anstatt alte Flächen wieder aufzubereiten. Dies entspricht nicht dem Nachhaltigkeitsgedanken und ist im Sinne von endlichen Ressourcen nicht zielführend. Es muss erschwinglicher sein, in Kreisläufen zu leben und alle Umweltaspekte eines Produktzyklus zu betrachten.“	Einwegprodukte sind lange nicht immer günstiger und nachhaltige Produktion ist keine Gewährleistung für die Fähigkeit, ein Produkt zu recyceln. Andersherum gibt es auch nachhaltig produzierte Einwegverpackungen, die insbesondere nur aufgrund von langzeitstabilen Hygieneanforderungen nicht recycelbar sind. Was hier jetzt die Flächenversiegelung mit dem Recyclingmanagement zu tun hat erschließt sich nur bedingt. Beide Probleme haben ganz unterschiedliche Lösungsansätze. Insofern sind die Sätze verwirrend, aber auch für den weiteren Text verzichtbar.	Ablehnung, setze "oft" nach heutigen Zeit sind
B550	5	3091		setze	Programmkommission	„im Privaten“		Annahme
B551	5	3113		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze am Ende von Zeile 3113: „Wir werden uns für eine bundeseinheitliche Farbkennzeichnung der Mülltonnen einsetzen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B552	5	3115		setze	CDU-KV Stormarn	„Wir setzen uns für eine konsequente Mülltrennung ein.“	Erfolgt ggf. mündlich.	Annahme
B553	5	3116		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wir wollen eine nachhaltige Umsetzung des Lieferkettengesetzes.“ Ersetze: „Wir wollen eine unbürokratische Umsetzung des Lieferkettengesetzes, dass unsere mittelständischen Betriebe nicht über Gebühr belastet.“		Annahme in geänderter Fassung: "Wir setzen uns für eine pragmatische Umsetzung des Lieferkettengesetzes ein."
B554	5	3142		setze	CDU-KV Flensburg	„Wir wollen, dass die Abwärme von Rechenzentren genutzt wird und werden dies gezielt unterstützen. Dafür wollen wir auch für die Ansiedlung neuer Rechenzentren und Start-Ups in Schleswig-Holstein eintreten.“		Annahme
B555	5	3156		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze vor Satzbeginn: „Der auf CDU-Initiative entstandene Nationalpark Wattenmeer „und das Weltnaturerbe Wattenmeer sind dabei von besonderer Bedeutung.“		Annahme in geänderter Fassung: "Der auf unsere Initiative entstandene Nationalpark Wattenmeer „und das Weltnaturerbe Wattenmeer sind dabei von besonderer Bedeutung."
B556	5	3166		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche „Auen“ setze „...“, Seen und Fließgewässer.“	Der Begriff Auen greift hier zu kurz, weil alle Süßgewässer einschließlich Seen und Fließgewässer, Gräben und Bäche von diesen Problemen gleichermaßen betroffen sind.	Annahme
B557	5	3166		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „unserer Meere“: „Flüsse, Seen“		Erledigt durch Annahme Antrag B556
B558	5	3166		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach Zeile 3166: „Dazu werden wir uns für eine stärkere Herstellerverantwortung einsetzen. Wer Grund- und Trinkwasser belastet, muss dafür die Verantwortung tragen. Dies schafft die richtigen Anreize, Gewässerbeeinträchtigungen bereits an der Quelle möglicher Verunreinigungen zu vermeiden.“		Annahme in geänderter Fassung in 3165: "Dazu werden wir uns für eine Stärkung des Verursacherprinzips einsetzen. Wer Grund- und Trinkwasser belastet, muss dafür die Verantwortung tragen. Dies schafft die richtigen Anreize, Gewässerbeeinträchtigungen bereits an der Quelle möglicher Verunreinigungen zu vermeiden."
B559	5	3168		setze	Programmkommission	setze neuen Absatz: „Wir wollen die Durchgängigkeit unserer Gewässer verbessern, damit Lebensräume miteinander verbunden werden und Übergänge besser für verschiedenste Arten möglich gemacht werden.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B560	5	3172		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche „...schleswig-holsteinische Wirtschaft...“ setze „...Forschungseinrichtungen und Fachunternehmen in Schleswig-Holstein eng mit eingebunden werden...“	Die Hilfestellung kann nur durch einzelne Unternehmen und nicht die gesamte Wirtschaft erfolgen und sollte dabei in einer Kooperation mit den vorhandenen Forschungseinrichtungen (Meeresforschung, Verfahrenstechnik) erfolgen.	Annahme
B561	5	3178		setze	Programmkommission	„Wir werden uns weiter für gute Trinkwasserqualität einsetzen. Dazu gehören auch moderne Abwasserkonzepte und -systeme insbesondere im städtischen Raum.“		Annahme
B562	5	3179		setze	CDU-KV Flensburg	„Wir werden die Kläranlagen bei der Aufrüstung der sogenannten „vierten Reinigungsstufe“ unterstützen. Damit wird es möglich, Arzneimittelreste, Haushalts-Chemikalien oder Mikroplastik aus unseren Gewässern fernzuhalten.“		Annahme
B563	5	3181		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach „fernzuhalten“: „und unsere Wasserqualität wird deutlich verbessert.“	Erfolgt ggf. mündlich.	Annahme in geänderter Fassung: setze: "und um unsere Wasserqualität weiter zu verbessern."
B564	5	3186		setze	Programmkommission	setze: "Wir wollen die Durchgängigkeit unserer Gewässer verbessern."		Annahme
B565	5	3187		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Verschieben nach Zeile 1619 ff.	Land- und Ernährungswirtschaft, sowie Fischerei sind wichtige Wirtschaftszweige, die Ernährungswirtschaft sogar der zweitgrößte Industriezweig des Landes. Es steht der CDU nicht gut, diese erfolgreichen Wirtschaftszweige und Cluster unter dem Kapitel „Erhalt von Lebensgrundlagen“ fern jeglicher Wirtschaftskompetenz zusammen mit Arten-, Meeres- und Grundwasserschutz abzuarbeiten und sie dabei noch an das Ende des Kapitels zu setzen. Das gleicht einer Bankrotterklärung. Wenn die CDU diese Betriebe nur noch als Ballast des Umwelt- und Klimaschutzes sieht, ist die nächste Wahl verloren.	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B566	5	3196		setze	Programmkommission	setze: „Für unsere Landwirtinnen und Landwirte ist eine gute Planbarkeit von zentraler Bedeutung. Dafür werden wir uns einsetzen.“		Annahme
B567	5	3199		setze	Programmkommission	setze: „Nun gilt es diesen Konsens weiterzuentwickeln und in konkrete Maßnahmen umzusetzen.“		Annahme
B568	5	3207		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze am Ende in Zeile 3207: „Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dieses Netzwerk auch dafür zu nutzen, die ausgebildeten Landwirte und Landwirtinnen als externe Referenten für weiterführende Schulen ab Klasse 5 zu nutzen, um zu zeigen, wie die naturwissenschaftlichen Fächer in der Praxis z. B. in der Lebensmittelproduktion angewandt werden.“		Ablehnung
B569	5	3211		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit nicht ausschließen“ Ersetze: „...Ökologie und Wettbewerbsfähigkeit nicht ausschließen“	Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit können sich nicht ausschließen, weil Wettbewerbsfähigkeit eine der drei tragenden Säulen der Nachhaltigkeit ist. Nachhaltig heißt daher immer auch wettbewerbsfähig. Das Gegensatzpaar ist Ökologie und Ökonomie.	Annahme
B570	5	3215		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Landwirte erbringen für unsere Gesellschaft eine tragende Rolle beim Natur- und Umweltschutz. Das verdient unsere Wertschätzung.“	Erfolgt ggf. mündlich.	Annahme in geänderter Fassung: "Landwirte spielen für unsere Gesellschaft eine tragende Rolle beim Natur- und Umweltschutz. Das verdient unsere Wertschätzung."
B571	5	3226		setze	CDU-KV Stormarn	setze ein zwischen „konventionell“ und „oder ökologisch“: „regenerativ,“	Die regenerative Landwirtschaft ist ein Teil der Agrarökologie. Der besondere Fokus liegt auf der Regeneration von Böden und Ökosystemen. Regenerative Landwirtschaft heißt, geschädigte Böden, Vegetation, natürliche und produktive Ökosysteme, Wasserzyklen und Klima wieder herzustellen und kontinuierlich zu verbessern (Quelle: "Definition Regenerative Landwirtschaft" von Hellmut von Körber Juli 2018). Praktisch übersetzt heißt es Humus (Speicher für CO ₂ ,	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Nährstoffe und Wasser) aufbauen durch weniger Erdbewegung und Anbau von Zwischenfrüchten und breiterer Fruchtfolgen neben dem möglichen Einsatz von Wirtschaftsdüngern (Gülle, Festmist, Klärschlamm und Kompost). Das Bodenleben in Form von Tieren (Insekten, Würmer), Pilzen und Bakterien in ein Gleichgewicht zurück zu bringen. Weniger Erdbewegung auf dem Feld heißt auch weniger Überfahrten, was zu Dieseleinsparung und weniger Abgasen führt, hierzu gehören Mulch- und Direktsaatverfahren.	
B572	5	3228		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze in Zeile 3228 nach „verankert bleiben“: „So wollen wir auch auf den Prüfstand stellen, ob es künftig auch möglich ist, mit der aktiven Landschaftspflege auch die Landwirtinnen und Landwirte zu beauftragen und nicht nur die Stiftung Naturschutz. Die Ausbildung der schleswig-holsteinischen Bäuerinnen und Bauern legt mittlerweile einen sehr großen Fokus auf den Umweltschutz. Die Kompetenz der aktiven Landschaftspflege ist in jedem Fall vorhanden.“		Annahme
B573	5	3233		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche „klimaeffiziente Landwirtschaft“ Ersetze: „nachhaltige Landwirtschaft“	siehe ÄA zu Zeile 916f.	Ablehnung
B574	5	3234		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze in Zeile 3234 nach „zu reduzieren“: „Unser großer technischer Fortschritt - sowohl in der Landtechnik als auch in der Tier- und Pflanzenernährung sowie in der Tier- und Pflanzenzucht ermöglicht es unseren Landwirten, eine nachhaltige, ressourcenschonende und enkeltaugliche Landwirtschaft am Gunststandort Schleswig-Holstein zu führen. So fördern wir daher ausdrücklich den Einsatz von digitalen Lösungsansätzen (Precision Farming/Smart Farming), um Saatgut, Dünger und Pflanzenschutz sowie Tierfutter, etc. optimal und bedarfsgerecht anzuwenden - im Feld und im Stall. Der positive Nebeneffekt: Diese digitalen Ansätze können auch zur Verbrauchertransparenz beitragen. Wir als CDU vertrauen unseren Landwirten und wertschätzen ihre Leistungen. Daher befürworten wir ausdrücklich Programme, die zur Transparenz und Verbraucherkommunikation beitragen.“		Annahme in geänderter Fassung: "Unser großer technischer Fortschritt - sowohl in der Landtechnik als auch in der Tier- und Pflanzenernährung sowie in der Tier- und Pflanzenzucht ermöglicht es unseren Landwirtinnen und Landwirten eine nachhaltige, ressourcenschonende und enkeltaugliche Landwirtschaft am Gunststandort Schleswig-Holstein zu führen. So fördern wir daher ausdrücklich den Einsatz von digitalen Lösungsansätzen (Precision Farming/Smart Farming), um Saatgut, Dünger und Pflanzenschutz sowie Tierfutter, etc. optimal und bedarfsgerecht anzuwenden - im Feld und im Stall. Der positive Nebeneffekt: Diese

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								digitalen Ansätze können auch zur Verbrauchertransparenz beitragen. Wir vertrauen unseren Landwirtinnen und Landwirten und wertschätzen ihre Leistungen. Daher befürworten wir ausdrücklich Programme, die zur Transparenz und Verbraucherkommunikation beitragen"
B575	5	3245		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche „...unvermeidbar.“ Ersetze „... zu erwarten.“	Die CDU hat sich immer für die Direktzahlungen als wichtige Einkommensstützung eingesetzt. Deshalb sollte die Union nicht unbedingt als diejenige Kraft dargestellt werden, die diese wichtige Maßnahme abschaffen will.	Annahme
B576	5	3253		streiche	Programmkommission	"auch für konventionell wirtschaftende Betriebsrichtungen"		Annahme
B577	5	3256		setze	Programmkommission	setze: „Wir wollen die "bäuerliche" Landwirtschaft in unserem Bundesland erhalten und langfristig sichern."		Annahme
B578	5	3256		streiche und setze	Programmkommission	"Wir wollen hier in Schleswig-Holstein eine von bäuerlichen Familienbetrieben geprägte Landwirtschaft mit aktiver Landbewirtschaftung und Nutztierhaltung erhalten und langfristig sichern."		Annahme
B579	5	3256		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach Zeile 3256 (Bulletpoints) • „Landwirte sind Naturschützer. Sie wirtschaften nachhaltig und wirtschaften in Kreisläufen."		Ablehnung
B580	5	3259		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Wir setzen uns für eine zügige Umsetzung der Ergebnisse der „Borchert-Kommission“ und Berücksichtigung der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ mit klaren Zielen für moderne, artgerechte Tierhaltung und nachhaltige Prozesse in Land- und Ernährungswirtschaft und Einzelhandel ein.“	Inzwischen hat auch die „Zukunftskommission Landwirtschaft“ der Bundesregierung ihre Ergebnisse für mehr Nachhaltigkeit in der Lebensmittelkette vorgelegt.	Annahme
B581	5	3259		setze	CDU-KV Rendsburg-	setze als neuen Punkt: „Die Ergebnisse der „Zukunftskommission Landwirtschaft“ (ZKL) werden unser Ziel der neuen Zukunftsgestaltung der Landwirtschaft sein."		Erledigt durch Annahme Antrag A66

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Eckernförde			
B582	5	3275		setze	Programmkommission	setze als Bulletpoint: „Den Auf- und Abbau von Wolfs-Schutzzäunen wollen wir den Landwirten und Landwirtinnen finanziell unterstützen.“		Annahme
B583	5	3277		setze	Programmkommission	Nach Zeile 3277 : „Wir werden ein Konzept für die Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Jakobskreuzkraut vorlegen.“ (Hintergrund: für diesen CDU- Antrag gab es mit den Koalitionspartnern keine Einigung)		Annahme
B584	5	3277		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Wir werden uns für einen kooperativen Insektenschutz einsetzen.“ setze: „Wir werden uns für einen Insektenschutz gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten einsetzen.“		Annahme
B585	5	3277		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze in Zeile 3277 nach: “Wir werden uns für einen kooperativen Insektenschutz einsetzen“: „Als ein positives Vorzeigeprojekt sei hier “Nordfriesland blüht auf” erwähnt.“		Ablehnung
B586	5	3279		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Wir werden die Modernisierung der Agrarverwaltung fortsetzen und alle Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um Bürokratie abzubauen, Kontroll- und Antragsverfahren zu vereinfachen und die Betriebe zu entlasten.“setze: „Wir werden die Agrarverwaltung weiter modernisieren und die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessern sowie alle Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, um Bürokratie abzubauen, Kontroll- und Antragsverfahren zu vereinfachen und die Betriebe zu entlasten.“		Annahme
B587	5	3287		setze	Programmkommission	setze: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Ackerstatus von Flächen erhalten bleibt, auch wenn diese temporär anders genutzt werden. Wir werden die Baumschulwirtschaft in Schleswig-Holstein weiter unterstützen und gebietseigene Gehölze ausweisen. Bis dahin werden wir die Übergangsfrist für Altbestände verlängern.“		Annahme
B588	5	3287		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze in Zeile 3287 nach „Bauernhof besucht“: „Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dieses Netzwerk auch dafür zu nutzen die ausgebildeten Landwirte und Landwirtinnen als externe Referenten für die weiterführenden Schulen ab Klasse 5 zu nutzen.“		Ablehnung
B589	5	3288		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA	streiche Zeile 3288 Überschrift „Tierschutz in den Fokus rücken“ setze: „Tierschutz ist uns wichtig“	Dies war immer unsere Haltung. Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob die aktuelle landwirtschaftliche Tierhaltung dies nicht	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein		berücksichtigt. Die Landwirtschaft wird nach geltenden Richtlinien kontrolliert und handelt danach.	
B590	5	3289		streiche	CDU-KV Nordfriesland	streiche ersatzlos: „Schutz von Tieren ist für uns keine Nebensache.“		Annahme
B591	5	3293		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter: „Schritt gegangen: und wollen ihn auch zukünftig weiter gehen.“		Annahme
B592	5	3305		setze	CDU-KV Pinneberg	setze hinter „Animal Hoarding“: „also das krankhafte Sammeln und Halten von Tieren.“	Zur besseren Lesbarkeit sollte auf Anglizismen verzichtet werden. Falls dies ein feststehender Begriff sein sollte, müsste er zumindest erläutert werden.	Annahme
B593	5	3306		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche „...Tieren...“ setze „Haustieren...“	Beim Animal Hoarding handelt es sich in der Regel um Haustiere wie Katzen, Kaninchen, Meerschweinchen etc. und nicht um Nutztiere.	Annahme
B594	5	3333		setze	Progamkommission	streiche "Daher...resistenter sind," und setze „Besonders der Klimawandel stellt die Waldwirtschaft vor neue Probleme. Daher wird es in Ergänzung zu unseren einheimischen Arten immer wichtiger, sogenannte Klimawälder anzupflanzen, die im europäischen Raum beheimatet sind, viele unterschiedliche Baumarten enthalten, verschiedensten Arten einen Lebensraum geben und gegen Wetterextreme resistenter sind.“		Annahme
B595	5	3346		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Wir wollen die bisherigen Förderprogramme zur Aufforstung fortschreiben und den Waldanteil in Schleswig-Holstein auf über zwölf Prozent steigern sowie die Attraktivität des Waldbaus durch jährliche Flächenprämien erhöhen. " setze: „Wir wollen die bisherigen Förderprogramme zur Aufforstung fortschreiben und den Waldanteil in Schleswig-Holstein auf über zwölf Prozent steigern. Zur Erreichung des 12%-Ziels setzen wir uns für eine verbesserte Verfügbarkeit erstaufforstungsfähiger Flächen ein.“		Annahme
B596	5	3350		setze	Programmkommission	setze: "Wir werden die Schleswig-Holsteinischen Landesforsten finanziell so unterstützen, dass sie den Umbau der landeseigenen Wälder zu stabilen und resilienten Klimawäldern weiter vorantreiben und den biologischen Klimaschutz in Wäldern und Waldmooren forcieren können."		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B597	5	3359		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter „Acker- und Forstkulturen“: „Das Reviersystem mit der flächendeckenden Jagd hat sich bewährt und muss erhalten werden.“		Annahme
B598	5	3362		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	streiche Teilsatz hinter „erlaubt“, setze: „um unter anderem die für Wildschweine tödliche Afrikanische Schweinepest zu bekämpfen. Wir werden uns auch für die Nutzung von Schalldämpfern zur Bejagung von Schalenwild und Niederwild einsetzen.“		Ablehnung
B599	5	3363		setze	CDU-KV Pinneberg	setze nach „Tod von Wildschweinen“: „...und durch notwendige Keulungen zu einer existenzgefährdenden Lage bei den Schweinehaltern führt,...“		Annahme
B600	5	3366		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter „zu können“: "Durch die wachsende Ausbreitung des Wolfes kommt es vermehrt zu Übergriffen des Wolfes auf Nutztiere. Vor allem die Weidetierhaltung und insbesondere die Deichschäferie sind durch eine steigende Wolfspopulation gefährdet."		Annahme
B601	5	3366		streiche	CDU-KV Nordfriesland	streiche im zweiten Satz: „viele“		Annahme
B602	5	3367		setze	Programmkommission	setze: "Um der Zerschneidung von Lebensräumen der Wildtiere entgegenzuwirken, werden wir einen Wildwegeplan, wie in der Biodiversitätsstrategie bereits geplant, umsetzen. Dazu gehört auch der Bau von Wildübergängen."		Annahme
B603	5	3374		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „gejagt werden dürfen“: "Die Jagd muss auch in Schutzgebieten weiterhin möglich sein, um Schutzziele überhaupt zu erreichen. Der Arten- und Küstenschutz bedingt weiterhin eine vorschriftsmäßige Fang-, Bau- und Beizjagd."		Annahme
B604	5	3375		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „Arten“: „wie Nandu und Schakal“		Annahme
B605	5	3376		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	streiche Absatz und setze: „Um insbesondere unnötigem Tierleiden entgegenzuwirken, sind regelmäßige Schießübungen unabdingbar und wegen des in absehbarer Zeit europaweit vorgesehenen kompletten Bleiverbots der Jagdmunition müssen die Schießstände sehr kostenintensiv umgerüstet werden. Aus diesem Grund wollen wir die Schießstände in unserem Land erhalten.“		Annahme
B606	5	3379		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze als Bulletpoint: „Wir wollen die rechtlichen Grundlagen für eine Ausweisung von wolfsfreien Zonen insbesondere an den Küsten- und Deichlinien schaffen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B607	5	3383		setze	Pro-gramm-kommission	setze: „Wir werden der Zerschneidung von Lebensräumen entgegenwirken und einen Wildwegeplan entwickeln.“		Annahme
B608	5	3384	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Verschieben nach Zeile 1619ff. hinter das Kapitel Landwirtschaft	Siehe ÄA zu Zeile 3187	Ablehnung
B609	5	3384		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze folgende Bulletpoints: • Wir setzen uns für die erweiterte Nutzung des Schalldämpfers im Jagdbetrieb ein. • Zur Stärkung der Biodiversität im Lande wollen wir die Kooperation von Interessensgruppen voranbringen (z.B. Jagd- und Naturschutzverbände, Landwirtschaft, Wasser- und Bodenverbände). • Wildbret ist ein hochwertiges, nachhaltiges und regional erzeugtes Lebensmittel. • Wir stehen für artenreiche Wildtierlebensräume und eine nachhaltige Jagd.		Ablehnung. Passt nicht Systematik der konkreten Punkte.
B610	5	3386		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	„Für uns ist wichtig, dass die Fischerei im Gleichgewicht mit den ökologischen Zielen steht und Konflikte gelöst werden.“		Annahme
B611	5	3388		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Es sollte das Nachhaltigkeitsprinzip konsequent durchgesetzt werden, da bei einer Verletzung dieses Prinzips die langfristigen Schäden z.B. durch die Krabbenfischerei oder den Dorschfang überproportional größer sind als die kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteile.“		erledigt durch Zeile 3404ff.
B612	5	3397		setze	Pro-gramm-kommission	setze: "Petri Heil: Fischerei und Angelsport im Norden"		Annahme
B613	5	3411		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „Ein weiterer wichtiger Punkt stellt die Unterstützung der Weiterentwicklung von Aquakulturanlagen dar, die zunehmend den Bedarf an Fisch decken können, ohne die Umwelt wesentlich zu beeinträchtigen.“ setze: „Wir stehen zum Ausbau und der Unterstützung der Weiterentwicklung von Aquakulturanlagen, die zunehmend den Bedarf an Fisch decken können, dabei aber die Umwelt nicht wesentlich beeinträchtigen dürfen.“		Annahme
B614	5	3421	f.	streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche: „Vor dem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass jede angelnde Person Sachkunde nachweisen muss.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						setze: „Vor dem Hintergrund setzen wir uns dafür ein, dass jede angelnde Person Sachkunde nachweisen muss, sofern kein sachlicher Grund eine Ausnahme rechtfertigt.“		
B615	5	3422		setze	CDU-KV Pinneberg	Hier muss der Begriff „Sachkunde“ erläutert werden, denn es ist nicht klar, wie dies im Einzelfall von einem Touristen, der zum Beispiel auch aus dem Ausland auf einen Angelkutter kommt, erfolgen soll. Möglich wäre in diesem Fall eine Einweisung durch den Kapitän des Schiffes oder dem geschulten Betreiber oder Verpächter eines Fischgewässers		Erledigt durch Antrag der Programmkommission und setze nach "muss": "Dies könnte zum Beispiel durch geschultes Personal an Leihstellen geschehen."
B616	5	3423	f.	streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Fischereischeinprüfung" setze: „Fischereischeinausbildung und -prüfung"		Annahme
B617	5	3428		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze in Zeile 3428 „gemeinsam mit den Fischern“ „Wir werden das Kormoran-Management im Land gemeinsam mit den Fischern verbessern und ausweiten.“		Annahme
B618	5	3429	ff.	streiche und setze	Programmkommission	streiche: "Wir werden die Teichwirtschaft, die in Schleswig-Holstein einen unschätzbaren Beitrag für prägende Kulturlandschaften und Biodiversität leistet, mit den Problemen mit dem Fischotter nicht alleine lassen." setze: "Die Teichwirtschaft leistet einen unschätzbaren Beitrag für unsere prägenden Kulturlandschaften und die Biodiversität. Daher werden wir bei der Herausforderung mit dem Fischotter unterstützen."		Annahme
B619	5	3433		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze in Zeile 3433: „und die Unterstützung des Landes erhöht wird“ „Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU-Haushaltsmittel für unsere Ostseefischer unbürokratisch eingesetzt werden und die Unterstützung des Landes erhöht wird.“		Ablehnung
B620	5	3438	f.	streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass für den sogenannten Urlaubsfischerei-Schein eine Fischereiprüfung Voraussetzung wird. " setze: „Wir werden uns dafür einsetzen, Ausnahmen von der Prüfungspflicht auf sachlich begründete Fälle zu beschränken."		Annahme
B621	5	3441	3492	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	Verschieben nach Zeile 1619ff hinter Fischerei	Siehe ÄA zu Zeile 3187	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B622	5	3476		streiche	CDU-KV Pinneberg	„Wir werden den Aufbau von „Essbaren Städten“, also Projekten für die Nutzung urbanen Raums zum Anbau von Lebensmitteln, fördern.“	Es ist albern, naiv und gefährlich, den Glauben zu schüren, bei 8 Mrd. Menschen könne die Versorgung von hochqualitativen Lebensmitteln unter hohem Anspruch von Hygiene und Lebensmittelsicherheit in privatem, urbanen Anbau erfolgen.	Ablehnung
B623	5	3478		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „...Ernährungsräte...“ Ersetze: „Wir werden den Austausch für neues Wissen und neue Kooperationen zwischen lokalen Akteuren, Landwirtschaft, über die Lebensmittelversorgung bis hin zur Entsorgung bündeln und fördern.“	Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte gab es schon früher einmal. Daran sollten wir nicht anknüpfen wollen.	Ablehnung
B624	5	3481	ff.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wir wollen die Vermarktung von regionalen Erzeugnissen weiter stärken und unter anderem eine digitale Plattform errichten, um Märkte, Hofläden, Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi), Unverpackt-Läden, Food-Sharing-Initiativen und andere heimischen/lokale Angebote in ganz Schleswig-Holstein besser miteinander zu vernetzen und bekannter zu machen, um ihnen den Verkauf ihrer Produkte zu erleichtern.“ setze: „Wir wollen die Vermarktung von regionalen Erzeugnissen weiter stärken und unter anderem digitale Plattformen unterstützen, auf denen unabhängige Märkte (z.B. MarktTreffe, Bioläden), Hofläden, Erzeugergemeinschaften und andere lokale Akteure sich besser miteinander vernetzen und den Verkauf ihrer Produkte zu erleichtern.“	Es gibt dazu bereits vielfältige, privatwirtschaftliche Netzwerke, denen wir nicht staatlich Konkurrenz machen sollten (z. B. nordischgruen.de, bio-lokal.com oder landwege.de).	Annahme in geänderter Fassung: „Wir wollen die Vermarktung von regionalen Erzeugnissen weiter stärken und unter anderem digitale Plattformen, wie z. B. das Gütezeichen Schleswig-Holstein, unterstützen, auf denen unabhängige Märkte (z.B. MarktTreffe, Bioläden), Hofläden, Erzeugergemeinschaften und andere lokale Akteure sich besser miteinander vernetzen und den Verkauf ihrer Produkte zu erleichtern.“
B625	5	3485		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „weiter stärken“: und bestehende digitale Plattformen fördern wie z. B. das Gütezeichen Schleswig-Holstein (https://www.gutes-vom-hof.sh/), um Märkte, Hofläden, Solidarische Landwirtschaft (SoLaWi), Unverpackt-Läden, Food-Sharing-Initiativen und andere einheimische/lokale Angebote in ganz Schleswig-Holstein besser miteinander zu vernetzen und bekannter zu machen, um ihnen den Verkauf ihrer Produkte zu erreichen.		Erledigt durch Annahme Antrag B624
B626	5	3486	f.	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: „Wir werden uns auf Bundesebene für eine transparente Kennzeichnung sowie für die Einführung einer Steuer auf zuckerhaltige Getränke gemäß ihrem Gehalt an freiem Zucker einsetzen.“ setze: „Wir werden uns auf europäischer Ebene für einen wissenschaftsbasierten NutriScore und für gemeinsame Kennzeichnungssysteme in Bezug auf Nachhaltigkeit und Klimaneutralität bei Lebensmittelunternehmen und Lebensmitteln einsetzen.“	Begründung: Siehe ÄA zu Nach Zeile 3446: Die Forderung nach einer Zuckersteuer ist bisher nur von den Grünen erhoben worden. Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat diese Forderung bewusst nicht in ihr Papier aufgenommen. Eine Zuckersteuer erhöht in unserem Handelssystem nur den Preisdruck auf die Erzeuger und	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							wird überwiegend nicht an die Konsumenten weitergegeben werden, weshalb sie den Kostendruck auf die Landwirtschaft erhöht, nicht aber ein verändertes Verbraucherverhalten bewirkt.	
B627	5	3493		setze	CDU-Kreisverband Flensburg	setze : Wir treten mit den Supermärkten in den Dialog, um Lebensmittel vor der Vernichtung zu retten.		Annahme
B628	5	3526		streiche	CDU-KV Pinneberg	„Wir wollen darüber hinaus sicherstellen, dass Stellen, die Lebensmittel abgeben, sich gut mit Hygiene und Lebensmittelsicherheit auskennen.“	Das ist heute bereits durch das Gewerbe- und Hygienerecht sichergestellt. Zum Erwerb eines verpflichtenden Gastronomie-Scheins gehört selbstverständlich der Nachweis von Schulungen im Hygiene- und Lebensmittelrecht, ebenso zum Betrieb eines Lebensmittel Ladens. Auch innerbetriebliche Kontrollsysteme nach dem HACCP-Verfahren sind verpflichtend (EG-Verordnung 852/2004). Als CDU sollten wir die schon vorherrschende Bürokratie nicht noch landesspezifisch überdehnen.	Ablehnung
B629	5	3904		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „den Rechtsextremismus“: sowie islamistischen Terrorismus		Annahme
B630	6	3541		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	SICHERHEIT wird nicht Kapitel 6, sondern Kapitel 4. Die Innere Sicherheit ist eine Kernkompetenz der CDU. Dies sollte durch eine stärkere Gewichtung vorn im Programm wie bereits in der Überschrift deutlich werden. Dies gilt gleichermaßen für Kommunales. Die kommunale Familie ist in vielen Bereichen Gestalter der Arbeit vor Ort, der Umsetzung von Maßnahmen des Landes, des Bundes wie europäischer Vorgaben, des Kontaktes zu den Bürgern und des politischen Handelns. Vorschlag für die Überschrift: INNERE SICHERHEIT, POLIZEI UND KOMMUNALES.		Ablehnung , da die Reihenfolge der Kapitel einer inneren Logik folgen. Darüberhinaus besagt die Reihung der Kapitel nichts über die Wichtigkeit der Kapitel. Schließlich befindet sich Kommunales in Kapitel 3, wäre nach der Logik der Antragsteller also ein Downgrade der Thematik. Kommunales sollte allerdings wegen der Verbindung Kommunales - Norddeutsche Zusammenarbeit - Bund - Europa ebenfalls in Kapitel 3 verbleiben.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B631	6	3541		streiche und setze	CDU-KV Lübeck	streiche Zeile 3542 setze: „Sicherheit und Recht“		Ablehnung (siehe Folgeantrag aus HL)
B632	6	3561		setze	CDU-KV Stormarn	„Wir setzen uns dafür ein, dass die Vorschriften zum Datenschutz unter Wahrung ihres Verfassungsranges so angepasst werden, dass Straftaten effektiv aufgeklärt und Opfer ihre Ansprüche effektiv verfolgen können.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B633	6	3565		setze	CDU-KV Lübeck	setze nach Zeile 3565 den folgenden Absatz als neues Unterkapitel „6.2 Gute Gesetze beschließen“: „Recht ist zunehmend umfangreicher und komplexer geworden. Mittlerweile gibt es weit mehr als 2000 Gesetze auf Bundesebene und mehr als 500 Gesetze für Schleswig-Holstein. Die Versuche in anderen Bundesländern Gesetze mit einem Verfalldatum zu versehen, haben nicht zu einer Reduzierung der Gesetzesflut geführt. Recht muss aber übersichtlich und systematisch sein, ohne an Deutlichkeit zu verlieren. Auch die Rechtsprechung muss gleiche Sachverhalte gleich behandeln. Danach setze die Punkte: „Wir werden deshalb beginnen, das Landesrecht für jedes große Rechtsgebiet in Gesetzbücher zusammen zu fassen. Fristen und allgemeine Verfahrensvorschriften werden wir damit vereinheitlichen. Wir wollen mit einer regelmäßigen Fortbildung der Richter und einem besseren Zugang zu Fachliteratur über Rechtsportale den Blick für eine einheitlichere Rechtsprechung schulen, ohne die richterliche Unabhängigkeit in Frage zu stellen.“	Eine steigende Zahl von Gesetzen hat dazu geführt, dass auch Juristen außerhalb ihrer Tätigkeits-schwerpunkte keinen vollständigen Überblick mehr haben, welche Dinge in welchen Gesetzen geregelt sind. Mit der Zusammenfassung geeigneter Einzelgesetze in Gesetzbücher können nicht nur die Zahl, sondern der Gesamtumfang gesetzlicher Regeln erheblich reduziert werden. Auf Bundesebene ist nach der Schaffung der Sozialgesetzbücher die Reformarbeit (zum Beispiel an einem Arbeits- und einem Umweltgesetzbuch) bislang nicht weitergeführt worden. Im Landesrecht wäre eine entsprechende Gesetzgebungsreform in geeigneten Rechtsbereichen leichter. Auch dass gleiche Sachverhalte von Gerichten teilweise sehr unterschiedlich ausgeurteilt werden, bedroht die Akzeptanz der Rechtsprechung. Dass bei einem Ersttäter einer erheblicheren Geschwindigkeitsüberschreitung bei manchen Gerichten ein Fahrverbot fast nie gegen ein höheres Bußgeld umgewandelt wird, während dies bei anderen Gerichten auch bei Mehrfachtätern problemlos gelingt, ist den Betroffenen kaum vermittelbar. Zu einem großen Teil beruht die Ungleichbehandlung auf richterlicher Unkenntnis. Die Richterschaft wäre für mehr Transparenz gerade in der erstinstanzlichen Rechtsprechung dankbar.	Ablehnung. Der Vorschlag entspricht nicht der Systematik des Programmentwurfs. Rechtsetzung und Verwaltung wird im Kapitel 3 behandelt. Neuer Vorschlag zur Befristung von Verordnungen könnte zu einer nachhaltigen Lösung führen. Alleine Landesrecht in Gesetzbücher zusammenzufassen führt nicht dazu, dass Fristen und allgemeine Verfahrensvorschriften angeglichen werden. Zudem führt nicht Unübersichtlichkeit in der Rechtsprechung zu unterschiedlicher Beurteilung von Sachverhalten sondern die Entwicklung von Rechtsprechung an den einzelnen Gerichten. Auf Fachliteratur und Rechtsportale haben Richterinnen und Richter natürlich Zugriff.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B634	6	3574		streiche und setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	streiche „Helferorganisationen“ setze „Rettungs- und Sicherheitsorganisationen“	Ggf. mündlich	Ablehnung
B635	6	3575		setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	setze hinter „jeden Tag“: „oftmals unter Einsatz ihres Lebens“	Wir möchten mit dieser Formulierung die Relevanz und das für unsere Gesellschaft in Kauf genommene Risiko der Polizisten betonen und Ihnen damit eine höhere Wertschätzung entgegenbringen.	Annahme
B636	6	3587	3588	streiche	CDU-KV Stormarn	„Dabei werden wir auch die klimaneutrale Mobilität vorantreiben.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung, Klimaneutralität darf nicht an der Polizei vorüber gehen
B637	6	3588		setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	setze am Satzende „, sofern sie die Kriminalitätsbekämpfung nicht behindert.“	Der Fokus muss bei der Modernisierung des Polizeifuhrparks klar auf den Anforderungen der Kriminalitätsbekämpfung liegen und darf auf keinen Fall durch klimaneutrale Mobilität behindert oder ausgehebelt werden.	Annahme
B638	6	3591		setze	Programmkommission	setze nach "für den Polizeidienst gewinnen,": „Wir wollen die in der zurückliegenden Legislaturperiode durchgesetzten Strukturverbesserungen im gehobenen und mittleren Dienst fortführen und zusätzlich auf den höheren Dienst der Landespolizei ausweiten.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Streichen
B639	6	3595		setze	CDU-Kreisverband Flensburg	„Zur Attraktivität des Polizeiberufes gehört für uns auch die Verbesserung der Besoldungsstruktur für herausgehobene Führungsfunktionen in der Laufbahngruppe 2.2 im Abgleich mit anderen Behörden.“		Annahme in geänderter Fassung: "Zur Attraktivität des Polizeiberufes gehört für uns auch die Verbesserung der Besoldungsstruktur. Nachdem wir in der vergangenen Legislaturperiode Strukturverbesserungen im mittleren und gehobenen Dienst erreicht haben, wollen wir diese zusätzlich auf herausgehobene Führungsfunktionen des höheren Dienstes ausweiten."
B640	6	3595		setze	CDU-KV Stormarn	„Pauschalen Rassismusbewerfen gegenüber der Polizei treten wir entschieden entgegen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B641	6	3598		setze	CDU-KV Stormarn	„auch in Wohnungen und Geschäftsräumen“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: "auch in Wohnungen zuzulassen und in Geschäftsräumen zu

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								erleichtern". Begründung siehe oben
B642	6	3601		setze	Programmkommission	"indem wir zum Beispiel den flächendeckenden Einsatz von Smartphones vorantreiben und langfristig das digitale Notizbuch einführen."		Annahme
B643	6	3602		setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	setze am Satzende „und stärker bewerben“	Der Ausbau von digitalen Möglichkeiten wird klar befürwortet, die Öffentlichkeitsarbeit zu diesen Möglichkeiten muss aber dringend intensiviert werden.	Annahme
B644	6	3608		setze	Programmkommission	setze nach „auch in Teilzeit“: „und durch Stellenteilung	Anmerkung der Gewerkschaft der Polizei SH	Annahme
B645	6	3613		streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche „Bürgerpolizei“ setze: „bürgernahe Polizei“	Bürgerpolizei erinnert an Bürgerwehren, die wir nicht wollen. Wir sind auch nicht in der Französischen Revolution.	Ablehnung , Bürgerpolizei ist in SH ein gängiger Begriff, der von der Landespolizei auch selbst so gewählt und genutzt wird.
B646	6	3614		setze	CDU-Kreisverband Flensburg	„(...) und werden diese Strukturen in Zukunft fördern.“		Annahme
B647	6	3615		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche „viele“		Annahme
B648	6	3617		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3617: „Die Landespolizei muss zukünftig noch stärker in der Lage sein, eigene Schwerpunkte ihrer Arbeit zu setzen. Wir wollen keine reine Notrufpolizei, keine Landespolizei die fast ausschließlich fremdbestimmt ist, sondern die selbst noch besser als bisher in der Lage ist, ihre Ziele zu definieren und entschlossen umzusetzen. Und das mit und für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung in Z. 3626: "So ausgestattet, ist die Landespolizei auch besser in der Lage, eigene Schwerpunkte zu setzen."
B649	6	3622		setze	Programmkommission	setze nach dem ersten Satz: „Neue Aufgaben bedürfen zusätzliches Personal bzw. zusätzliche Ressourcen.“	Vorschlag der Gewerkschaft der Polizei SH	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B650	6	3623		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze nach „zu Ende führen“: „Mit dem Landeshaushalt 2023 werden wir alle Voraussetzungen für den vollständigen Aufbau der 2. Hundertschaft erfüllen, auch die notwendigen noch fehlenden Planstellen.“	Die Schaffung der 2. Hundertschaft ist dringend nötig. Sie wird seit etwa 2010 gefordert, wurde 2017 in das Jamaika-Programm aufgenommen, ist aber auch 2022 immer noch nicht aufgestellt. Jetzt ausgewiesene Planstellen würden im Übrigen erst in einigen Jahren zur Einsatzwirksamkeit kommen, es sei denn, man nimmt Planstellen-Verlagerungen innerhalb der Polizei vor.	Ablehnung , den begonnenen Aufbaupfad sollte man entsprechend der Planung zu Ende führen.
B651	6	3623		setze	Programmkommission	setze nach „werden wir“: „durch zusätzliches Personal“	Vorschlag der Gewerkschaft der Polizei SH	Annahme
B652	6	3624		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Dadurch können unsere Polizistinnen und Polizisten wieder mehr ihren Dienst auf der Straße wahrnehmen und sichtbar sein – im ländlichen Raum und in Brennpunkten.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B653	6	3625		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche Zeilen 3625 und 3626, setzt: „Eine ansprechbare Bürgerpolizei muss sich auch neben den zentralen Aufgaben der Repression und Prävention mit den Ängsten und Befürchtungen der Bevölkerung beschäftigen. Es geht darum, mit regional unterschiedlichen Schwerpunkten das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger zu stärken. Eine starre Reduzierung dieser Arbeit auf festgelegte polizeiliche Sprechstunden ist daher nicht zielführend.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B654	6	3627		setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	setze hinter „Aufklärungsquoten“: „, die wir weiter steigern wollen,“	Die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen ist laut NDR in den letzten Jahren von ca. 7% auf 14% gestiegen. Diese Entwicklung kann als gut bezeichnet werden, muss allerdings weiter gesteigert werden.	Annahme
B655	6	3628		setze	Programmkommission	streiche "Wohnungseinbrüche", setze: „Wohnungseinbrüche“	redaktionelle Änderung	Annahme
B656	6	3635		streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Prävention ist und bleibt eine der Kernaufgaben unserer Polizei.“ setze: „Prävention (Kriminal- und Verkehrsunfallprävention) ist und bleibt eine der Kernaufgaben unserer Polizei.“		Ablehnung . Begriff der Prävention ist weiter gefasst.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B657	6	3641	ff.	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	„Zur Verbesserung des örtlichen Verkehrsunfall-Lagebildes soll die Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Trägern der Verkehrssicherheit (z.B. Verkehrswacht, ADFC, ACE und ADAC) gefördert und intensiviert werden.“		Annahme
B658	6	3641		setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	setze nach „Ursachenbekämpfung“: „Auch die Zusammenarbeit von Schulen mit Kontaktpolizisten wollen wir weiter intensivieren.“	Die Präventionsarbeit der Kontaktpolizisten mit Schulen bildet neben der familiären und schulischen Erziehung eine wichtige Säule für den Umgang mit Recht und Gesetz. Diese Arbeit sollte intensiviert werden.	Annahme, nach Antrag A93
B659	6	3643		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Wir wollen auch weiterhin zusätzliches Personal in der Landespolizei einstellen und die Bereitschaftspolizei stärken.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B660	6	3644		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze nach „Einsatzhundertschaft“: „in 2023“		Ablehnung
B661	6	3648		setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	„Wir werden sukzessiv die Funktion von Präventionsbeamten aus dem Bestand personell verstärken.“		Annahme in geänderter Fassung: "Wir werden sukzessiv die Funktion von Präventionsbeamten personell verstärken."
B662	6	3648		setze	Programmkommission	setze ", beispielsweise sogenannte Einzeltricks"		Annahme
B663	6	3649		streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Wir werden die Zusammenarbeit mit den Präventionsräten wieder verstärken.“setze: „Wir werden die Zusammenarbeit mit den Präventionsräten zur Bekämpfung der Kriminalität und zur Reduzierung von Verkehrsunfällen wieder verstärken.“		Annahme
B664	6	3649		setze	CDU-KV Segeberg	Zeile 3649 als weitere neue Zeile: „Wir werden von Seiten der Landesregierung unter Steuerung des Landespräventionsrates den Kommunen kommunale Sicherheitsanalysen zur Entwicklung einer kommunalen Präventionsstrategie anbieten.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B665	6	3649		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3649 als weiteren Punkt: „Wir werden fortlaufend prüfen, ob die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben weiter entlastet werden kann, damit die Ressourcen primär dem Kerngeschäft zu Gute kommen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: „Wir werden fortlaufend prüfen, ob die Polizei von vollzugsfremden Aufgaben weiter entlastet werden kann, damit die Ressourcen primär den Kernaufgaben zu Gute kommen.“
B666	6	3662	3665	streiche und setze	Programmkommission	streiche und setze: „Seit Jahren nimmt der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im digitalen Raum, immens zu. Diese Taten fügen Kindern und Jugendlichen unermessliches Leid zu. Daher werden wir sie mit ganzer Kraft weiter bekämpfen und unterstützende Strukturen für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche sowie präventive Angebote stärken. Wir wollen verstärkt KI dafür nutzen, um Datenmaterial gerade in diesem Bereich auszuwerten.“	Änderungsvorschläge Kinderschutzbund SH	Annahme
B667	6	3668		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze nach „Rauschgiftkriminalität“: „Die umfangreichen Ermittlungen und ihre Ergebnisse in NRW und Berlin zeigen, dass es hohe Dunkelziffern gibt.“		Annahme
B668	6	3670		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3670: „Wir wollen darüber hinaus den polizeilichen Gewahrsam von Gefährdern erweitern, um drohende Anschläge wirksam verhindern zu können.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: „Wir wollen darüber hinaus im Rahmen des rechtsstaatlich Zulässigen den polizeilichen Gewahrsam von Gefährdern erweitern, um drohende Anschläge wirksam verhindern zu können.“
B669	6	3670		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3670: „An besonderen Gefahrenpunkten wie etwa Flughäfen, Bahnhöfen, Sportstätten, Einkaufszentren und Packstationen wollen wir Videosicherheitstechnik angemessen ausweiten, um Straftäter abzuschrecken und Straftaten besser aufklären zu können.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B670	6	3675		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze als zusätzlichen Punkt: „Es sind rechtliche Voraussetzungen zu schaffen, die „Hatespeech im Internet“ schneller und effektiver ahnden zu können.“		Annahme
B671	6	3676		streiche und setze	Programmkommission	streiche: "Mindestspeicherfristen", setze: „Vorratsdatenspeicherung“	Anpassungen auf Anregung durch Veranstaltungen der CDU SH	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B672	6	3678		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche und setze: „Im Bereich der Rauschgiftkriminalität bauen wir unsere Bekämpfungsstrategien gegen die Herstellung von und den Handel mit Rauschmitteln jeglicher Art weiter aus.“		Annahme
B673	6	3682		setze	CDU-Kreisverband Flensburg	setze: „Das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge soll ertüchtigt werden, Abschiebungen mit eigenen Vollzugsdienstkräften durchzuführen, um die Polizei von der Amtshilfeverpflichtung zu entbinden und hierdurch zu entlasten.“		Ablehnung
B674	6	3697		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach „...verhandelt werden können.“: „Dies gilt auch für das vereinfachte Jugendverfahren.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B675	6	3699		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Auch die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde soll intensiviert werden.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B676	6	3699		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3699: „Gleichzeitig prüfen wir auch personelle Entlassungen und Verstärkungen in Fällen, in denen umfangreiche Ermittlungsverfahren, z.B. im Bereich der Wirtschaftskriminalität, besonders viele Kräfte binden.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B677	6	3703		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3703: „Im strafrechtlichen Sanktionensystem wollen wir auf Bundesebene erreichen, dass das nicht aus dem Gesetz heraus, sondern allein aus einer unterschiedlichen Rechtsanwendungspraxis beruhende Nord-Süd-Gefälle bei der Zumessung angeglichen wird. Hierzu wollen wir die Strafzumessungskriterien kodifizieren. Sog. Kettenbewährungs darf es im Normalfall nicht mehr geben.“	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B678	6	3708		streiche und setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	streiche ab „Hierbei“, setze „Hierbei wollen wir Menschen aller Bevölkerungsgruppen ansprechen.“	Eine reine Fokussierung auf Menschen mit Migrationshintergrund halten wir auf Grund von anderen ebenfalls minder repräsentierten Bevölkerungsgruppen im Polizeidienst für nicht weitreichend genug. Daher wollen wir die Formulierung erweitern, um auch beim Thema Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Migrationshintergrund, uvm. eine möglichst ausgewogene Situation zu schaffen.	Ablehnung
B679	6	3715		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3715: „Insbesondere in Zivilverfahren sollen die Möglichkeiten für Online-Verhandlungen genutzt werden.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B680	6	3718		setze	Junge Union	setze: „Unsere Justizgebäude werden wir fortlaufend modernisieren.“	ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein			
B681	6	3719		setze	CDU-KV Lübeck	setze nach „beschleunigen“; insbesondere bei kleineren Straftaten und klarem Sachverhalt“		Ablehnung , wir wollen jedes Verfahren beschleunigen
B682	6	3719		setze	Programmkommission	setze als neuen Bulletpoint: „Wir wollen Möglichkeiten der sinnvollen Spezialisierung prüfen, um die höchstmögliche Qualität der Rechtsprechung zu gewährleisten.“	Anregung Richterverband	Annahme
B683	6	3720		setze	CDU-KV Stormarn	setze als Bulletpoint: „Bei häuslicher Gewalt wollen wir durch die Vernetzung aller im Gewaltschutz beteiligten Akteure eine Verfahrensbeschleunigung erreichen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B684	6	3721		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die CDU setzt sich für Regelungen ein, die die Gerichte bei kleineren Delikten entlasten.“	Es gibt einen allgemeinen Unmut über die Nichtverfolgung von kleinen Straftaten wegen Überlastung der Gerichte. Die CDU wird sich dafür einsetzen durch Schnellgerichte oder, ähnlich wie beim Verkehr, durch einen Bußgeld Katalog zu zeigen, dass der Staat sich nicht an der Nase herumführen lässt. Das Klagerecht der Betroffenen bleibt ja unberührt.	Ablehnung
B685	6	3730		streiche und setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	streiche ab „Hierbei“ setze: „Hierbei wollen wir Menschen aller Bevölkerungsgruppen ansprechen.“	Eine reine Fokussierung auf Menschen mit Migrationshintergrund halten wir auf Grund von anderen ebenfalls minder repräsentierten Bevölkerungsgruppen im Polizeidienst für nicht weitreichend genug. Daher wollen wir die Formulierung erweitern, um auch beim Thema Geschlecht, Religionszugehörigkeit, Migrationshintergrund, uvm. eine möglichst ausgewogene Situation zu schaffen.	Ablehnung
B686	6	3731		setze	Programmkommission	Setze nach Zeile 3731: Das betriebliche Gesundheitsmanagement bleibt auch weiterhin ein wichtiger Baustein für gute Arbeitsbedingungen im Justizvollzug.	Anregung der Gewerkschaft der Polizei SH	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B687	6	3736		streiche	Pro-gramm-kommis-sion	streiche: "dauerhafte"		Annahme
B688	6	3740		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die CDU setzt sich für Regelungen ein, die die Gerichte bei kleineren Delikten entlasten.“	Es gibt allgemein Unmut über die Nichtverfolgung von kleinen Straftaten wegen Überlastung der Gerichte. Die CDU wird sich dafür einsetzen durch Schnellgerichte oder, ähnlich wie beim Verkehr, durch einen Bußgeld Katalog zu zeigen, dass der Staat sich nicht an der Nase herumführen lässt. Das Klagerecht der Betroffenen bleibt ja unberührt.	Ablehnung
B689	6	3750		setze	CDU-KV Stormarn	setze als Bulletpoint: „Die Möglichkeiten, Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit abzu- leisten, wollen wir ausbauen.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B690	6	3766		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die Erfahrung aus der Pandemie, die Gebote und Verbote der Corona-Verord- nungen werden mangels eines funktionierenden kommunalen Ordnungsdienstes dürfen sich nicht wiederholen. Der Staat muss bereit sein, seine eigenen Regeln durchzusetzen, hier muss das Land mit Polizeikräften unterstützend tätig werden.“	In der Pandemie fand die Durch- setzung der Gebote und Verbote der Corona-Verordnung nicht statt. Die Kommune verwies auf die Zuständigkeit des Kreises, der Kreis ignorierte diese Aufgabe und die Polizei hat man hier über- haupt nicht gesehen. Es erfolgte keine Überwachung der Einhal- tung der Pflicht des Tragens einer Mund-Nasenbedeckung oder die Einhaltung sonstiger Regeln. Das hat dazu geführt, dass die Gebote und Verbote der Corona-Verord- nung mehr als Vorschlag oder An- regung wahrgenommen worden ist. Land und Kreis dürfen sich bei der Durchsetzung der eigenen Regeln nicht mehr wegducken.	Ablehnung, siehe Z. 3756
B691	6	3771		streiche und setze	CDU Kreisver- band Dithmar- schen	streiche Satz und setze: „Wir setzen uns hinsichtlich der Aus- und Fortbildung für landes- weit einheitliche Standards ein und wollen den Austausch zwischen Polizei und Kommu- nen dabei fördern.“	Die bisher genutzte Formulierung im ersten Satzteil halten wir für zu schwammig und möchten von „anstreben“ auf „einsetzen“ wechseln.	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B692	6	3775		setze	Programmkommission	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden ein landesweit geltendes Waffenverbot an Bahnhöfen prüfen.“		Annahme
B693	6	3785	- 3786	streiche und setze	CDU-Ortsverband Groß Witten-see	streiche: „umfangreiches“, setze: „flächendeckendes“		Annahme
B694	6	3791	ff.	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Angesichts des steigenden Meeresspiegels setzen wir uns auch an der Ostseeküste für Küstenschutzmaßnahmen an weiteren Küstenabschnitten ein; dabei wollen wir auch neue flexible, naturbasierte und klimafeste Sicherungstechniken zulassen.“		Annahme in geänderter Fassung: "Angesichts des steigenden Meeresspiegels setzen wir uns für Küstenschutzmaßnahmen an weiteren Küstenabschnitten ein; dabei wollen wir auch neue flexible, naturbasierte und klimafeste Sicherungstechnik zulassen."
B695	6	3792		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „... Männer in Feuerwehren, dem THW, dem DRK und anderen Hilfeträgern organisiert.“		Ablehnung
B696	6	3793		setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	setze hinter „Jahr“: „oftmals unter Einsatz ihres Lebens“	Wir möchten mit dieser Formulierung die Relevanz und das für unsere Gesellschaft in Kauf genommene Risiko der Feuerwehrleute betonen und ihnen damit eine höhere Wertschätzung entgegenbringen.	Annahme
B697	6	3802		setze	CDU Kreisverband Dithmarschen	setze hinter „zuhalten“ ein: „Der Feuerwehrbedarfsplan schreibt fest, welche Ausrüstung in den jeweiligen Orten vorzuhalten sind. Entgegen der gängigen Praxis bei Alarmierung von gleich mehreren benachbarten Wehren bei Alarmfällen, wird aktuell nur die Ausstattung des jeweiligen Ortes für die Beschaffung/Bevorhaltung betrachtet. Diese Situation wollen wir überprüfen und zukünftig stärker auch die vorgehaltenen Ausrüstungen der Nachbarwehren für die Bedarfsplanung mitberücksichtigen.“	Mit der hier beschriebenen Anpassung der Feuerwehrbedarfsplanung wollen wir Synergieeffekte zwischen den einzelnen Wehren mitberücksichtigen, um unnütze drei- oder vierfache Bevorhaltung von sehr selten benutzten Gerätschaften zu verhindern.	Ablehnung. Um festzustellen, welche Standorte, welche Feuerwehrfahrzeuge und welche Mannschaft erforderlich sind, kann ein Feuerwehrbedarfsplan aufgestellt werden, der gegebenenfalls zwischen Wehrführung und Gemeinde als Grundlage für die weiteren Planungen gemeinsam vereinbart wird. Der Feuerwehrbedarfsplan ist also ein Planungsinstrument der Gemeinde als Träger des Feuerwehrwesens.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B698	6	3807		setze	CDU Ortsverband Groß Witten-see	setze nach „neues“: „zentral organisiertes sowie flächendeckendes Sirennennetz“.		Annahme
B699	6	3810	3811	streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche: „Wir werden den Küsten- und Hochwasserschutz in Schleswig-Holstein stärken und uns gegen Starkregenereignisse und Hitzeperioden besser aufstellen (siehe 5.10).“ setze: „Wir werden den Küsten- und Hochwasserschutz in Schleswig-Holstein stärken und uns gegen Starkregenereignisse, Hitzeperioden und Hochwasserstände an Flüssen und Küsten besser aufstellen (siehe 5.10).“		Annahme
B700	6	3810		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach "in Schleswig-Holstein": "weiterhin"		Annahme
B701	6	3813		setze	Programmkommission	setze Bulletpoint nach Zeile 3813: „Wir werden den Aufbau der Wasserrettung in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Kommunen, Feuerwehren und Hilfsorganisationen weiter fortsetzen und bedarfsgerecht Haushaltsmittel zur Verfügung stellen.“		Annahme
B702	6	3815		setze	CDU Ortsverband Groß Witten-see	setze nach „fortsetzen.“: „Zusätzlich werden wir zu den Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer, die wir an die Kommunen weitergeben, eine finanzielle Förderung des Feuerwehrwesens anstreben.“		Ablehnung
B703	6	3815		setze	CDU-Kreisverband Dithmarschen	setze am Satzende: „und ausweiten“	Die Modernisierung der Feuerwehrgerätehäuser für die überwiegend ehrenamtlich organisierten Feuerwehren im Land ist eine riesige Kraftanstrengung für unsere Kommunen. Besonders durch die neuen Anforderungen von Schwarz/Weiß-Trennung, getrennte Umkleidekabinen nach Geschlechtern, erhöhte Anforderungen bei Abständen zwischen Fahrzeugen und Gebäuden, uvm. schnellen die Kosten für eine modern ausgestattete Feuerwehr samt Gebäuden in den letzten Jahren immens in die Höhe. Hierbei brauchen die Kommunen	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							mehr gezielte finanzielle Unterstützung des Landes.	
B704	6	3820		setze	CDU Ortsverband Groß Witten-see	setze als Bulletpoint: „Als Anreiz für die Mitwirkung in den Freiwilligen Feuerwehren oder in den Einheiten des Katastrophenschutzes werden wir jedem Ehrenamtlichen bei Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausbildungsstunden jährliche einen Zuschuss in die Rentenkasse (Löschrente) gewähren.“		Ablehnung
B705	6	3866	3867	streiche und setze	CDU-KV Stormarn	Verschiebe die schließenden Anführungsstriche des IHRA-Zitats vor den Satz: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“	Die Arbeitsdefinition der IHRA enthält den letzten Satz nicht. Es handelt sich um eine Erweiterung der Bundesregierung aus dem Jahr 2017. Mit der Verschiebung der Anschiebungsstriche wird das Zitat richtig genutzt.	Annahme
B706	6	3890		setze	Programmkommission	setze hinter "der Judenverfolgung": "und dessen Aufarbeitung im Unterricht"		Annahme
B707	6	3892		streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	streiche „wollen“, setze: „werden“		Annahme
B708	6	3893		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 3893 als weiteren Punkt: „Wir wollen Einrichtungen und Projekte fördern und stärken, die Primärziel es ist, sich Hassgewalt.“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B709	6	3899		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Bedrohungen durch Rechts- und Linksextremisten, durch Reichsbürger, durch den ausländischen Extremismus...“	Erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B710	6	3927		setze	Programmkommission	setze: "Die reale Präsenz von Verfassungsfeinden im Staatsdienst stellt in unserem Land derzeit zwar nur vereinzelt ein Problem dar. Dennoch muss die Verwaltung in diesen Fällen schnell handeln können. Daher wollen wir prüfen, inwiefern Verfassungsfeinde nach einer Einstellung schneller aus dem Öffentlichen Dienst entfernt werden können."	KoaV Bund. In der Tat ist die Entfernung von Verfassungsfeinden aus dem ÖD ein besonderes Problem, insbesondere bei Beamten.	Annahme
B711	6	3932		streiche und setze:	CDU-KV Nordfriesland	setze ...Verbänden wollen wir die weitere Ausbreitung jeglicher radikaler Auslegung des Islams verhindern.		Annahme
B712	6	3933		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die aus dem Ausland ohne Identitätsdokumente nach Deutschland kommen, verbindliche Ersatzdokumente ausgestellt bekommen, für deren Änderung eine Beweislastumkehr gilt. Zusätzlich werden sie zwingend einer gesonderten erkennungsdienstlichen Behandlung unterzogen. § 49 Abs. 5 AufenthG ist entsprechend anzupassen. Auf dem Verwaltungswege ist sicherzustellen,	Erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						dass die bestehenden Instrumente des AsylG und AufenthG tatsächlich in jedem Einzelfall Anwendung finden.“		
B713	6	3662	3665	streiche und setze	Programmkommission	streiche den Absatz und setze: „Seit Jahren nimmt der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im digitalen Raum, immens zu. Diese Taten fügen Kindern und Jugendlichen unermessliches Leid zu. Daher werden wir sie mit ganzer Kraft weiter bekämpfen und unterstützende Strukturen für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche sowie präventive Angebote stärken. Wir wollen verstärkt KI dafür nutzen, um Datenmaterial gerade in diesem Bereich auszuwerten.“	Änderungsvorschläge Kinderschutzbund SH	Annahme
B714	6	3710		streiche und setze	Programmkommission	setze: "Wir wollen auf veränderte Anforderungen und zusätzliche Aufgaben, wie zuletzt durch das Gesetz zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder geschehen, mit zusätzlichem Personal in der Justiz reagieren."	Redaktionelle Änderung Anregung Richterverband	Annahme
B715	6	3716		setze	Programmkommission	setze: „Ebenso werden wir die bereits begonnene Modernisierung von Justizgebäuden fortsetzen.“	Anregung Richterverband	Annahme
B716	6	3719		setze	Programmkommission	setze nach „Wir wollen Strafverfahren beschleunigen“: „Daher stehen wir auch weiteren Reformen des Strafprozessrechts aufgeschlossen gegenüber. Auch in anderen Bereichen werden wir Reformen zur Verschlinkung und Verkürzung von Verfahren im Sinne einer effizienten und bürgernahen Justiz unterstützen.“	Anregung Richterverband	Annahme
B717	7	3955			CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Das Kapitel SOZIALES UND GESUNDHEIT wird nicht unter Kapitel 7 angesprochen, sondern neu als Kapitel 3. Grundsätzlich sind Wirtschaft und Soziales für die CDU zwei nebeneinander stehende Säulen ihrer Politik. Die CDU macht durch diese Gewichtung auch deutlich, dass Soziales und Gesundheit prioritäre Themen sind, zumal in der seit zwei Jahren anhaltenden schweren Corona-Zeit.		Ablehnung. Die Reihenfolge der Kapitel folgt einer inneren Logik. Darüberhinaus besagt die Reihung der Kapitel nichts über die Wichtigkeit der Kapitel.
B718	7	3957		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeile 3957, setze: „Wir stehen für ein soziales, gerechtes und inklusives Schleswig-Holstein.“		Annahme
B719	7	3957	ff.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Die nächsten beide Sätze streichen.		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B720	7	3961		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeilen 3961 - 3968: Ab „Ganz gleich ...“.		Ablehnung
B721	7	3965		setze	CDU-KV Lübeck	Setze nach „fortentwickeln“ folgenden Halbsatz: „Für sie alle stehen wir ein, um ein soziales und gerechtes Schleswig-Holstein fortzuentwickeln. Leitmotiv unserer Sozialpolitik ist es, Menschen in Not dazu zu befähigen, wieder ein möglichst selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen.“	Der Abschnitt bekennt sich ausführlich zum Sozialstaat und sagt vielfache Unterstützungen zu. Es fehlt jedoch der Hinweis, dass das Ziel der CDU nicht ist, dauerhafte Abhängigkeiten zu schaffen, sondern, wo immer die Voraussetzungen gegeben sind, Menschen durch die Unterstützungen die Chance auf eine möglichst weitgehend selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu eröffnen.	Annahme in geänderter Fassung in Z. 3960 nach benötigen: "...und versuchen sie, wo möglich, zu befähigen, wieder ein möglichst selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen.“
B722	7	3966	f.	streiche und setze	CDU-KV Nordfriesland	streiche: „Parität“, setze: „Wir stehen ein für Chancengleichheit und Gleichberechtigung ...		Ablehnung
B723	7	3968		setze	CDU-KV Segeberg	setze nach Zeile 3968 als weiteren Absatz: „Die tatsächliche oder empfundene soziale Ungleichheit der Menschen führt zu einer Entfremdung mit der eigenen Heimat, in der Folge zu mangelndem Engagement in der Kommune und der Steigerung von Unzufriedenheit mit staatlicher auch kommunaler Leistung und Steigerung des Unsicherheitsgefühls. Es gilt solchen Entwicklungen deutlich durch Partizipation an Entwicklungen, insbesondere im kommunalen Bereichen, entgegenzuwirken und benachteiligten Menschen ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln.“		Ablehnung
B724	7	3979	ff.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeilen 3979 - 3987		Ablehnung
B725	7	3989		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Das Wort „kommunalen“ streichen, denn durch die bestehende und deutlich erhöhte Förderung des Landes wird ja deutlich, dass auch das Land beteiligt ist.		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B726	7	3989	f.	setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „Beruf“: „Ehrenamt“		Annahme
B727	7	3992		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	Das Wort „kommunalen“ streichen, denn durch die bestehende und deutlich erhöhte Förderung des Landes wird ja deutlich, dass auch das Land beteiligt ist.		Erledigt durch Annahme Antrag B725
B728	7	4000	ff.	streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeilen 4000 - 4002	Unterstützungsangebote sind schon jetzt in Problembereichen gegeben, wenn nötig	Ablehnung
B729	7	4006		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze hinter „Pflegeelternverbunde unterstützen“: „Aktuell gibt es vielerorts einen Mangel an Pflegefamilien. Diesem Mangel wollen wir mit weiteren Werbestrategien in Zusammenarbeit mit den Jugendämtern entgegenwirken.“	ggf. mündlich	Annahme
B730	7	4007	ff.	streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeilen 4007 - 4009, setze: „Angemessen wohnen zu können, ist für alle Menschen wichtig und ihre Zufriedenheit, ob im Eigenheim, in der gemieteten Wohnung oder in anderen Wohnformen. Wir wollen auch weiterhin den sozialen Wohnungsbau fördern und den Bau von mehr Wohnungen erreichen. Wohnen darf kein Privileg werden. Dies gilt auch für den Bau eines Hauses, ob freistehend, Doppel- oder Reihnhaus. Die Baulandpreisentwicklung ist inakzeptabel. Dies gilt auch für die deutlich zu wenig zur Verfügung stehenden Baugrundstücke. In vielen Teilen des Landes ist es für junge Familien faktisch nicht mehr möglich, zu vertretbaren Preisen Eigentum zu erwerben. Dies entspricht nicht dem Bild, was wir von den Chancen einer Familie haben. Wir müssen geeignete Instrumentarien einsetzen, um dieser Entwicklung entgegen zu treten. Dazu zählt, die Entwicklung von Baugebieten beschleunigen zu können. Zudem werden wir steuerlich oder durch eine Zulage beim Bau oder Erwerb einer Immobilie unterstützen. Die Entwicklung der Grunderwerbssteuer mit einem Satz von 6,5% hat die jährlichen Einnahmen des Landes in den vergangenen zehn Jahren sehr erheblich steigen lassen auf inzwischen mehr als 800 Mio. Euro in 2021. Sie geht vor allem zu Lasten bauwilliger junger Familien. Dies wollen wir ändern.“	HINWEIS: ggf. auch entsprechende Anpassung bei den Aussagen zu 4.3, nach dem Absatz ab Zeile 2373.	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B731	7	4017		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „Beruf“ : „Ehrenamt“		Annahme
B732	7	4021	f.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeilen 4021 und 4022	Dies geschieht schon heute im Rahmen der Digitalisierung der Verbände und Verwaltungen. Alle Beratungsangebote „digital leicht zugänglich“ zu machen, würde allerdings weitere nicht geringe Aufwendungen erfordern.	Ablehnung
B733	7	4023		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streichen: Zeilen 4023, setze: „Wir wollen die Anliegen der Familien auf Landesebene zentral in einer Anlaufstelle bündeln.“		Annahme in geänderter Fassung: Streiche: Zeile 4023. Begründung: Rückmeldung aus dem Programmprozess
B734	7	4026		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze hinter „ausbauen“: „Familien mit behinderten Kindern wollen wir in das Programm „Schutzengel“ aufnehmen.“	ggf. mündlich	Annahme
B735	7	4028		setze, Folgeantrag	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „In Zusammenarbeit mit den Jugendämtern entwickeln wir Werbestrategien zur Anwerbung weiterer Pflegefamilien.“	ggf. mündlich	Annahme
B736	7	4028		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze: „Wir unterstützen Eltern als Pflegefamilien zu gewinnen.“		Erledigt durch Annahme Antrag B735
B737	7	4029		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: Zeile 4029, setze: „Wir werden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner beim Erwerb der ersten eigengenutzten Wohnimmobilie von der Grunderwerbssteuer befreien.“	ggf. mündlich	Ablehnung, siehe 4.3
B738	7	4029		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA	streiche: „mit einer Eigenheimzulage“, setze: „wirkungsvoll unterstützen“		Ablehnung, siehe 4.3

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein			
B739	7	4031		setze	Frauen Union Schleswig-Holstein	Stärkung der Familienbildungsstätten flächendeckend im Land.		Erledigt Z. 4018
B740	7	4033		streiche und setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	streiche: „Kinder und Jugendliche werden unsere Zukunft gestalten.“ setze: „Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft.“	Dieser Satz ist falsch, denn er sagt, dass in Zukunft eine Kinderrepublik unser Gemeinwohl gestaltet.	Annahme
B741	7	4033		streiche und setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	streiche: „Kinder und Jugendliche werden unsere Zukunft gestalten.“ setze: „Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft.“		Annahme
B742	7	4041		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeile 4041 setze: „Die soziale Balance beginnt bei den Kindern.“		Ablehnung
B743	7	4043	ff.	streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Satz in Zeilen 4043 - 4045, setze: „Kinder und Jugendliche spüren Probleme und Folgen von schwieriger soziale Lage oder gar Armut überall, wo die soziale Lage der Eltern dies nach sich zieht. Dies kann sowohl in Städten wie in ländlichen Räumen der Fall sein. Diese Folgen zu verhindern oder zumindest abzumildern, ist Ziel gesellschaftlichen wie staatlichen Handelns. Im Blick müssen wir auch die Familien haben, die - nicht selten mit mehreren Kindern - zwar keine oder wenig staatliche Leistungen bekommen, aber gleichwohl von einem Einkommen knapp an oder über der Bemessungsgrenze leben müssen.“		Ablehnung
B744	7	4045		setze	Programmkommission	setze: "besonders" betroffen		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B745	7	4048		setze	Programmkommission	setze: „haben deutlich schlechtere Chancen auf soziale und gesellschaftliche Teilhabe“ sowie ein vielfach erhöhtes Risiko...		Annahme
B746	7	4057		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Gerade in ländlicheren Regionen mangelt es an außerschulischen Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche. Auch das Thema Einsamkeit hat gerade durch die Corona-Pandemie an Bedeutung gewonnen. Daher werden wir das Pilotprojekt eines mobilen Kinder- und Jugendzentrums für den ländlichen Raum ins Leben rufen, um einen altersgerechten Austausch niedrigschwellig zu ermöglichen.“	ggf. mündlich	Annahme
B747	7	4066		setze	Programmkommission	setze: „Einen weiteren Baustein stellt die "kindersensible" Justiz dar, die wir weiter stärken wollen. Hierfür war beispielsweise die Einrichtung eines Childhood-Hauses in Flensburg ein wichtiger Schritt. Dies ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche, die körperliche und sexualisierte Gewalt erlebt haben, in einem kinderfreundlichen und geschützten Umfeld alle wichtigen Hilfen bekommen.“	KoaV Bund, SH ist hier stark unterwegs.	Annahme
B748	7	4075		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach Zeile 4075: „Um die örtlichen Jugendämter und freien sozialen Träger in die Lage zu versetzen wieder umfassend ihren gesetzlichen Auftrag im Rahmen des Sozialgesetzbuches nachkommen zu können, werden wir uns für eine stark erhöhte Ausbildungsquote im Bereich Erzieher und Sozialpädagogen einsetzen. Dieses bedingt die Einrichtung eines weiteren Angebotes des Studiengangs „Soziale Arbeit“.		Ablehnung
B749	7	4083		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden ein Pilotprojekt für ein mobiles Kinder- und Jugendzentrum gerade in ländlichen Regionen aufbauen.“	ggf. mündlich	Annahme
B750	7	4086		setze	CDU-KV Pinneberg	setze unter Zeile 4086 als weiteren Bulletpoint: „Wir unterstützen Projekte zur Förderung der Ausbildung von Sozialpädagogen in Anlehnung an PiA und ähnlichen Programmen		Erledigt siehe Kapitel 1.3
B751	7	4086		setze	Frauen Union Schleswig-Holstein	setze: „...einrichten, auch für Kinder, die in stationären Jugendhilfeeinrichtungen und in Pflegefamilien leben.“		Ablehnung
B752	7	4086		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze unter Zeile 4086 als weiteren Bulletpoint: „Wir wollen die Anzahl der Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Sozialpädagogik erhöhen und die Einrichtung eines Studienganges Soziale Arbeit mit zwei Dozentenstellen an der Fachhochschule Westküste fördern.“		Ablehnung
B753	7	4089		setze	Mittelstands-	setze: „Sie zeichnet sich durch Lebenserfahrung, Individualität und Vielfalt aus.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein			
B754	7	4089		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „... aktiv wie nie zuvor. Sie zeichnet sich durch Lebenserfahrung, Individualität und Vielfalt aus. “		Erledigt durch Annahme Antrag B753
B755	7	4090		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „im Hinblick auf den demographischen Wandel“	überflüssig, sogar (vermutlich ungewollt) einschränkend	Annahme
B756	7	4094		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir setzen uns dafür ein, dass Seniorinnen und Senioren im Alter auskömmlich leben können.“	Viele ältere Menschen haben Angst vor Armut im Alter und den Kosten der Pflege im und außerhalb eines Heimes.	Annahme
B757	7	4096		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Hier setzen wir uns dafür ein, dass die Menschen sich Pflege leisten können.“		Erledigt siehe 7.15
B758	7	4103		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze: „... gezielt ausbauen. Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren sind unverzichtbar – insbesondere im ländlichen Raum. “		Annahme
B759	7	4103		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Begegnungsstätten für Seniorinnen und Senioren sind unverzichtbar – insbesondere im ländlichen Raum.“		Annahme
B760	7	4103		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze nach Zeile 4103 neuen Absatz Thema: „Versorgung im Alter Vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern fehlt eine ausreichende Altersversorgung. Wir wollen durch steuerliche Anreize die private Vorsorge unterstützen. Auch sollen Rücklagen in Höhe von 15.000 Euro steuerlich nicht belangt werden.“		erledigt durch Annahme Antrag A111

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B761	7	4104		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Vielen Mitbürgerinnen und Mitbürgern fehlt eine ausreichende Altersversorgung. Wir wollen durch steuerliche Anreize die private Vorsorge unterstützen. Auch sollen Rücklagen in Höhe von 15.000 Euro steuerlich nicht belangt werden.“	Diese Summe ist als ein „Notgroschen“ zu bewerten.	Ablehnung
B762	7	4108		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Für Angehörige der älteren Generation, die aufgrund ihres Lebensalters oder individueller Einschränkungen digitale Angebote nicht wahrnehmen können, werden wir Hilfestellungen und analoge <i>Angebote weiter aufrechterhalten.</i> “	Der Absatz fokussiert sich darauf, dass Seniorinnen und Senioren durch individuelle und bedarfsgerechte Unterstützung sowie Beratungs-, Schulungs- und Dienstleistungsangebote die Teilhabe am „digitalen Alltag“ ermöglicht werden soll. Es gibt aber Seniorinnen und Senioren, die aufgrund ihres Lebensalters oder individueller Einschränkungen trotz dieser Angebote nicht am „digitalen Alltag“ werden partizipieren können. Gerade als CDU sollten wir deshalb zum Ausdruck bringen, dass wir dafür Sorge tragen werden, dass jene, die den „digitalen Anforderungen“ nicht gerecht werden können, keinen Verlust an sozialer Teilhabe und selbstbestimmter Lebensführung hinnehmen müssen.	Annahme
B763	7	4110		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein	setze nach im Verkehr: „insbesondere beim ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr)“	Damit wird die Bedeutung eines funktionierenden ÖPNV hervorgehoben.	Annahme
B764	7	4110		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze nach im Verkehr: „insbesondere beim Öffentlicher Personennahverkehr“		Erledigt durch Annahme Antrag B763
B765	7	4112		setze	CDU-KV Segeberg	setze: „Immer mehr ältere Menschen haben mit Einsamkeit zu tun. Es fehlen Angehörige und Freunde und durch körperliche Einschränkungen ist die Teilhabe am sozialen Leben oft nicht gegeben. Durch die zunehmende Zahl an alleinstehende Menschen wird das Thema der Einsamkeit immer bedeutender. Ungewollte Einsamkeit macht krank und ein		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Leben in Würde wird immer schwieriger. Das Land muss daher ein Konzept gegen Einsamkeit auf den Weg bringen und das Hilfesystem unterstützen."		
B766	7	4113		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir werden dafür sorgen, dass die Seniorinnen und Senioren ihre Lebenserfahrung, ihre Potentiale und ihre Vielfältigkeit sinnvoll einbringen können."		Annahme
B767	7	4120		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze nach „fördern“: „und darauf achten, dass keine Abgabepflicht entsteht."		Ablehnung
B768	7	4123		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein	setze: „Wir wollen alle Höchstaltersbegrenzungen auf den Prüfstand stellen, die eine freiwillige Teilhabe am Arbeits- und Erwerbsleben einschränken. "	Die jetzige und zukünftige ältere Generation ist und bleibt insgesamt fit und soll, sofern selbst gewünscht, möglichst uneingeschränkt am Berufsleben im weitesten Sinn teilnehmen können.	Ablehnung. Renteneintrittsalter ist keine Landeskompetenz (zudem bereits Aussage zu Rente s.o.)
B769	7	4123	f.	streiche und setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	streiche: 4123, setze: „Wir unterstützen die Forderung, das GG Artikel 3 Abs. 3 um den Begriff „seines Lebensalters“ zu erweitern, um das Diskriminierungsverbot auch für das Alter als unmittelbar geltendes Recht zu sichern. Unabhängig davon wollen wir alle Höchstaltersgrenzen abschaffen."		Ablehnung. Zu weitgehend. Vom allgemeinen Gleichheitssatz sind auch Seniorinnen und Senioren umfasst.
B770	7	4127	ff.	setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze in 4129 nach „in Würde älter werden“: „und der Vereinsamung entgegenwirken, z.B. durch Einsetzung einer Gemeindeschwester. "		Erledigt durch Annahme Antrag B765
B771	7	4129		setze	CDU-KV Segeberg	setze nach Zeile 4129: „Konkret: Wir wollen ein Konzept gegen Einsamkeit erarbeiten und konkrete Hilfe vor Ort unterstützen."		Annahme
B772	7	4141			CDU-KV Pinneberg	Den in dieser Zeile beginnenden Satz bitte streichen. Zeile 4154: Die ersten beiden Sätze dieses Absatzes bitte wie folgt formulieren: „Wir wollen den Frauenanteil bei den politischen Führungspositionen in der Landesregierung steigern. Auch in den Parlamenten auf Landes- und Kommunalebene begrüßen wir eine stärkere Vertretung durch Frauen.“ Zeilen 4168, 4169: Den Satz bitte wie folgt formulieren: „Wir wollen den	Eine Frauenquote oder gar eine verordnete Parität widerspricht dem Leistungsgedanken, einem wesentlichen Grundprinzip unserer Partei. Darüber hinaus entspricht eine solche Vorgabe nicht dem Demokratieprinzip, dem wir	Ablehnung. Hier wird nur das Ziel formuliert

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Frauenanteil auf Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen Unternehmen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung erhöhen.“	als demokratische Partei verpflichtet sind. Wir fördern Frauen nicht, wenn diese nur aufgrund einer Quotenregelung auf einen bestimmten Posten berufen würden. Die starken Frauen in unserer Partei werden durch ihr Leistungsvermögen diese Ziele und Positionen aus eigener Kraft in einem frauenfreundlichen Umfeld eigenständig erreichen.	
B773	7	4141	ff.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „Wir wollen Parität bei allen Führungspositionen in der Landesverwaltung, in landeseigenen und in Unternehmen mit mehrheitlicher Landesbeteiligung.“		Ablehnung
B774	7	4141	4143	streiche	CDA - Landesverband Schleswig-Holstein	streiche Zeile 4141 bis 4143 „ Wir werden...“		Ablehnung
B775	7	4151		setze	CDU-KV Lübeck	setze nach „... auswirken“: „..., weder für Frauen noch für Männer.“		Annahme
B776	7	4151	4153	setze	CDU-KV Lübeck	setze: „ Familienfreundliche Arbeitsmodelle wie „Führen in Teilzeit“, „Geteilte Führung“ oder „Flexibles Arbeiten“ müssen selbstverständlich werden, auch in der Privatwirtschaft und sowohl für Frauen als auch für Männer. “	Der Absatz beginnt mit dem Hinweis auf die höhere Teilzeitquote bei Frauen und spricht sich danach dafür aus, dass hieraus keine Nachteile entstehen dürfen und zudem Arbeitszeitmodelle wie „Führen in Teilzeit“ etc. selbstverständlich werden sollen. Durch die ausschließliche Nennung von Frauen am Beginn des Absatzes ist davon auszugehen, dass sich die Forderungen in den Folgesätzen ausschließlich auf Frauen beziehen. Die Forderungen jedoch, dass keine Nachteile erleiden soll, wer die Arbeitszeit reduziert, um sich besser um familiäre Belange zu kümmern, und	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							dass familienfreundliche Arbeitsmodelle einer höheren Akzeptanz bedürfen, muss sich sinnvollerweise auf Frauen und Männer beziehen. Männer (Väter) sehen sich im Arbeitsleben vielfach mit der Erwartung konfrontiert, sie müssten einen stärkeren Fokus auf die berufliche Karriere als auf familiäre Belange legen. Die Akzeptanz und die Selbstverständlichkeit von familienfreundlichen Arbeitsmodellen insgesamt ist insofern ein wesentlicher Baustein für eine Arbeitswelt, in der auch Frauen beruflichen Karrierechancen und auch Männer familiäre Verpflichtungen wahrnehmen. Die alleinige Nennung von Frauen in diesem Kontext könnte zu der Wahrnehmung führen, dass es für die CDU stets und ausschließlich in einer Partnerschaft mit Kindern die Frau ist, die zugunsten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Teilzeit arbeitet, selbst in einer Führungsposition. Wir wollen aber eine Gesellschaft, in der es ebenso als Selbstverständlichkeit akzeptiert ist, wenn der Mann in Teilzeit und die Frau in Vollzeit arbeitet. Tatsächlich müssen Optionen wie Führungsposition in Teilzeit deshalb generell und geschlechterübergreifend eine höhere Akzeptanz genießen.	
B777	7	4153		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Viele Angestellte erhalten durch Tarifierhöhungen zu bestimmten Zeitpunkten automatische Gehaltserhöhungen. Befindet sich ein Elternteil zu dieser Zeit in Mutterschutz oder Elternzeit, kommt dieser oft nicht in den Genuss dieser Erhöhung und ist nach Wiedereintritt in das Berufsleben automatisch schlechter gestellt. Wir setzen uns, auch aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit und der Gefahr der Altersarmut von Frauen, dafür ein, dieses zu ändern.“		Annahme in geänderter Fassung: "Wir werden eine bessere Berücksichtigung von Unterbrechungszeiten die aktuellen Regelungen für den Öffentlichen Dienst umsetzen. Unter anderem wollen wir die Möglichkeit schaffen, Regelbeurteilungen bei Unterbrechungszeiten infolge Elternzeit oder einer Beurlaubung zur Kinderbetreuung oder zur

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
								Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger fiktiv fortzuschreiben. Damit könnten z.B. Kinderbetreuungszeiten bei der Karriereentwicklung besser berücksichtigt werden. Damit wollen wir auch Vorbild für die Privatwirtschaft sein."
B778	7	4154	ff.	streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: Zeilen 4154 - 4159 streiche: unter KONKRET (Zeile 4162) die Punkte 4 und 6		Ablehnung
B779	7	4155	4159	streiche und setze	CDU-KV Lübeck	streiche: Zeile 4155 bis 4159 setze: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass die politische Arbeit familienfreundlicher und damit attraktiver für Mütter und Väter mit kleineren Kindern wird und Hemmnisse abgebaut werden. Dazu gehört für uns auch, dass politische Sitzungen in kommunalen Gremien und Parteien auch nach der Corona-Pandemie digital oder hybrid durchgeführt werden können, um die Vereinbarkeit von Familie und Politik zu fördern. Ziel ist es, Eltern mit jüngeren Kindern, insbesondere Frauen, das kommunalpolitische Engagement hierdurch zu erleichtern.“	Die Probleme, familiäre Pflichten der Kinderbetreuung und kommunalpolitisches Engagement zu verbinden, stellt sich für Mütter und Väter. Auch für Väter jüngerer Kinder, die sich kommunalpolitisch engagieren wollen, würden digitale bzw. hybride Sitzungen Mitwirkungsmöglichkeiten eröffnen, da diese die Vereinbarkeit von Familie und Politik erleichtern. In der bisherigen Formulierung wird der direkte Zusammenhang zwischen der Förderung des politischen Engagements von Frauen und der Forderung nach hybriden und digitalen Sitzungen hergestellt. Das könnte so verstanden werden, dass die CDU von einem Rollenverständnis ausgeht, in dem die Betreuung von Kindern stets und ausschließlich durch die Mutter erfolgt und somit diese Betreuungsaufgaben ausschließlich Frauen am politischen Engagement hindern. Tatsächlich ist es zunehmend das Selbstverständnis junger Familien, dass beide Elternteile Verantwortung für die Betreuung der Kinder tragen. Es bestünde somit die Gefahr, dass Wählerinnen und Wähler auf ein antiquiertes	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Rollenverständnis der CDU schließen, wenn die Forderung nach digitalen und hybriden Sitzungsformen ausschließlich unter dem Aspekt der Frauenförderung erhoben wird.	
B780	7	4155		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche: „Unser Ziel sind auch paritätische Parlamente auf Landes- und kommunaler Ebene.“ setze: „Unser Ziel sind auch paritätische Vertretungskörperschaften auf Landes- und kommunaler Ebene.“	Der Begriff Parlament beschränkt sich nach herrschender Ansicht auf legislative Organe und umfasst gerade nicht die der Exekutive zuzurechnenden Gremien der kommunalen Selbstverwaltung.	Annahme
B781	7	4155		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach „...Ebene“: „Eingriffe in das Wahlrecht lehnen wir ab.“	Erfolgt ggf. mündlich	Erledigt durch Annahme Antrag B779
B782	7	4159		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Ebenso unterstützen wollen wir Angebote zur Betreuung von Kindern während politischer Sitzungen:“	Erfolg ggf. mündlich	Annahme
B783	7	4159		setze	Landes-fachaus-schuss Familie, Gesellschaft & Soziales	setze: „Um die rechtliche Grundlage hierfür zu schaffen, wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Landtag die Gemeinde- und Kreisordnung für Schleswig-Holstein dahingehend ändert, dass digitale Sitzungen der kommunalen Gebietskörperschaften (Gemeindevertreter- und Kreistagssitzungen) auch außerhalb von Not- und Krisenzeiten ermöglicht werden.“	Die Durchführung digitaler (dazu zählen hybride) Sitzungen der kommunalen Gebietskörperschaften außerhalb von Not- und Krisenzeiten sind auf der Grundlage der geltenden Gemeindeordnung (GO) und Kreisordnung (KrO) für Schleswig-Holstein rechtlich schwierig. Das führt dazu, dass im Besonderen Menschen in der sog. Rushhour des Lebens, die Familie, Beruf und Ehrenamt zu stemmen haben, häufig nicht an diesen Sitzungen teilnehmen können. Solche Bevölkerungsgruppen sehen bisher gar von Anfang an von einem politischen Engagement ab. Relevante Bevölkerungsgruppen sind dann nicht angemessen in der Kommunalpolitik vertreten. Ihre Tatkraft und Ideen fehlen. Es wäre allerdings möglich, dass der Landtag die GO und KrO ändert, ohne dass dies gegen das verfassungsrechtliche Demokratieprinzip (Art. 20 I, II, Art. 28 I 1 GG; Art. 2 I, II LV) verstieße. Das Demokratieprinzip gebietet weder, dass Sitzungen der zu	Erledigt durch Annahme Antrag B779

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							politischem Handeln berufenen Vertreter (hier: Gemeindevertretung und Kreistag) in Präsenz abgehalten werden, noch, dass die Öffentlichkeit in Präsenz an diesen Sitzungen teilnimmt. Weiterhin könnte auch bei digitalen Gemeindevertretungs- und Kreistagssitzungen durch entsprechende Videoschaltungen in den Sitzungssaal bei Bedarf eine Saalöffentlichkeit hergestellt werden. Drittens könnte über die Sitzungsöffentlichkeit hinaus durch das Zurverfügungstellen des Sitzungs-Links sogar eine noch größere (Bürger-)Öffentlichkeit hergestellt werden, was dem Demokratieprinzip zuträglich und nicht etwa abträglich ist. Digitale Sitzungen sind darüber hinaus vor dem Hintergrund der Schutz- und Förderaufträge des Grundgesetzes (etwa Art. 3 II, III GG) mehr als gerechtfertigt. Den Interessen von Eltern (Vereinbarkeit von Familie und Beruf) oder Menschen mit besonderen Bedürfnissen etwa könnte mittels digitaler Sitzungen besser nachgekommen werden. Die Möglichkeit, digital an den entsprechenden Sitzungen teilnehmen zu können, erweitert daher den Kreis der Menschen, die sich kommunalpolitisch einbringen können und wollen und dies bisher aus familiären, beruflichen oder sonstigen Gründen nicht tun. Dementsprechend haben schließlich bereits andere Bundesländer ihre Gemeindeordnungen dahingehend geändert, dass jede Gemeindevertretungssitzung (auch außerhalb von Not- und Krisenzeiten) digital durchgeführt und die Öffentlichkeit digital beteiligt	

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							werden kann (s. z. B. Art. 47a GO Bayern).	
B784	7	4159		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „von Familie“: Beruf		Annahme
B785	7	4160		setze	Landesfachausschuss Familie, Gesellschaft & Soziales & Frauen Union Schleswig-Holstein	setze: „Veranstaltungen wie Podiumsdiskussionen, Foren u.ä. werden wir mit Expertinnen und Experten besetzen. So genannte „all male panels“, also ausschließlich mit männlichen Experten besetzte Veranstaltungen, werden wir nicht durchführen, unterstützen oder fördern. Auch dies dient der Sichtbarmachung von Frauen.“	Die CDU möchte im Rahmen von Veranstaltungen als klares Vorbild agieren. Es steht fest, dass es im Jahr 2022 eine enorme Anzahl an Expertinnen zu den vielfältigsten Themen gibt. Wir werden bei der Besetzung von Veranstaltungen darauf achten, dass wir immer auch die weibliche Perspektive einfließen lassen. Es soll ein klares Signal gesendet werden, dass die CDU nicht nur weiß, dass nicht nur Männer Expertise mitbringen - sie setzt sich auch für eine Sichtbarmachung dieses Selbstverständnisses ein, indem es keine CDU geführten, -unterstützten oder -geförderten sog. „all male panels“ geben wird. Neben der Signalwirkung um die Sichtbarmachung von Expertinnen soll nicht unterschätzt werden, dass die Berücksichtigung der Perspektiven beider Geschlechter in der Regel zu einer umfassenderen Betrachtung eines Themengebietes führt. „In zahlreichen Studien haben BCG und andere Organisationen belegt, dass Geschlechterdiversität eng mit Innovationskraft, Kundenorientierung und besseren finanziellen Kennzahlen verknüpft ist.“ Was in der Wirtschaft funktioniert, wird auch in der Politik zielführend sein. Sollte es möglich sein, Expertinnen und Experten des dritten Geschlechts für eine Veranstaltung zu gewinnen, so wird sich die CDU um die Teilnahme entsprechender Fachleute bemühen, um die ganzheitliche	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Perspektive sicherstellen zu können. Unser Leitgedanke ist in Diskussionen und auf Veranstaltungen den Querschnitt der Gesellschaft abzubilden, daher ist es nicht sachgerecht, Podien rein männlich zu besetzen.	
B786	7	4160	4161	streiche	CDU-KV Stormarn	streiche: „Veranstaltungen des Landes wie Podiumsdiskussionen, Foren und ähnliche werden wir Geschlechter durchmischt besetzen.“	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B787	7	4173		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach „von Familie“: Beruf		Annahme
B788	7	4175		streiche	CDU-KV Stormarn	streiche: „Podien bei Veranstaltungen des Landes sollten geschlechtergemischt gestaltet sein.“	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B789	7	4204		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: „Keine Gewalt gegen Frauen“, setze: „Entschlossen gegen häusliche Gewalt“	Auch Gewalt gegen Männer und ggü. Kinder sollte Gegenstand des Kapitels sein.	Ablehnung
B790	7	4204		streiche	CDU-KV Stormarn	„gegen Frauen“	Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches nicht nur Frauen und Kinder ausgesetzt sind, sondern auch – wenn auch in zahlenmäßig kleiner Anzahl – Männer. Dabei sind Männer Opfer von Gewalt, die von anderen Männern aber auch von Frauen ausgeübt wird. Das wird im erläuternden Text zwar auch genannt, aber durch die Überschrift nicht deutlich genug. Für diejenigen der Gewalt oder anderen Formen von Übergriffen ausgesetzt sind, ist es egal ob er Teil einer kleinen oder großen Zahl von Menschen ist: Er ist in diesem Fall Ziel von Gewalt. Mehr noch: Durch die Spezifizierung von Männern als Tätern und Frauen und Kindern als Opfern, werden Männer davon abgehalten, sich Hilfe zu suchen. Das soll nicht bedeuten, dass die vorhandenen Programme in Frage	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							gestellt werden sollen, sondern, dass Männer (und Jungen) ebenfalls als mögliche Ziele von Übergriffen mitgedacht werden.	
B791	7	4206		setze	Programmkommission	setze nach „Frauen sind jedoch besonders betroffen.“: „Wenn Kinder im Haushalt leben, sind sie immer auch mitbetroffen von häuslicher Gewalt.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B792	7	4209		setze	Programmkommission	setze nach "Frauen.": „und Kinder“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B793	7	4216		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Auch die Arbeit von „Männerberatung Schleswig-Holstein“, der Beratung für Männer, die sexuelle und häusliche Gewalt erlebt haben, wird weiterhin gefördert und ausgebaut.“	Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, welches nicht nur Frauen und Kinder ausgesetzt sind, sondern auch – wenn auch in zahlenmäßig kleiner Anzahl – Männer. Dabei sind Männer Opfer von Gewalt, die von anderen Männern aber auch von Frauen ausgeübt wird. Das wird im erläuternden Text zwar auch genannt, aber durch die Überschrift nicht deutlich genug. Für diejenigen der Gewalt oder anderen Formen von Übergriffen ausgesetzt sind, ist es egal ob er Teil einer kleinen oder großen Zahl von Menschen ist: Er ist in diesem Fall Ziel von Gewalt. Mehr noch: Durch die Spezifizierung von Männern als Tätern und Frauen und Kindern als Opfern, werden Männer davon abgehalten, sich Hilfe zu suchen. Das soll nicht bedeuten, dass die vorhandenen Programme in Frage gestellt werden sollen, sondern, dass Männer (und Jungen) ebenfalls als mögliche Ziele von Übergriffen mitgedacht werden.	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B794	7	4221		setze	Programmkommission	setze nach "Frauenberatungsstellen": „ Kinderschutzeinrichtungen "	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B795	7	4221		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter „ihren Kindern“: „Zur Qualitätssicherung im Bereich der Frauenberatung wollen wir die Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen durch Fortbildungsangebote unterstützen. Zudem...		Annahme
B796	7	4230		setze	Programmkommission	setze nach "Dies werden wir nun flächendeckend umsetzen": „ und die Entwicklungen dazu kontinuierlich gemeinsam mit den Kooperationspartnern und der Kriminologischen Forschungsstelle der Landespolizei überprüfen. "	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B797	7	4243		setze	Programmkommission	setze nach " Frauen sind jedoch besonders betroffen. ": „Wenn Kinder im Haushalt leben, sind sie immer auch mitbetroffen von häuslicher Gewalt."	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B798	7	4247		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Für Männer, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, wollen wir Beratungsangebote erhalten und fördern. Da der Anteil von betroffenen Männern geringer ist als von betroffenen Frauen, werden wir in Zusammenarbeit mit Trägern ein Konzept für Schutzeinrichtungen auf Abruf entwickeln."	ggf. mündlich	Annahme
B799	7	4247		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach Zeile 4247: „Zudem wollen wir gerichtsfeste Zeugenaussagen von traumatisierten Opfern in einem geschützten Umfeld ermöglichen."	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B800	7	4247		setze	Programmkommission	setze: „Darüber hinaus wollen wir eine 24/7-Erreichbarkeit der vertraulichen Spurensicherung sicherstellen sowie ein telemedizinisches Angebot prüfen."	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B801	7	4259		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze vor Zeile 4259: „Wir wollen ehrenamtlich Tätige durch Fortbildungsangebote im Bereich der Frauenberatung unterstützen."		Annahme in Zeile 4260
B802	7	4263		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Wir wollen ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Frauenhausplätzen. Dazu wollen wir gemeinsam mit den Kreisen schauen, wo neue Frauenhäuser entstehen sollen."	erfolgt ggf. mündlich	Erledigt, siehe Z. 4235
B803	7	4263		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „Angebot von Frauenhausplätze" und setze: „Angebot von Frauenhausplätzen sicherstellen"	redaktionelle Änderung	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B804	7	4266		setze	Programmkommission	setze nach "Frauenberatungsstellen": „ , Kinderschutzeinrichtungen "	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B805	7	4266		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze Zeile 4259 vor 4266		Ablehnung. Entspricht der Reihenfolge im Text.
B806	7	4269		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze Bulletpoint: „Für von häuslicher Gewalt betroffene Männer werden wir ein Konzept für Schutzeinrichtungen auf Abruf entwickeln.“	ggf. mündlich	Annahme
B807	7	4270		setze	Programmkommission	setze nach „Schutz von Prostituierten einsetzen“: „sowie Präventions- und Ausstiegsprogramme weiter ausbauen.“		Annahme
B808	7	4285		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze: „Insbesondere ist es für viele Kommunen ein Problem, die gesetzlichen Vorgaben für die Umsetzung der räumlichen Barrierefreiheit umzusetzen. Dies gilt zum Beispiel für Bushaltestellen, wo wir von den Zielvorgaben deutlich entfernt sind. Wir werden hierzu eine Evaluation vornehmen mit dem Ziel, eine realistische Umsetzung mit finanzieller Unterstützung des Landes zu formulieren.“		Ablehnung
B809	7	4302		setze	CDU-KV Kiel	setze neuen Absatz nach „bringen“: „Auch Menschen mit Behinderungen haben ein Recht auf freie Wahl im Gesundheitswesen. Deshalb wollen wir uns für mehr Barrierefreiheit in Krankenhäusern, Arztpraxen, Therapieeinrichtungen und Apotheken einsetzen.“	Menschen mit Behinderungen sehen sich schleswig-holsteinweit damit konfrontiert, dass mehr als die Hälfte aller medizinischen Einrichtungen nicht oder nur unzureichend barrierefrei sind.	Annahme
B810	7	4318		setze	CDU-KV Kiel	setze neuen Bulletpoint nach Punkt 1: „Wir wollen die Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen aller Art sowie öffentlichen Verkehrsunternehmen erhöhen.“		Annahme
B811	7	4320		setze	CDU-KV Kiel	setze nach Punkt 2: „Wir wollen den Ausbau barrierefreier von Einrichtungen des Gesundheitswesens erhöhen.“		Annahme
B812	7	4335		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	7.9 Überschrift: Opfern helfen Wir haben in einem bundesweit beachteten Prozess das Schicksal von Heimkindern in Schleswig-Holstein in der Wahlperiode seit 2017 aufgearbeitet. Dazu zählen das Symposium im Landeshaus 2018, Gespräche mit Betroffenen, die wissenschaftliche Aufarbeitung und die Bereitstellung weiterer finanzieller Mittel. Bundesweit besteht Handlungsbedarf, Leid und Unrecht vertieft aufzuarbeiten. Auch in der nächsten Wahlperiode sehen uns dem Ziel verpflichtet, die Aufarbeitung von	7.9 NEUER Absatz, jetzt 7.9 würde zu 7.11 werden	Annahme in geänderter Fassung in Z. 3700: "Opferschutz ist uns wichtig. Daher haben wir in einem bundesweit beachteten Prozess das Schicksal von Heimkindern in Schleswig-Holstein aufgearbeitet und finanzielle Mittel bereitgestellt. Bei diesem Thema

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Leid und Unrecht fortzusetzen. Darauf haben die Opfer einen Anspruch, dies ist Verpflichtung des Staates. Wir stehen auch in der Verpflichtung, die Opfer von Gewalt, Terror, sexuellem Missbrauch, Mobbing und Diskriminierung zu unterstützen. Dazu ist in der Wahlperiode seit 2017 viel geschehen, unter anderem durch die Einrichtung einer Ombudsstelle für Opfer, die im Geschäftsbereich des Justizministers angesiedelt ist. Diese Arbeit werden wir fortsetzen, wenn nötig intensivieren.		besteht allerdings bundesweit Handlungsbedarf. Hier kann Schleswig-Holstein als Vorreiter dienen. Die Bedeutung des Opferschutzes haben wir auch durch die Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle und der Bestellung einer Opferschutzbeauftragten herausgestellt. Wir werden den Opferschutz als zentralen Bestandteil der Justizpolitik weiter stärken und dafür werben, dass entsprechende Angebote – etwa denen der Opferschutzbeauftragten – von Betroffenen wahrgenommen werden. Den Zugang zu solchen Angeboten werden wir so unkompliziert und unbürokratisch wie möglich gestalten."
B813	7	4337		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „...freiheitlichen Leben bei. Schleswig-Holstein besitzt eine erprobte, zuverlässige und bedarfsorientierte Gesundheitsversorgung. Sie wird ganz wesentlich von ihrer mittelständischen, selbstständigen und freiberuflichen Struktur geprägt. Wir wollen sie erhalten und verbessern."	Mit dieser Formulierung werden die bisherigen medizinischen Strukturen positiv bewertet und die Bedeutung der personenbezogenen wohnortnahen Versorgung hervorgehoben. Da 90 Prozent der Bevölkerung hat mindestens einmal im Jahr Kontakt zu einer Gesundheitseinrichtung.	Annahme
B814	7	4338		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze nach „pflegerische“: „nichtärztlich heilberufliche und gesundheitshandwerkliche“	Bitte aufzählen, um wichtige Gesundheitsberufe nicht zu vernachlässigen:	Annahme
B815	7	4338		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „... pflegerische, nichtärztlich heilberufliche und gesundheitshandwerkliche Versorgung ist dafür unabdingbar. Sie gehört...“	Bitte aufzählen, um wichtige Gesundheitsberufe nicht zu vernachlässigen.	Annahme
B816	7	4340		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze nach „oder in der Stadt,“: „frei und unabhängig von der Einwirkung und den Interessen Dritter.“	um Therapiefreiheit von Arzt und Patient deutlich zu machen gegenüber möglichen ökonomisch geprägten Eingriffen.	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B817	7	4340		streiche	Senioren Union Schleswig-Holstein	streiche den letzten Satz streichen, kommt in Zeile 4354.		Annahme
B818	7	4349		setze	Programmkommission	Setze: „die vielfältigen Chancen der Digitalisierung sektorenübergreifend nutzen und wie zum Beispiel Online-Sprechstunden besser ausschöpfen.“ Restsatz zu neuem Satz formulieren: „Digitale Möglichkeiten der Versorgung werden wir konsequent ausbauen und setzen uns für eine gute und leistungsfähige IT-Infrastruktur in der medizinischen Versorgung ein “. Dann anschließen: "Dies unterstützt das ärztliche und pflegerische Personal, bildet die Grundlage für eine datenbasierte und noch präzisere Therapie, bildet die Grundlage für ein vernetztes, abgestuftes Behandeln und dient als Basis für zukünftige Versorgungsplanung und -steuerung."		Annahme
B819	7	4354		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein	setze: „Die freiberufliche, selbständige Struktur bildet für uns weiterhin das Rückgrat der Gesundheitsversorgung.“	Hier ist die wichtige Formulierung aus Zeile 4340 passend eingefügt.	Annahme
B820	7	4354		setze	Programmkommission	setze nach „beseitigen“: „ , um überall eine wohnortnahe und gute Versorgung sicherzustellen und regionale Gesundheitszentren fördern, um in unterversorgten Gebieten die Notfall- und Akutversorgung, die stationäre Versorgung und die ambulante Versorgung zu bündeln.“		Annahme
B821	7	4356		setze	Programmkommission	setze: „Um die Versorgung gerade im ländlichen Raum zu sichern, werden wir die Einführung von Angeboten durch Gemeindepflegerinnen und -pfleger und Gesundheitslotsinnen und -lotsen prüfen.“	Anpassung auf Grund von Rückmeldungen aus den Fachgesprächen	Annahme
B822	7	4361		setze	Programmkommission	setze aber: „Krankenhäuser und Universitätskliniken sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung.“		Annahme
B823	7	4382		setze	Programmkommission	setze: „Wir werden ganz nach dem Leitbild von Bedarfsorientierung , Qualität und Erreichbarkeit eine nachhaltige und leistungsfähige Krankenhausstrukturpolitik umsetzen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B824	7	4390		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche und setze: „Darüber hinaus kommt dem UKSH eine hervorgehobene Bedeutung und zentrale Rolle in den Bereichen Forschung und Lehre zu. Als wirtschaftlich größter Arbeitgeber und Ausbilder verschiedener Berufsgruppen im Land ist das UKSH unverzichtbarer Bestandteil des Gesundheitssystems.“		Annahme
B825	7	4392		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „unverzichtbar“, setze: „von erheblicher Bedeutung.“		Ablehnung
B826	7	4392		setze	Pro-gramm-kommission	setze neuen Satz: "Durch eine noch stärkere Vernetzung mit den Häusern der Grund- und Schwerpunktversorgung sollte das fachliche Know-how genutzt werden, um über ganz Schleswig-Holstein hinweg die Versorgung zu verbessern."		Annahme
B827	7	4397		setze	Pro-gramm-kommission	setze neu: „Der Zukunftspakt sichert die Qualität von Pflege, Forschung und Lehre auf Jahre hinaus und schafft Verlässlichkeit für die Patienten und Beschäftigten. Das stärkt langfristig den Medizin- und Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein.“		Annahme
B828	7	4403		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche und setze: „...weiterhin sinnvoll vorantreiben. Die enge Vernetzung von Krankenversorgung, Forschung und Lehre soll weiter institutionalisiert werden. Das trägt zu einer bestmöglichen Versorgungsqualität bei. “		Annahme
B829	7	4409		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche und setze: „fertig ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte“		Annahme
B830	7	4414		setze	Pro-gramm-kommission	setze neuen Bulletpoint: "Wir werden die noch stärkere Vernetzung des UKSH als wichtigem Partner für kleinere und mittlere Krankenhäuser unterstützen, um die qualitativ hochwertige Versorgung im ganzen Land sicherzustellen und die medizinische Kooperation zwischen den Versorgungsstufen aktiv auszubilden."		Annahme
B831	7	4417		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche Überschrift und setze: „ Prävention und Gesundheitsförderung schenken Lebensqualität“		Annahme
B832	7	4418		streiche und setze	Pro-gramm-kommission	streiche und setze: „ Prävention und Gesundheitsförderung sind zentrale Bausteine, wenn..“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B833	7	4419	ff.	setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze Zeilen 4419 - 4421 neu: „Prävention entlastet die sozialen Sicherungssysteme und hilft, Volkskrankheiten wie Diabetes, starkes Übergewicht und Herz-Kreislauf-Erkrankungen einzudämmen.“		Erledigt durch Annahme Antrag B832
B834	7	4421		setze	Programmkommission	Setze: „zu verhindern und“ vor „einzudämmen“		Annahme
B835	7	4426		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Erste Hilfe kann Leben retten. Daher werden wir Erste Hilfe Kurse bereits im Schulunterricht für unsere Schülerinnen und Schüler durchführen und für eine regelmäßige Auffrischung des Wissens werben.“	ggf. mündlich	Annahme
B836	7	4431		streiche und setze	Programmkommission	streiche: „überfordert“, setze: „Unterstützung und Hilfestellungen benötigen...“		Annahme
B837	7	4435		setze	Programmkommission	setze: „auf Angebote zur Stärkung der psychischen Gesundheit legen und das Angebot digitaler Präventions- und Interventionsmaßnahmen erweitern müssen. Dabei sollte es unser Ziel sein, dass wir psychosoziale Hilfs- und Therapieangebote flächendeckend anbieten und erreichbar machen werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir auf Kinder psychisch kranker Eltern legen. Wir setzen uns für eine flächendeckende bedarfs- und zielgruppengerechte Versorgungs-, Unterstützungs- und Angebotsstruktur für diese Kinder und ihre Eltern ein. Wir werden uns darüber hinaus dafür stark machen, die Koordinierung und Vernetzung der interdisziplinären Leistungen und Hilfen, insbesondere die Schnittstellen zwischen Gesundheitssystem und Jugendhilfe, zu verbessern. “		Annahme
B838	7	4437		setze	Programmkommission	setze "die sogenannten U-Untersuchungen" in Kommata, setze dann: „...leisten einen wichtigen Beitrag zur Prävention bei Kindern und Jugendlichen, indem durch sie Krankheiten und Entwicklungsstörungen frühzeitig erkannt und behandelt werden können.“		Annahme
B839	7	4442		setze	Programmkommission	setze: „in“ vor „Pausen“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B840	7	4448		streiche und setze	Programmkommission	streiche und setze: "Nachbarn zeigt, dass bereits Kinder schon sehr von der Teilnahme an speziellen Erste Hilfen Kursen und Reanimationskursen profitieren."		Annahme
B841	7	4449		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Die CDU wird sich, um Ansteckungen in Stationären und Beweglichen Innenräumen zu verhindern, intensiv für die Optimierung des Luftaustausches und Wärmerückgewinnung einsetzen.“	1. Zur Verhinderung von Ansteckungen ist die verbrauchte Atemluft so schnell wie möglich zu entfernen und sicher zu entsorgen. Ergebnisse der Aerosol Forschung, moderne Wohnraumlüftungen und Erfahrungen aus der Tierhaltung zeigen einen einfachen Weg dazu auf. Durch Wärmerückgewinnung werden dabei auch noch die Heizkosten stark gesenkt. Die Luft oben gleichmäßig absaugen und über eine Wärmerückgewinnung unten gleichmäßig frische, sauerstoffreiche Luft wieder zuführen ist das ganze Geheimnis. Da Gesundheit vor Zertifizierung geht, gibt es dort auch keine Hindernisse bei den Bauämtern. 2. Die Vermeidung von Erkrankungen durch wirksame Impfungen oder andere Medikamente. 3. Eine gute medizinische Versorgung erkrankter Personen.	Ablehnung
B842	7	4449		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Psychische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu, diese Entwicklung ist durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt worden. Dieser Entwicklung werden wir nur entgegenwirken können, wenn das Thema enttabuisiert wird. Zu oft gehen psychische Erkrankungen noch mit Stigmatisierungen einher. Mit einer entsprechenden Aufklärungsarbeit in Schulen und im Rahmen der betrieblichen Gesundheitsprävention werden wir zur Entstigmatisierung beitragen.“	Das Thema psychische Gesundheit findet sich bisher nicht im Programmwurf	Annahme
B843	7	4449		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Um der Ausbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten und Infektionen vorzubeugen, setzen wir uns für Kondomautomaten an weiterführenden Schulen ein.“	ggf. mündlich	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B844	7	4453		setze	Programmkommission	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung weiter ausbauen und dabei einen Schwerpunkt auf die psychische Gesundheit legen.“		Annahme
B845	7	4454		setze	Programmkommission	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden vermehrt Angebote in leichter Sprache, barrierearm sowie in Fremdsprachen anbieten, damit Gesundheits- und Ernährungsbildung möglichst viele Menschen erreicht.“		Annahme
B846	7	4455		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir werden uns dafür einsetzen, dass mehr Menschen Vorsorgeuntersuchungen wahrnehmen.“	ggf. mündlich	Annahme
B847	7	4456		setze	Programmkommission	setze: "digitale Angebote der Präventions- und Gesundheitsförderung "		Annahme
B848	7	4471		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche und setze „Erste Hilfe Kurse werden bereits im Schulunterricht durchgeführt.“	ggf. mündlich	Annahme
B849	7	4471		setze	Programmkommission	setze nach "Reanimation": „ Und Erste-Hilfe-Kurse für Kinder einführen, um ihre Gesundheitskompetenzen zu stärken und ihnen das Selbstvertrauen zu geben, in Notfallsituationen zu helfen. “		Annahme
B850	7	4472		setze, Folgeantrag	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „Durch Aufklärungskampagnen werden wir zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen beitragen.“	ggf. mündlich	Annahme
B851	7	4472		setze, Folgeantrag	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „An weiterführenden Schulen werden wir Kondomautomaten bereitstellen.“	ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: „An weiterführenden Schulen werden wir die Aufstellung Kondomautomaten unterstützen.“

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B852	7	4484		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: "Wir wollen das Beratungsangebot für Betroffene weiter ausbauen und mehr Angebote schaffen, um so lange und damit schädliche Wartezeiten zu reduzieren. Dabei werden wir auch neue Formen der Sucht stärker in den Fokus nehmen, wie etwa Medien-oder Onlinesucht, bei der die Computerspielsucht einen besonders zu beachtendes Phänomen darstellt.		Annahme
B853	7	4485		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: "Drogen- und Suchtberatung"		Annahme
B854	7	4489		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: „Die Legalisierung von Drogen lehnen wir auf Grund der damit einhergehenden gesundheitlichen Gefahren sowie der negativen Folgen und Langzeiteffekte strikt ab. “ (Folge illegale Drogen in 4502)		Annahme
B855	7	4493		streiche und setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „sicherstellen“ setze: „begleiten“.		Ablehnung
B856	7	4494	f.	streiche und setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	streiche und setze: „Gerade Kinder und Jugendliche müssen vor Drogen geschützt werden. Kindertageseinrichtungen, Schulen und auch Spielplätze müssen drogenfreie Bereiche sein.“		Ablehnung. Bei Schulveranstaltung, z.B. Abiturentlassungsfeiern, sollte kein striktes Alkoholverbot geregelt werden, das geht auch an gesellschaftlichen Realität vorbei.
B857	7	4494		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: „Gerade Kinder und Jugendliche müssen vor dem Konsum von Drogen sowie der Entwicklung stoffgebundener und stoffungebundener Suchterkrankungen geschützt werden. Kindertageseinrichtungen und Spielplätze müssen drogenfreie Bereiche sein“		Annahme
B858	7	4496		setze	Pro-gramm-kommis-sion	setze: „Zudem muss zu den stoffungebundenen Suchterkrankungen wie Medienabhängigkeit, Essstörungen und Glücksspielsucht mehr Aufklärung, auch der Eltern, erfolgen.“		Annahme
B859	7	4503		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche und setze: „Von Kindern und Jugendlichen stark frequentierte Bereiche müssen drogenfrei sein und stärker kontrolliert werden.“	ggf. mündlich	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B860	7	4503		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen ein sofortiges Herstellungs-, Internetverkauf-, Verkaufs und Besitzverbot von KO-Tropfen - auch Liquid Ecstasy genannt. Es muss Verboten werden, diese in Umlauf zu bringen, anzubieten oder zu erwerben oder bei öffentlichen Veranstaltungen bei sich zu tragen. Der Besitz soll als Vorbereitung einer Straftat geahndet werden.“	Die Dunkelziffer des vorsätzlichen Missbrauches von KO Tropfen, einer farb- und geruchslosen Substanz ist sehr hoch, werden doch die Opfer oft ausgeraubt oder sexuell missbraucht. Dies passiert oft in Kneipen, Discoteken, Volks und Schützenfesten und Partys aller Art und muss in Deutschland endlich einmal ein Ende haben.	Annahme in geänderter Fassung: "Wir setzen uns auf Bundesebene für eine starke Regulierung der chemischen Stoffe ein, die typischerweise als KO-Tropfen verwandt werden und derzeit legal erworben werden können. Eine Möglichkeit könnte dabei die Aufnahme ins BtMG darstellen."
B861	7	4503		setze	Programmkommission	setze: „Kinder und Jugendliche müssen vor riskantem Drogenkonsum sowie der Entwicklung von Suchterkrankungen geschützt werden“.		Annahme
B862	7	4505	4510	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche 4505 bis 4510. setze Zeile 4510: „Die Corona-Pandemie hat verdeutlicht, ...“	Die aktuelle Entwicklung der Pandemie in Schleswig-Holstein unterstützt die zu Anfang des Absatzes getätigten Aussagen in keiner Weise. Wir würden gleichsam den Finger in die Wunde legen.	Ablehnung
B863	7	4520		setze	Mittelstands- und Wirtschaftsunion Schleswig-Holstein	setze nach „Arbeitsplätze“: „Die Gesundheitsbranche einschließlich der Medizintechnik, der Pharmaunternehmen, des Gesundheitshandwerks und -handels und die medizinische Forschung sind für unser Bundesland ein starker Wirtschaftsfaktor. Versorgungssicherheit zu gewährleisten, bedeutet für uns auch, dass es bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur um den niedrigsten Preis gehen darf; Verfügbarkeit und Qualität müssen stimmen.“	Damit werden die regionale Bedeutung und der Qualitätsanspruch hervorgehoben.	Annahme
B864	7	4520		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze: „Die Gesundheitsbranche, einschließlich der Medizintechnik, der Pharmaunternehmen, des Gesundheitshandwerks und -handels sowie die medizinische Forschung, ist für unser Bundesland ein starker Wirtschaftsfaktor. Versorgungssicherheit zu gewährleisten, bedeutet für uns auch, dass es bei der Vergabe öffentlicher Aufträge nicht nur um den niedrigsten Preis gehen darf; Verfügbarkeit und Qualität müssen stimmen.“	Damit werden die regionale Bedeutung und der Qualitätsanspruch hervorgehoben.	Erledigt durch Annahme Antrag B863
B865	7	4550		setze	Programmkommission	setze "werdenden" vor "Familien"		Annahme
B866	7	4551		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Zusätzlich setzen wir uns für eine strategische Kooperationen mit der dänischen Fachhochschule UC- SYD in Südjütland / Apenrade ein, Ziel ist eine grenzübergreifende		Antrag in geänderter Fassung: „Dabei können auch

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
						Berufsausbildung. Erste Bestrebungen des Klinikum NF gGmbH und der Hochschule UC-SYD in der Hebammenausbildung werden wir fördern."		grenzüberschreitende Kooperationen helfen."
B867	7	4554		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach „Kinderwunschbehandlungen ein“: „, auch für unverheiratete Paare.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B868	7	4574		setze	CDU-Kreisverband Flensburg	setze: „Wir setzen weiter auf Prävention, damit die stetig steigende Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen durch Aufklärung und Verhütung wieder reduziert wird.“		Annahme in geänderter Fassung: "Wir setzen auf die Aufklärung über Sexualität und Verhütungsmittel, um die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche zu reduzieren."
B869	7	4576		streiche	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	streiche: „ist vorbildlich sowie“		Ablehnung
B870	7	4578		setze	CDU-KV Plön & CDA Schleswig-Holstein	setze: „Zu den Notwendigkeiten der nächsten Jahre zählt, die Diskussion über die Eckpfeiler der langfristigen Finanzierung der Systeme, insbesondere der Pflege, zu führen.“		Ablehnung, siehe Z. 4592
B871	7	4578		setze	CDU-KV Kiel	setze nach „wohnnah“: „zeitlich verlässliche“	Berufstätigen Menschen mit Behinderungen in Schleswig-Holstein fällt es zunehmend schwer, insbesondere in den frühen Morgenstunden, eine verlässliche ambulante Pflege zu erhalten. Ursache: Pflegekräftemangel und „Vorrang Insulinpflichtiger etc.“	Annahme
B872	7	4583	4585	streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche und setze: „Zudem müssen Beratungsangebote für pflegende Angehörige und von Demenzerkrankungen Betroffene ausgeweitet werden. Um die Strukturen vor Ort besser ausbauen zu können, werden auch kommunale Verwaltungen und Kommunalvertreterinnen und -vertreter stärker in den Fokus genommen.“	Der bisherige Satz war nicht verständlich.	Annahme
B873	7	4583		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach Kurzzeitpflege: „und der Ausbau von Tagespflegeangeboten. Wir werden uns dafür einsetzen, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu verbessern, um eine bessere finanzielle rentenrechtliche Absicherung der Pflegenden zu erreichen und Armut durch Pflege zu verhindern“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B874	7	4591		setze	CDU-KV Segeberg	setze nach Zeile 4591: „Wir setzen auf eine wohnortnahe Pflegeausbildung. Daher ist unser Ziel weitere Pflegefachschulen einzurichten. So setzen wir uns für die Einrichtung einer Pflegefachschule in der großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt ein.“		Annahme in geänderter Fassung: „Wir setzen auf eine wohnortnahe Pflegeausbildung. Daher ist unser Ziel weitere Pflegefachschulen einzurichten, wenn die Ausbildungsbedarfe dafür vorhanden sind.“ Begründung: Norderstedt hat bereits eine Pflegefachschule mit ausreichenden Kapazitäten.
B875	7	4613		setze	CDU-KV Segeberg	setze nach Zeile 4613: „In der großen kreisangehörigen Stadt Norderstedt soll eine eigene Pflegefachschule eingerichtet werden.“		Ablehnung
B876	7	4613		setze	CDU-KV Segeberg	setze nach Zeile 4613: „Wir wollen eine Anlaufstelle für pflegende Angehörige schaffen.“	Pflegende Angehörige benötigen stärker Beratung und Unterstützung. In einer Anlaufstelle sollen die Fragen gebündelt beantwortet werden können.	Annahme
B877	7	4613		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Wir wollen ein landesweites telefonisches und digitales Beratungsangebot für pflegende Kinder und Jugendliche (Young Carer) in das regionale Hilfenetz einbinden.“		Annahme
B878	8	4614		setze	CDU-KV Rendsburg-Eckernförde	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden „best-practice-Beispiele“ aus dem Bereich aufsuchende, dem Menschen zugewandte Pflege fördern (z.B. „Mook wi gern“ aus Marne).“		Ablehnung
B879	8	4645		setze	Programmkommission	setze: „Daher werden wir die Verbände unterstützen, die Ehrenamtlichen für ihr Engagement, auch in Bezug auf Digitalisierung, bestmöglich zu begleiten.“ Auch die projektbasierte ehrenamtliche Arbeit ist, besonders als Einstieg, attraktiv.“		Annahme
B880	8	4650		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach „weiterentwickeln.“: „Dazu zählen der Versicherungsschutz im Ehrenamt, Qualifizierungsmaßnahmen, Fachtagungen, Netzwerktreffen, ein breites Informationsangebot im Internet und die Unterstützung durch Ansprechpartner im Land und vor Ort.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme
B881	8	4652		setze	Programmkommission	setze: „Der Servicegedanke soll bei der Beratung verstärkt in den Blick genommen werden. Wir werden ein Baukastensystem für Vereine und Verbände mit Hinweisen und Hilfen für Modernisierungsmaßnahmen schaffen.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B882	8	4662		setze	CDU Kreisverbände Kiel	setze: „Die Tafeln leisten mit ehrenamtlicher Arbeit einen großen Beitrag zur Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen. Bei dieser Arbeit wollen wir die Tafeln unterstützen. In der Corona-Zeit ist durch das Land ein Fonds für soziale Härten aufgelegt worden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass dieser Fonds auch außerhalb der Corona-Zeit fortgesetzt wird. Von diesen Mitteln sollen insbesondere die Tafeln profitieren und das ehrenamtliche Engagement vor Ort unterstützt werden.“		Annahme im neuen Handlungsfeld 7.9
B883	8	4663		setze	Programmkommission	setze: „Wir wollen junge Menschen in der Schulzeit an das ehrenamtliche Engagement heranführen. Deshalb werden wir an unseren weiterführenden Schulen über ein Schuljahr ein gesellschaftliches Jahr einführen. Die Teilnahme soll verpflichtend sein. In diesem Jahr engagieren sich Schülerinnen und Schüler regelmäßig an einem Tag in der Woche für eine bestimmte Zeit am Nachmittag in einer frei wählbaren ehrenamtlichen Organisation. Die Erfahrungen sollen regelmäßig über das Jahr im Unterricht thematisiert werden.“		Annahme
B884	8	4668		setze	CDU-KV Stormarn	setze neuen Bulletpoint: „Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige bis zu einem Höchstbetrag von monatlich 1.000 Euro steuerfrei gestellt werden.“	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B885	8	4674		setze	Programmkommission	setze nach „sicher“: „und werden ein Baukastensystem für Modernisierungsmaßnahmen der Vereine und Verbände etablieren.“		Annahme
B886	8	4675		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	"Wir werden mit einer Kampagne landesweit für das Ehrenamt werben."		Ablehnung.
B887	8	4676		setze	Programmkommission	setze: „Wir sorgen dafür, dass die Förderung ehrenamtlicher Strukturen auch nach der Corona-Pandemie verlässlich bestehen bleibt und begleiten Verbände bei notwendigen Digitalisierungsmaßnahmen, wie zum Beispiel Schulungen der ehrenamtlich Tätigen. “		Annahme
B888	8	4679		setze	CDU Kreisverbände Kiel	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen dauerhaft einen Fonds für soziale Härten schaffen, der insbesondere die ehrenamtliche Arbeit der Tafeln unterstützt.“		Annahme im neuen Handlungsfeld 7.9
B889	8	4679		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden den stetigen Ausbau der Bonuspartner der Ehrenamtskarte Schleswig-Holstein vorantreiben und die Erhöhung der landesweiten Bekanntheit und Sichtbarkeit der Ehrenamtskarte und ihren Trägerinnen und Trägern erwirken.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B890	8	4679		setze	CDU-KV Segeberg	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen die Bürokratie für das Ehrenamt überprüfen und Vereinfachungen vorschlagen.“		Ablehnung
B891	8	4682		setze	CDU-KV Segeberg	setze: „und für die Gesunderhaltung durch unzählige Angebote.“ setze: „Corona hat auch Auswirkungen auf Bewegungsausübungen besonders von Kindern und Jugendlichen.“ Unter konkret setze neuen Bulletpoint: „Sport fördert Lernen und Lernverhalten, bis zu 12 IQ Punkte mehr können durch sportliche Aktivitäten erreicht werden.“#		Annahme in geänderter Fassung: setze in Zeile 4862 nach Gesellschaft: und für die Gesunderhaltung durch unzählige Angebote. Setze in Zeile 4695 nach Corona-Pandemie: - besonders auf Kinder und Jugendliche -
B892	8	4684		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze: „Seine Vielfalt reicht vom Breitensport vor Ort bis zum paraolympischen sowie international konkurrenzfähigen Spitzensport.“		Annahme
B893	8	4692		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Zur finanziellen Unterstützung des organisierten Sports werden wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die finanzielle Beteiligung auch des Sports an den Sportwetten-Einnahmen des Landes zu berücksichtigen.“	Insbesondere zur Erfüllung der dem organisierten Sport durch die Sportentwicklungsplanung des Landes neu zuwachsenden Aufgaben machen diese zusätzliche finanzielle Förderung erforderlich, um den Weg zum Sportland SH zum Erfolg zu führen. Eine Beteiligung an den Mehreinnahmen aus Sportwetten würde keine zusätzliche Belastung des laufenden Haushalts bedeuten. Im Übrigen entspricht das auch den Zusagen aus dem Koalitionsvertrag von 2017.	Ablehnung
B894	8	4701		setze	Programmkommission	setze: „Dazu gehört auch das klare Bekenntnis des Landes als Partner des Sports für mehr sportliche Großevents in Schleswig-Holstein.“		Annahme
B895	8	4701		setze	CDU-KV Segeberg	setze nach Zeile 4701: „Corona hat auch Auswirkungen auf sportliche Aktivitäten, Bewegungsausübungen besonders von Kindern und Jugendlichen. Diesem Bewegungsmangel müssen wir entgegenwirken.“		Annahme in geänderter Fassung: setze in Zeile 4695 nach Corona-Pandemie: - besonders auf Kinder und Jugendliche -
B896	8	4702		setze	CDU-KV Kiel	setze nach „Alters“: „sowie mit unterschiedlichen körperlichen und geistigen Fähigkeiten und Fertigkeiten“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B897	8	4703	f.	setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „...verstehen wir Sportförderung als eine gesundheits-, sozial- und bildungspolitische Pflichtaufgabe mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und werden diese...“		Annahme in geänderter Fassung: "...verstehen wir Sportförderung als eine gesundheits-, sozial-, gleichstellungs- und bildungspolitische Pflichtaufgabe mit gesamtgesellschaftlicher Bedeutung und werden diese.."
B898	8	4711		setze	CDU-KV Kiel	setze nach „Schwimmstätten": „ , unter Berücksichtigung auch von Belangen der baulichen Barrierefreiheit,“		Annahme
B899	8	4711		setze	CDU-KV Pinneberg	setze neuen Bulletpoint: „Es ist unser Ziel, bereits im Grundschulalter ab der 2. Klasse im Rahmen der Bewegungsstunde die Schwimmbildung verpflichtend vorzusehen.“		Ablehnung
B900	8	4716	4719	setze	CDU-KV Segeberg	Zeilen 4716 bis 4719 zur Bildung hinzufügen und durch den Passus aus dem Wahlprogramm 2017 setzen. „Mehr Sport und Bewegung für Kinder ermöglichen. Dazu wollen wir langfristig für alle Schularten eine tägliche Sport- und Bewegungsstunde einführen und flächendeckend realisieren.“		Ablehnung , Passus befindet sich auch im Bildungs-Kapitel
B901	8	4719		setze	CDU-KV Stormarn	setze: „Zur Leistungsförderung müssen schul- und schulartübergreifende Bewegungsangebote, z.B. Jahrgangsmannschaften/Trainingsgruppen in Ballsport- oder Individualsportarten möglich sein, so dass in einer Region die größeren Sportarten auch im Leistungsbereich gefördert werden.“	Es ist wichtig, dass diese zusätzliche Bewegungsangebote auch schul(art)übergreifend stattfinden können müssen, denn sonst gibt es keine Bewegungsvielfalt, sondern nur in jeder Schule eine Fußball AG. Schul(art)übergreifende Mannschaften oder Trainingsgruppen ermöglichen eine Leistungsförderung und bilden die Grundlage für einen leistungsorientierten Wettkampfsport.	Ablehnung
B902	8	4754		setze	Programmkommission	setze: „Wichtig ist uns hierbei, dass Angebote des Landesbeauftragten landesweit durchgeführt werden.“		Annahme
B903	8	4765		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir werden dabei die Teilnahme an einer politischen Podiumsdiskussion vor einer überregionalen Wahl in der Sekundarstufe II in den Lehrplan mit aufnehmen.“		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B904	8	4766		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze hinter „fordern“: „die Wiedereinführung der Extremismusklausel und damit“		Ablehnung. Formulierung richtet sich nicht ausschließlich an Extremisten
B905	8	4767		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen, dass jede Schule ihre Einrichtung dauerhaft mit je einer Flagge der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union versieht.“		Ablehnung
B906	8	4767		setze	CDU-KV Stormarn	setze neuen Bulletpoint: „Die Vermittlung von Medienkompetenz ist auch Demokratiebildung. Wir müssen unsere jungen Menschen für die Gefahren von Demagogie und Populismus sensibilisieren. Wir werden die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Extremismus und Internetkriminalität mittels moderner Medien intensivieren. Dies gilt auch für Extremismus, der unter dem Deckmantel der Kultur daherkommt. Hierzu werden wir u.a. besondere Projekte für Jugendliche in sozial schwierigen Wohngebieten prüfen.“	erfolgt ggf. mündlich	Annahme in geänderter Fassung: setze in Zeile 4745. setze bullet point nach Zeile 4767: "Wir werden die Aufklärung von Kindern und Jugendlichen im Bereich Extremismus und Internetkriminalität mittels moderner Medien intensivieren."
B907	8	4772		streiche und setze	CDU-KV Stormarn	streiche: „Fähigkeiten“, setze: „Behinderungen“	erfolgt ggf. mündlich	Ablehnung
B908	8	4775		streiche	CDU-KV Stormarn	streiche: „struktureller“	Das Unterbinden von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus ist eine wichtige und unverzichtbare gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um Chancengleichheit herzustellen. Das Konzept der strukturellen Diskriminierung widerstrebt in seiner Finalisierung nicht nur der Chancengleichheit, indem es Ergebnishierarchie forciert, sondern verharmlost auch reale Akte von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus.	Annahme
B909	8	4776		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze nach „weiterzuentwickeln“: „in alle Lebensbereiche bis ins hohe Alter.“		Ablehnung
B910	8	4783		streiche	CDU-KV Stormarn	streiche: „strukturellen“ vor Rassismus und Diskriminierung:	Das Unterbinden von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus ist eine wichtige und unverzichtbare gesamtgesellschaftliche	Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Aufgabe, um Chancengleichheit herzustellen. Das Konzept der strukturellen Diskriminierung widerstrebt in seiner Finalisierung nicht nur der Chancengleichheit, indem es Ergebnisgleichheit forciert, sondern verharmlost auch reale Akte von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus.	
B911	8	4792		streiche	CDU-KV Stormarn	streiche: „strukturellem“	Das Unterbinden von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus ist eine wichtige und unverzichtbare gesamtgesellschaftliche Aufgabe, um Chancengleichheit herzustellen. Das Konzept der strukturellen Diskriminierung widerstrebt in seiner Finalisierung nicht nur der Chancengleichheit, indem es Ergebnisgleichheit forciert, sondern verharmlost auch reale Akte von unzulässiger Diskriminierung und Rassismus.	Annahme
B912	8	4798	4826	streiche und setze	CDU-KV Pinneberg	streiche: Zeilen 4798 bis 4826 setze: „Unsere plurale Gesellschaft stärken Unsere Gesellschaft ist vielfältig, was ihren großen Wert ausmacht. Wir wenden uns auch gegen jede Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung. Um dies zu erreichen, müssen wir weitere Grundlagen dafür schaffen, dass in unserer Gesellschaft Verständnis und Toleranz für Menschen zwischen der geschlechtlichen Zuordnung gestärkt werden und weiter erwachsen. Gerade für Menschen, die sich über ihr Geschlecht im Unklaren sind, benötigen wir ein gutes Angebot an psychologischen Anlaufstellen und eine Berücksichtigung innerhalb des Gesundheitssystems. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich Menschen zu einer Geschlechts-umwandlung entscheiden. Konkret: - Wir werden dort, wo es im Gesundheitssystem Schwierigkeiten für Betroffene gibt, Leistungen in Anspruch zu nehmen, uns für die Aufnahme in die Leistungskataloge einsetzen“.	Bundesweit gibt es nicht einmal 400 Personen, die sich als „Divers“ bezeichnen, bei einer Normalverteilung leben 14 davon in Schleswig-Holstein. Für diese Personenanzahl bedarf es keines „breitgefächerten“ Angebots und landesweiter Anlaufstellen. Wesentlich größer ist die Gruppe derjenigen, die sich nach oftmals schweren Lebensphasen mit psychologischer Hilfe für eine Geschlechtsumwandlung entscheiden. Hierauf muss das Gesundheitssystem mit seinen Leistungskatalogen deutlich besser vorbereitet sein.	Ablehnung
B913	8	4824		setze	Junge Union	setze: „ , die auch für Betriebe Ansprechpartner sind.“		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein			
B914	8	4825		streiche und setze	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche und setze: „Wir wissen um die steigende Zahlen von Gewalttaten gegen queere Menschen und werden für das Thema sensibilisieren.“		Annahme in geänderter Fassung. Neuer Bulletpoint: „Wir wissen um die steigende Zahlen von Gewalttaten gegen queere Menschen und werden konsequent dagegen vorgehen.“
B915	8	4855		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter „stärken wollen.“: „Wir stehen auch weiterhin zu einer finanziellen Planungssicherheit des Nordfriisk Instituuts. Des Weiteren wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Friesenrat als übergeordnete Institution, den lokalen Vereinen und Initiativen der friesischen Volksgruppe wie z. B. der Ferring Stiftung stärken. Einen besonderen Stellenwert sehen wir in der friesischen Spracharbeit in den Kitas, den verschiedenen Schularten und an den beiden Hochschulen. Diese möchten wir weiterentwickeln und machen uns stark für die Entwicklung von friesischsprachigem Lehrmaterial sowie die Erweiterung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Friesischlehrkräfte. Für eine verstärkte Sicht- und Hörbarmachung der verschiedenen friesischen Dialekte in den Medien setzen wir uns ein.“		Annahme
B916	8	4866		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze neuen Bulletpoint: „Wir setzen uns ein für die friesische Sprache, für Friesisch in den Medien, für Friesisch-Angebote an Schulen und Kitas, für die Entwicklung von friesischsprachigem Lehrmaterial sowie verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für Friesischlehrer.“		Annahme
B917	8	4878	ff.	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Integration ist in ihrer Komplexität als herausragende Aufgabe zu verstehen und umfasst mehrere politischen Themenfelder. Gelingende Integration ist für Bund, Land und Kommunen eine umfassende und langfristige Querschnittsaufgabe.“		Annahme
B918	8	4885		setze	CDU-KV Pinneberg	setzen: „Wir müssen allerdings berücksichtigen, dass auch unsere Aufnahmekapazitäten begrenzt sind.“		Annahme in geänderter Fassung: setze in Zeile 4884 nach Maßnahmen: „und der verfügbaren Kapazitäten,“
B919	8	4888		streiche	CDU-KV Nordfriesland	streiche: zweiten Satz		Ablehnung
B920	8	4893	ff.	setze	CDU-KV Schleswig-	setze: „Schutzsuchende, die über den Königsteiner Schlüssel zugeteilt werden oder über andere Programme in unser Land kommen, wollen wir in ihren Integrationsbemühungen unterstützen. Sie sollen dauerhaft in unserer Gesellschaft und in unseren		Annahme

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Flensburg	Sozialsystemen als Mitwirkende „ankommen“. Dazu ist eine berufliche Integration unverzichtbar. Aktive Integrationsbereitschaft muss aber auch eingefordert werden können."		
B921	8	4901		setze	Programmkommission	setze: „Durch mehr gezielte und praxisorientierte Sprach- und " Integrationsangebote " wollen wir insbesondere Frauen die Integration erleichtern."		Annahme
B922	8	4911		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Dabei liegt die Zuständigkeit für die Integration bei den Kommunen. Integration verdanken wir... "		Ablehnung
B923	8	4914		setze	Programmkommission	setze nach „unterstützen“: „wozu für uns auch die Unterstützung zum Beispiel bei Behörden gängen zählt."		Annahme
B924	8	4915	vor 4915	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Die zugewanderten Bürgerinnen und Bürger wollen wir bei der Teilhabe am öffentlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben unterstützen und fördern. Wir begrüßen ..."		Annahme
B925	8	4928		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze hinter „Zuwanderung“: „von Fachkräften"		Annahme
B926	8	4928		setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Wir wollen gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt nach Schleswig-Holstein fördern."		Erledigt durch Annahme Antrag B925
B927	8	4928	f.	setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	4928 und 4929 In der Rangfolge austauschen.		Annahme
B928	8	4929		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Dieses kann allerdings nicht unbegrenzt erfolgen."	Eine Situation wie im Jahr 2015, die zu einer vollkommenen Überforderung der Aufnahmefähigkeit und auch der Integration von Flüchtlingen in unserem Land führt, darf sich nicht wiederholen.	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Dieses müssen wir auf allen Ebenen klar machen. Es muss vielmehr das Ziel sein, großzügig in der Nähe der Heimat der Flüchtlinge zu helfen. So kann verhindert werden, dass sich die Menschen auf den Weg nach Europa und hier insbesondere nach Deutschland machen.	
B929	8	4931		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze: „ , insbesondere bei Straftätern"		Annahme
B930	8	4932		streiche	Junge Union Schleswig-Holstein	streiche: „Dabei...erreichen"		Ablehnung
B931	8	4932		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir bekennen uns zum Prinzip des Förderns und Forderns."		Annahme
B932	8	4932		setze	Programmkommission	setze: „Wir wollen das Sprach- und Integrationsangebot erweitern und praxisorientierter gestalten. "		Annahme
B933	8	4939	f.	setze	CDU-KV Schleswig-Flensburg	setze: „Integration findet vor Ort in den Gemeinden und Städten statt. Deswegen werden wir die Weiterentwicklung und Umsetzung kommunaler Integrations-Angebote unterstützen, zusammenführen und verstetigen."		Annahme
B934	8	4941		setze	CDU-KV Pinneberg	setze: „Wir werden die finanzielle Förderung der Integrationsleistung der Kommunen im Integrations- und Teilhabegesetz SH verankern."	Das Integrations- und Teilhabegesetz ist ein wichtiger erster Schritt, ein gemeinsames über alle politischen Ebenen geltendes Verständnis von Integration und Teilhabe zu formulieren. Bisher ist das Gesetz aber finanziell nicht hinreichend hinterlegt und wird daher insbesondere der	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Bedeutung der kommunalen und ehrenamtlichen Verantwortung zu einer erfolgreichen Integration nicht gerecht.	
B935	8	4948		setze	Senioren Union Schleswig-Holstein	setze: „Wir wollen eine Integration in alle gesellschaftlichen Angebote und wollen Clanbildung verhindern.“		Ablehnung
B936	8	4949		setze	Junge Union Schleswig-Holstein	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen der Bildung von neuen Sozialbrennpunkten vorbeugen, indem wir Asylberechtigte nicht nur zentralisiert langfristig unterbringen, sondern sie schnellstmöglich landesweit zuweisen.“		Annahme in geänderter Fassung: "Wir wollen der Bildung von neuen Sozialbrennpunkten vorbeugen, indem wir Asylberechtigte nicht nur zentralisiert langfristig unterbringen, sondern ihnen schnellstmöglich landesweit Wohnmöglichkeiten zuweisen."
B937	8	4953		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Kultur ist ein Bildungs- , Wissenschafts- und Wirtschaftsfaktor ...“	Kultur schafft auch wesentliche Bildungseffekte	Annahme
B938	8	4964		setze	CDU-KV Kiel	setze nach „übernehmen“: „Dabei setzen wir uns auch für eine Erhöhung der Barrierefreiheit ein, damit kulturelle Angebote von Menschen mit und ohne Beeinträchtigen gemeinsam besucht werden können.“	Zahlreiche Anlagen/Einrichtungen sind nicht oder nur unzureichend barrierefrei	Ablehnung. Passt hier nicht.
B939	8	4972		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze hinter „Kultur sind“: „Dabei sollten die Kultur- und Bildungsstätten barrierefrei und inklusiv nutzbar sein.“		Annahme
B940	8	4973	4975	setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Aber auch viele Menschen... besuchen, kommen wegen unserer kulturellen Angebote.“	Wir wollen nicht nur denjenigen, die uns ohnehin besuchen, ein kulturelles Angebot bereitstellen, sondern wir wissen, dass einige Besucher gerade deswegen zu uns kommen. Kulturtourismus ist eine der wichtigsten Säulen eines Qualitätstourismus.	Ablehnung
B941	8	4983		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir werden einen Kulturentwicklungsplan für das Land aufstellen, seine Erfolge bilanzieren und den Kulturentwicklungsplan fortschreiben.“	Auch das Land ist ein wichtiger öffentlicher Akteur der Kulturpolitik und Träger großer Kulturinstitutionen. Ein Landeskulturentwicklungsplan sorgt auch für die kulturpolitischen Schwerpunkte	Ablehnung, Struktur ist vorhanden.

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							des Landes für Transparenz in den Schwerpunktsetzungen.	
B942	8	4987		ergänze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach Zeile 4987: „Wir werden die barrierefreie und inklusive Nutzbarkeit von Kultur- und Bildungsstätten fördern (siehe 7.8).“		Annahme
B943	8	4990	f.	streiche	CDU-KV Nordfriesland	streiche Bulletpoint		Annahme
B944	8	4993		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Die Digitalisierung schafft neue und zusätzliche Möglichkeiten ...“	Die Änderung verdeutlicht, dass die digitalen Angebote die realen nur setzen und nicht ersetzen sollen.	Annahme
B945	8	5023		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „... Digitalisierung bestehender und neuer Ausstellungen mit mehr Interaktion mit den Besuchern und Virtual Reality Anwendungen unterstützen.“	Die Änderung umfasst auch neue Ausstellungen und neue Möglichkeiten des „Mitmachens“.	Annahme
B946	8	5032		setze	Programmkommission	setze: „Weil unsere Theater, Spielstätten, soziokulturelle Einrichtungen, Bibliotheken, Gedenkstätten, Museen, Musikschulen, Volkshochschulen und andere Kulturorte ein großartiges Angebot machen und für jeden gut erreichbar sind, werden sie oft und gerne besucht - von Einheimischen, wie auch von Touristen.“		Annahme
B947	8	5050		setze	Programmkommission	setze: „Auch in schulischen Ganztagsangeboten soll die musikalische Bildung eine wichtige Rolle spielen. Dafür werden wir mit den Musikschulen zusammenarbeiten.“		Annahme
B948	8	5053		setze	CDU-KV Lübeck	setze hinter „...auch gesetzlich verankern.“: „Wir nehmen das zum Anlass, alle Kulturgesetze in einem Kulturgesetzbuch zusammen zu fassen.“	Die Zusammenfassung aller Kulturgesetze zu einem „Kulturgesetzbuch“ dient der besseren Übersichtlichkeit des Landesrechts. Viele allgemeine Verwaltungs- und Verfahrensvorschriften oder auch datenrechtliche Bestimmungen können so vom Archivrecht, über das Denkmalschutzrecht bis zum Recht der Volkshochschulen in einem allgemeinen Teil des Kulturgesetzbuches vereinheitlicht und zusammengefasst werden. Ein Kulturgesetzbuch kann dann als Beispiel für weitere Zusammenfassungen von Landesgesetzes dienen, so	Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragsteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							zum Beispiel einem Umweltgesetzbuch.	
B949	8	5060		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach Zeile 5060: „Auch unsere Gasthöfe sind Teil der ländlichen Kulturlandschaft. Sie sind zentrale Orte für Begegnungen, traditionelle Feierlichkeiten und kommunale Sitzungen. Der Erhalt dieser Institutionen als Gemeinschaftshaus ist wesentlicher Bestandteil des dörflichen Zusammenlebens und in dieser Form Unterstützens würdig.“		Annahme in geänderter Fassung: "Auch unsere Landgasthöfe sind Teil der ländlichen Kulturlandschaft. Sie sind zentrale Orte für Begegnungen, traditionelle Feierlichkeiten und kommunale Sitzungen. Der Erhalt dieser Institutionen als Gemeinschaftshaus ist wesentlicher Bestandteil des dörflichen Zusammenlebens und in dieser Form Unterstützens würdig." Findet sich auch in Kapitel 4.10
B950	8	5064		setze	CDU-Kreisverband Flensburg	setze: „Wir unterstützen die Theater in Kiel und Lübeck sowie das Landestheater an seinen verschiedenen Spielorten bei anstehenden Investitionen.“		Annahme
B951	8	5084		setze	CDU-KV Lübeck	setze: „Wir setzen uns für mehr Online-Kurse bei den Volkshochschulangeboten ein, die zeitlich flexibel begonnen werden können.“	Die Nachfrage nach VHS-Weiterbildung könnte mit mehr zeitlicher Flexibilität deutlich gesteigert werden. Vielen Berufstätigen, vor allem denjenigen mit Ehrenämtern, ist die Teilnahme an Kursen zu festen Terminen nicht möglich.	Ablehnung
B952	8	5087		setze	CDU Kreisverband Kiel	setze: „Wir setzen uns für eine verbesserte Barrierefreiheit aller kulturellen Einrichtungen in Schleswig-Holstein ein; dies baulich wie konzeptionell präsentatorisch.“		Annahme
B953	8	5087		setze	CDU-KV Nordfriesland	setze nach Zeile 5087: „Wir setzen uns für den Erhalt der Landgasthöfe ein.“		Annahme
B954	8	5170		setze	CDU-KV Kiel	setze: „Werbemaßnahmen zur Gewinnung von Nachwuchskräften unterstützen wir ausdrücklich.“		Ablehnung
B955	8	5221		setze	CDU-KV Kiel	setze: „Wir wollen sicherstellen, dass ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen.“		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
B956	8	5232		setze	CDU-KV Stormarn	setze nach 5232: „ ... Organisationen die antisemitische Projekte, Maßnahmen oder Inhalte fördern erhalten zukünftig keine Landesmittel.“	Keine Landesmittel für Antisemitismus.	Annahme in geänderter Fassung: Organisationen, die antisemitische Projekte, Maßnahmen oder Inhalte fördern, erhalten auch zukünftig keine Landesmittel.
B957	8	5252		setze	Landesfachausschuss Medienpolitik	setze hinter „ ...folgt dem Auftrag“: „und soll künftig durch ein Indexmodell abgebildet werden.“	Ein auskömmlicher öffentlich-rechtlicher Rundfunk bedarf einer verlässlichen Finanzierung. Durch ein Indexmodell kann eine planbare Entwicklung der Gebühren des öffentlich-rechtlicher Rundfunk erzielt werden, die sowohl für die Rundfunkanstalten als auch für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar sind.	Annahme
B958	8	5256		setze	Landesfachausschuss Medienpolitik	setze hinter „weiter stärken“: „Angebote in den Mediatheken sollen möglichst lange vorgehalten werden.“	Um die Nutzung für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, sollte die Verweildauer von Angeboten möglichst ausgedehnt werden, sofern dies aufgrund der erforderlichen Lizenzrechte ohne signifikante Mehrkosten möglich ist.	Annahme
B959	8	5274		setze	CDU Kreisverband	setze: „Unser Ziel ist ein modernes Medienkonzentrationsrecht, das losgelöst von der bisherigen Fernsehzentrierung sowohl die heutige als zukünftige Prozesse der Meinungsbildung so reguliert, dass die freie öffentliche und individuelle Meinungsbildung über alle derzeitigen und künftigen Mediengattungen dauerhaft sichergestellt. Dies trifft insbesondere auch auf die Presselandschaft in Schleswig-Holstein zu.“		Annahme
B960	8	5280		setze	Landesfachausschuss Medienpolitik	setze hinter „und bewerten zu können.“: „Das veränderte Mediennutzungsverhalten bedarf einer veränderten Struktur. Mit einer deutlich höheren Flexibilisierung für die Sendeanstalten sollen lineare Angebote deutlich einfacher als bisher zugunsten von Online-Angeboten verändert werden können.“	Der derzeitige Rahmen für den öffentlich-rechtlicher Rundfunk erfordert ein hohes Maß an langwierigen Verhandlungen, wenn es um Änderungen bei linearen Angeboten zugunsten von Online-Angeboten geht. Gerade vor dem Hintergrund von sich verändernden Nutzungsverhalten und Ansprüchen durch die Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler ist eine verstärkte Flexibilisierung dringend notwendig.	Annahme
B961	8	5300			CDU-KV Plön & CDA	Es wird ein neues Kapitel 9 (oder Schlusswort) SOLIDE FINANZPOLITIK eingefügt. Auch dieses Thema ist eine Kernkompetenz der CDU und sollte entsprechend herausgestellt		Ablehnung

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
					Schleswig-Holstein	werden. Die Seiten 46/47 des Programmentwurfes haben dann (in ggf. überarbeiteter Form) dort ihren Platz.		
B962	8	5300		setze	CDU-KV Stormarn	setze neuen Bulletpoint: „Wir wollen eine Reform des öffentlichen Rundfunks mit einer grundsätzlichen Anpassung der Aufgabenstellung, um eine Senkung des monatlichen Rundfunkbeitrags zu erreichen.“	erfolgt ggf. mündlich.	Ablehnung
B963	8	5301			CDU-KV Stormarn	Basierend auf dem ausführlichen Wahlprogramm wird eine kompakte Zusammenfassung erstellt. Diese soll die wichtigsten Ziele beinhalten, Maßnahmen zu deren Erreichung formulieren und für die interne Überprüfung Messgrößen über den Erfolg festlegen. Dabei werden bis zu 20 Ziele aus den Handlungsfeldern des Wahlprogramms bestimmt.	Das CDU-Wahlprogramm liegt allen CDU-Mitgliedern vor. Das ist vorbildlich früh und gibt ausreichend Raum für inhaltliche Diskussionen. Erkennbar ist, dass in dem Programm viel gute Arbeit steckt und alle wesentlichen Aspekte thematisiert werden. Bei diesem Umfang fehlt zwangsläufig die Fokussierung auf das Wichtigste. Deshalb ist eine komprimierte Fassung wichtig, um Schwerpunkte erkennbar zu machen, eine breitere Leserschaft in Bevölkerung und Partei zu erreichen und innerhalb der Partei eine gemeinsame kommunikative Stoßrichtung in der Öffentlichkeit zu erreichen. In der kompakten Wahlprogrammfassung sollen die wichtigsten (bis maximal) 20 Punkte aus fünf Handlungsfeldern kurz und knapp formuliert werden. Die fünf Handlungsfelder sichern eine ausgewogene Politikbreite, die den Auftritt als Volkspartei unterstreicht. Vorgeschlagen werden dafür die folgenden fünf Zielbereiche: • Bis zu fünf übergeordnete Ziele (z.B. Bildung, Klimaschutz, Sicherheit, Wohnen, Ernährung) • Finanzen (bis zu vier Ziele: z. B. Schuldenbremse, Ausgaben-/Einnahmen im Haushalt), Pensionslastenentwicklung, Investitionen und Investitionsanteil im Haushalt) • Bürger als Unternehmer (bis zu vier Ziele) • Bürger als Arbeitnehmer (bis zu vier Ziele) •	Erledigt

Nr.	Kap.	Zeile	bis Zeile	Art	Antragssteller	Anträge	Begründung	Votum Antragskommission
							Prozesse/Digitalisierung (bis zu vier Ziele) Zur Erreichung jedes Zieles werden Maßnahmen beschrieben. Soweit vorhanden, können Sie dem Wahlprogramm entnommen werden. CDU-intern gehören auch Messgrößen zu diesem Konzept, um einen Erfolgsmaßstab zu haben. Was nicht messbar ist, eignet sich auch nicht als Ziel. Der Dreiklang aus Zielen, Maßnahmen und Messgrößen macht erfolgreiches Regieren möglich und erzeugt Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit. Die CDU will eine Modernisierung! Das kompakte Wahlprogramm als Ergänzung zur Langfassung ist ein Schritt in diese Richtung.	